Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 27 – 10. Juli 2010

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Immer wieder stehen Grundgesetz und EU-Recht in einem Spannungsverhältnis, etwa bei der Frage, wie demokratisch die EU sein muss. Im Falle des Euro-Rettungspakets liegen die Dinge anders: Es verstößt nach Ansicht von Experten *sowohl* gegen das Grundgesetz *als auch* gegen EU-Recht.

Foto: imago

Gefährliches Neuland

Neue Kritik am Euro-Rettungsschirm – Massive Verstöße gegen Europarecht

Mit Unbehagen blickt die Bundesregierung nach Karlsruhe, wo Verfassungsbeschwerden gegen den Euro-Rettungsschirm anhängig sind. Auf ein neues Gutachten, das die Unzulässigkeit der 148-Milliarden-Aktion untermauert, reagierte Berlin überraschend pikiert.

Das Centrum für Europäische Politik (CEP) in Freiburg ist eine gute Adresse. Das Institut ist die Denkfabrik der „Stiftung Ordnungspolitik“, seinem Kuratorium gehören Persönlichkeiten wie Roman Herzog, Hans Tietmeyer und Frits Bolkestein an.

Gerade weil dem CEP niemand Europa-Skeptizismus nachsagen kann, kommt das neue Gutachten für die Bundesregierung besonders ungelegen. Keineswegs aus Ressentiment gegen Europa, sondern aus einer Kombination juristischer und ordnungspolitischer Argumente kommen die Experten aus Freiburg in einer zwölfseitigen Untersuchung zu einer Absage an den Euro-Rettungsschirm, dessen Deutlichkeit sich gewaschen hat.

Rechtlich unproblematisch seien nur die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) angebotenen Hilfen von bis zu 250 Milliarden Euro für Euro-Staaten in Zahlungsschwierigkeiten. Dagegen verstießen *beide* Teile des Euro-Rettungspakets, die Hilfe von bis zu 60 Milliarden durch die EU selbst und die von den Euro-Staaten zusätzlich angebotenen bis zu 440 Milliarden Euro, gegen geltendes EU-Recht und teilweise auch gegen das deutsche Grundgesetz.

> Die Deutlichkeit des »Neins« hat sich gewaschen

„Entgegen den Verlautbarungen in der Öffentlichkeit ist der Finanzielle Beistand durch die EU weder auf 60 Milliarden Euro noch auf drei Jahre beschränkt“, kritisiert Autor Thiemo Jeck spitz.

Die entsprechende EU-Verordnung Nr. 407/2010 verstoße gegen das finanzielle Beistandsverbot von Artikel 125 des Lissabon-Vertrages und gegen deutsches Verfassungsrecht, „da der Bundestag, wie im Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vorgeschrieben, den deutschen Vertreter im Rat nicht ermächtigt hat, der Verordnung zuzustimmen“. Dies verletze Artikel 38 des Grundgesetzes. Außerdem fehle auch noch die notwendige Zustimmung des Europäischen Parlaments zu dieser Verordnung. Auch der Beistand durch die EU-Staaten über bis zu 440 Milliarden Euro verletze den Lissabon-Vertrag. Dieser für Deutschland teurere Teil des Gesamtpakets zur Euro-Rettung verstoße indes nicht gegen das Grundgesetz, so das CEP (Näheres dazu auf Seite 2).

Vize-Regierungssprecher Christoph Steegmans reagierte überraschend vorsichtig auf die Expertise. „Die Bundesregierung hat stets größten Wert darauf gelegt, eventuelle verfassungsrechtliche Risiken beim Zustandekommen des Euro-Rettungsschirms zu minimieren“, erklärte er. Hier werde allerdings „verfassungsrechtliches Neuland“ betreten, insofern gebe es „wenig Vergleichsmaßstäbe“. Steegmans verwies auf die schwebenden Verfassungsbeschwerden. „Diesen Verfahren selbst kann ich nicht vorgreifen und enthalte mich deshalb auch jeglichen Kommentars.“ (Siehe Kommentar) *K. Badenheuer*

Konrad Badenheuer:

Euro-Neuland

Mehr als vorsichtig, fast ängstlich klang die Wortwahl von Regierungssprecher Christoph Steegmans, als er nach dem neuen Gutachten gefragt wurde, das dem Euro-Rettungspaket ein katastrophales Zeugnis ausstellt. Gegen das Grundgesetz, vor allem aber gegen etliche Bestimmungen des Europarechts verstoße die Euro-Rettung, so das angesehene Centrum für Europäische Politik zu Beginn dieser Woche.

„Wir betreten an dieser Stelle verfassungsrechtliches Neuland, insofern gibt es wenige Vergleichsmaßstäbe, die man da anlegen könnte“, so der 39-jährige Historiker und Staatsrechtler. Der Satz lässt aufhorchen, ja aufschrecken. Denn bei allem, was Politiker tun, betreten sie immer wieder Neuland, etwa wenn neue Technologien zum Einsatz kommen. Der Maßstab für ihr Tun sind dabei Gesetze, Verträge und die Verfassung. Nun aber, so jedenfalls die Worte des Regierungssprechers, ist das Neuland als solches rechtlicher Natur. Die Euro-Rettung hat sich anscheinend in einer Art Nirwana des Verfassungsrechts bewegt, einer Zone, für die es keine klaren juristische Maßstäbe mehr gibt. Wo überhaupt gibt es solche Sphären? Wurde bei der Euro-Rettung der normativ nicht mehr zu fassende übergesetzliche Notstand erreicht?

Wer die Worte des Regierungssprechers seziert, erkennt, dass er sich selbst und eventuell seine Chefin gegen eine juristische Niederlage in Karlsruhe absichern wollte. Für Deutschland wäre dieser Ausgang ein Segen, vor allem wenn Karlsruhe das Paket nicht komplett verwirft, sondern nur kluge Nachbesserungen fordert, die unerträgliche Lasten für Deutschland abwehren.

Moskau bewahrt Ruhe

Neuerlicher US-Raktenschild löst nur milden Protest des Kreml aus

Moskau ist offenbar bemüht, das neuerliche Übereinkommen zwischen Washington und Warschau über die Installation eines Raketenabwehrsystems niedrigzuhängen. Vergangenen Sonnabend hatten US-Außenministerin Hillary Clinton und ihr polnischer Kollege Radoslaw Sikorski in Krakau vereinbart, mobile Mittelstreckenraketen vom Typ SM-3 als Schutz vor möglichen Attacken des Iran auf Europa im südlichen Ostpreußen aufzustellen.

Das Abkommen ersetzt den Vertrag vom August 2008 über die Aufstellung eines deutlich umfangreicheren Raketenschildes nebst Radarsystem. Letzteres sollte in Tschechien beheimatet sein und das Terrain bis zum Ural überwachen, was in Russland für besonderes Missfallen sorgte. Der Kreml kündigte damals an, seinerseits mit der Aufstellung von „Iskander“-Mittelstreckenraketen im nördlichen Ostpreußen zu reagieren. Es drohte eine diplomatische Eskalation, womöglich sogar ein neues Wettrüsten.

> Rjabkow: Gefahr aus Iran wird übertrieben

Der neue US-Präsident Barack Obama stornierte daraufhin die Abwehrpläne. Zu dem jüngsten Abkommen äußerte sich lediglich Russlands Vize-Außenminister Sergej Rjabkow, was darauf schließen lässt, dass der Kreml die Angelegenheit auf eher kleiner Flamme kochen möchte. Rjabkow bezeichnete die Raketen-Aufstellung als unbegründet, da die Bedrohung aus dem Iran längst nicht so bedeutend sei wie von Washington und Warschau behauptet. Spitz fragte er daher, vor welcher Gefahr die USA Europa denn sonst schützen wollten. Von etwaigen Gegenmaßnahmen wie der Aufstellung eigener Raketen bei Königsberg sprach der russische Politiker indes nicht. Vielmehr empfahl Rjabkow, den diplomatischen Dialog mit Teheran fortzusetzen. *H.H./MRK*

Furcht vor Abrechnung

Hamburg: Schwarz-Grün bangt vor Abstimmung über Schulpolitik

Am 18. Juli stimmen die Hamburger über das zentrale Reformprojekt der schwarz-grünen Koalition ab: die Einführung der sechsjährigen Einheitsschule. Um die Wahlbeteiligung möglichst niedrig zu halten, legte die Regierungskoalition die Volksabstimmung bewusst in die Hamburger Schulferien, denn die Gegner der Reform brauchen mindestens 247000 Ja-Stimmen. Doch der Plan von Hamburgs Erstem Bürgermeister Ole von Beust (CDU) scheint nicht aufzugehen. Schon jetzt haben rund 360000 Briefwähler ihre Stimmen abgegeben. Die Chancen der Reformgegner der Bürgerinitiative „Wir wollen lernen“ stehen gut.

Bis auf die FDP, die der Bürgerschaft nicht angehört, unterstützen alle Parteien das Projekt des Senats. Eben diese „Allparteien-Koalition“ unter Einschluss der Linkspartei

> CDU arbeitet mit Linkspartei zusammen

löst in der christdemokratischen und liberalen Wählerschaft Unmut aus. Die sechsjährige Grundschule gilt als weiterer Angriff auf das Gymnasium, dessen Dauer bereits um ein Jahr verkürzt wurde.

Bei CDU und Grünen fürchtet man, die Bürger könnten die Abstimmung zu einer Generalabrechnung mit der Koalition nutzen. Falls sich die Reformgegner durchsetzen, droht ein politisches Beben. Mit dem Rücktritt von Beusts wird ebenso gerechnet wie mit dem der Schulsenatorin Christa Goetsch (Grüne). Als möglicher Ersatz für von Beust gilt Innensenator Christoph Ahlhaus (CDU). Ob die Koalition dann weiterregieren will, ist unklar, rechnerisch gibt es kaum Alternativen.

Sollte Schwarz-Grün die Abstimmung knapp gewinnen, könnte dies für die CDU zu einem Pyrrhus-Sieg werden, weil nicht erkennbar ist, wie der massive Einbruch in der christdemokratischen Wählerschaft bis zur Bürgerschaftswahl 2012 aufzuholen wäre. *Hinrich E. Bues*

MELDUNGEN

Mit der PAZ *gewinnen*

Hamburg – Die *Preußische Allgemeine Zeitung* will wachsen! Nach dem erfolgreichen Kiosk-Gewinnspiel setzen wir hiermit Preise für neue Abonnements aus. Wer ein Abo von mindestens einjähriger Dauer neu bestellt oder ein befristetes Abo entsprechend verlängert, kann gewinnen. Der erste Preis beträgt 500 Euro, der zweite Preis 350, der dritte Preis 100 Euro, weitere 17 Einsender gewinnen das Buch „Thesen zur Vertreibung“. Teilnehmen können sowohl Besteller als auch diejenigen, die ein Abo geworben oder verschenkt haben, natürlich immer nur eine Person pro Abonnement. Wer mehrere Abos einbringt, nimmt mit mehreren Losen an der Ziehung teil, wobei aber nur ein Geldpreis pro Gewinner möglich ist. Nicht teilnehmen können hauptamtliche Mitarbeiter von *PAZ* und LO. Einsendeschluss ist der 20. August (Eingang in der Redaktion), der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Allen Teilnehmern viel Glück! *PAZ*

Deutschland ist beliebt wie nie

London – Adenauer musste für die Rückkehr der Deutschen in die Völkergemeinschaft kämpfen und Helmut Kohl musste sich noch mit erheblichen, aus der NS-Zeit stammenden Ressentiments gegen Deutschland herumschlagen. Inzwischen haben sich die Verhältnisse gründlich geändert. Laut einer Umfrage der BBC gehören die Deutschen zu den beliebtesten Nationen der Welt. 59 Prozent sehen den Einfluss Deutschlands „sehr positiv“, die EU kam auf 53, die USA auf 46 Prozent. Am Ende der Skala stehen der Iran (15) hinter Pakistan (16) und Nordkorea (17). *PAZ*

Die Schulden-Uhr:

Union gegen Union

Zu geringe Bundeszuschüsse waren der offizielle Grund, warum die unionsgeführten Länder in der vergangenen Woche damit drohten, die vom Bundestag bereits genehmigte Bafög-Erhöhung samt neuem Stipendium-Programm im Bundesrat abzulehnen. So soll die geplante Aufstockung der Unterstützung für die Studenten um zwei Prozent insgesamt 382 Millionen Euro jährlich kosten, von denen die Länder 173 Millionen Euro übernehmen müssten. Das sehen diese nicht ein, da laut Grundgesetz der Bund für den Bereich des Bafögs zuständig sei. Auch das von Schwarz-Gelb initiierte Stipendienprogramm, das die Unterstützung von 160 000 leistungsbesten Studenten in Höhe von 300 Euro monatlich vorsieht, wurde attackiert. Grund war allerdings nicht die Tatsache, dass diese Stipendien unabhängig vom Einkommen der Eltern gewährt werden sollen, sondern der Umstand, dass die Länder ein Viertel der Kosten tragen sollen. *Bel*

1.690.308.640.120 €

Vorwoche: 1.724.333.417.539 €
Verschuldung pro Kopf: 20 677 €
Vorwoche: 21 093 €

(Dienstag, 6. Juli 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Integration per Quote

Das Land Berlin legt ein Eckpunktepapier vor – Zahl der Immigranten ohne Schulabschluss steigt

Ein gefährlicher Trend zwingt die deutsche Politik zum Handeln: Unzählige Schulversager mit Immigrationshintergrund auf der einen Seite, Zigtausende hoch Qualifizierte, die das Land verlassen, auf der anderen. In Berlin soll nun eine gesetzliche „Migrantenquote“ die angebliche Benachteiligung von Zuwanderern abbauen.

Dienstagmorgen, 9 Uhr: Auf der Orga-Tagung eines großen deutschen Versicherungsunternehmens wird den Außendienstmitarbeitern die künftige Firmenstruktur vorgestellt. Direkte Ansprechpartner in den Fachabteilungen wird es nicht mehr geben, alle Anfragen werden über Callcenter abgewickelt, wenn sie nicht online mit der Zentrale geklärt werden können. Die Callcenter der Zukunft sind in der Türkei angesiedelt.

Wie das funktionieren soll? Die deutschsprachigen Callcenter-Agenten warten schon vor Ort. Wie etwa der Gastarbeitersohn aus Eggenfelden aus Niederbayern, über den der „Spiegel“ jüngst berichtete. Der 38-Jährige arbeitet heute in einem deutschen Unternehmen mit über 250 Mitarbeitern in der Türkei, das fast ausschließlich Deutsch-Türken beschäftigt.

Vor allem gut integrierte Deutsch-Türken kehren Deutschland den Rücken. 40 000 Türken und türkischstämmige Deutsche verließen im vergangenen Jahr die Bundesrepublik. Meist sind es Akademiker, die aus wirtschaftlichen und steuerlichen Gründen auswandern. Der Zuwanderungstrend hat sich damit umgekehrt, denn im gleichen Zeitraum kamen nur noch 10 000 Türken nach Deutschland. Hier ausgebildete Akademiker haben gute Chancen auf dem türkischen Arbeitsmarkt, weil sie mehrere Sprachen sprechen und die geschätzten deutschen (Sekundär-?)Tugenden wie Zuverlässigkeit und Fleiß mitbringen. Die meisten versuchen ihr Glück in Istanbul, weil dort die Chancen auf dem Arbeitsmarkt am größten sind und der Kulturschock für sie erträglicher ist. Weniger qualifizierte Deutsch-Türken bleiben lieber in Deutschland, weil sie in der Türkei mit einer hohen Zahl von Billiglöhnern konkurrieren müssten. Der Mindestlohn liegt in der Türkei bei umgerechnet 380 Euro im Monat, Sozialhilfe gibt es nicht. Der Verlust der Hochqualifizierten bedroht die deutsche Wirtschaft. Experten befürchten, schon in fünf Jahren könnten drei Millionen qualifizierte Arbeitskräfte fehlen.

Berlin will nun als erstes Bundesland diesem Trend mit einem Integrationsgesetz entgegenwirken. Darüber, dass man der Integration mehr Beachtung schenken muss, sind sich die Politiker einig. Strittig ist hingegen die Frage, wie weit der Staat Integration gesetzlich regeln kann und sollte.

Der Integrationsbericht der Bundesregierung belegt das Problem schwarz auf weiß: Die Zahl der Migrantenkinder, welche die Schule ohne Abschluss verlassen, ist um ein Drittel auf 13,3 Prozent gestiegen. Dem steht nur eine kleine Elite von hoch qualifizierten Migranten gegenüber. Eine wachsende Zahl von jugendlichen Zuwanderern hat auf dem deutschen Arbeitsmarkt kaum noch Chancen

> Hunderttausende Hochqualifizierte wandern aus

auf einen Ausbildungsplatz. Auch bei den deutschen Jugendlichen ist ein Anstieg der Schulversager zu beobachten, ihre Quote ist auf sieben Prozent gestiegen. Zwar holen die Migranten laut dem Bericht langsam auf, weil der Anteil der Realschulabschlüsse und die Quote der Abiturienten leicht angestiegen ist, doch die Mehrheit der Migranten (43 Prozent) verlässt die Schule mit einem Hauptschulabschluss.

Berlin hat als erstes Bundesland einen konkreten Entwurf für ein Integrationsgesetz ausgearbeitet, das noch in diesem Jahr verabschiedet werden soll. Die Berliner Sozialministerin Carola Bluhm („Die Linke“) hat jetzt ein „vertrauliches Eckpunktepapier“ für das Gesetz vorgelegt, über das nun heftig diskutiert wird. Das elfseitige Papier umfasst 15 Artikel und sieben Paragraphen.

Fast alle Artikel beinhalten Änderungen bereits bestehender Gesetze. Sie sollen unter anderem im Schul- und Sportfördergesetz, im Seniorenmitwirkungs- und Allgemeinen Zuständigkeitsgesetz nur einzelne Wörter ergänzen. Im Gesetz für Sonn- und Feiertage etwa wird der Begriff „kirchliche Feiertage“ durch „religiöse Feiertage“ ersetzt, damit zählen auch muslimische und jüdische Feiertage dazu. Mit dem Gesetz werden auch die von der Scharia geforderten „rituellen Waschungen“ und Beerdigungen ohne Sarg zugelassen, wofür strikte Regeln und Hygienevorschriften vorgegeben werden.

Neu ist, dass das Ziel der Eingliederung von Einwanderern folgendermaßen definiert wird: „Jede Benachteiligung und Bevorzugung von Menschen mit Migrationshintergrund ist auszuschließen.“ Gegen ein so gefasstes Diskriminierungsverbot wäre wenig einzuwenden, es fragt sich nur, ob Verzicht auf Benachteiligung und Bevorzugung mit gelungener Integration gleichzusetzen ist.

Vor allem aber „beißt“ sich diese Klausel mit der vom Land Berlin angestrebten Quote von Immigranten im öffentlichen Dienst. Im heftig umstritten Paragraph 4 des Entwurfes steht nämlich „der Senat strebt die Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung an“. Das heißt, in Berlin wird künftig jeder vierte Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst einen Migrationshintergrund haben. Wie das in der Praxis mit dem Leistungsprinzip und dem Bevorzugungsprinzip zu vereinbaren sein soll, ist unklar.

140 Vereine waren aufgerufen, Stellungnahmen zum Eckpunktepapier beim Senat abzugeben. Die Reaktionen fielen sehr unterschiedlich aus. Kritisiert wurde, dass – im Gegensatz zur Bundesebene – die Berliner Definition die Enkel, also die dritte Generation, ausschließt. Elena Brandalise vom Migrationsrat Berlin-Brandenburg bemängelt, dass in den Medien von einer Bevorzugungspolitik die Rede sei, dabei gehe es um eine „positive Gleichbehandlung“, wie sie in der vom europäischen Gerichtshof als zulässig erklärten gleichstellenden Frauenpolitik praktiziert wird. Maryam Stibenz, Integrationsbeauftragte des Bezirks Mitte und Tochter iranischer Einwanderer, hält das Gesetz für abstrakt, realitätsfern und überflüssig, da wir schon ein Antidiskriminierungsgesetz hätten, das nichts bewirke. Eine Migrantenquote würde sie dennoch begrüßen. Stibenz warnt aber auch vor einer weiteren Stigmatisierung der jugendlichen Migranten, weil das Integrationsgesetz einmal mehr ihr Bewusstsein stärke, dass sie nicht deutsch sind. *M. Rosenthal-Kappi*



Chance für zweisprachige Deutschtürken: Immer mehr Firmen verlegen ihre Callcenter in die Türkei. Bild: laif

Konflikt um kostbares Erbe

Wien: Leopold-Sammlungen wecken Begehrlichkeiten

Der vorige Woche verstorbene Augenarzt Rudolf Leopold galt als international anerkannter Kunstfachmann und war der größte private Sammler Österreichs. Die „Stiftung Leopold“ besitzt über 5000 Werke der Moderne, darunter die weltweit größte Kollektion des Expressionisten Egon Schiele und namhafte Werke von Gustav Klimt, Oskar Kokoschka und Albin Egger-Lienz.

Bereits in den ersten Nachrufen wurde über das weitere Schicksal der Sammlung Besorgnis geäußert. Denn spätestens 2015, wenn auch die anderen noch von Leopold bestellten Stiftungsräte ausscheiden, werden Regierungsvertreter das alleinige Sagen haben. Prompt hat auch die Israelitische Kultusgemeinde, mit der Leopold heftige Kontroversen hatte, das 2003 durch einen Staatsvertrag mit den USA „endgültig“ erledigte, aber trotzdem immer wieder neu aufgerollte Thema „Restitution“ aufs Tapet gebracht. Heiße Debatten sind zu erwarten, weil offenbar nur eine einzige Gruppe von Enteignungsopfern Entschädigungsansprüche hat.

Der 1925 in Wien geborene Rudolf Leopold wird als „besessener Sammler“ beschrieben. Sein Interesse galt anfangs Briefmarken und Schmetterlingen, aber schon während des Studiums began er, sich intensiv mit Kunst zu befassen. Die ersten Ankäufe ab 1947 hatte der aus einer keineswegs begüterten Familie Stammende noch mit Nachhilfeunterricht finanziert. In den folgenden Jahrzehnten nahm er oft hohe

> In den ersten Nachkriegsjahren billig gekauft

Kredite auf. Auf persönlichen Luxus legte er keinen Wert.

Zugute kam ihm, dass er einen „untrüglichen Instinkt“ für Entwicklungen auf dem Kunstmarkt hatte – und dass in den Nachkriegsjahren vieles sehr billig zu haben war. Als er seinen ersten Schiele ersteigerte, wurde er noch verlacht. Erst eine von ihm 1955 in Amsterdam organisierte Ausstellung machte den 1918 verstorbenen Schiele dann international zum „Renner“.

Die in den folgenden Jahrzehnten ganz unglaublich steigenden Marktpreise hatten aber zur Folge, dass Leopold die Vermögenssteuer nicht mehr verkraften konnte und 1994 die Sammlung mit einem damaligen Schätzwert von umgerechnet 574 Millionen Euro in die „Stiftung Leopold“ einbringen musste. Sie befindet sich seit 2001 im neu errichteten Leopold-Museum im Wiener Museumsquartier. Mit den als Entschädigung vom Staat in Raten erhaltenen 160 Millionen Euro begann Leopold sofort, eine neue Sammlung anzulegen – die Vermögenssteuer war inzwischen abgeschafft worden.

Man kann Leopold zwar keine „bedenklichen Ankäufe“ vorwerfen, aber er hatte auch einige einst „arisierte“ und nach 1945 restituierte Objekte aufgekauft – zu damaligen Preisen. „Opferanwälte“ verlangen daher eine nochmalige Restitution und ließen 1998 sogar mehrere in einer Ausstellung in New York befindlichen Bilder beschlagnahmen. Das „Bildnis Wally“, von Schiele, das Leopold im Tauschweg aus einer Bundessammlung erworben hatte – damaliger Schätzwert 3000 Schilling (!) – wird weiter festgehalten. Ausgang ungewiss. *R.G. Kerschhofer*

Das Verdikt

CEP: »Eurorettungsschirm bricht EU-Recht«

Erkennbar kalt erwischt wurde die Bundesregierung von der Kritik des Centrums für Europäische Politik (CEP) in Freiburg am Euro-Rettungsschirm. Diesen Schluss lässt die verdruck-ste Stellungnahme eines Regierungssprechers zu, der verfassungsrechtliche Risiken eingestand und über die Verfassungsbeschwerden erklärte: „Diesen Verfahren selbst kann ich nicht vorgreifen und enthalte mich deshalb auch jeglichen Kommentars ... was Fragen oder Beurteilungen angeht.“ Dieser Ton ist außergewöhnlich schon wegen der für Regierungssprecher unüblichen Ich-Form. Denn selbstverständlich steht es der Bundesregierung frei, auch bei laufenden Verfassungsbeschwerden Gutachten, die sie für substanzlos hält, mit deutlichen Worten zurückzuweisen – es ist oft genug geschehen.

> EU-Recht gleich mehrfach gebeugt

Wenn nun so viel Vorsicht geübt wurde, lohnt sich umso mehr ein Blick auf die Argumente des CEP. Zentral ist der Hinweis, dass das Verbot des sogenannten „Bail-out“ (im Volksmund würde man sagen „Aus der Patsche-Helfen“) nach Artikel 125 des AEUV („Lissabon-Vertrag“) strikt auszulegen ist und vor allem die Ausnahmebestimmung von Art. 122 hier nicht anwendbar ist. Diese verlangt ein „außergewöhnliches Ereignis“ voraus, wozu insbesondere Naturkatastrophen gehörten. Jahrelange finanzielle Disziplinlosigkeit wie im Falle Griechenlands sei dagegen gerade kein „außergewöhnliches Ereignis“ im Sinne dieses Artikels. Da Art. 122 als „Kompetenzgrundlage“ für die 60-Milliarden-Hilfe durch die EU-Verordnung Nr. 407/2010 also ausscheide, bleibe nur der Rückgriff auf die „Flexibilitätsklausel“ von Artikel 352 AEUV. Diese scheitere aber gleich aus mehreren Gründen.

Neben handfesten materiellrechtlichen Einwänden erfordere die Anwendung dieses Artikels Einstimmigkeit im Rat plus Zustimmung des Europäischen Parlaments zu der auf dieser Basis erlassenen EU-Verordnung. Diese aber sei ebensowenig erfolgt wie die von Karlsruhe geforderte *vorherige* gesetzliche Ermächtigung des deutschen Vertreters vor der Zustimmung zu einer solchen Verordnung. *K.B.*

Warum Selbsttötung?

Von Harald Fourier

Plötzlich scheint sie nur noch Freunde gehabt zu haben: Niemand sagt über Kirsten Heisig heute noch ein schlechtes Wort. Dabei war sie nicht nur Berlins bekannteste Richterin, sie hatte auch eine Menge Gegner. Das nicht allein bei den Delinquenten, die sie verurteilt hat. Unter anderen Richtern sei sie sich „wie ein Exot vorgekommen“, hat sie geklagt. Und führenden Politikern wie der Justizsenatorin Gisela von der Aue sei sie sogar mächtig auf die Nerven gegangen, wird gemunkelt.

Warum nur ist sie freiwillig aus dem Leben geschieden? Obwohl die Polizei am Tatort und bei der Obduktion des Leichnams keine Anzeichen für ein Fremdverschulden hat feststellen können, wollen viele Berliner es nicht glauben. Sie fragen, warum es keinen Abschiedsbrief gibt? Warum die Leiche solange vergeblich gesucht wurde, obwohl sie nur 500 Meter von ihrem Auto entfernt an einem Baum hing? Warum sollte Heisig noch Korrekturen an ihrem Buch vornehmen und einen Verwandten besuchen, um sich dann mir nichts, dir nichts zu erhängen? Und überhaupt: Ist Erhängen nicht ein typisch „männlicher“ Suizid?

Es hat seine Gründe, dass viele Berliner den vorläufigen Ermittlungsergebnissen und dem blitzschnellen Urteil der Medien misstrauen: Der Suizid der Kirsten Heisig erinnert sie auf fatale Weise an den des Computerspezialisten Lars Oliver Petroll, der ebenfalls an einem Baum hängend im Grunewald gefunden worden ist.

Das war vor neun Jahren, als der Skandal um die Bankgesellschaft Berlin in vollem Gange war. Petroll hatte für Aubis gearbeitet, eine Immobilienfirma, die unseriöse Geschäfte getätigt hat, für die jetzt die Steuerzahler aufkommen müssen. Petroll wollte gegenüber der Justiz auspacken und vielleicht auch seine Bosse erpressen.

Auf jeden Fall hing er dann eines Tages tot im Wald. Die Polizei ermittelte schlampig, übersah Kunststoffseile am Tatort, mit denen er gefesselt worden sein könnte. Beweismittel wurden vernichtet und die Leiche auf Anraten der Polizei von den Angehörigen eingeäschert. Eine nachträgliche Obduktion war nun unmöglich.

Für Polizei und Staatsanwaltschaft hat sich Petroll bis heute selbst getötet, obwohl doch einiges eher auf Fremdeinwirkung hindeutet. Der ganze Vorgang ist der größte Justizskandal des wiedervereinigten Berlins. Im Falle von Kirsten Heisig indes gibt es keine Hinweise auf einen gewaltsamen Tod, nur Vermutungen. Außerdem hat die Justiz im Fall einer ermordeten Richterin bestimmt besonders sorgfältig ermittelt. Dennoch wabern bohrende Fragen durch die Straßen der deutschen Hauptstadt.

Gedenkort verweigert

Brüsk abgeschmettert: CDU-Antrag für ein Denkmal für die 1945 vergewaltigten Frauen Berlins



Viele leiden noch heute, im hohen Alter, unter den Folgen ihres Martyriums: Eine Mutter mit ihrem Kind 1945 im zerstörten Berlin

Bild: AP

Vielen Opfern von Krieg und Gewalt wurden Denkmäler gesetzt. Den Hunderttausenden Berliner Frauen, die 1945 vergewaltigt und oft danach ermordet wurden, blieb dies verwehrt. Das will die CDU ändern – und trifft auf den wütenden Widerstand von SPD, Grünen, Linkspartei und FDP.

„Ein Denkmal für die ab Frühjahr 1945 in Berlin geschändeten Frauen“ hat die CDU-Fraktion per Antrag an das Berliner Abgeordnetenhaus gefordert. Erklärend heißt es in dem Antrag, den CDU-Fraktionschef Michael Braun im Parlament selbst vortrug, dass „in Berlin allein weit über einhunderttausend Frauen“ im Jahr des Kriegsendes von „Soldaten der Besatzungsmächte, vor allem der sowjetischen“ vergewaltigt worden seien. Das Parlament möge den Senat auffordern, bis Ende September „ein Konzept zur Errichtung eines Denkmals in Berlin für die ab Frühjahr 1945 von Soldaten der Besatzungsmächte vergewaltigten Frauen zu erstellen“.

Viele Frauen, so die Berliner Union weiter, seien „nach den Schandtaten ermordet“ worden oder hätten sich das Leben genommen, „weil sie mit der Schande nicht leben konnten“. Daher gebe es wenig konkretes Zahlenmaterial. Tatsächlich existiert die Aufzeichnung einer Anonyma, die jene schrecklichen Details des April und Mai 1945 für die Nachwelt festgehalten hatte. Sie wurden in verniedlichender Form mit Nina Hoss in der Hauptrolle verfilmt. Das Thema hat sich selbst in Europa mit Ende des Zweiten Weltkriegs keineswegs erledigt, wie die systematischen Übergriffe der serbischen Soldateska auf bosnische Frauen gezeigt haben.

SPD, Linke und Grüne lehnten den Antrag indes einhellig und mit Entschiedenheit ab. Sogar die Liberalen stellten sich gegen einen Ort des Gedenkens an die vergewaltigten Frauen. Klaus-Peter von Lüdeke (FDP) behauptete, Vergewaltigung gehöre zum Krieg und sei nicht auf eine „spezielle Soldateska“ beschränkt. Deswegen müsse das Prinzip der Vergewaltigung geächtet werden, aber nicht „eine bestimmte Vergewaltigung zu einer bestimmten Zeit“. Dem steht die Erkenntnis von Historikern entgegen, dass Massenvergewaltigung keineswegs zu den gewöhnlichen Usancen jeglicher Kriege gehört und auch im Zweiten Weltkrieg im Wesentlichen nur von der Roten Armee und den französischen Kolonialinfanteristen praktiziert wurde.

> SPD, Grüne, Linke und FDP sperren sich gemeinsam

Die Linkspartei unternahm einen ideologischen Klimmzug, um sich gegen das Ansinnen Michael Brauns zu stellen. Ihr Vertreter, Wolfgang Brauer, meinte, Krieg sei immer mit Gewalt gegen Frauen verbunden. Deshalb würde „ein deutscher Ausstieg aus allen Kriegshandlungen dem Vermächtnis dieser Frauen und Mädchen mehr entsprechen“ als alle „hilflos peinlichen Denkmalsetzungen 65 Jahre zu spät“. So wurde in beeindruckender Weise eine Brücke von den vergewaltigten Berliner Frauen des Jahres 1945 zu den Taliban der Jetztzeit in Afghanistan geschlagen.

Alice Ströver von Bündnis 90/Die Grünen warf dem CDU-Abgeordneten Braun sogar vor, dass er den Frauen die Schande zuschreibe, indem er ihrer öffentlich gedenken will. Diese liege jedoch auf Seiten der männlichen Vergewaltiger. „Manchmal kommt es auf die Wortwahl an.“ Zudem sei ein Denkmal nicht das geeignete Mittel, um einer breiteren Öffentlichkeit dieses Tabuthema zugänglich zu machen.

Brigitte Lange von der SPD hielt Braun „reflexhaften Antikommunismus“ und eine reduzierte Wahrnehmung der Geschichte vor. Lange sprach sich gegen eine Zementierung der Opferrolle der Frauen aus. Sie nannte den Antrag „empörend unbedarft“ und setzte sich damit dem Vorwurf eines umgekehrten Rassismus aus, der Deutsche stets die „Täterrolle“ zuweise und Opfer nur bei anderen Völkern kenne.

Michael Braun setzte sich zur Wehr und stellte sich gegen die Behauptung, dass jeder militärische Einsatz von vornherein verbrecherisch und barbarisch sei. Das entbehre jeder Grundlage. Ein solches Denkmal ist laut Braun überfällig: „Wir sind nicht nur von Frauen angesprochen worden, sondern auch von Organisationen, die helfen.“ Selbst als hochbetagte Pflegefälle litten die Frauen – etwa, wenn sie gewaschen würden. Die Frauen haben es oft als Schande empfunden“ und deshalb geschwiegen. Inzwischen interessieren sich laut Braun auch CDU-Bundestagsabgeordnete für das Thema, mit dem sich nun der Kulturausschuss des Abgeordnetenhauses befassen soll.

Schon 2003 war Braun auf die vom rot-roten Senat betriebene Geschichtspolitik aufmerksam geworden. 1992 war dem ersten sowjetischen Stadtkommandanten General Bersarin die Ehrenbürgerschaft (eine Hinterlassenschaft der DDR) entzogen worden, was der rot-rote Senat 2003 rückgängig machte. Als Parlamentspräsident Walter Momper (SPD) dann auch noch eine Bersarin-Ausstellung in das Parlament holen wollte, machte Braun seinen Standpunkt deutlich: „Das ist der erneute Versuch der Berliner SPD, wegen der Beteiligung der PDS am Senat die Geschichte umzuschreiben. Damit wird wieder einmal versucht, Bersarin ... zu idealisieren, sowie mit dem ehemaligen amerikanischen Militärgouverneur in Deutschland, General Lucius D. Clay, gleichzusetzen. Clay hat mit der amerikanischen Schutzmacht die Freiheit Berlins erkämpft und durchgesetzt, während unter Bersarins Oberbefehl ... durch die sowjetischen Unterdrücker Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen und Tausende von Frauen vergewaltigt wurden. Beide Personen auf eine Stufe zu stellen, verbietet sich deshalb aus geschichtlichen Gründen von selbst.“

Hans Lody

Tod einer starken Frau

Jugendrichterin Kirsten Heisig soll sich das Leben genommen haben

Die wohl streitbarste Berliner Jugendrichterin, Kirsten Heisig, ist tot. Als sich zum vergangenen Wochenende die Nachricht von ihrem plötzlichen Verschwinden bestätigte, befürchtete die Polizei ein Gewaltverbrechen, einen Racheakt einer der vielen von ihr Verurteilten. Am Sonnabendmittag entdeckten Beamte in einem Wald ihre Leiche.

Am Montag verkündete Berlins Justizsenatorin Gisela von der Aue (SPD), den Tränen nahe, sie gehe von Selbstmord aus – ohne Einzelheiten zu nennen. Ob sich die Richterin, die sich oft als Außenseiterin behandelt fühlte, von eigener Hand in dem schwer einsehbaren Gelände erhängte, bleibt unklar. Wie außergewöhnlich ihr Vermächtnis aus scharfer, aber konstruktiver Kritik an den Missständen der Justiz ist, zeigt sich jetzt: Oft warnte sie vor einer Niederlage im Kampf gegen Jugendgewalt, wofür sie heftig kritisiert und von „progressiven“ Kollegen geschnitten wurde. Nun bekommt sie posthum viel Lob. Sogar ehemals Verurteilte bedanken sich, von Heisig auf den rechten Weg gebracht worden zu sein.

Nicht nur durch Konsequenz im Amt und beschleunigte Verfahren hat die 48-Jährige Popularität erlangt. Sie warb bei ausländischen Jugendlichen und deren Eltern dafür, Kriminalität nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Schulversagen als Einstieg in Straffälligkeit war dabei ein Thema: „Wir brauchen Ihre Kinder ganz dringend in guten Berufen – als Polizisten, Erzieher und Ärzte“, sagte sie Zuwanderern, machte sich durch Einsatz vor Ort angreifbar. Heisig war durch solche Präsenz und die besondere berufliche Anspannung innerlich größerem Druck ausgesetzt als Kollegen. Sie mutete sich viel zu, ging mitunter sonntags ins Gericht, um Akten vorzubereiten. Sie lebte getrennt von ihrem Ehemann, ihre Töchter versuchte sie aus Medien und Justiz-Problemen herauszuhalten. Vor wenigen Wochen hatte sie erreicht, dass ihr Neuköllner Modell tatnaher Gerichtsverfahren bei Jugendlichen auf ganz Berlin ausgeweitet wird.

> Politikern und Kollegen war sie ein Dorn im Auge

Für ihre geplantes Buch, eine Abrechnung mit Justiz und Gesellschaft, reichte sie noch kurz vor dem Tod Korrekturen ein. Gerüchte, Heisig sei in psychologischer Behandlung gewesen, wollte die Justiz nicht bestätigen. Fragen nach Personenschutz für Richter, aber auch psychologischer Beratung stehen jetzt auf der Tagesordnung, genauso wie die Zukunft von Heisigs Neuköllner Modell.

SV

Lauter schönes Gerede

Berlins angebliche Ansiedlungserfolge sind vor allem Propaganda

Berlin ist eine echte Alternative zu London geworden“, jubelt René Gurka, Chef der Wirtschaftsförderungsgesellschaft „Berlin Partner“ zu deren fünftem Jahrestag. Das Land Berlin steuert über die Investitionsbank Berlin (45 Prozent) kräftig mit bei Berlin Partner. Mehr als 460 Unternehmen und 21000 Arbeitsplätze seien in den fünf Jahren entstanden, heißt es. Eine Erfolgsbilanz, die Berlin Partner auf eigenes Werben zurückführt – auch auf deutschlandweites Abwerben von Konzernen, das sich aber als nicht erfolgversprechend erwiesen habe, wie Gurka einräumen muss. Nun will man internationale Firmen anlocken.

Berliner Lokalmedien feierten die guten Nachrichten von Berlin Partner ausgiebig – und voreilig. Denn bei einer näheren Prüfung seiner angeblichen Erfolge fällt die halbstaatliche Gesellschaft glatt durch: Die Chefplaner der wirtschaftlichen Zukunft Berlins wissen nicht einmal wirklich, was sie ansiedeln. Denn was konkret hinter ihren stolzen Zahlen steckt, können die Verantwortlichen kaum aufschlüsseln. Wie hoch beispielsweise der Anteil an Industrie bei den Ansiedlungen ist, vermag Berlin Partner selbst auf Anfrage nicht mitzuteilen. Nur einzelne Beispiele sind bekannt. Stattdessen beschränken sich die Erhebungen der Entwicklungsgesellschaft auf sogenannte „Cluster“, also zu Gruppen gebündelte Branchen, wie Sprecher der Gesellschaft bestätigen.

> Statt »Alternative zu London« nur blumige Werbefloskeln

Von 77 erfolgreichen Ansiedlungen auf Initiative von Berlin Partner im Jahre 2009 entfallen nur 18 auf das Bündel „Industrie, Mobilität und Clean Technology“. Erfolge bei Industrie-Jobs, die Berlin dringend braucht, sind demnach gering, zumal „Clean Technology“ auch die Verwaltungszweigstelle eines privaten Müllentsorgers sein könnte. Immerhin an den Bombardier-Konzern erinnern sich Sprecher auf Anfrage. Doch ob da eine Fertigung oder ein Büro angesiedelt wurde, überblicken die Verantwortlichen selbst bei solchen Vorzeigeobjekten nicht.

Kein Wunder, dass die an der Gesellschaft beteiligte Unternehmervereinigung Berlin-Brandenburg sich nicht zu den Erfolgsmeldungen äußern will. Auch die Handelskammer verweist nur an Berlin Partner zurück. Dabei beginnt offenbar selbst die Entwicklungsgesellschaft an ihrem Selbstlob zu zweifeln. Für das erste Quartal 2010 weist sie in der „Gesamttendenz schrittweise Konsolidierung“ aus.

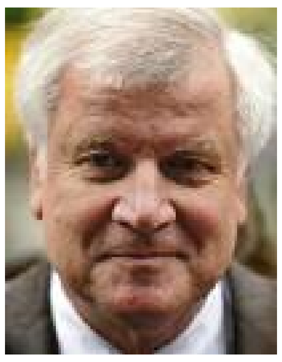
SV

Zeitzeugen



Philipp Rösler – Der 37-Jährige wurde im Herbst 2009 Bundesgesundheitsminister und tritt für eine umfasssende Reform mit einer Kopfprämie nach Schweizer Vorbild ein. Er konnte sich aber innerhalb der schwarz-gelben Koalition damit gegen die CSU bislang nicht durchsetzen.

Ulla Schmidt – Die SPD-Politikerin war von 2001 bis 2009 Gesundheitsministerin. Die Einführung des Gesundheitsfonds ist ihr Projekt. Schon vor Beginn der Einführung hatten Kritiker gewarnt, dass der am 1. Januar 2009 mit dem Einheitsbeitrag von 15,5 Prozent gestartete Fonds unterfinanziert sei. Doch die Große Koalition war wegen der anstehenden Bundestagswahl nicht bereit, den Beitrag heraufzusetzen. Stattdessen wurde er wegen der Finanzkrise im Sommer 2009 sogar auf 14,9 Prozent gesenkt.



Horst Seehofer – Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende, geboren 1949 in Ingolstadt, lehnt die vom Bundesgesundheitsminister – und zumindest zeitweise auch von Angela Merkel – favorisierte Kopfpauschale entschieden ab. Dieses Thema ist ihm so wichtig, dass er ihretwegen 2004 sogar als Unions-Fraktionsvize zurücktrat. Sein Votum hat in dieser Frage zusätzliches Gewicht, weil dem ehemaligen Bundesgesundheitsminister (1992–1998) Sachkunde nicht abgesprochen werden kann.



Otto von Bismarck – Der Reichskanzler (1815–1898, Amtszeit von 1871–1890) gilt als „Vater“ des deutschen Sozialstaates. 1883 führte er die Krankenversicherung ein, 1884 die Unfallversicherung, und ab 1889 wurden die Arbeitnehmer erstmals gesetzlich gegen die Folgen von Alter und Invalidität abgesichert. Die Motivation des „Eisernen Kanzlers“ war offenbar eine Kombination aus aufrichtigem, christlich inspiriertem sozialen Verantwortungsbewusstsein und politischem Kalkül, um der aufstrebenden Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen. Um Bismarcks zukunftsweisende Sozialpolitik richtig zu würdigen, muss man in andere Länder schauen: Während er seine Sozialversicherungsgesetze schuf, hatten die als „Musterdemokratie“ gerühmten USA gerade erst seit ein paar Jahren die Sklaverei abgeschafft.

Das kranke Gesundheitswesen

250 Milliarden Euro allein an direkten Kosten machen das System unfinanzierbar

Die gesetzlichen Krankenkassen stehen – wieder einmal – vor einem Milliardenloch, trotz aller politischen Reparaturversuche, die uns seit Jahren als „Reform“ verkauft werden. Was macht das Gesundheitswesen so teuer? Sind wir Deutschen zu krank, oder ist das System selber der Patient?

Es ist eine schier unendliche Horrorliste. Gezählt wird nur noch in Milliarden, Millionen sind keiner Erwähnung mehr wert, in Hochrechnungen gerät schon die Billion ins Visier. Die Rede ist nicht von den über Jahrzehnten angehäuften Staatsschulden, auch nicht von den zwei Jahres-Kosten der weltweiten Finanzkrise, sondern von den jährlichen Gesundheitskosten in Deutschland.

Allein die Volkskrankheit Diabetes kostet die Krankenkassen jährlich fast 6000 Euro pro Patient. Darin sind aber, wie eine Studie der Universität Köln belegt, nur die direkten Behandlungskosten erfasst; rechnet man die Behandlung der Folgeerkrankungen sowie den volkswirtschaftlichen Schaden durch Arbeitsunfähigkeit oder Frühverrentung hinzu, kommt man auf 60 Milliarden.

Ein weiteres Beispiel: Nach Berechnungen des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts entsteht durch psychische Erkrankungen (zum Beispiel „Burnout“) ein Schaden von über 260 Milliarden Euro – 11,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dagegen nehmen sich die für Diagnose und Behandlung von Arthrose veranschlagten zehn Milliarden fast bescheiden aus.

> Viele teure Erkrankungen sind vermeidbar

Die direkten Ausgaben für Gesundheit – ärztliche und pflegerische Leistungen, Medikamente, Krankenhaus und Reha – haben laut Statistischem Bundesamt die Viertel-Billionen-Marke erreicht, pro Kopf der Bevölkerung über 3000 Euro. Sie verzehren ein Zehntel der erarbeiteten Wirtschaftsleistung. Die Altersgruppe unter 30 begnügt sich mit moderaten 1200 Euro, ein 45-Jähriger kostet bereits fast 3000 Euro, ab 65 gehen die Kosten dramatisch hoch: über 6000 Euro für 65- bis 84-Jährige, nahezu 15000 für die noch Älteren. Die Hälfte der gesamten Krankheitskosten entfällt auf die Bevölkerungsgruppe über 65.

Diese Gruppe nimmt aufgrund der anhaltend negativen demografischen Entwicklung weiter zu. Zugleich verzeichnen kostenintensive Volkskrankheiten wie Diabetes dramatische Zuwachsraten (Verdoppelung innerhalb 20 Jahren).

Bei den Bemühungen, der drohenden Unfinanzierbarkeit des Gesundheitswesens Herr zu werden, verdient ein Hinweis in der Kölner Diabetes-Studie Beachtung: „Hauptkostentreiber sind mit vier Fünftel die vermeidbaren Folgeerkrankungen“, heißt es da.

„Vermeidbar“ sind extrem hohe Krankheitskosten – bei weitem nicht nur bei Diabetes, sondern im gesamten Gesundheitswesen – durch optimierte Behandlung, bessere (nicht unbedingt teurere) Medikamente, verstärkte Früherkennung und Diagnostik. Aber auch durch gesundheitsbewussteres Verhalten der Betroffenen: Der Zuckerkranke, der seine Diät „aber bitte mit Sahne“ versüßt, ist hier ebenso gefragt wie der allzu ehrgeizige Freizeitsportler, der die knochenbrecherischen Folgen von Trainingsrückstand und Selbstüberschätzung der Solidargemeinschaft von Beitrags- und Steuerzahlern aufbürdet, oder der Raucher, der sich von Lungenkrebs und Herzinfarkt-Gefahren nicht seine Kneipengemütlichkeit verderben lässt. Sie und viele andere könnten durch etwas mehr Vernunft und Disziplin mehr als jene elf Milliarden Euro einsparen, die den Krankenkassen derzeit fehlen.

Und wem das als Motivation fürs Nichtrauchen noch nicht reicht, der sei an eine erschütternde Zahl aus der Passivraucher-Studie des Deutschen Krebsforschungszentrums erinnert: Unter den 3300 Nichtrauchern, die jährlich an den Folgen des Mitrauchens sterben, sind etwa 60 Kinder im ersten Lebensjahr! *H.-J. Mahlitz*



Kostenfalle Diabetes: Die Krankenkassen rechnen mit rund 6000 Euro pro Patient pro Jahr bei dieser Volkskrankheit. Bild: pa

Gesundheitsreform von unten

Nein, am deutschen Gesundheitswesen wird die Welt nicht genesen. Das soziale Fürsorgesystem Bismarck'scher Prägung, einst weltweites Vorbild, ist für die völlig neuen Herausforderungen einer alternden Gesellschaft mit immer weniger Beitragszahlern und immer mehr Leistungsempfängern nicht mehr tauglich. Dies gilt für Krankheitskosten ebenso wie für die Renten.

Dass dieses System dringend der Reform bedarf, hat sich auch in Politikerkreisen herumgesprochen. Deren Reaktion bestand zumeist aber nur aus kleinkariertem Stückwerk – man denke an „Ulla Schmidts tägliche Gesundheitsreform“. Deren einzig erkennbare Konstante hieß „Alles wird teurer“.

Entlastung statt Beitragserhöhung

Im Herbst 2009 hatten Union und FDP nicht zuletzt mit dem Versprechen einer echten Gesundheitsreform die Wahl gewonnen. Auf das Einlösen der vollmundigen Ankündigungen wartet das Volk seither vergebens. Stattdessen wird ihm nach achtmonatigem Koalitionsstreit als bislang einziger Reformschritt eine Beitragserhöhung um 0,6 Prozentpunkte (plus Zusatzbeiträge) präsentiert.

Zumindest in Bayern hat das Volk die Sache nun selbst in die Hand genommen. Denn das überdeutliche Votum für einen konsequenten Nichtraucherschutz ist ein Stück „Gesundheitsreform von unten“: Im Gegensatz zu manchen herumlavierenden Politikern haben die Wähler erkannt, dass man das hochgradig gefährdete System nur dann wieder finanzierbar machen kann, wenn man es von milliardenteuren unnötigen, weil selbstverursachten Erkrankungen wie den Folgen der Nikotinsucht entlastet. Jede Zigarette, die nicht geraucht wird, ist ein Beitrag dazu. *H.J.M.*

Alles oder nichts

Gesundheitssysteme im internationalen Vergleich

Im Vergleich der Finanzierungsmodelle für das Gesundheitswesen stehen sich in Europa zwei Grundrichtungen gegenüber: steuerfinanziert oder beitragsfinanziert. Am ehesten mit dem deutschen System vergleichbar sind Belgien und Luxemburg – die überwiegende Finanzierung aus einkommensabhängigen Sozialversicherungsbeiträgen wird ergänzt durch staatliche Zuschüsse, abhängig vom Defizit der Krankenkassen.

In Frankreich übernimmt die staatliche „Régime général d'assurance maladie“ 75 Prozent der Arzt- und 70 Prozent der Arzneikosten. Der Arbeitgeberanteil des Beitrags liegt bei 12,8, der Arbeitnehmeranteil bei nur 0,75 Prozent des Bruttolohns. Hinzu kommt, als Ausgleich für den längst nicht mehr ausreichenden Arbeitnehmerbeitrag, eine Allgemeine Sozialsteuer (CSG) in Höhe von 7,5 Prozent. Seit Jahrzehnten befindet sich das System in der Dauerkrise und schreibt jährliche Defizite in dreistelliger Millionenhöhe. Überfällige Reformen scheitern immer wieder am Widerstand der Gewerkschaften, vor allem der kommunistischen CGT.

Große Probleme haben auch die Länder, die ihr Gesundheitswesen überwiegend aus Steuermitteln finanzieren, wie Großbritannien, Portugal, Finnland, Schweden, Dänemark oder Irland. Sie mussten erkennen, dass langfristig die Qualität der ärztlichen Versorgung leidet.

> »Freiheit« à la USA, griechisches Chaos, Schweizer Kopfprämie

Zu gleichen Teilen aus Steuern und Beiträgen finanzieren Spanien, Italien und Griechenland ihre Krankenversicherungen. Mangelnde Ausgabendisziplin und zum Teil chaotische Verwaltungsstrukturen haben in diesen Ländern zu den allgemeinen Etatkrisen beigetragen.

Die Schweiz verfügt über ein eigenständiges, weitestgehend auf Beiträgen gestütztes System, das in Deutschland oft als Vorbild dient. Einheimische und aufenthaltsberechtigte Ausländer sind generell pflichtversichert. Es gibt jedoch keine staatliche Krankenkasse, sondern nur privatwirtschaftlich geführte Krankenversicherungen. Die Prämien sind einkommensunabhängig (Kopfprämien) und werden von den Kantonen festgelegt; zur Zeit liegen sie bei durchschnittlich 310 Franken (zirka 200 Euro) im Monat. Da die Schweiz (gemessen am BIP) mit über 52 Milliarden Franken das weltweit zweitteuerste Gesundheitswesen hat, bleiben auch ihr grundlegende Reformen nicht erspart.

Im krassesten Gegensatz zu jenen Staaten, die alle Bürger in eine Krankenversicherung zwingen, steht das System der USA. Es gibt bislang überhaupt keine Versicherungspflicht. Dennoch sind 61 Prozent der Amerikaner über ihre Arbeitgeber versichert, weitere zehn Prozent zahlen eine private Versicherung. Soldaten, Veteranen, Behinderten, Bürgern über 65 oder mit Einkommen unter der Armutsgrenze zahlt der Staat eine karge Grundversorgung. Aber 46 Millionen Bürger waren bis zu Barack Obamas Gesundheitsreform nicht versichert; sie haben lediglich Anspruch auf Notfall-Versorgung. Viele von ihnen sehen darin sogar einen Ausdruck persönlicher Freiheit. *H.J.M.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **5194**

Den hässlichen Kern entblößt

SPD-Chef Sigmar Gabriel nötigte mit seinem Präsidentschaftskandidaten »Die Linke« zur Selbstentlarvung

Auf den ersten Blick sah es so aus, als wäre die schwarz-gelbe Regierung der große Verlierer der Präsidentenwahl vergangene Woche. Doch es gibt noch einen anderen Verlierer: die Partei „Die Linke“.

Selten wohl hat ein Verlierer so viel gewonnen bei einer Wahl wie der unterlegene Joachim Gauck bei der Wahl zum Bundespräsidenten: Nicht nur bescherte ihm die Kandidatur einen letzten Höhepunkt in seinem beruflichen Lebensweg, der glanzvoller kaum hätte ausfallen können.

Der Bürgerrechtler und Stasi-Aufklärer hätte seine historische Mission nicht besser abschließen können als mit diesem Auftritt. Denn nach Jahren der Schönrednerei und der Vergangenheitsvertuschung machte die Reaktion der Linkspartei auf Joachim Gauck schlagartig sichtbar, wie viel vom SED- und Stasi-Staat noch immer in der mehrfach umbenannten Truppe stecken.

Man werde Gauck nicht wählen, weil er für den Afghanistankrieg sei und „neoliberale“ Ansichten vertrete, schob die „Linke“-Galionsfigur Gregor Gysi vor. Dass es sich dabei um klamme Ausreden handelte, war indes für jedermann erkennbar. Dafür hatte die Co-Vorsitzende Gesine Lötzsch persönlich gesorgt. Unmittelbar nach Gaucks Nominierung tat sie verbittert kund: Wenn SPD und Grüne gezielt nach einem Kandidaten gesucht hätten, den ihre Genossen auf keinen Fall wählen würden, dann sei ihnen dass mit der Kür des Theologen gelungen.

Da war noch nichts von Afghanistan oder „neoliberal“ zu hören. Wie auch? Als Inbegriff des Kampfbegriffs „neoliberal“ gilt der äußersten Linken schließlich die Agenda 2010 und das Hartz-IV-System, was bekanntlich ein Projekt der rot-grünen Regierung Schröder/Fischer war, ebenso wie der Afghanistan-Einsatz. Wären dies die entscheidenden Kriterien der SED-Nachfolger gewesen, hätten sie von vornherein niemandem zustimmen können, den SPD und Grüne aufgestellt haben.

Allein seine Rolle als prominenter Bürgerrechtler und noch viel mehr sein Lebenswerk, der Aufbau der damals gemeinhin nach ihm benannten Behörde zur Aufdeckung von Stasi-Verbrechen, war es, die ihn für den linken Rand unwählbar machten.

Ein Umstand, der Fragen nach den Motiven insbesondere von SPD-Chef Sigmar Gabriel aufwirft. Hatte er sich beim Verhalten der Linkspartei verrechnet? Wollte er den SED-Erben eine goldene Brücke bauen, um sich von ihrer schmutzigen Vergangenheit reinzuwaschen, so ist dies gründlich misslungen. Das Gegenteil ist eingetreten. Gabriels strategisches Geschick ist indes unbestritten, weshalb eher gemutmaßt werden darf, dass der Schachzug mit voller Absicht geschah. Dafür sprechen auch seine Reaktionen nach der Präsidentenwahl: Statt Gaucks deutschlandweit mit lagerübergreifender

Roland Koch hielt vor drittem Wahlgang entscheidende Rede

Sympathie begleiteten Auftritt zu einem strahlenden Sieg der Opposition zu erklären, erging sich der SPD-Chef in heftigen Attakken an die Linkspartei: Mit ihrer Verweigerung hätten die Linken nur dem Koalitionskandidaten Christian Wulff in die Hände gespielt und sonst nichts erreicht.

Wer so spricht, will offenbar keine freundlichen Bande zur Führung der Linkspartei pflegen. Er will vielmehr Ärger säen bei deren Wählern über das Verhalten der eigenen Repräsentanten, in dem Wunsche, diese Wähler für die SPD zurückzugewinnen.

Die Anhänger rot-rot-grüner Bündnisse zeigen sich entsprechend wütend. So wirft der Kommentator der „Zeit“ der SPD-Führung vor, gegen die Linkspartei eine Rhetorik „wie im Kalten Krieg“ gepflegt zu haben. Sozialdemokraten hätten gegen die „Linke“ geholzt, getobt und gedröhnt, klagt die „Zeit“.

Als zweite große Verliererin neben der Linkspartei wird allenthalben Kanzlerin Angela Merkel ausgemacht. Trotz einer satten schwarz-gelben Mehrheit von 644 zu 600 Wahlmännern sollte der entscheidende Durchbruch erst im dritten Wahlgang gelingen. Dass es sich hierbei um ein Misstrauensvotum bürgerlicher Abstimmer gegen Christian Wulff gehandelt haben könne, das glaubt im In- wie im Ausland niemand. Der Wiener „Standard“ zieht vielmehr ein für die Zukunft der CDU-Chefin gefährlich klingendes Resümee: Für Ursula von der Leyen hätte die Kanzlerin vielleicht auch die SPD gewinnen können. Stattdessen habe Merkel auf Wulff gesetzt. Und zwar nur, um damit ihren allerletzten innerparteilichen Konkurrenten loszuwerden. Dieser Schachzug zeige, dass die Kanzlerin kein Gefühl mehr habe für die Stimmung unter den eigenen Leuten.

Wie weit der Unmut dort gediehen ist, hat die Präsidentenwahl gezeigt. Nach dem neunstündigen Wahltag besuchte Merkel noch das Sommerfest der hessischen Landesvertretung in Berlin. Teilnehmer dieses letzten von Gastgeber Roland Koch veranstalteten Festes berichten von einer schweigenden, starren, in sich gekehrten Kanzlerin. Sie wird es besonders gewurmt haben, dass es einer Rede von Koch zugeschrieben wird, dass Wulff im dritten Wahlgang doch noch knapp die absolute Mehrheit erhielt und von den anfangs 44 Abweichlern „nur“ noch 19 bei ihrer Entscheidung blieben. Koch habe die Seele der Wahlleute getroffen, Merkel (mal wieder) nicht, heißt es in Unionskreisen.

Offenbar aber ist die Kanzlerin entschlossen, die Kommunikation in der Koalition, die sich monatelang vernehmlich öffentlich in den Haaren lag, zu verbessern. Vergangenen Dienstag besuchte sie die FDP-Fraktion, wo sie auf einen Vizekanzler traf, den die jüngsten Ereignisse kaum weniger mitgenommen haben. Auch FDP-Chef Guido Westerwelle sei nach dem Wahlkrimi noch angeschlagener als zuvor, heißt es in Berlin. *Hans Heckel*



Durchdachter Schachzug: Die SPD brachte Joachim Gauck (l.) vor allem aus taktischen Gründen ins Spiel. Bild: Reuters

MELDUNGEN

Vorzeigeprojekt vor dem Aus?

Berlin – Der als deutsches Vorzeigeprojekt am 1. Januar dieses Jahres gestartete elektronische Entgeltnachweis (Elena) soll laut Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) auf seine Effizienz hin überprüft werden. Das von der Großen Koalition zum Bürokratieabbau beschlossene Projekt sah vor, dass Deutschlands Arbeitgeber die Beschäftigungsnachweise für ihre Arbeitnehmer nicht mehr auf Papier bei Bedarf erstellen, sondern monatlich online an eine zentrale Sammelstelle mailen. Diese sollte es Sozialämtern und Arbeitsagentur erleichtern, schnell auf diese Daten zuzugreifen. Damit die Arbeitnehmer über ihre Daten selbst verfügen, sollte jeder eine Plastikkarte mit PIN erhalten. Doch statt zehn Euro pro Karte sollen diese jetzt 60 bis 80 Euro kosten. Diese Mehrkosten können die Kommunen aber nicht tragen. *Bel*

Auch Wulff will »bunte Republik«

Berlin – Schneller als vermutlich von ihm selbst erhofft hat der neue Bundespräsident Christian Wulff an Beliebtheit dazugewonnen. Nach der etwas holprigen Wahl erklärten 58 Prozent, der Richtige sei gewählt worden, nur 35 Prozent sprachen sich immer noch für Gauck aus. Damit hat die Argumentation von SPD-Chef Sigmar Gabriel, eine schwarz-gelbe Politikermehrheit habe gegen den Willen des Volkes einen Parteikandidaten durchgesetzt, einen zusätzlichen Dämpfer erhalten. Wulff bemüht sich unterdessen um Sympathien auch im andersfarbigen politischen Lager. Mit seiner Mahnung, jeder müsse unabhängig von Herkunft und Wohlstand die „gleichen Bildungschancen erhalten“, bediente er mehrere linke (Selbst-) Täuschungen. Von der Bundesrepublik Deutschland sprach er an einer Stelle als „unserer bunten Republik Deutschland“. *K.B.*

Energiepolitik in 1000 Stücken

Deutschland fehlt ein Gesamtkonzept – Ideologie statt Logik

Begeistert nahm die „Frankfurter Rundschau“ („FR“) den „Nationalen Aktionsplan für Erneuerbare Energien“ von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) auf und titelte „Ökostrom boomt Atom weg“. Nach Schätzungen des Umweltministeriums dürfte sich der Anteil der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien bis 2020 auf 38,6 Prozent erhöhen. Und da Röttgen im Frühjahr als Voraussetzung für das Abschalten der Kernkraftwerke einen Anteil der erneuerbaren Energien von 40 Prozent genannt habe, bedeute dies laut „FR“, dass zumindest rein rechnerisch ab 2021 alle deutschen Atommeiler ausgeschaltet werden könnten.

Diese auf extremen Vereinfachungen basierende Logik dürfte jeden, der sich ein wenig mit dem Thema Energieerzeugung auseinander gesetzt hat, in die Verzweiflung treiben. Experten beklagen schon seit Jahren, dass in Deutschland die erneuerbaren Energien rasant ausgebaut würden, ohne dass gleichzeitig Speichermöglichkeiten geschaffen werden. Da vor allem Wind- und Sonnenenergie äußerst ungleichmäßig zur Verfügung stehen, müsste dieses Manko durch die Schaffung von Speicherkapazitäten behoben werden. Allerdings gibt es hierfür bisher keine überzeugenden, massentauglichen Technologien. Gleichzeitig hält auch der Ausbau der Leitungsnetze nicht mit dem Bau von Windkraft- und Solaranlagen Schritt. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) gibt hierfür der dem Bundeswirtschaftsministerium unterstellten Bundesnetzagentur die Schuld. Sie müsse den Netzbetreibern höhere

Es fehlen Speichermöglichkeiten und Leitungen

Renditen genehmigen, um so die Anreize zum Ausbau der Netze zu erhöhen. Bereits 2005 habe die Deutsche Energieagentur (Dena) errechnet, dass Deutschland neue Höchstleistungstrassen mit einer Länge von etwa 850 Kilometer bräuchte. Da die meisten Windkraftanlagen im Norden Deutschlands zu finden sind, die großen energieintensiven Industrien aber im Süden, müsse beides miteinander verbunden werden. Fünf Jahre später seien jedoch gerade 90 Kilometer Leitung neu gebaut worden. Dies läge nicht an der mangelnden Investitionsbereitschaft der Netzbetreiber, sondern an regionalen Widerständen gegen Stromleitungen. RWE-Manager Rolf Martin Schmitz geht davon aus, dass allein der Ausbau der Übertragungsnetze für die Erneuerbaren Energien in den nächsten zehn Jahren 40 Milliarden Euro kosten dürfte, doch weder Umweltgruppen noch der Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE) würden den Netzbetreibern helfen, die Akzeptanz neuer, intelligenter Leitungsprojekte in der Bevölkerung zu erhöhen. „Haben Sie den BEE in dieser Frage je an Ihrer Seite auf Bürgerversammlungen gehabt?“, fragte Schmitz bei einer Energiekonferenz seine Kollegen.

Stromerzeuger und der BDEW kritisieren, dass die Bundesregierung bisher noch kein langfristiges energiepolitisches Gesamtkonzept vorgelegt hat, das der Energiebranche als Grundlage für zukünftige Investitionen dienen könnte. Neben der andauernden Ungewissheit über die Laufzeitverlängerung bei Kernkraftwerken sorgte nun der Bundesrat für Unklarheit, indem er die vom Bundestag bereits beschlossene Kürzung der Solarförderung zum 1. Juli kippte. Im Vermittlungsausschuss wurde nun beschlossen, die Kürzung um 16 Prozent in Schritten über die nächsten drei Monate zu verteilen. *R. Bellano*

Einseitige Versöhnung

60 Jahre Charta der Heimatvertriebenen in Berlin gefeiert

Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950 ist nach den Worten von Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, eines der „eindrucksvollsten Dokumente der Versöhnung“ in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Vertriebenen hätten damals ihre Bereitschaft zur Versöhnung bekundet, und: „Sie haben Wort gehalten; sie halfen mit, das vereinte Europa zu schaffen.“

Vor 60 Jahren, am 5. und 6. August 1950, war dieses immer wieder zitierte Dokument in Stuttgart von Vertretern von Landsmannschaften und Vertriebenenverbänden unterzeichnet und vor 100 000 Menschen verkündet worden. Daran erinnerte jetzt die Konrad-Adenauer-Stiftung am 3. Juli in Berlin mit einem prominent besetzten Colloquium, das auch deutlich machte, wie sehr historische Erinnerung mit Gegenwartsfragen verknüpft ist.

Kauders positiver Wertung der Charta schlossen sich die anderen Redner an. Der Würzburger Historiker Matthias Stickler sprach von einem „Schlüsseldokument der deutschen Nachkriegsgeschichte“. Und Vertriebenenpräsidentin Erika Steinbach meinte, „diese erste große Willenskundgebung der Vertriebenen war durch die ganze Geschichte der Bundesrepublik hindurch und zwischen allen sonst so unterschiedlichen politischen Lagern niemals strittig“.

In der Tat konnte die Charta kein Anlass zum Streit bieten. Die Vertriebenen hatten eindeutig auf Rache und Vergeltung verzichtet, sich für Versöhnung und für „die Schaffung eines geeinten Europas“ in Frieden und Freiheit ausgesprochen. Der Gottesbezug in der Präambel war bewusst an den des Grundgesetzes angelehnt.

In Prag gilt die Vertreibung weiterhin als gerecht

In den osteuropäischen Ländern blieb, so die Gäste aus Polen und Tschechien, Karol Sauerland und Kristina Kaiserová, die Bekundung zur Versöhnung ohne Resonanz, die Vertriebenen blieben dort „Militaristen“ und „Revanchisten“. Das hat sich inzwischen geändert. Frau Kaiserová, Historikerin an der Universität Aussig, berichtete, dass man in ihrem Land heute „offen“ über das Thema Vertreibungen spreche, dass Filme über die Vertreibung der Deutschen zu bester Sendezeit gezeigt würden, dass aber gleichwohl alles in allem die Vertreibung doch als gerecht angesehen werde.

Sauerland, ein auch im Westen hochangesehener Germanist aus Warschau und Thorn, erinnerte an die „Gewalterfahrung der Polen von zwei Seiten“ und fragte mit Blick auf die Vertreibung der Polen aus ihren Ostgebieten 1944/45, warum in allen Debatten über Vertreibungen „immer die Sowjets ausgeschlossen bleiben“. Heute sei das Thema Vertreibungen in Polen kein Tabu mehr; in Büchern besonders aus Danzig, Stettin und Breslau sei es präsent.

Es war Volker Kauder, der auch den Bezug zur Gegenwart herstellte. Was 1950 für die Charta als Angebot zur Versöhnung gelte, müsse auch heute gelten: eine Versachlichung des Gesprächs im nationalen und grenzüberschreitendem Rahmen bei dem strittigen Thema zur Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. Der „von Deutschland entfesselte Vernichtungskrieg“ werde von niemand infrage gestellt; bei der geplanten Stiftung gehe es darum, leidvolle Erfahrungen für die Zukunft fruchtbar zu machen. Kauder zu Frau Steinbach: „Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht bei der Etablierung des Zentrums an Eurer Seite.“ *Dirk Klose*

MELDUNGEN

Jemen steht vor Bürgerkrieg

Aden – Mehr als 200 Separatisten wurden inhaftiert, Dutzende bei Unruhen verwundet oder getötet, gleichwohl nehmen die Unruhen im Süden des Jemen explosionsartig zu. Nach Ansicht ausländischer Diplomaten in Aden könnte ein neuer Bürgerkrieg vor dem Ausbruch stehen. Als Motor der Bewegung sehen sie Bin Ladens arabischen Al-Kaida-Zweig. Die Zusammenstöße der von Stammeshäuptlingen gestützten Rebellen mit regierungstreuen Gruppen werden häufiger. Die Macht über die nördliche Hauptstadt Sanaa entgleitet der Regierung immer mehr. Ihre auf Öl gestützte Herrschaft schwindet, da die Förderung stockt und die gesamte Wirtschaft kollabiert. Im Gefolge dieser Probleme schwelt auch wieder der Nord-Süd-Konflikt, der 1994 schon einmal zu einem Bürgerkrieg geführt hatte. Er geht darauf zurück, dass der Norden ein selbständiges Imanat war, der Süden aber von 1839 bis 1967 von Großbritannien regiert und danach eine marxistische „Volksdemokratie“ wurde. *J. Feyerabend*

Einschnitte in Großbritannien

London – Der ersten drastischen Sparrunde folgte nun eine zweite: Nachdem die britischen Ministerien bereits alle mit einem um 25 Prozent gekürzten Budget arbeiten müssen, sollen sie nun Kürzungen in Höhe von insgesamt 40 Prozent durchrechnen und in einem Bericht die Folgen darlegen. Anhand dieser Vorlagen wird dann entschieden, wo noch mehr gespart werden soll. Ausgeschlossen von diesen tristen Rechenspielen sind die Ressorts Bildung, Gesundheit und Verteidigung. Die Gewerkschaften unken, dass eine Million Stellen im Öffentlichen Dienst gestrichen werden müssten. Die Regierung nennt zwar keine Zahlen, erinnert aber daran, dass das britische Haushaltsdefizit elf Prozent beträgt. *Bel*

Altes Bündnis in der Zerreißprobe

Die Partnerschaft der Türkei mit Israel steckt in der Krise – Hauptgrund ist wachsender Islamismus Ankaras

Die langjährigen Partner Türkei und Israel sind seit kurzem tief zerstritten. Jüngster Anlass ist Israels Kaperung des türkischen Schiffes „Mavi Marmara“, das versuchte, die Blockade des Gaza-Streifens zu durchbrechen. Doch die wahren Ursachen liegen tiefer. Die USA versuchen vergeblich, die Wogen zu glätten.

Was war das doch für eine legendäre strategische Freundschaft zwischen den so verschiedenen Staaten Türkei und Israel. Beide Länder hatten über Jahrzehnte gleichgerichtete Interessen: Beide wussten sich einig in der Freundschaft mit den USA, beide waren einigermaßen säkular und demokratisch regiert sowie mehr oder weniger gleichermaßen verfeindet mit den arabischen Nachbarstaaten, denn die waren entweder islamistisch oder im Sinne der „Baath“-Ideologie sozialistisch-nationalistisch. Israel und die Türkei unterstützten einander diplomatisch und veranstalteten sogar regelmäßig gemeinsame Militärmanöver.

Das türkisch-jüdische Sonderverhältnis ist sogar älter als der Staat Israel. Schon 1492, bei der Vertreibung der Juden aus Spanien, öffnete der türkische Sultan sein Land für jüdische Flüchtlinge und begründete damit eine Tradition, die über die Jahrhunderte, bis in die NS-Zeit hinein Bestand haben sollte. Das ungewöhnliche Verhältnis blieb stabil, weil es stets mehr gemeinsame Gegner oder Konkurrenten als Interessengegensätze gab.

Nach der Gründung Israels und den Nahostkriegen funktionierte diese Partnerschaft weiter, weil die Türkei jahrzehntelang stabil laizistisch ausgerichtet war: Wenn die Islamisten an die Macht drängten, putschte das Militär und sicherte die an Atatürk angelehnte Grundausrichtung des Landes ab – zuletzt 1997 gegen den Islamisten Necmettin Erbakan. Doch mit dem Machtwechsel hin zur islamistischen AKP-Partei des Recep Tayyip Erdogan – einem Epigonen Erbakans – änderte sich alles, wenn auch zunächst nur schleichend: Erdogan verfolgt die Konzeption einer Wiedererrichtung des Osmanischen Reiches mit starker Orientierung an Islam und Scharia. Dazu versucht er eine Annäherung an die arabischen und anderen islamischen Regime sowie die Profilierung der Türkei als Regionalmacht im Nahen Osten. Und wie profiliert man sich im Nahen Osten am einfachsten als Regionalmacht? Indem man klar gegen Israel Stellung bezieht.

Bei den meisten etablierten arabischen Staaten konnte er damit nicht landen: Sie haben historische Ressentiments gegen die Türkei und dazu Angst vor islamistischen Ambitionen. Wo er aber ein offenes Ohr fand, waren die Terrorgruppen Hamas in Gaza und Hisbollah im Libanon sowie in Syrien und beim Mullah-Regime im Iran. Große Aufmerksamkeit erregte das bilaterale Treffen in Istanbul zwischen Erdogan und dem iranischen Präsidenten Ahmadinedschad – international ein absoluter Paria wegen seiner Vernichtungsdrohungen gegen Israel. Die Türkei unterstützte den Iran in der Abwehr von ernsthaften UN-Sanktionen wegen seines Atomprogramms. Das Scheinab-

> Für Washington ist dieser Konflikt ein politisches Debakel

kommen zwischen der Türkei, Brasilien und dem Iran zur Anreicherung der Brennstäbe im Ausland vom Mai verärgerte wiederum die USA. Dazu kamen antisemitische Äußerungen von Erdogan selbst. Eher harmlos war noch das vergiftete Lob „Die Juden konnten schon immer gut mit Geld umgehen“, offen antisemitisch hingegen der Vorwurf: „Wenn es ums Töten geht, mit dem Töten kennt ihr euch sehr gut aus“, an die Adresse von Schimon Peres in Davos im Januar 2009.

Auf die Annäherung der Türkei an seine Todfeinde Hamas, Hisbollah, Syrien und Iran reagiert Israel mit zunehmender Härte. Anfang Juni lief ein sogenannter „ziviler Hilfskonvoi“ aus sechs Schiffen von Istanbul in Richtung Gaza aus – auf Betreiben der türkischen Regierung, organisiert von der islamistischen Organisation IHH und mit dem Ruf: „Oh ihr Juden! Die Armee des Propheten Mohammed wird zurückkommen! Intifada bis zum Sieg!“ Da war für Israel das Maß voll, ein Marinekommando stürmte das Flaggschiff „Mavi Marmara“ und stoppte den Konvoi. Als die Soldaten auf Deck angegriffen wurden, schossen sie (nach israelischen Angaben in Notwehr) und töteten dabei neun IHH-Aktivisten.



Erdogan als Unterstützer: Protest der Hamas im Gaza-Streifen Bild: Reuters

Ministerpräsident Erdogan beschuldigte Israel umgehend des „Staatsterrorismus“. Mehr noch: Er drohte Israel und stellte indirekt seine Existenzberechtigung in Frage: „Israel ist dabei, seine Legitimität zu verlieren“, und: „Sie werden diesen Einsatz noch bereuen.“ Als Begleitmusik protestierten Hunderttausende Menschen auf staatlich durchorganisierten Demonstrationen gegen Israel und skandierten Hassparolen gegen den Judenstaat. Die Palästinenser trugen bei ihren Protesten das Konterfei Erdogans vor sich her und schwenkten – ein absolutes Novum – die türkische Fahne.

Die USA mit ihrer überfordert wirkenden Obama-Regierung bemühen sich mittels Dreiecks-Diplomatie um Beruhigung der Lage, bislang erfolglos. Die Türkei gießt weiter Öl ins Feuer, fordert ultimativ eine Entschuldigung Israels für den Zwischenfall auf der „Mavi Marmara“ – den sie selbst mit verursacht hat – sowie eine internationale Untersuchung. Andernfalls werde die Türkei die diplomatischen Beziehungen mit Israel abbrechen, drohte Außenminister Ahmet Davutoglu jüngst.

Zweischneidig wirkt die Rolle der EU: Die USA kritisieren, dass Westeuropa die Islamisierung der Türkei indirekt gefördert habe: Da die EU nicht bereit sei, die Türkei als Vollmitglied aufzunehmen, habe sich diese aus Enttäuschung dem Osten zugewandt. Für Türkei-Experten aber wird umgekehrt ein Schuh daraus: Durch die von der EU forcierten Verfassungsreformen und die Entmachtung des Militärs gibt es in der Türkei keine Garantiemacht des Atatürk-Säkularismus mehr. Erst im Februar waren 40 hochrangige Offiziere wegen angeblicher Putschpläne festgenommen worden.

In jedem Fall hat es die Türkei in der letzten Zeit geschafft, zwischen Israel einerseits sowie die USA und die EU andererseits immer neue Keile zu treiben. Die linke Mainstream-Presse und israelkritische linke Parteien Westeuropas unterstützen die Türkei auch noch dabei. *Anton Heinrich*

Besser spät als nie

Russland will Armee verschlanken – Berufsarmee im Gespräch

Am 16. Juni verkündete der russische Präsident Wladimir Putin, die Regierung werde bis 2013 knapp 1,2 Billionen Rubel (31,5 Milliarden Euro) für die „neue Gestalt der Armee“ aufwenden. Allein zehn Milliarden Euro sind für moderne Wehrtechnik bestimmt, was allerdings wenig bewirkt in einer Armee, in der, so Putins Rüge, „Systeme, die vor 20, 30 Jahren produziert wurden“, eingesetzt werden. Eine Modernisierung sollte bereits Viktor Tscherkesow, als Chef des Waffenbeschaffungsamts eine „Kreatur Putins“, bewirken, scheiterte aber. Mitte Juni vergab Präsident Medwedew das Amt an die bis dahin für Moskau zuständige Verwaltungsleiterin des Föderalen Steuerdienstes Nadeschda Sinikowa – ein Schlag gegen Putin und ein Indiz für den Streit, der in Russlands politischer und militärischer Führung um Personal-, Versorgungs-, Rüstungs- und Ausbildungsprobleme der Armee eskaliert.

Hauptkontrahenten sind Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow und Generalstabschef Nikolaj Makarow. Der Minister möchte die Armee, derzeit 1,1 Millionen Mann, durch Entlassungen, Abwracken von Waffen und Garnisonsschließungen radikal „verschlanken“, zudem anstelle von Wehrpflichtigen in nächster Zukunft 400 000 Berufs- und Zeitsoldaten aufstellen. Seine Pläne werden jedoch vom Generalstabschef und dessen Offizieren hintertrieben, die die Wehrpflicht, zwölf Monate zwischen dem 18. und 27.

> Ausstattung ist noch auf dem Niveau des Kalten Krieges

Lebensjahr, nicht aufgeben wollen. Zu ihnen stieß Bildungsminister Andrej Fursenko, der das Wehrpflichtsalter auf das 21. bis 30. Lebensjahr verschieben möchte, sich damit aber wütende Proteste der besten Hochschulen und Firmen Russlands, die um kreativen Nachwuchs fürchten, einhandelte. Krach gibt es zudem um die veraltete Schwarzmeer-Flotte, die vier russischen Militärbasen im „nahen Ausland“ (Ex-UdSSR) und weitere kostspielige und wertlose Dinge.

Auch andere Probleme innerhalb der Armee sind bis heute ungeklärt. Da ist das „Großvatertum“, der Terror gegen junge Wehrpflichtige, den alljährlich rund 1000 von ihnen nicht überleben. Eine präventive Militärpolizei gibt es nicht, und wie Vizeverteidigungsminister Nikolaj Pankow warnte, schwappt dieser Terror seit 2008 im Gefolge rechtsradikaler Jugendgruppen in Russland vermehrt in die Armee. Belastet ist diese auch durch den inflationär ausgreifende Drogenmissbrauch. So müssen laut Medien bei „mehreren Millionen Junkies und jährlich 30 000 Drogentoten“ in Russland jedes Jahr Tausende Jugendliche aus diesem Grund vom Wehrdienst befreit werden (– Tendenz steigend).

1998 höhnte Solschenizyn in seinem Buch „Einstürzendes Russland“, Russland habe wieder eine „Arbeiter und Bauernarmee“, weil Gebildete und Begüterte vor der Armee flüchten. Das bestätigte jüngst Generalstabschef Makarow: Zehntausende junge Männer reißen vor der Wehrpflicht ins Ausland aus – am liebsten nach Deutschland, England und Frankreich, wo man leicht die akademischen Stipendien bekommt, die diese Flucht erst ermöglichen. *Wolf Oschlies*

Botschaft der EUFV

Lacota erinnert Regierungen an Robert Schumans visionäre Kraft

Anlässlich des 60. Jahrestages der Schuman-Erklärung vom 9. Mai 1950 übersandte der Generalsekretär der Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV), Dr. Massimiliano Lacota, den Regierungschefs der Europäischen Union sowie den Vertretern maßgeblicher europäischer Institutionen folgende Botschaft:

„Vor 60 Jahren hielt der Außenminister der Französischen Republik, Robert Schuman, im Uhrensaal des Quai d'Orsay eine herausragende Rede, die Europa den Weg eröffnete für einen unaufhaltsamen Prozess des Friedens und der Einheit. Mit festen und bereits damals modernen Vorsätzen projizierte er ein innovatives, dynamisches und effizientes Wirtschaftsmodell Europas, das auf der Beseitigung der Streitigkeiten und auf Solidarität und allgemein auf der Wiederherstellung der Legalität und auf dem Respekt in den Beziehungen zwischen Staaten und Völkern beruhte, die aufgrund des kurz vorher beendeten Kriegsgeschehens allzu lange missachtet worden waren. Nach so vielen Jahren kann mit Verantwortungsbewusstsein und Einsicht gesagt werden, dass die von Schuman erhofften Veränderungen erst heute erfolgen und sich noch immer zu bedächtig vollziehen. Trotz alledem ist das bedeutendste Ergebnis dieses qualvollen und schwierigen Prozesses ohne Zweifel der Frieden, der zwischen den europäischen Nationen verwirklicht werden konnte, auch wenn noch immer zwischen den europä-

> Anerkennung der Wahrheit vollendet Schumans Europa

ischen Völkern ein anachronistisches Misstrauen besteht. Durch die Einführung der einheitlichen Währung und die Aufhebung der Grenzen, die der Fall der Berliner Mauer und der darauf folgende Untergang der kommunistischen Regierungen ermöglicht haben, wurde ein weiterer bedeutsamer Mosaikstein in die Struktur jener gemeinsamen Werte eingefügt, die uns dieses einmalige und unvergleichliche Gefühl geben, ‚Bürger Europas‘ zu sein.

Jetzt fehlt nur noch ein einziger, aber unersetzlicher Mosaikstein: Die Anerkennung der geschichtlichen Wahrheit und die Wiederherstellung der Legalität gegenüber Millionen europäischer Bürger, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg und bis vor kurzem aus ihren Heimatgebieten gewaltsam umgesiedelt oder vertrieben wurden. Die Anerkennungen der Wahrheit über den Holocaust, über den Völkermord an den Armeniern und den Assyrern können in einem modernen und fortschrittlichen Europa nicht länger ‚isolierte Einzelfälle‘ bleiben, sondern müssen ein tragischerweise unauslöschliches Kapitel der Geschichte darstellen, mit dem auch Massenvernichtungen, Deportationen und Vertreibungen unmenschlichen Ausmaßes verknüpft sind. Erst wenn dieses Ziel vollständig erreicht und durch die Gewähr des Respekts und der Verbreitung der Wahrheit und aller Erinnerungen verwirklicht wurde, wofür sich zahlreiche Organisationen und internationale Institutionen beharrlich einsetzen, haben wir Schumans Europa wahr gemacht. Dann haben wir eine Zukunft in Frieden geschaffen, die nur die von Menschen bewirkte und nicht dem Verrinnen der Zeit überlassene Gerechtigkeit den künftigen Generationen garantieren kann.“ *PAZ*

Einseitiger Erfolg

Deutschlandfonds wird zwar geschlossen, doch der Bankenrettungsfonds wird zur Dauereinrichtung

Während sich die Realwirtschaft über gute Zahlen und Aussichten für die nahe Zukunft freuen kann, ächzt die deutsche Finanzbranche immer noch unter den Folgen der Krise. Besserung ist für sie nicht in Sicht.

Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) liebt klare Linien. So ist er grundsätzlich gegen Einmischung des Staates in wirtschaftliche Belange. Seinem Nein zu Staatshilfen für Opel setzte er nun diese Woche ein Nein für eine Vermittlerrolle des Staates bei der Neustrukturierung des Warenhauses Karstadt hinzu. Kurz zuvor hatte er bereits sein Nein zur möglichen Verlängerung des Deutschlandfonds kundgetan. Anfang 2009 hatte der Staat 115 Milliarden Euro für die Rettung von im Rahmen der Wirtschaftskrise angeschlagenen Unternehmen bereitgestellt. Doch insgesamt waren bis Mitte dieses Jahres nur 12,97 Milliarden Euro in Form von Krediten und Bürgschaften vergeben worden. Ein hoher Aufwand und lange Bewilligungszeiten waren jedoch nicht der alleinige Grund, warum der Deutschlandfonds kaum gefragt war: Deutschlands kleine und mittelständische Unternehmen sind dank Kurzarbeit, flexible Strukturen und guter Kapitalausstattung meist gut durch die Krise gekommen. Dies belegen auch die aktuellen Wachstumszahlen, denn die deutschen Unternehmen reagieren sofort auf die steigende Nachfrage, die vor allem aus dem asiatischen Raum stammt. Daher sieht Brüderle keinen Bedarf für eine Verlängerung des Deutschlandfonds über das Jahr 2010 hinaus.

„Deutschland ist wieder da!“, so Brüderle optimistisch und meint mit Blick auf die sinkenden Arbeitslosenzahlen: „Wir erleben in Deutschland ein gar nicht so kleines Jobwunder.“ Allerdings ist da doch zu differenzieren. Denn während der Deutschlandfonds zu Recht geschlossen wird, soll der staatliche Bankenrettungsfonds SoFFin, der ebenfalls nur bis Ende dieses Jahres tätig sein sollte, vermutlich zu einem dauerhaften Schattenhaushalt werden. Er habe sich in der Krise bewährt „und ist in der Lage, die Restrukturierung von Banken umzusetzen“, heißt es in der Begründung des „Restrukturierungsgesetzes“ über die Neu-Ordnung von Banken-Insolvenzen, das der Bundestag eigentlich noch vor der Sommerpause beschließen wollte.



Kapitalspritze: Noch immer ist nicht absehbar, wann der Staat die lebenserhaltenen Maßnahmen für die mit SoFFin-Hilfe geretteten Banken wie die Hypo Real Estate oder die Commerzbank beenden kann. Bild: imago

Zwar konnte man sich beim SoFFin vergangene Woche freuen, dass mit dem Immobilienfinanzierer Areal Bank erstmals eine deutsche Bank ihre Stille Einlage zum Teil zurückgezahlt hat. Doch bei der Areal handelt es sich nur um ein kleines Sorgenkind, das mit 525 Millionen Euro gestützt werden musste. Ganz anders der Immobilienfinanzierer Hypo Real Estate (HRE). Eigentlich wären Garantien in Höhe von 52 Milliarden Euro des mit insgesamt 103,5 Milliarden Euro gestützten Unternehmens zum 30. Juni ausgelaufen. Doch da die HRE immer noch jährliche Verluste in dreistelliger Millionenhöhe schreibt, ist nicht in Sicht, wann der Staat die HRE aus seiner Obhut

> Neben eigenen Problemen bahnt sich neue US-Krise an

entlassen kann. Ähnliches gilt für weitere große Sorgenkinder wie die Commerzbank und einige Landesbanken.

Die zusätzlichen Kapitalkosten des Bundes für die Bankenrettung dürften sich bis 2013 auf 4,4 Milliarden Euro belaufen, denn schließlich ist der Bundeshaushalt defizitär und der Bund muss das Geld, was er über den SoFFin den Banken zur Verfügung stellt, selbst am Kapitalmarkt leihen. Und nur wenige der Banken, die über eine Stille Einlage am Tropf des SoFFin hängen, sind in der Lage, für die zur Verfügung gestellten Milliarden wenigstens Zinsen zu zahlen.

Dabei könnte der klamme deutsche Staat das Geld sehr gut gebrauchen, schließlich steht er vor historisch einmaligen Sparzwängen. Allerdings ist das aus verschiedenen Maßnahmen zusammengestückelte Sparpaket noch keineswegs beschlossene Sache. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) tun sich schwer, für ihr Sanierungsprogramm, dem ein roter Faden fehlt, die erforderlichen Mehrheiten zu gewinnen.

Da tröstet es wenig, dass auch andere Regierungen keine Lösungen für ihre Haushalts-Probleme haben. Doch deren Sorgen können früher oder später auch zu Deutschlands Problemen werden wie die US-Immobilienkrise, die US-Bankenkrise, die Griechenlandkrise und die Euro-Krise in den letzten zwei Jahren gezeigt haben. So muss die Bundesregierung voller Sorge zur Kenntnis nehmen, dass die Regierung von US-Präsident Barack Obama nicht nur kein Konzept hat, wie sie ihre mit unbegrenzter Kreditlinie verstaatlichten Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac sanieren soll, sie beschäftigt sich derzeit nicht einmal mit der Frage. Dabei sinkt nach dem Auslaufen des vom Weißen Haus gewährten Steuergutscheins für Hauskäufer in Höhe von 8000 Dollar die Nachfrage nach Immobilien in den USA jetzt massiv. Im Mai gingen die Hauskäufe um 33 Prozent zurück und die Hypothekenanträge erreichten sogar den tiefsten Stand seit 13 Jahren. So erscheint es wenig wahrscheinlich, dass der aufgrund der Immobilienkrise vorhandene Bestand an unverkauften Häusern an den Mann gebracht werden kann. Da die Arbeitslosigkeit weiter hoch ist, ist auch keine Erhöhung der Nachfrage in Sicht. Vielmehr erhöht sich jeden Monat die Zahl der Immobilien, die wegen ausstehender Kreditraten zwangsgeräumt werden müssen. Derzeit liegt die Ausfallrate bei Einfamilienhäusern bei spektakulären 5,3 Prozent, was darauf schließen lässt, dass US-Immobilienfinanzierern eine neue Krise bevorsteht, da sie die als Sicherheit dienenden Immobilien nach Zwangsräumung mangels Käufer kaum verwerten können. Das wiederum hat Auswirkungen auf die Börsenwerte, da Anleger ahnen, dass sich in der Finanzbranche ein neues Problem anbahnt. Bereits 2007 schwappte die Bankenkrise wenig später auf die Börse über.

Ob auch diese zweite US-Immobilienkrise auf Europa und Deutschland übergreifen wird, ist unter Wirtschaftsexperten umstritten. Ifo-Chef Hans-Werner Sinn verweist darauf, dass die Krisen der nahen Vergangenheit dazu geführt haben, dass deutsche Anleger ihr Geld in Deutschland investiert haben. Sinn sagt Deutschland sogar einen soliden Aufschwung voraus – erstaunlicherweise gerade bei Immobilien. Denn das vorhandene Kapital würde einen – überfälligen – Bauboom in Deutschland auslösen.

Rebecca Bellano

KURZ NOTIERT

Athen droht weiterhin die Pleite: Die griechische Regierung ist bei der Umsetzung ihrer Sparpläne offenbar recht erfolgreich. Allerdings rechnet sie die Schulden der Staatsfirmen nicht in die Gesamtverschuldung mit ein. Inzwischen ist der Staat nicht mehr bereit, für seine Unternehmen zu bürgen, was zur Folge hat, dass reihenweise kommunale Betriebe in Zahlungsschwierigkeiten kommen und keine Gehälter mehr zahlen können. Dies ist einer der Gründe, warum Griechenland beim Datendienstleister CMA Datavision auf der Liste der am meisten von der Pleite bedrohten Staaten von Platz neun auf Platz zwei, gleich hinter Venezuela, gelandet ist. *Bel*

London rechnet mit BP-Pleite: Die britische Regierung spielt gerade die Folgen einer Pleite des britischen Energielieferanten BP durch. Ein Bankrott des ehemaligen Staatsunternehmens BP aufgrund der Folgekosten der Ölpest in Mexiko würde massiv britische Interessen berühren, da das Unternehmen über den größten Teil der Energieinfrastruktur im Land verfügt. Außerdem haben viele britische Pensionsfonds BP-Aktien im Bestand. Auch könnte der Öl-Multi als Steuerzahler ausfallen. 2009 zahlte BP noch 7,25 Milliarden Euro an das Schatzamt. *Bel*

Lähmende Bürokratie: Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) bestätigt Klagen von Unternehmen, dass das Auswärtige Amt sich zu viel Zeit bei der Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen für Dual-Use-Güter lasse. Hierbei handelt es sich vor allem um Maschinen, die für zivile, aber auch militärische Zwecke eingesetzt werden können. Bearbeitungszeiten von bis zu zwei Jahren schädigten die deutsche Wettbewerbsfähigkeit und das jeweilige Unternehmen, da Kunden Aufträge deswegen storniert hätten. *Bel*

Ausgebremst: Ablehnend reagierte die deutsche Autoindustrie auf den englischen Vorschlag, dass ab 2013 nur noch Neuwagen in der EU produziert werden dürfen, die maximal 162 km/h fahren. Auch der ADAC sieht keinen Sinn in der Tempobegrenzung. *Bel*

Anschluss zurückerlangen

Ein französisches Unternehmen an der Spitze von IT-Technologien

Die französische Industrie zeigte vor kurzem ausgesprochene Leistungsstärke in einem Schlüsselsektor der Zukunft. In den letzten Tagen belegten zwei Ankündigungen, dass Frankreich und Europa in einem strategisch äußerst wichtigen Bereich wie den Großrechnern wieder präsent sind. Im Mai weihten das Unternehmen Bull und die Direktion für militärische Anwendungen der französischen Atomenergiebehörde (CEA/DAM) den größten Rechner ein, der je in Europa konzipiert und gebaut wurde und der einer der größten in der Welt ist. Am 1. Juni war zu hören, dass AWE, das britische Äquivalent zu CEA/DAM, seinerseits auch seit einigen Monaten einen Bull-Supercomputer einsetzt. Hinzugefügt werden muss, dass sich das große deutsche Wissenschaftszentrum in Jülich im vergangenen Jahr für die Bull-Technologie entschieden hat. Somit vertraut ein Teil der europäischen Wissenschaftsgemeinschaft auf die IT-Technologie eines französischen Unternehmens, und das ohne jeglichen Druck und bei größter Transparenz der Ausschreibungen und des freien Wettbewerbs mit den amerikanischen und japanischen Wettbewerbern. Aus diesen Erfolgen kann man mindestens zwei Lehren ziehen.

Die erste: In unserer Welt, insbesondere im Bereich der Industrie, ist niemals alles gänzlich verloren. Dies ist der Vision und dem Willen des IT-Spezialisten Pierre Bonelli zu verdanken, der im Dezember 2000 eine Wette auf das Überleben

> Europa »schenkte« USA ein Monopol

des Unternehmens Bull einging, deren Pleite zum Ende des Jahres in Aussicht stand. Die französische Regierung entschied kurz vor den Präsidentschaftswahlen der schon ellenlangen Liste von Einbrüchen in der Industrie nicht noch ein zusätzliches Drama hinzuzufügen, und richtete einen Hilfeschrei an Bonelli. Innerhalb weniger Monate entwickelte der neue Vorsitzende die neue Strategie für die Gruppe.

Die zweite Lehre: Europa hatte es nicht verstanden, in der Internet-Wirtschaft einen signifikanten Platz einzunehmen, wobei es den Vereinigten Staaten das Quasi-Monopol der Software-Domäne (Microsoft, Google, IBM, etc.) überließ und zugleich zuließ, dass sich die USA und Asien bei den elektronischen Bauelementen und der Hardware auf den vorderen Plätzen behaupteten (IBM, Intel, Toshiba, HP, Acer). Im Klartext hat Europa den ersten Internet-Zug vorbeifahren lassen. Ein zweiter läuft in den Bahnhof ein, der vor allem durch die Entwicklung des Begriffs „cloud computing“ oder „Supercomputingzentrum“ angekündigt wurde, dessen Herzstück klar die große intensive Rechenkapazität und Informationsverarbeitung ist. Jetzt heißt es, den nicht zu verpassen. Es geht jetzt darum, nach neuen Formen europäischer Zusammenarbeit zu suchen, um den Erhalt einer hochgradigen Kompetenz in punkto IT-Architektur zu sichern. Denn die IT-Industrie ist die Voraussetzung für jede weitere Entwicklung.

Darin genau liegt der Sinn des 2008 vom französischen Präsidenten an die deutsche Bundeskanzlerin unterbreiteten Vorschlags, auf dem Gebiet der IT-Technologien enger zu kooperieren. Aber Achtung: Europa sollte vermeiden, dem freien Wettbewerb den Rükken zu kehren. *Jean-Paul Picaper*

Illegale Versuchung

Russland: Miese Jobchancen verlocken IT-Fachleute zum Hacken

Ein Ring russischer Wirtschaftsspione, der jüngst in den USA aufgedeckt wurde, hat für einen kurzen Augenblick auch in Deutschland Firmen wachgerüttelt und ihnen bewusst gemacht, wie leicht ihre kostbaren Technologien geraubt werden können. In den USA ist inzwischen einer der mutmaßlichen Agenten geständig. Wie berechtigt die Vorwürfe einschließlich Geldwäsche gegen die vier Spionage-Pärchen und drei Einzelpersonen auch sein mögen, die bisher aufgedeckten Methoden muten teils klassisch an. Die Spione nutzen falsche Namen und Laptops. Über ein geheimes Daten-Netzwerk hinaus profitierten sie so von relativ einfacher Technik. Als einfache Bürger getarnt, sammelten einige von ihnen seit den 90er Jahren unbehelligt Informationen. Nicht mehr die Agenten mit Diplomatenpass sind also heutzutage das Problem, sondern Spione aus dem normalen Berufsleben, zuweilen sogar deutsche Staatsbürger, die beim Russland-Aufenthalt für einen Nebenverdienst angeworben werden.

Während sich im Internet eine Gemeinde von Begeisterten vor allem den Auftritt der „schönen russischen Spionin“ Anna C. beim sozialen Netzwerk „Facebook“ ansieht, interessieren sich Experten schon eine geraume Weile für Russland und China als Urheber gezielter Daten-Angriffe. Diese Angriffe betreffen auch Nutzer von „Facebook“. Vor Wochen verschaffte sich der russische Hacker „Kirllos“ dort Zugang zu den Daten von 1,5 Millionen Facebook-Nutzern. Er verkaufte sie anschließend im Internet. Experten warnen, dass neben solch vergleichsweise harmlosen Aktionen noch ganz andere Möglichkeiten bestehen: Angriffe schöpfen das Potenzial des deutschen Mittelstandes ab. Auch ein Kernkraftwerk lahmzulegen, sei kein Problem, prahlen russische Computer-Kenner – die Moskauer Szene ist eitel, die Grenze zwischen Datenklau zum Spaß und als Beruf ist fließend.



Foto: ddp

Leicht geknackt: Blackberry

Russland und China führen die Ranglisten der elektronischen Daten-Diebe an, weil viele der begabten Hochschulabgänger bei der Staaten keine Anstellung finden. Ein russischer Experte der Informationstechnologie startet im Glücksfall mit rund 800 Euro pro Monat seinen Beruf. Ein Scheck oder Bargeld für Auftragsarbeit ist da höchst willkommen. So richten russische Hacker ihre Aufmerksamkeit beispielsweise darauf, wie die deutsche Bundesregierung die Wirtschaftskrise zu bewältigen versucht. Deutsche Verfassungsschutzerkenntnisse zeigen, dass alte Methoden wie Briefkastenadressen, Agententreffs im Restaurant und falsche Identitäten trotz neuer Technik nicht ausgedient haben. Dem deutschen Manager ist derweil jedoch in der Regel wenig bewusst, wie leicht beispielsweise sein E-Mail-fähiges Handy „Blackberry“ angezapft werden kann. Firmennachrichten, Telefonate, Treffpunkte – all das gerät so leicht in falsche Hände. *SV*

Beusts Volksfront

Von Rebecca Bellano

Während die Union stets vor rot-rot-grünen Bundes- oder Landesregierungen warnt und jegliche Zusammenarbeit der Sozialdemokraten mit der Partei „Die Linke“ kritisiert, arbeitet die Hamburger CDU bei ihrer Schulreform mit den SED-Erben zusammen. So kann man in der Hansestadt bestaunen, wie CDU, Grüne, SPD und „Linke“ auf Einheitsplakaten für die Einheitsschule werben. Was sich die Partei von Bürgermeister Ole von Beust hier leistet, wirkt auf manchen Wähler wie eine um die CDU erweiterte Volksfront gegen das leistungsorientierte, hanseatische Bürgertum, das auch die breite Mittelschicht einschließt. Viele Hamburger Eltern haben den Eindruck, dass durch die Reform die Schulen von einem Ort der Ausbildung zu einem Instrument der Sozialpolitik geformt werden sollen. Welche Chancen die Absolventen dieser Schulen auf dem Arbeitsmarkt haben, scheint die Politik nicht zu interessieren.

Man fragt sich, warum noch niemand auf die Idee gekommen ist, auch beim Sport den Gleichheitsgedanken vor den Leistungsgedanken zu stellen. Nach der Logik wäre es ungerecht, dass Joachim Löw nur die besten Spieler mit zur WM genommen hat.

Moralisch versagt

Von Hans Heckel

Wut und Fassungslosigkeit durchdringen einen bei dieser Nachricht: Mit schroffer Zurückweisung haben SPD und Linkspartei, Grüne und FDP im Berliner Abgeordnetenhaus den Antrag der CDU-Fraktion abgeschmettert, den Huntertausenden 1945 vergewaltigten Berliner Frauen endlich ein Denkmal zu setzen.

Die Frauen stehen wie nur wenige andere Opfergruppen für die düsterste Zeit in der Geschichte Berlins, die mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten begann und erst mit dem Mauerfall endete. Die Gründe, ihnen ein Denkmal zu verweigern, schwanken zwischen zynischen Spitzfindigkeiten und himmelschreiender Geschichtsblindheit, zwischen ideologischer Verblendung und schlichter Verachtung der eigenen Nation, die für manche nie Opfer, sondern stets nur Täter sein darf und daher keines Gedenkens würdig sein dürfe.

Atemberaubend ist es mit anzusehen, wie gerade jenes politische Spektrum, dass eine Vorreiterrolle beim Thema Frauenrechte beansprucht, in dieser konkreten Frage moralisch versagt. Beschämend, wie die Grünen sogar versuchen, den Spieß gegen die CDU umzudrehen.

Erhellend hingegen der Vorwurf der SPD an die Denkmal-Befürworter: „Antikommunismus“ treibe sie. Da haben wir es: Die Täter passen nicht ins Täterschema, weil sie als Rotarmisten, also als Soldaten eines linken Regimes nach Berlin kamen. Es ist die gleiche Propagandmaschine, auf der die Vertriebenen von Ulbricht zu „Revanchisten“ gestempelt wurden, weil die Vertreiber die eigenen Genossen waren. *(Siehe S. 3)*

Billiges Lob für die Charta

Von Konrad Badenheuer

Es ist gut, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung das 60-jährige Bestehen der Charta der deutschen Heimatvertriebenen mit einer hochrangig besetzten Podiumsdiskussion in Berlin gewürdigt hat. Bei näherem Hinsehen weniger überzeugend ist allerdings, was dort gesagt wurde. So war es (um nur ein Beispiel zu nehmen) schief, dass Unionsfraktionschef Volker Kauder diese Charta eines der „eindrucksvollsten Dokumente der Versöhnung in der Geschichte der Bundesrepublik“ nannte.

Das war sicher gut gemeint, doch die rund 100 000 Menschen, die am 5. August 1950 in Stuttgart die Charta verkündet hatten, hätten dennoch keine Freude an diesem Lob gehabt. Denn zum einen ist die Charta weit mehr als eine Sache der deutschen Innenpolitik, zum anderen verstanden ihre Autoren unter „Versöhnung“ etwas anderes als Kauder.

Der Charta ging es um die Durchbrechung des Teufelskreises der Gewalt zwischen Deutschen einerseits sowie Polen, Tschechen und anderen Völkern Ostmitteleuropas andererseits. Die Charta auf die Innenpolitik zu reduzieren, über die sie nur wenige Aussagen macht, geht an ihren wichtigsten Zielen und an ihrem Geist vorbei.

> Man muss die heutige Lage nicht als »Versöhnung« adeln

Diese erhebliche Ungenauigkeit kommt allerdings nicht von ungefähr. Spätestens seit der im Kern völkerrechtswidrigen „Danziger Erklärung“ des damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau vom 29. Oktober 2003 betrachten auch eher konservative deutsche Politiker das Thema Vertreibung meist nur noch unter innenpolitischen Aspekten: Wählen die uns noch? Was kostet die Erfüllung ihrer Anliegen und Projekte – gerechnet in Euro und in außenpolitischem Porzellan? Vielleicht müssen Politiker so denken, nur hat es eben nicht mehr viel zu tun mit den Anliegen derer, die 1950 die Charta proklamiert haben.

Sie waren bereit, solange auf ihre Rechte zu verzichten, wie diese mit ausschließlich friedlichen Mitteln nicht durchsetzbar wären. Sie waren aber keineswegs bereit, eine Politik der Anerkennung des durch die Vertreibung geschaffenen Unrechtszustandes mit dem Wort „Versöhnung“ zu adeln. Im politischen Berlin und erst recht in Warschau hört und liest man es ungern, aber es bleibt wahr: Die heute zwischen den Politikern erreichte „Versöhnung“ entspricht dem, was Stalin und Gomulka schon 1950 wollten: Deutschland möge auf alles verzichten, dann ist „Freundschaft“ möglich! In dieser Logik war nicht die Vertreibung das große Problem zwischen Deutschland und Polen, sondern die Vertriebenen selbst und ihr Insistieren auf Gerechtigkeit. Oder anders gesagt: Die „Versöhnung“ des Jahres 2010 hätten wir auch 1950 schon haben können.

Das große Anliegen der Charta, das Recht auf die Heimat, ist nicht ansatzweise verwirklicht. Für die heutige deutsche Politik des radikalen Verzichts mag es Gründe geben. Nur sollten ihre Vertreter sich nicht auf die Charta der Vertriebenen berufen – auch nicht indirekt durch wohlfeiles Lob.



Verzicht auf jegliche Gewalt, aber nicht auf Recht und Gerechtigkeit: Für die rund 100 000 Menschen, die am 5. August 1950 in Stuttgart die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ proklamierten, wäre die heutige deutsche Politik unannehmbar gewesen.

Bild: pa

Gastkommentar



Afrika wird armregiert

Von Volker Seitz

Zur Fußball-Weltmeisterschaft präsentierte sich Südafrika als der wahrgewordene Traum vieler Fernreisenden. Die Medien nahmen dieses Bild gerne auf und vergaßen schnell, dass der schwarze Kontinent bisher in ihrer Berichterstattung nur für Bilder von Bürgerkriegen und hungernden Kindern gut gewesen war. Doch diese Armen Afrikas gibt es immer noch und sie haben zwei gewichtige Hindernisse zu überwinden: untätige, korrupte Politiker und eine Entwicklungsindustrie, die weitgehend mit sich selbst beschäftigt ist. Sie haben keine Lobby, denn Popgrößen wie Bob Geldof, die bei unseren Politikern ein und aus gehen, vertreten nicht die Bedürftigen. Die kennen sie gar nicht.

Fest steht, der Unterschied zwischen arm und reich ist in den letzten Jahren größer statt kleiner geworden. Doch wir müssen wegkommen von der Vorstellung, dass es nur um Geld gehe. Es geht genauso darum, andere Lebenskulturen mit großem Respekt und Anerkennung wahrzunehmen. Wir haben in der Vergangenheit – und da schließe ich mich ein – immer gemeint, wir müssten die Afrikaner von unseren Wertvorstellungen überzeugen und Afrika brauche unsere Hilfe. Noch immer beziehen Tausende von Helfern ihre Daseinsberechtigung aus dieser Einstellung.

> 50 Jahre Entwicklungshilfe: Vielen Afrikanern geht es schlechter als zuvor

Eine Chance auf Veränderung wird es nur geben, wenn die Staaten zum Beispiel in Afrika eine vernünftige Agrarpolitik verfolgen. Die dortigen Eliten müssen sich mehr für die Entwicklung und Infrastruktur ländlicher Gebiete und damit der Ernährungssicherung interessieren. Andernfalls lässt sich das weder durch mehr Hilfe noch durch fairen Handel ausgleichen. Die unerhört tüchtigen Bauern gerade in den kargen Sahelländern werden sowohl von ihren Eliten als auch von der Entwicklungspolitik wenig unterstützt. Dass es auch anders geht, hat die Führung in Malawi bewiesen. Innerhalb von vier Jahren wurde aus dem südafrikanischen Armenhaus ein Maisexporteur. Der Staatspräsident hatte sich nach einer Dürre im Jahre 2005 der Landwirtschaft angenommen und Saatgut sowie Dünger subventionieren lassen. Darüber hinaus wurden Bewässerungsanlagen und Silos für das Erntegut gebaut. Übrigens hat der indische Nobelpreisträger Amartya Sen nachgewiesen, dass es zu Hungerkatastrophen immer nur in Diktaturen kam.

Nach 50 Jahren Entwicklungshilfe geht es den meisten Afrikanern im Durchschnitt wirtschaftlich meist schlechter als kurz nach der Kolonialzeit. Die Teilhabe an den wirtschaftlichen Wachstumsprozessen bleibt den oberen Schichten der afrikanischen Gesellschaft vorbehalten. Unrechtsbewusstsein oder Selbstzweifel sind bei den Dauerpräsidenten höchst selten. Sie setzen fest, was Recht ist. Ihr Machtsystem beruht auf berechnender Verteilung von Gefälligkeiten und nicht auf gemeinschaftlichem Wohl. Welcher der führenden Politiker mit Ausnahme der Staatslenker in Botswana, Ruanda, Malawi, Mauritius oder Ghana hat eine Vorstellung von der Zukunft seines Landes und davon, wie er Wachstum und Jobs schaffen will?

Der sudanesische Geschäftsmann Mo Ibrahim hat 2007 – weil er die Führungskrise Afrikas als Wurzel allen Übels betrachtet – einen Preis geschaffen, der afrikanische Politiker belohnen soll, die mit demokratischem Denken und Handeln regiert haben und sich verfassungsmäßig von der Macht verabschieden. 2009 empfahl sich aus den 53 Staaten Afrikas kein Staatslenker für das Amt.

Jedenfalls sollten die westlichen Regierungen die Politik der geschlossenen Augen gegenüber den versorgten Staats- und Machtapparaten, die den Fortschritt durch interne Korruption teils bewusst verhindern, beenden. Wir wissen, dass die Gelder aus dem Norden oftmals Afrika nicht aus der Krise helfen, sondern den Status quo zementieren. Das inflationär gebrauchte Wort von der Nachhaltigkeit hat auch die Doppelbedeutung, dass nicht nur das „Projekt“ nachhaltig sein muss, sondern eben auch der Finanzier.

Die erheblichen Fortschritte in Ruanda werden nicht wegen, sondern trotz der Entwicklungshilfe gemacht. Ruanda ist sicher keine Demokratie im westlichen Sinne, aber ein Staat, der aufgrund von stabilen Rechtsregeln für die Wirtschaft und der Förderung der Frauen wesentlich besser vorankommt als die meisten anderen Staaten in Afrika. Wirtschafts- und Bildungsreformen haben die Armut erheblich abgebaut. In Ruanda wurde erkannt, dass es die einzige Möglichkeit ist, den Sprung aus der dritten Welt zu schaffen und das Leben der Menschen zu ändern. Nur durch Bildung, egal ob jemand ein Handwerk erlernt oder eine akademische Ausbildung absolviert, können sie es schaffen, sich etwas aufzubauen und ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Die Lage in Afrika südlich der Sahara wird sich so lange nicht verbessern, wie die Afrikaner nicht nach der Erkenntnis handeln, dass allein sie für die Bewältigung ihrer Zukunft verantwortlich sind. Natürlich ist das schwer: Die jahrzehntelange Gewöhnung ist ein Teil der Mentalität geworden, „der Norden“ sei für die Entwicklung Afrikas mitzuständig. Die Staatschefs sind nicht auf Steuergelder angewiesen, um Staatsaufgaben zu finanzieren. Das bedeutet, dass sie aus der Verantwortung gegenüber ihrem Volk befreit sind. Auf Entwicklungshilfe wird daher häufig Anspruch erhoben. Warum auch nicht? Die Geber stehen Schlange, sie legen keinen Wert darauf, dass die Regierungen eigene Lösungen erarbeiten. Alle wollen ja helfen. So werden die Kräfte zur Selbsthilfe gelähmt.

> Über Bootsflüchtlinge wird Unzufriedenheit nach Europa exportiert

Dieses Denken, dass andere anpacken sollen, mindert Afrikas Entwicklungschancen. Mit unseren gut gemeinten Gaben erreicht man keine Änderung gesellschaftlicher Grundprobleme. Der Motor eigenständiger Entwicklung und Selbsthilfe springt nicht an. Hilfen dürfen nur noch als Nothilfe im Falle etwa von Naturkatastrophe gegeben werden. Mittelfristig sollte Unterstützung an Erziehung, Bildung, Ausbildung, Aufbau demokratischer Institutionen geknüpft werden.

Wir müssen aufhören, Regime, die Menschenrechte missachten, zu hofieren. Ich weiß, es klingt nicht realistisch, aber wir sollten aufhören, Zweckfreundschaften mit Regimen zu pflegen, die eine Ausplünderungspolitik gegen ihr eigenes Volk betreiben. Für die Regierungen Afrikas ist die Flucht ihrer Landsleute nach Europa kein Alarmzeichen, sondern willkommen, da so die Arbeitslosigkeit und Unzufriedenheit nach Europa exportiert werden kann. Sie werden dadurch den Druck los. Das Schicksal ihrer eigenen Landsleute ist ihnen egal, und sie sehen mit großer Gelassenheit zu, wenn wieder einmal Hunderte Migranten in der Wüste verdursten oder auf ihrer Fahrt in schrottreifen Booten nach Italien oder Spanien ertrinken.

Die beste Hilfe für Afrika wäre, wenn man ihm die Freiheit lässt, die eigenen Probleme ohne übereifrige Geberorganisationen zu lösen. Die unverantwortlich agierenden Führungen müssen an ihre Verantwortung erinnert werden. Bisher haben sie es sich zu leicht gemacht, wenn sie meinen, die Hauptschuld für fehlgeschlagene Entwicklung an ausländische Geber „outsourcen“ zu können.

Volker Seitz, Jahrgang 1943, war von 1965 bis 2008 in verschiedenen Funktionen für das Auswärtige Amt unter anderem in Brüssel, Niger, Guinea und Libyen tätig. Bis zu seiner Pensionierung 2008 war er nacheinander Botschafter in Benin, Armenien und Kamerun. Er ist Autor des Buches „Afrika wird armregiert oder Wie man Afrika wirklich helfen kann“.

Die Wirklichkeit gespiegelt

In Berlin ist eine Ausstellung mit Zeichnungen und Aquarellen von Adolph Menzel zu sehen

Eine Ausstellung der 6. Berlin Biennale für zeitgenössische Kunst in Kooperation mit der Nationalgalerie und dem Kupferstichkabinett der Staatlichen Museen zu Berlin zeigt Arbeiten von Adolph Menzel. Unter dem Titel „Menzels extremer Realismus“ sind ausgewählte Blätter zu sehen.

Die Ausstellung, die von dem US-amerikanischen Kunsthistoriker Michael Fried, einem ausgezeichneten Kenner des Menzelschen Oeuvres, kuratiert wurde, spiegelt von rund 40 seiner Zeichnungen, Gouachen und Aquarellen die Zeitgebundenheit der Frage nach der Wirklichkeit und ihrer Behandlung im Hier und Jetzt auf eine historische Perspektive in der Kunst zurück. Menzels bildnerisches Werk ist eng verbunden mit der historischen Entwicklung der Stadt Berlin. Als genauer Beobachter und Analyst

Sieben Manteltaschen waren mit Stiften und Pinseln gefüllt

seines direkten Umfeldes setzte er sich in seinen Werken intensiv mit einem breiten Spektrum von Fragen aus Gesellschaft, Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Kunst und Philosophie auseinander. Detailgenauigkeit und ein hoher Authentizitätsanspruch ziehen sich durch sein gesamtes Œuvre.

Nichts war vor Menzels Zeichenstift, vor seinem Pinsel sicher. In seinem Mantel befanden sich sieben Taschen für die verschiedenen Skizzenblöcke sowie die weichen und harten Stifte. Den Augenblick wollte er festhalten, die kleine Geste, die Bewegung, die kleine, zunächst unscheinbare Szene. Menzel war geradezu besessen, alles zu zeichnen, sei es die Ratte, die im Gully verschwand, seien es alte Möbel, Bretter und Kartons, die bei einer Zwangsräumung auf der Straße gelandet waren. Erschütternd sind seine Skizzen von gefallenen Soldaten nach der Schlacht bei Königgrätz (1866). Er war eigens zum Schlachtfeld gefahren, um sich ein Bild zu machen. Menzel muss extrem nah an die Toten herangegangen sein, um all die Details skizzieren zu können.

All diese Zeichnungen und Aquarelle sind Meisterwerke, die Ihresgleichen suchen. Fachleute nennen Menzel einen genauen Beobachter der Gegenwart und einen Chronisten der Vergangenheit. In seinem Nachlass fanden sich unzählige Skizzenbücher, ein Magazin, auf das er für seine Gemälde immer wieder zurückgreifen konnte. Allein das Berliner Kupferstichkabinett besitzt 4000 individuelle Zeichnungen und 77 Skizzenbücher, insgesamt sind das etwa 7000 Zeichnungen, nicht zu vergessen die anderen öffentlichen und die privaten Sammlungen, die über Menzel-Zeichnungen verfügen.



Adolph Menzel: Selbstbildnis (1876 / 77; Kupferstichkabinett) Bild: Adolph-Menzel-Gesellschaft

Mitunter führte Menzels Sicht der Dinge auch zu seltsamen Begebenheiten. So berichtete Paul Meyerheim in seinen 1906 erschienenen Erinnerungen an Adolph Menzel, dass er den Künstler beim Zeichnen selbst auf Begräbnisfeiern erlebt hatte. Auch wusste er von einem Diner zu erzählen, bei dem Menzel einen Herrn bat, dessen Hand zeichnen zu dürfen. „Für den Herrn, der sich gern mit einer Zigarre niedergelassen hätte“, so Meyerheim, gab es keine Gnade; er musste sehr lange stehen bleiben, bis das kleine Meisterwerk vollendet war.“

Der Künstler, der oft als typischer Ur-Berliner gesehen wird, wurde am 8. Dezember 1815 nicht an der Spree, sondern in Breslau geboren, wo sein Vater, ursprünglich ein Lehrer, eine lithografische Anstalt betrieb. Adolph war 14 Jahre alt, als er acht Lithografien schuf, die sein Vater als Illustrationen zu Knutzens „Geschichte des preußischen Staates“ verwendete.

Erst 1830 siedelte die Familie nach Berlin über, wo der junge Menzel sich an alten und neuen Kunstwerken orientieren konnte und immer wieder neue Eindrücke empfing, während der Vater dort nur schwer Fuß fassen konnte. Adolph besorgte ihm Aufträge und unterstützte ihn bis zu seinem Tod 1832. Der junge Mann übernahm daraufhin die Steindruckerei seines Vaters und ernährte die Mutter und seine zwei Geschwister. Nach einem kurzen Besuch der Akademie beschloss er, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen und sich auf eigene Füße zu stellen. 1833/34 erschien sein erster selbständiger Illustrationszyklus zu Johann Wolfgang von Goethes Gedicht „Künstlers Erdenwallen“ .

Adolph Menzel war übrigens der einzige Maler, der mit dem höchsten preußischen Orden ausgezeichnet wurde (1898), dem 1701 in Königsberg gestifteten Schwarzen Adlerorden. Lange Jahre wurde er „nur“ als Maler der preußischen Geschichte angesehen; erst später erkannte man, dass der große Künstler ein genauer Beobachter, ein Schilderer seiner Zeit war, ein kritischer Zeitgenosse auch, der das bürgerliche Leben ebenso darstellte wie das höfische. Historienbilder gehören gleichermaßen zu seinem Schaffen wie zeitgenössische Schilderungen des Großstadtlebens und der Arbeitswelt. Nicht zuletzt durch diese Werke wurde Menzel zu einem Wegbereiter der Moderne. Doch der Künstler hat nicht nur sein Gegenüber mit kritischem Blick betrachtet. Schließ-

Eindringliche Selbstbildnisse aus allen Lebensphasen

lich macht er auch vor sich selbst nicht halt. Eindringliche Selbstbildnisse aus allen Lebensphasen sind ebenso zu finden wie Blätter, die Hände und Füße des Künstlers zeigen.

„Menzels Leben“, schrieb 1896 der Direktor der Hamburger Kunsthalle, Alfred Lichtwark, „bietet ein Schauspiel, das ähnliche Empfindungen wachruft wie der Anblick seiner Werke. Ein unendlicher Reichtum von Tatsachen entwickelt sich mit starker Logik aus den gegebenen Prämissen ... Was sich ihm entgegenstellte, hat er durch seine im Dienst eines unermesslichen Arbeitsvermögens stehende Riesenkraft unterworfen.“ Adolph Menzel starb am 9. Februar 1905 in Berlin.

Silke Osman

Die Ausstellung in der Alten Nationalgalerie, Bodestraße 1–3, Berlin, ist bis zum 8. August dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 22 Uhr zu

Der Musik der Stille lauschen

Unterschwellige Musik im Alltag: Ein Plädoyer gegen die akustische Umweltverschmutzung

Haben Sie schon einmal darüber nachgedacht, welch großen Anteil Musik in Ihrem Leben einnimmt? Vom Aufstehen bis zum Schlafengehen sind Sie nahezu pausenlos von Musik umgeben. Mit Musik werden Sie geweckt. Musik begleitet Sie beim Frühstück aus dem Radio oder aus dem Fernsehen, auf dem Weg zur Arbeit im Autoradio oder in der

Berieselt bei Arbeit, Sport und Spiel

Bahn mit dem unumgänglichen MP3-Player im Ohr. Das Musikhören bei der Arbeit will ich nicht genauer hinterfragen, aber auch dort spielt sie eine große Rolle. Bei handwerklichen und technischen Berufen ist Musik immer vorhanden. Bevor ein Maurer nach seiner Kelle greift, stellt er erst einmal sein Radio ein. Nach der Arbeit beginnt eine besonders intensive Zeit des Musikhörens. Das Erledigen der Schularbeiten, das Lesen eines Buches, die Arbeit der Hausfrau in der Küche – oft ist es von Musik umgeben. Am Abend die schmerzlichen Phonstärken in den Diskos, die Musikberieselung bei festlichen Anlässen (die jedes Gespräch verhindert), die Hintergrundmusik in Gaststätten, ja, sogar auf dem Fußballplatz ist man durch die grölenden Fangesänge von Musik und Gesang umgeben. Die Radio- und die Fernsehsendungen sind mit Musik voll gestopft. Ich wundere mich, dass man beim Kauf von Zeitungen und Zeitschriften nicht eine CD mit Musik mitgeliefert bekommt, die das Lesen motivieren soll. Um Gottes Willen! Ich will hier keine Vorschläge machen, die dann noch realisiert werden. Der Tag endet dann mit der Schlaf-Taste am Radio, mit der uns die Musik noch weit in den ersten Schlummer begleitet.

Musik ist für den Menschen eine existenzielle Notwendigkeit. Wie die Luft zum Atmen und die tägliche Nahrung. Sie ist in diesem Zusammenhang ein unerklärliches Phänomen. Nun muss man aber unterscheiden zwischen einer Musik, die man willentlich bewusst hört, und einer anderen, die irgendwann und irgendwo mitgeliefert wird oder der man an bestimmten Orten und bei bestimmten Anlässen nicht ausweichen kann.



Proben in der Frauenkirche zu Dresden: Siegfried Matthus führte dort 2005 zur Eröffnung sein „Te Deum“ auf. Bild: Archiv

Ich plädiere für ein bewusstes Musikhören. Ein Musikstück, eine Sinfonie oder auch einen Popsong, sollte man sinnlich aktiv hören. Seine Botschaften neugierig ergründen, seine affektiven Bedeutungen mit den persönlichen Befindlichkeiten in Übereinstimmung bringen, sich ihm ganz hingeben.

Bitte keinen „Verrat“ begehen, indem man in Gedanken abwandert und so der Musik nur noch eine untermalende Hintergrundfunktion zubilligt. Die Musik, der man im täglichen Ablauf nicht entgehen kann, ist das Problem. Sie stumpft die Hörsinne ab. Sie wird zu einer akustischen Umweltverschmutzung. Ich wundere mich immer, wenn ich Menschen in der Natur begegne, in einem herrlichen Wald oder an einem einsamen Meeresstrand, die sich mit einem MP3-Player im Ohr von der wundersamen Naturmusik abschotten. Die unberührte Natur ist voller akustisch-musikalischer Herrlichkeiten. Genießen Sie diese wunder-

Entspannung in der Natur finden

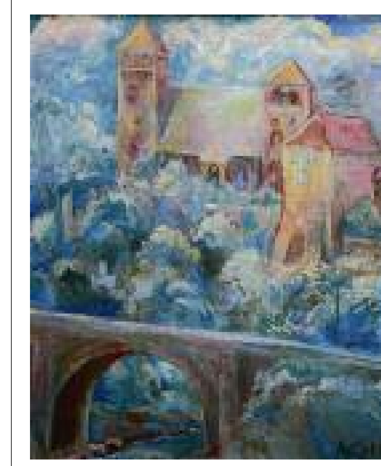
baren Angebote in unserer heutigen Welt des penetranten Musikterrors. Hören Sie die Musik der Stille. Sie wird Ihnen die gesuchte Entspannung und das große sinnliche Erlebnis bringen.

Siegfried Matthus

Der Autor ist Initiator und künstlerischer Leiter der Kammeroper Schloss Rheinsberg. Auf den Festspielen, die in diesem Jahr zum 20. Mal stattfinden, sind junge Opernsänger aus aller Welt zu hören (bis 14. August).

In Kürze

Alexander Kolde in Lüneburg



Alexander Kolde: St. Georg in Rastenburg Bild: OL

Alexander Kolde (1886–1963) kann vielleicht als der exponierteste Moderne des Königsberger Kulturraums um 1920 gelten. Er gehört zu den eigenwilligsten Vertretern der Stilrichtung der deutschen Sezession in Königsberg. In Rastenburg aufgewachsen, studierte er in Berlin, München und Königsberg, zeitweise auch bei Lovis Corinth. Als Gründer des Künstlerbundes „Der Ring“ genoss Kolde hohes Ansehen. Während der Zeit des Nationalsozialismus entsprach der Expressionist allerdings nicht mehr den damals vorherrschenden Kunstvorstellungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg lebte Kolde in Flensburg, wo er bis zu seinem Tod noch viele Werke schuf. Als einer der progressivsten Künstler Ostpreußens in der Zwischenkriegszeit war der Künstler bislang nur durch seine frühen Grafikzyklen bekannt. Das malerische Werk wird durch die nun realisierte Ausstellung und die parallel erscheinende Publikation jetzt erst richtig bekannt. Dank der privaten Initiative der Töchter des Malers in Verbindung mit dem Ostpreußischen Landesmuseum wird auch diese Facette ostpreußischer Kunst wieder sichtbar. *OL*

Die Ausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum, Ritterstraße 10, Lüneburg, ist bis zum 10. Oktober dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr zu sehen, Eintritt 4/3 Euro

Königin Luise in Lüneburg

Zwei Tage vor dem 200. Todestag der Königin Luise von Preußen eröffnet das Ostpreußische Landesmuseum am 17. Juli in Lüneburg eine Sonderausstellung, die sich dem legendenumrankten Leben der als „Königin der Herzen“ in die Herzen von Generationen eingebrannten Monarchin widmet. Aus ganz Deutschland zusammengetragene Kunstwerke werden Leben und Mythos der Königin vorstellen, darunter Meisterwerke von Johann Gottfried Schadow und Christian Daniel Rauch. Verschiedene Porträts der Königin können mit ihrer Totenmaske verglichen werden und belegen in ihrer Unterschiedlichkeit, warum Luises Schönheit als „unmalbar“ galt. Im Mittelpunkt der Ausstellung steht das Gemälde von Rudolf Eichstädt, Luises Begegnung mit Napoleon darstellend. Ein umfangreiches Begleitprogramm mit wissenschaftlichen Vorträgen und Unterhaltung sowie Angebote für Schulklassen und Familien umrahmen die Ausstellung. *PAZ*

Die Ausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum ist vom 17. Juli bis 17. Oktober dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr zu sehen, Eintritt 4/3 Euro.

»Nicht Gnade, sondern Recht«

Albert Kesselring, der vor 50 Jahren, am 16. Juli 1960 starb, war einer der profiliertesten und erfolgreichsten deutschen Truppenführer. Er nahm am Ersten Weltkrieg teil und wurde 1919 in die Reichswehr übernommen. Im Dezember 1933 wechselte er zur Luftwaffe und lernte fliegen. 1938 erhielt er das Kommando über die Luftwaffengruppe I, die spätere Luftflotte 1, die er in Polen und im Westfeldzug erfolgreich führte. Für diese Leistungen wurde er zum Generalfeldmarschall befördert. Seine Fliegerverbände waren an der Luftschlacht über England und an den Invasionsvorbereitungen sowie an den Kämpfen in Russland bis November 1941 beteiligt.

Am 1. Dezember 1941 verlegte er mit einem Teil der Luftflotte nach Sizilien, um den Nachschub über das Mittelmeer für das Deutsche Afrikakorps (DAK) sicher zu stellen und die britischen Truppen auf der Insel Malta niederzuhalten. Am 10. Mai 1942 konnte Kesselring melden, dass Malta militärisch ausgeschaltet sei. Seiner Empfehlung, nun auf der Insel zu landen, wurde allerdings nicht entsprochen.

Im November 1942 griffen die Anglo-Amerikaner Tunesien und Algerien an. Im Mai 1943 kapitulierten die letzten deutschen und italienischen Streitkräfte in Afrika. Am 10. Juli 1943 landete der Gegner auf Sizilien und am 9. September 1943 auf dem italienischen Festland. Kesselring führte derweil als Oberbefehlshaber Südost alle Wehrmachtsteile in Italien. Der von



Albert Kesselring Bild: pa

ihm mit organisierte hinhaltende Widerstand auf Sizilien, die Räumung der Insel und schließlich der Widerstand in Süditalien war eine militärische Leistung, weil ihm kaum Luftwaffenverbände und nur wenige Panzerverbände zur Verfügung standen.

Vor Rom versteifte sich der Widerstand, die alliierte Luftwaffe ließ völlig grundlos das Kloster Monte Casino in Schutt und Asche legen. Angeregt durch die Kriegspropaganda gab es zunehmend Partisanenverbände, die hinterrücks deutsche Soldaten angriffen. Die Haager Landkriegsordnung von 1907 ließ die Hinrichtung gefangener irregulärer Kämpfer zu. Geiselerschießungen und Repressalien im „angemessenen Rahmen“ waren nach dem damaligem Kriegsrecht nicht verboten. Als angemessen wurde ein Verhältnis von maximal eins zu zehn angesehen.

Am 6. Mai 1947 wurde Kesselring von einem britischen Militärgericht in Venedig wegen Kenntnis und Duldung von Geisel-Erschießungen in Süditalien zum Tode verurteilt. Dies geschah vermutlich, um die innenpolitische Stellung der damaligen prowestlichen italienischen Regierung zu stützen. Ob es das schlechte Gewissen der Briten gewesen ist, sei dahingestellt, jedenfalls wurde Kesselring. Im Juli 1947 zu lebenslanger Haft begnadigt, 1948 die Haftstrafe auf 21 Jahre verkürzt und 1952 wurde er schließlich aus der Haft entlassen. Damals kommentiert die Illustrierte „Stern“: „Nicht Gnade, sondern Recht“. *Hans Lody*

Geopolitik statt Selbstbestimmung

Bei der Ziehung der Grenzen in Mitteleuropa gerieten 1918/19 viele Deutsche unter fremde Herrschaft

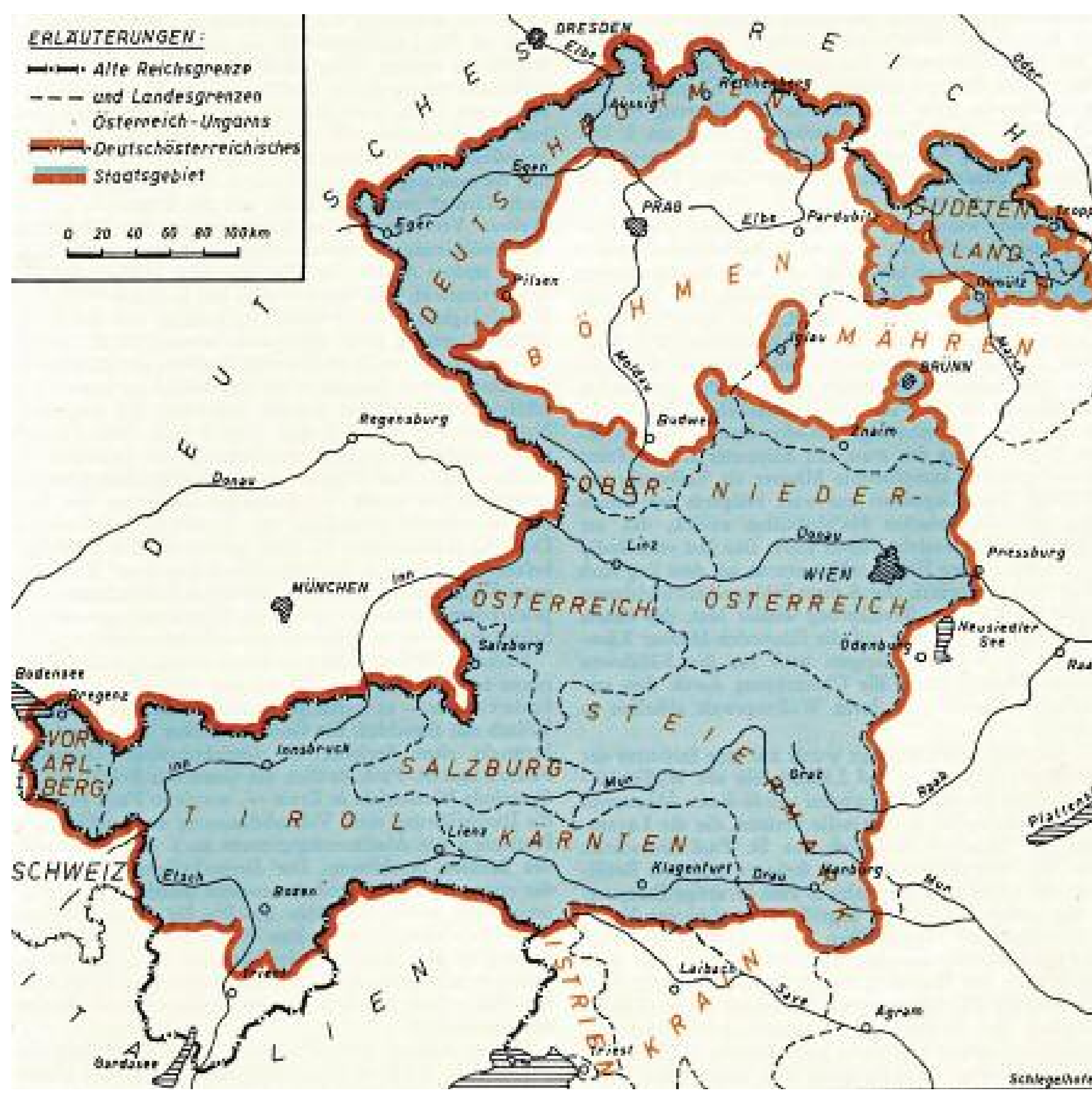
Am 16. Juli 1920 trat der Friedensvertrag von St. Germain in Kraft. Er zwang dem neuen Staat „Republik Österreich“ nicht nur höchst umstrittene Grenzen auf, sondern hatte auch tiefgreifende Folgen für die Kräftekonstellation in Ostmitteleuropa. Die Konferenz der Siegermächte in Paris gab zwar vor, bei der Grenzziehung dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zu entsprechen, doch verletzte sie dieses Prinzip mehrfach flagrant. Aus geopolitischen Gründen förderte vor allem Frankreich zwei Nachfolgestaaten der Donaumonarchie, die Tschechoslowakei und Jugoslawien.

Die Nationalversammlung in Wien hatte Österreichs Staatsgebiet bereits am 22. November 1918 festgelegt: Neben der Eingliederung Deutsch-Südtirols folgte die Grenze den ehemaligen Kronländern Kärnten und Steiermark, während man im Norden alle Gebiete der neuen Tschechoslowakei, die von Deutschen besiedelt waren, beanspruchte. Die österreichische Delegation unter Staatskanzler Karl Renner in Paris musste jedoch im Sommer 1919 schnell einsehen, dass Frankreich, aber auch Italien seine Interessen brutal verfocht. Dies zeigte sich beispielsweise im Falle Südtirols.

Obwohl Präsident Woodrow Wilson eine Teilung entlang „klar erkennbarer ethnischer Trennlinien“ verkündet hatte und seine Berater entsprechende Vorschläge unterbreiteten, forderten die Italiener ganz Südtirol bis zum Brenner-Pass, außerdem das Sextental und Tarvis. Sie pochten hierbei auf das Prinzip der Wasserscheidengrenze. Eine Grenzziehung vom Ortler über die Salurner Klause bis nach Sexten hätte ebenso einer „natürlichen Grenze“ entsprochen, und obendrein verletzte die Annexion von Innichen, Sexten und Tarvis das genannte Prinzip. Die italienische Delegation setzte Wilson heftig unter Druck, indem sie drohte, den geplanten Völkerbund zu Fall zu bringen, so dass er schließlich nachgab.

Mehr Erfolg hatte Österreich bei der Verteidigung seiner Ansprüche gegenüber dem neuen Königreich Jugoslawien. In Kärnten hatte man seit Dezember 1918 slowenischen und serbischen Truppen heftige Abwehrkämpfe geliefert, da Slowenien seine Forderungen mit Waffengewalt durchsetzen wollte. Im Juni 1919 besetzten die Angreifer Klagenfurt, mussten die Stadt aber auf Druck der Siegermächte wieder räumen. Inzwischen hatte eine amerikanische Studienkommission das strittige Gebiet bereist und ein für Österreich günstiges Gutachten unterbreitet. Daraufhin wurde im Friedensvertrag bestimmt, eine Volksabstimmung entscheiden zu lassen. Das Abstimmungsgebiet wurde in zwei Zonen geteilt, wobei die von Belgrad unterstützten Slowenen in der südlichen Zone die deutschsprachige Bevölkerung schwer unter Druck setzten. Doch bei der Volksabstimmung vom 10. Oktober 1920 sprachen sich 59 Prozent der Berechtigten für den Verbleib bei Österreich aus, so dass die Abstimmung in der nördlichen Zone entfiel.

In der Südsteiermark ging ein beträchtliches Gebiet verloren.



Gemäß dem Selbstbestimmungsrecht der Völker: Die vom Nationalrat, dem österreichischen Parlament, geforderte Staatsgrenze der Alpenrepublik Bild: Archiv

Dort hatten slowenische Truppen die wichtige Stadt Marburg an der Drau besetzt und waren in rein deutschsprachige Gebiete vorgedrungen. Obwohl die Friedenskonferenz zunächst eine Volksabstimmung über den Verbleib des Marburger Beckens zugesagt hatte, setzten sich die Jugoslawen mit Hilfe Frankreichs durch. Den Südsteirern wurde somit das Selbstbestimmungsrecht verweigert.

Einen schweren Misserfolg musste Österreich bei seinen Ansprüchen auf die deutsch besiedelten Gebiete in Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien hinnehmen, zu denen auch die Sprachinseln Brünn, Olmütz und Iglau gehörten. Ab November 1918 besetzten tschechische Verbände die strittigen Gebiete, wobei es punktuell zu Kämpfen kam, die auf deutsch-österreichischer Seite 20 Tote forderten. Noch weit mehr Tote forderte die tschechische Lebensmittel- und Kohlenblockade gegen das sudetendeutsche Grenzland und Wien. Prag strebte die Einbeziehung aller 3,2 Millionen Deutschösterreicher an, und Frankreich unterstützte den tschechoslowakischen Nationalrat in Paris, da der neue Staat als Bollwerk gegen den „Pangermanismus“ galt. Trotz schärfster Einwände Renners gingen die Deutschösterreicher der ehemaligen Kronländer Böhmen und Mähren verloren. Sie bildeten mit den Tschechen, Ungarn, Slowaken und Ruthenen einen Vielvölkerstaat, der von Anfang an gravierende Problemen hatte.

Gegenüber Ungarn konnte Österreich einen Kompromiss erzielen. Man strebte die Eingliederung der vier überwiegend von Deutschen bewohnten westungarischen Komitate an, die die Bezeichnung „Burgenland“ erhielten. Das Gebiet gehörte seit dem Jahre 907 zu Ungarn, war aber seit dem späten Mittelalter deutsch besiedelt, hinzu kam eine kleine kroatische Volksgruppe, die in der frühen Neuzeit hier angesiedelt worden war. Tschechoslowakische Politiker nahmen sie zum Vorwand, um einen slawischen Korridor zu verlangen. Er sollte die Tschechoslowakei mit Jugoslawien verbinden und gleichzeitig Österreich von Ungarn trennen. Hier stießen aber die tschechischen Ambitionen mit der Politik Italiens zusammen, das im Donauraum eigene Ziele verfolgte. Der Friedensvertrag schlug das Gebiet um Pressburg/Bratislava der Tschechoslowakei zu, während der größere Teil des nachmaligen Burgenlandes an Österreich fiel. Im August 1921 stieß österreichische Gendarmerie bei ihrem Einrücken ins Burgenland auf bewaffneten Widerstand ungarischer Freischärler, und die Regierung in Wien konnte nicht durchgreifen, da man die Lebensmittellieferungen aus Ungarn brauchte. Die beiden Restaurationsversuche Kaiser Karls in Ungarn verschärften die Lage. Nun sollte eine auf Ödenburg beschränkte Volksabstimmung entscheiden, die in der Hand Italiens lag und am 14. Dezember 1921 stattfand. Unter offenen Manipulationen stimmten 64 Prozent der Befragten in der fast rein deutschsprachigen Stadt für den Verbleib bei Ungarn.

Die Grenzregelungen wurden von zahlreichen Bürgern Österreichs als schweres Unrecht empfunden. Dazu kam die Angst vor revolutionären Umbrüchen, wie sie in Form der Räteregierungen in Bayern und Ungarn 1919 sichtbar wurden. Als Reaktion kam es zur Entstehung von rechtsgerichteten Gruppen und Vereinigungen, die ihre Aufgabe nicht zuletzt im Selbstschutz sahen und regen Zulauf aus dem von Verelendung betroffenen Bürgertum erhielten. Diese Gruppen, darunter die „Frontkämpfervereinigung“, vertraten Ideologien, die nach Wiedererrichtung der Monarchie oder Anschluss an das Deutsche Reich strebten. Verschärft wurde die Lage durch massive wirtschaftliche Nöte. Nur die Gewährung einer hohen Auslandsanleihe 1922 versprach Rettung, doch Österreich musste die Bedingungen des Völkerbundes akzeptieren, und die Hypothek aus dem Friedensvertrag blieb aufrecht. *Heinz Magenheimer*

Der weltbeste Stürmer war deutschstämmig

Vor Pelé hat bereits Arthur Friedenreich Fußballgeschichte in Brasilien geschrieben – Rassismusopfer

Laut Fifa gilt Arthur Friedenreich als als bester Stürmer der Fußballgeschichte. Er hat mit 1329 offiziell von der Fifa anerkannten Toren mehr Tore geschossen als das spätere Fußball-Idol Edson Arantes do Nascimento, genannt „Pelé“.

Der farbige Deutschbrasilianer ist 1892 in einem Vorort São Paulos geboren, wohin sein deutschstämmiger Vater, Oscar Friedenreich, von Blumenau im Bundesstaat Santa Catarina aus auf der Suche nach besseren Existenzbedingungen umgezogen war. Seine Mutter Matilda war eine afro-brasilianische Wäscherin. Die Vorfahren der Familie stammten väterlicherseits aus Dahme in Brandenburg und hatten Deutschland 1848 aus politischen Gründen verlassen.

Nur wegen seiner deutschen Herkunft durfte der Mulatte (Mischling) bereits seit 1915 in der damals neu gegründeten brasilianischen Fußballnationalmannschaft spielen. Um seine Rassenzugehörigkeit zu vertuschen, versuchte Arthur Friedenreich, wie auch andere, seine Kraushaare mit einem Netz zu glätten und sein Gesicht mit Reispuder einzupudern, um wie ein Weißer auszusehen. Auch seinem Stammverein in São Paulo, dem Sport Club Germania – einem Klub für deutschstämmige Spieler, gegründet vom Hamburger Hans Nobiling –, konnte er nur deshalb beitreten, weil sein Vater ein Deutscher war; Schwarze oder Farbige hatten bis in die 40er Jahre in Brasilien keinen Profifußballverein. Bis in die 30er Jahre war Fußball in Brasilien eine Sportart der weißen Oberschicht, dennoch erkämpfte sich Arthur Friedenreich, der nur 1,72 Meter groß war, mit seiner äußerst intelligenten und trickreichen Spielweise die Gunst vieler Brasilianer. So wurden Fouls an



Arthur Friedenreich Bild: Archiv

dunkelhäutigen Spielern damals von vielen Schiedsrichtern absichtlich übersehen, was oft ausgenutzt wurde, um Friedenreich zu stoppen. Er entwickelte daraufhin verschiedene Tricks von Körpertäuschung, mit denen er seine Gegenspieler, die ihn foulen wollten, immer wieder ins Leere laufen ließ.

Fried, wie er in Brasilien kurz genannt wird, stand am Anfang der brasilianischen Fußballlegende, weil er selbst als Ballkünstler auch eine Legende war. Trotz aller Widrigkeiten wurde Arthur Friedenreich im Volk zu einem Nationalhelden und gilt als erster brasilianischer Fußballstar.

Großen Anteil daran hatte zweifellos der 1:0-Erfolg durch ein Tor von Arthur Friedenreich im Spiel gegen die uruguayische Fußballnationalmannschaft, mit dem Brasilien 1919 zum ersten Mal Südamerikameister wurde. Dieses 1:0 gegen den übermächtig scheinenden Angstgegner war nicht nur eine Sensation, sondern auch der erste internationale Titel für Brasilien. Die nationalen Zeitungen berichteten erstmals ausführlich von einem Fußballspiel, später wurde jener Sieg gar zur Geburtsstunde des brasilianischen Fußballs stilisiert.

1922 wurde Friedenreich mit der brasilianischen Mannschaft erneut Südamerikameister, nachdem er 1921 wegen seiner Hautfarbe nicht hatte teilnehmen dürfen. Im Jahre 1925 wurde Friedenreich in Paris auf der ersten Europatournee der brasilianischen Nationalmannschaft durch Frankreich und die Schweiz, nachdem die Brasilianer gegen Frankreich 7:2 gewonnen hatten, zum „Roi du Football“ gekrönt. Dass in Brasilien heute Fußball nicht nur eine Sportart, sondern auch eine Kunst ist – immerhin tragen alle brasilianischen Spieler Künstlernamen –, auch daran hatte Arthur Friedenreich mit seiner intelligenten Spielweise einen großen Anteil. *Bodo Bost*

Schlacht, Krieg und Zukunft verloren

Vor 600 Jahren erlitt der Deutsche Orden bei Tannenberg seine folgenschwerste Niederlage – Parallelen mit Versailles

Am 15. Juli 1410 unterlagen die Ritter des Deutschen Ordens ihrem polnisch-litauischen Gegner in der kriegsentscheidenden Schlacht bei Tannenberg. Im anschließenden Ersten Thorner Frieden wurden dem Verlierer Kontributionen auferlegt, die mit den Kosten und Zerstörungen des Kriegs den Anfang vom Ende des Deutschordensstaates einläuteten.

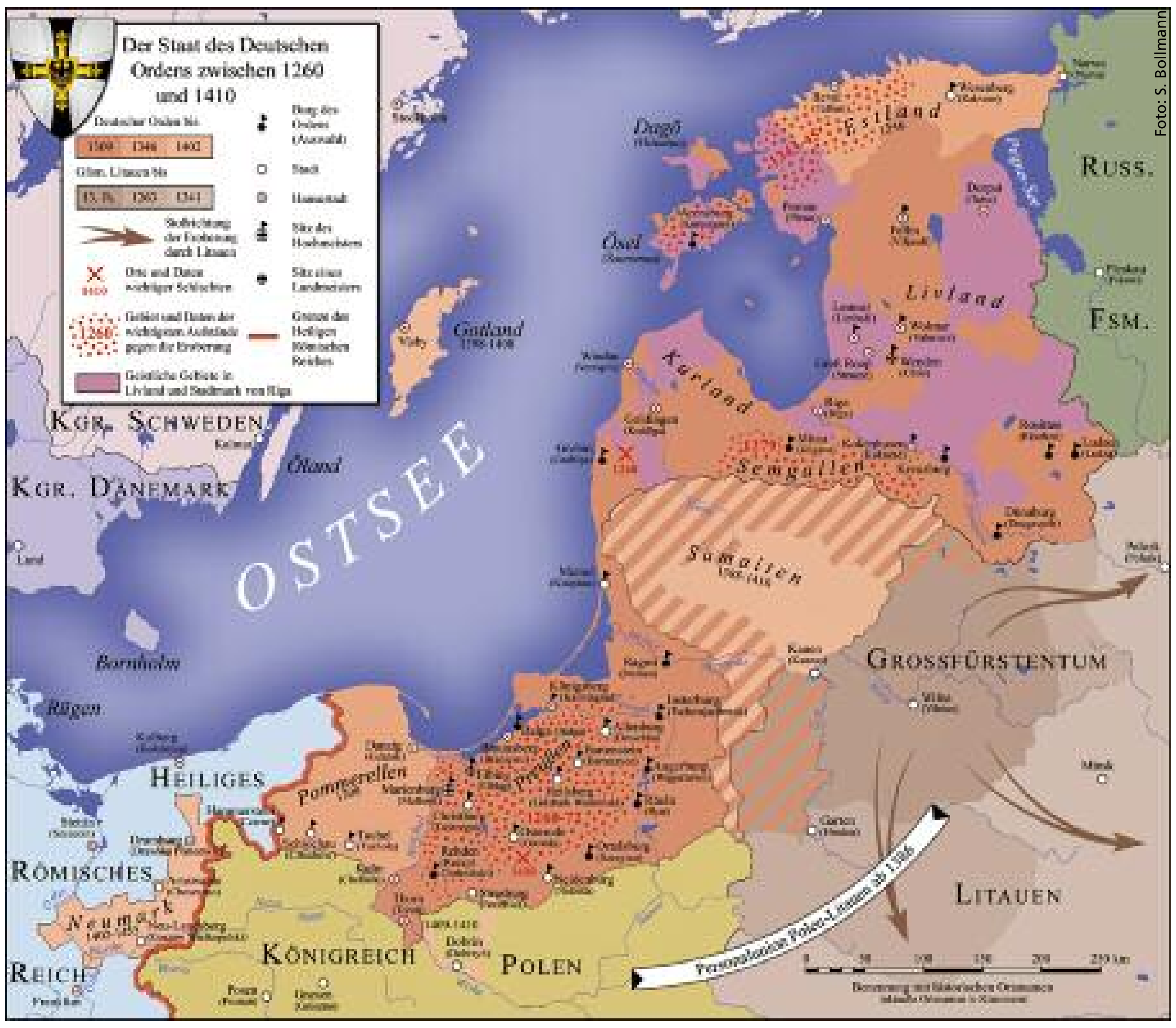
Trotz der Union, welche Polen und Litauen 1385 gegen den Deutschordensstaat geschlossen hatten, gab es noch zwei Personen, welche einem Kriegsausbruch entgegenstanden. Da war auf der einen Seite die deutschordensfreundliche Königin Hedwig, die an der Seite ihres Mannes Polen regierte. Sie starb 1399. Und da war auf der Seite des Deutschordensstaates Konrad von Jungingen, der als Hochmeister mit seiner umsichtigen, verbindlichen Art während seiner Amtszeit dem sich stetig verschärfenden Gegensatz zwischen dem Orden und Polen-Litauen vorübergehend die Spitze

Ein Nimbus wurde zerstört

zu nehmen verstand. Er starb acht Jahre nach der Polenkönigin. Sein Nachfolger wurde noch im selben Jahr sein weniger geeigneter Bruder Ulrich.

Der Beginn des Krieges erinnert etwas an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges, wo es ja ebenfalls nur eines Funkens zur Explosion des Pulverfasses bedurfte. In diesem Falle waren es Aufstände in Samaiten gegen die Herrschaft des Deutschen Ordens. Der Hochmeister Ulrich von Jungingen machte Litauens Großfürsten Vytautas (Vitold) dafür verantwortlich und Polens König Wladyslaw II. solidarisierte sich mit seinem litauischen Vetter. Am 6. August 1409 erklärte der Hochmeister Polen und Litauen die Fehde, den Krieg.

Abgesehen davon, dass der Ordensstaat nun einem geeinten Gegner gegenüber stand, hatte die polnisch-litauische Union für den Ordensstaat noch einen weiteren großen Nachteil. Durch die polnische Oberhoheit über die Litauer galten diese nun nicht mehr als Heiden und deren Bekämpfung nicht mehr als Kreuzzug gegen das Heidentum. Anders als bei vorangegangenen Auseinandersetzungen konnte der Deutschordensstaat deshalb diesmal nicht mehr mit der Solidarität der christlichen Welt rechnen.



Erst am 6. August 1409 schwiegen erst einmal die Waffen. Es wurde ein Waffenstillstand geschlossen. Ein Schiedsspruch des zur Vermittlung angerufenen Böhmenkönigs Wenzel IV. wurde jedoch von polnisch-litauischer Seite abgelehnt. So sprachen nach dem Ablauf des Waffenstillstandes am 21. Juni 1410 wieder die Waffen. Nachdem das polnisch-litauische Heer Gilgenburg am 13. Juli 1410 nicht nur erstürmt, sondern Litauer und Tataren dort anschließend auch grausamst gewütet hatten, entschloss sich der Hochmeister den Gegner zum Kampf zu stellen.

Am 15. Juli 1410 trafen die gegnerischen Heere bei den Dörfern Tannenberg und Grünfelde (polnisch: Grunwald) aufeinander. Die Zahlen schwanken sehr, zwischen 11000 und 27000 bezüglich des Ordens, zwischen 26000 und 39000 hinsichtlich seines Gegners. Unumstritten ist die deutliche zahlenmäßige Überlegenheit der polnisch-litauischen Streitmacht, und das ist entscheidend.

Gegen Mittag begann der als tatendurstig beschriebene litauische Großfürst Vytautas, der mit seinen Litauern den rechten Flügel der polnisch-litauischen Streitmacht bildete, einen Angriff auf den gegenüberliegenden linken Flügel des Ordensheeres. Dieser reagierte mit einem erfolgreichen Gegenangriff und schlug die Litauer in die Flucht. Statt jedoch nun einzuschwenken und dem gegnerischen Zentrum in die Flanke zu fallen, jagte der von Ordensmarschall Friedrich von Wallenrod kommandierte linke Flügel den Litauern hinterher.

Was Wallenrod unterlassen hatte, versuchte nun der Hochmeister an der Spitze seiner Reserven einschließlich der Elite der Ordensritterschaft. Der Versuch scheiterte. Dabei spielte auch Verrat eine Rolle, denn die im Eidechsenbund zusammengeschlossene Kulmer Ritterschaft nutzte die Attacke zur Flucht. Der Hochmeister scheiterte jedoch nicht nur mit seinem Versuch, er fiel auch dabei. Das polnisch-litauische Herr hingegen konnte mit seiner zahlenmäßigen Überlegenheit nicht nur diesen Angriff abwehren, sondern auch einen neuen rechten Flügel bilden und das Ordensheer einkesseln. Entsprechend groß waren die Verluste des Ordensheeres an Toten und Gefangenen.

Die Folgen ähnelten denen der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt 1806. Ein Nimbus war zerstört. Von desillusionierten Verteidigern wurde dem Eroberer nun beschämend wenig Widerstand entgegen gesetzt. Anders als im

Über 22 Tonnen Silber Lösegeld

Vierten Koalitionskrieg 1806/07 wurde der Feind jedoch vor der Hauptstadt gestoppt. Dank des Komturs Heinrich von Plauen konnte die Marienburg gehalten werden und der Feind zog ab.

Der Erste Thorner Frieden vom 1. Februar 1411 war denn auch milder als der Tilsiter. Allerdings verlangte der Sieger für die in der Schlacht bei Tannenberg gefangenen Ritter ein Lösegeld in Höhe von 100000 Schock böhmischer Groschen, was mehr als 22 Tonnen Silber entsprach. In finanzieller Hinsicht ähnelte dieser Erste Thorner Frieden dem Versailler Vertrag. Zahlungsrückstände erlaubten dem Gegner Interventionen, und die vom Sieger verlangten Zahlungen in Verbindung mit den Kriegskosten machten den Deutschordensstaat wie das Deutsche Reich von einem reichen Land zu einem destabilisierten Gemeinwesen, bei dem die Frage der Kriegs- und Friedenslastenverteilung unter der Bevölkerung für Streit und Hader im Inneren sorgte. *Manuel Ruoff*

Die Vorgeschichte bis zur polnisch-litauischen Union

Der Deutschordensstaat erhielt seinen menschlichen Nachschub primär aus dem Westen, aus dem Reich. Das gilt für die Siedler, aber auch für die Führungskräfte des Ordens. Diese Bindung an das Reich ließ den Orden eine Landverbindung zum Reich suchen. Damit geriet er in einen Interessenskonflikt mit Polen, das einen Zugang zur Ostsee erstrebte. Wer denkt da nicht an die deutsch-polnische „Korridor“-Problematik zwischen den beiden Weltkriegen?

Doch anders als das Ostpreußen der Zwischenkriegszeit hatte der Deutschordensstaat das Problem der Verbindung nicht nur in Richtung Westen. Ab 1237 war der Deutsche Orden nämlich mit dem Schwertbrüderorden in Livland vereinigt und strebte deshalb nach einer Landverbindung mit Livland. Dieses Streben konkurrierte nun wieder mit dem Interesse Litauens an einem Ostseezugang.

Bis vor 600 Jahren war es dem Deutschordensstaat gelungen, sich in den beiden schier antagonistisch scheinenden Interessengegensätzen mit Polen auf der einen Seite und Litauen auf der anderen durchzusetzen. Zu Beginn des 15. Jahrhunderts erreichten die Landbrücken zum Reich und nach Livland ihre stärksten Ausprägungen, wie überhaupt der Ordensstaat in dieser Zeit seine größte territoriale Ausdehnung erlangte. Nachdem es im Westen zuvor schon Pommerellen erworben hatte, gewann es 1402 auch noch die Neumark. Im Osten kam 1404 Samaiten hinzu.

In diesen Zeiten der größten Ausdehnung bahnte sich jedoch schon mit der polnisch-litauischen Union die Katastrophe für den Ordensstaat an. Der polnische Adel wollte die Union mit Litauen. Er war bereit, die 1997 heiliggesprochene polnische Königstochter Hedwig von Anjou als seine Königin zu akzeptieren, wenn denn diese sich mit dem litauischen Großfürsten Jogail vermählte. Vom Litauer wurde im Gegenzug erwartet, dass er zum römisch-katholischen Glauben übertrat. Wie der polnische Adel es wollte, geschah es. Entsprechend der Union von Krewo aus dem Jahre 1385 ließ sich Jagial in den folgenden Monaten taufen, heiratete Hedwig und wurde als Wladyslaw II. an der Seite seiner Frau König von Polen. Die polnisch-litauische Union wurde anfänglich noch dadurch gefährdet, dass Vytautas Wladyslaws Herrschaft in Litauen in Frage stellte. Die beiden Vettern einigten sich jedoch in der Weise, dass Vytautas als Preis für den Erhalt Litauens die polnisch-litauische Union und die polnische Oberhoheit akzeptierte. Die polnisch-litauische Front gegen den Deutschordensstaat stand. *M.R.*

Eines der verbliebenen Glanzlichter Berlins

Die ehemalige Kurfürstlich-Brandenburgische Sozietät der Wissenschaften feierte am Leibniztag ihr 300-jähriges Bestehen

Traditionell legt die Akademie der Wissenschaften in Berlin ihren Leibniztag in die Nähe des Geburtstages ihres Gründers (1. Juli 1646). Und so fand das diesjährige Treffen am 3. Juli statt. Es stand ganz im Zeichen des 300-jährigen Bestehens der Akademie. Am 3. Juni 1710 hatte die einige Jahre zuvor gegründete „Kurfürstlich-Brandenburgische Sozietät der Wissenschaften“ ihr erstes Statut erhalten. Zwar waren diesmal nur wenige Politiker anwesend, doch tat das der hochgemuten Stimmung keinen Abbruch. Bei der Akademie (AdW) weiß man, dass Kultur, Bildung und Wissenschaft mittlerweile fast die einzigen Aktivposten der wirtschaftlich schwächer werdenden Hauptstadt sind.

Die Namen der Akademie spiegeln deren historische Entwicklung. Von der genannten „Sozietät“ ging es im 19. Jahrhundert über die „Königliche Akademie der Wissenschaften“ zur „Preußischen Akademie der Wissenschaften“ nach 1918, zur „Deutschen Akademie der Wissenschaften“ 1946 und – bis 1989 – zur „Akademie der Wissenschaften der DDR“. Durch Staatsvertrag wurde dann 1992 die „Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften“ etabliert, die heute in fünf wissenschaftliche Klassen aufgeteilt ist und Forschungseinrichtungen, Bibliotheken und Archive in Berlin am Gendarmenmarkt und Unter den Linden sowie in Potsdam am Neuen Markt unterhält.

Gottfried Wilhelm Leibniz hatte sich an den großen Vorbildern in London und Paris orientiert

Mit öffentlichen Preisfragen fing es an

und die kunstsinnige preußische Kurfürstin (dann Königin) Sophie Charlotte für seine Pläne gewinnen können. Friedrich der Große hatte die AdW zu einer ersten Blüte geführt, nicht zuletzt durch die Berufung berühmter Franzosen wie Voltaire, Julien Offray de La Mettrie und Pierre Louis Moreau de Maupertuis. Bis in unsere Zeit waren dann nahezu alle großen Wissenschaftler, die in Berlin arbeiteten, auch Akademiemitglieder, angefangen von Alexander und Wilhelm von Humboldt über Christoph Wilhelm Hufeland, Friedrich Schleiermacher, die Brüder Grimm, Rudolf Virchow, Robert Koch, Theodor Mommsen bis zu Albert Einstein, Max Planck, Lisa Meitner, Friedrich Meinecke und Konrad Zuse.

Waren im 18. Jahrhundert öffentlich ausgeschriebene Preisfragen der Akademie zu allen nur denkbaren Wissensbereichen ein probates Mittel, die Forschung voranzutreiben, so gab es ab 1810, nach Gründung der Berliner Universität, eine Gewichtsverlagerung. Die Universität und in der Folgezeit die gezielt zu einzelnen Disziplinen vor allem in Technik und Naturwissenschaft gegründeten Institute betrieben nun Grundlagenforschung. Das führte dazu, dass sich die Akademie stärker auf geisteswissenschaftliche Langzeitprojekte wie etwa die Erschließung antiker und frühchristlicher Texte, Editionen und Wörterbücher verlegte, Projekte, die teilweise bis in unsere Tage andauern. Gerade jetzt auf dem Leibniztag konnte Akademiepräsident Günter Stock verkünden, dass noch in diesem Jahr zwei Langzeitprojekte – Griechisch-christliche Schriftsteller und Medizintexte aus der Antike – abgeschlossen werden.

Das weltweite Ansehen, das sich die Akademie im Kaiserreich und in der Weimarer Republik erworben hatte, wurde durch das NS-Regime abrupt beendet. Wissenschaftsakademien begreifen sich als Gelehrtensozietäten, die über Fachgrenzen hinaus grundsätzliche Fragen erörtern. Das setzt unbedingte politische und geistige Freiheit voraus. Das aber galt nach 1933 nicht mehr; Albert Einstein hatte man schon im April 1933 hinausgeworfen, ab 1938 erfolgten immer rigorosere Einschränkungen des Regimes.

Da die AdW ihren Sitz im Ostteil Berlins hat, unterlag sie nach 1945 sowjetischer Aufsicht, nach 1949 den Direktiven der SED.

Heute dominieren die Naturwissenschaften

Diese machte die AdW zu einer „sozialistischen Forschungsakademie“ nach sowjetischem Vorbild. Unter Bruch ihrer Tradition wurde sie zur zentralen Forschungseinrichtung in der DDR. Für viele Disziplinen wurden spezielle Akademieinstitute gegründet und mit Grundlagenforschung betraut. Bei den Natur- und Technikwissenschaften war das weniger folgenreich; den geisteswissenschaftlichen Instituten aber, wie jenen zur Geschichte oder zur Philosophie, zwang die SED rigoros ihre ideologischen Vorgaben auf. Nach der Wende wurden alle AdW-Institute evaluiert und abgewickelt, viele Wissenschaftler, die nach internationalen Maßstäben gar keine waren, entlassen. Noch heute ist bei gelegentlichen Veranstaltungen Verbitterung der betroffenen Altkader über die damaligen Vorgänge zu spüren.

Jetzt auf dem Leibniztag hatte der Althistoriker Christian Meier den Festvortrag unter die Frage gestellt, ob die antike Demokratie Vorbild noch für heute sein könne, und das mit Einschränkungen bejaht. Gleichwohl dominierten diesmal die Naturwissenschaften. Die Ehrungen der AdW gingen an berühmte Naturwissenschaftler, etwa an den Nobelpreisträger für Chemie des Jahres 2007 Gerhard Ertl und an Harald zur Hausen, dem 2008 der Nobelpreis für Medizin verliehen wurde. Auch die neuen Mitglieder sind fast alle Naturwissenschaftler. Wie um eine gewisse Enttäuschung zu dämpfen, zitierte Ertl ein Goethe-Wort: „Es geht nichts über die Freude, die das Studium der Natur bereitet.“ *Dirk Klose*

Wenn der Amtseid zur Farce verkommt

Zu: „Fahrt in den Schuldensumpf" (Nr. 26)

Mir reicht's! Schmieren-Theater beim Zustandekommen der neuen NRW-Regierung; Verfassungsbruch durch perverses Gender-Main-Streaming; Schule, die sich am niedrigsten Lernvermögen/Lernwillen ausrichtet; Marodes Gesundheits-System trotz ständig zunehmender Eigenleistungen; Menschen, die immer öfter unter die Armutsgrenze fallen, weil Arbeit nichts mehr wert ist; Banken, die unser Vermögen veruntreuen und dafür auch noch belohnt werden; Schulden, für die unsere Kindeskinder noch Opfer bringen müssen; Geduldete politische Mitwirkung früherer SED-Schergen und Links-Extremisten; Gezielte Entwertung unserer abendländischen Kultur, dafür zunehmende Willfährigkeit gegenüber dem Islam und Anbiederung bei der Türkei; Einwanderung in unsere Sozialsysteme.

Der Eid, Schaden vom Volk abzuwehren, ist zur Farce verkommen. Diese (bewusste?) gesellschaftszerstörende Politik könnte aber noch „getoppt" werden, indem uns unsere Entscheidungsträger (bis auf wenige Ausnahmen) letztendlich an den „Meistbietenden" verraten und verkaufen.

Gisela Recki, Troisdorf

Mehr Anerkennung für unsere Bauern

Zu: „Deutschlands goldgelbe Ölfelder" (Nr. 21)

Sie haben den Raps geschildert und oftmals als kleine „Rhapsodie" bezeichnet. Ganz sicher haben unsere Pflanzenzüchter an dieser Entwicklung einen beträchtlichen Anteil. Genauso gehören zu dem positiven Ergebnis die gut ausgebildeten Landwirte.

Der Winter-Raps will gerade noch im August in den Boden gebracht werden. Die Getreideernte ist kaum mit der Anspannung aller Kräfte vorüber, da soll das Feld als Saatbeet schon für die Raps-Aussaat bereit liegen. Trotz aller modernen Maschinen geht das nicht, ohne dass die Menschen bis zur Erschöpfung arbeiten müssen. Darf ich hier für unsere Bauern um etwas mehr Anerkennung bitten?

Die Natur setzt uns da ganz enge Grenzen. Wir können bestenfalls jedes dritte Jahr dasselbe Feld mit Raps bestellen. Die Auslagen müssen zum großen Teil im Herbst getätigt werden, bevor wir wissen, ob die Pflänzchen den Winter überstehen. Auch in diesem Jahr ist in Ostpreußen genug Fläche noch einmal bestellt worden.

Alle beteiligten Berufsgruppen haben an dieser gelben Pracht ihren Anteil. Sind wir für diese Weiterentwicklung unserer Zeit dankbar.

Karl Feller Laurenziberg, Gau-Algesheim

Eigenwillig

Zu: „Netanjahus Gnadenakt" (Nr. 25)

Ich habe überlegt, wie ich die Zeilen des Pannonicus werten soll. Vielleicht so: Er hasst Israel, er leugnet den Hamas-Terrorismus, er will dies in Gedichtform zwingen – und am Ende steht der Triumph seines Willens?

Roland Hammer, Helmstedt

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Standesunterschied: Hochzeit des Prinzen Wilhelm von Preußen mit Dorothea von Salviati 1933

Vertrieben und beraubt

Zum: Leserbrief „Vertriebene mit Migranten gleichgesetzt" (Nr. 25)

Die vom Bremer Bürgermeister Böhrnsen betriebene „Gleichsetzung" von Heimatvertriebenen und „Migranten" darf nicht unwidersprochen bleiben.

Während die deutschen Heimatvertriebenen ungefragt nicht nur ihrer blühenden Heimat, ihres Eigentumes und Besitzes, zu häufig auch ihrer Ehre, Gesundheit und ihres Lebens beraubt wurden, kommt der typische „Migrant" heutzutage ohne uns zu fragen, ohne unsere Erlaubnis, somit aus eigener Machtvollkommenheit, günstigstenfalls nach Deutschland, um hier seine Geschäfte zu treiben. Andernfalls vielleicht noch, um Hilfsarbeit zu leisten, da ihm seine fehlende Ausbildung zumeist nichts besseres gestattet. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass Migranten viel zu häufig hierherkommen, um in die Sozialhilfe einzuwandern oder, noch schlimmer, sich durch Verbrechen zu bereichern.

Insofern ist die von Herrn Böhrnsen betriebene Gleichsetzung ungleicher Sachverhalte geradezu perfide. Sollte ihm der Einblick in die Realität bislang verwehrt geblieben sein, empfehle ich ihm, in der Sozialhilfe-Sachbearbeitung oder als Wachpersonal in einer JVA zu hospitieren.

Joachim Ruhnau, Döttesfeld

Noch selten ein so gelungenes Porträt von Prinz Wilhelm gelesen

Zu: „Verhinderter ‚König von Deutschland'" (Nr. 20)

Gerade von einer zweiwöchigen Reise durch die Mark Brandenburg (mit Abstecher in die alte Neumark jenseits der Oder, unter anderem nach Küstrin) zurückgekehrt, fand ich hier die beiden letzten Ausgaben der *PAZ* vor. In der Ausgabe vom 22. Mai erfreute mich besonders Ihr Beitrag über Prinz Wilhelm, in dem endlich einmal jener Mann gewürdigt wurde, der bei Erhalt der Monarchie nach 1918 dermaleinst Deutscher Kaiser und König von Preußen geworden wäre, denn sein Großvater und Vater hätten dann einer Heirat mit Dorothea von Salviati sicherlich nicht zugestimmt. Dies sah übrigens auch Prinz Louis Ferdinand so, mit dem ich mehrfach darüber gesprochen habe und von dem es ja in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit nach 1949 immer hieß, er wäre (jetzt) Kaiser, wenn die Monarchie Bestand gehabt hätte. Ich habe dann stets in Leserzuschriften darauf hingewiesen, dass zunächst Prinz Wilhelm diese Rolle zugefallen wäre, denn erstens hätte das Haus Hohenzollern dafür gesorgt, dass er standesgemäß geheiratet hätte, außerdem hätte es keinen Zweiten Weltkrieg gegeben, in dem ja der Prinz sein Leben ließ.

Selten habe ich ein so realistisches Bild über Prinz Wilhelm gelesen, wie Sie dies in Ihrem Artikel gezeichnet haben. Dies sage ich auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass ich Gründungsmitglied des Preußeninstituts (1971) und des Zollernkreises (1969) bin, jahrelang dessen Arbeits- und Gesprächskreis in Düsseldorf geleitet habe und deshalb intensiv mit dem Hause Hohenzollern verbunden bin.

In den 70er und 80er Jahren waren meine Frau und ich regelmäßige Teilnehmer der Jahrestagungen des Preußeninstituts auf Burg Hohenzollern, die unter der Schirmherrschaft von Prinz Louis Ferdinand standen. Und weil wir mit dem damaligen Burgvogt und seiner Ehefrau eng befreundet waren, saßen wir nach den Tagungen oft noch bei einem Glas Wein in deren Wohnung. Und da passierte es dann regelmäßig, dass sich zu später Stunde die Tür öffnete und Prinz Louis Ferdinand hereinkam (der seine Wohnung nebenan hatte), um sich noch mit uns zu unterhalten. So haben wir nächtelang mit ihm diskutiert und erzählt – er wollte regelmäßig Informationen über unsere Reisen nach Süd- und Südwestafrika hören – und ihn dabei aus nächster Nähe und eben sehr privat kennen- und schätzengelernt. Auch seine Kinder und einige Enkel haben wir in den folgenden Jahren dort erlebt, und ich war 1994 eine der ersten und zugleich der letzten Personen, die noch die von Prinz Louis Ferdinand gestiftete Ehrennadel des Preußeninstituts (anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Zollernkreises) von ihm selbst verliehen bekamen (kurz vor seinem Tode); seither wird sie von Prinz Georg Friedrich verliehen.

Übrigens sind wir bei unserer jetzigen Reise durch Brandenburg wieder auf zahlreiche Spuren der Hohenzollern gestoßen, insbesondere in der Schorfheide, wo man eine Unzahl von Gedenksteinen in den Wäldern findet, die davon „erzählen". Seit kurzem gibt es auch ein Buch, das alle jene Spuren auflistet.

Wolfgang Reith, Neuss

Ehrlich geschildert

Betr.: Abo-Verlängerung

Ich hatte schon für ein halbes Jahr die *Preußische Allgemeine Zeitung* bezogen. Ich war erfreut, dass es doch noch eine Zeitung gibt, in der die Geschichte Preußens und damit auch Deutschlands ehrlich geschildert und auch ehrlich berichtet wird.

Ich stamme von der Insel Rügen, bin aber schon lange in Westfalen. Ich verließ meine Heimat wegen der kommunistischen Diktatur. Jetzt bin ich auf Ihre Zeitung gestoßen.

Mein Abonnement habe ich nun verlängert.

Siegfried Seidel, Hagen

Köhler wurde im Stich gelassen

Zum: Leserbrief „Köhlers Rücktritt grenzt an Desertion" (Nr. 25)

Köhlers Rücktritt mit Desertion zu vergleichen ist nicht richtig. Wenn schon Desertion (Fahnenflucht) mit einem Bundespräsidenten in Zusammenhang gebracht werden könnte, dann wohl eher mit Ex-Bundespräsident Richard von Weizsäcker, dem doch vorgeworfen wurde, dass er im April 1945 als Hauptmann der Wehrmacht seine Truppe im Raum Potsdam in Richtung Lindau verlassen haben und nicht wieder zu seiner Truppe zurückgekehrt sein soll, zumal sein Bataillon in heftige Kämpfe verwickelt war.

Wenn schon von Fahnenflucht in Zusammenhang mit Köhler zu sprechen wäre, dann wohl eher mit der Frage: Wer hat wohl den Bundespräsidenten Köhler im Stich gelassen beziehungsweise seinen Rücktritt so plötzlich veranlasst?

Ingo Schewiola, Hamm

1946 und 1947 gab es noch etliche Reichsparteitage

Zu: „Reichsparteitag" (Nr. 24)

Die Karosse besetzt mit Demokratie und Meinungsfreiheit und bespannt mit Reeducation und Political Correctness fährt immer schneller dem Abgrund entgegen. Die Demokratie zeigt Zerfallserscheinungen, denn die Meinungsfreiheit wird, je weiter der Zweite Weltkrieg zurückliegt, immer mehr gedeckelt, es sei denn, die Äußerungen passen in das vorgegebene Denkschema. Und wehe, jemand tritt daneben, ganz gleich wer es ist und wo er gesellschaftlich steht. Die Keule trifft unerbittlich jeden, sei es nun Eva Herman, Martin Hohmann, Steffen Heitmann oder jetzt die ZDF-Moderatorin Katrin Müller-Hohenstein. Was hat Müller-Hohenstein denn Böses gesagt? "Ein innerer Reichsparteitag für Miroslaw Klose." Was ist am Wort Reichsparteitag so ehrenrührig? Alle Parteien hatten ihren Reichsparteitag, nicht nur die NSDAP, mit der „Reichsparteitag" unverständlicherweise immer in Verbindung gebracht wird. Nur einige wissen, dass es auch Reichsparteitage der verschiedenen Parteien nach 1945 gab. Die Gutmenschen wohl am allerwenigsten.

Ihren ersten Reichsparteitag führte die CDU vom 16. bis 19. Juni 1946 in Berlin durch, ein weiterer folgte am 3. Februar 1947 in Ahlen. Auch die Linken standen dem nicht nach. Die SPD hatte ihren ersten Reichsparteitag vom 8. bis 11. Mai 1946 in Hannover und den zweiten vom 29. Juni bis 2. Juli 1947 in Nürnberg (sic!). Auch die KPD hatte 1946 ihren Reichsparteitag. Und was geschah nach der Vereinigung von SPD und KPD in Mitteldeutschland zur SED? Sie hielt vom 20. bis 24. September 1947 in Berlin einen Reichsparteitag ab. Dies hier niederzuschreiben war für mich ein innerer Reichsparteitag.

Manfred Weinhold, Hamburg

Offene Fragen zur Piratenjagd

Zu: „Kaperbriefe gegen Piraten" (Nr. 20)

Als Abonnent der *PAZ* macht man sich ja gerne mal eigene Gedanken. Deshalb möchte ich hier ein paar Fragen aufwerfen. Auch wenn die Berichterstattung über die Sicherheitslage auf den Seewegen vor dem Horn von Afrika derzeit nicht im Vordergrund steht, so existiert die Problematik ja weiterhin. Landläufig gibt es dazu immer wieder folgende Thesen, die meines Erachtens nicht genügend hinterfragt werden.

Aussage 1: "Das Seegebiet in der betroffenen Region ist so groß, dass eine lückenlose Überwachung nicht möglich ist." Dazu möchte ich sagen, dass für die Piraten das Terrain ebenso groß ist, diese aber die zu kapernden Schiffe finden. Außerdem verrät ein Blick auf Seekarten dass dort immer Schiffsrouten eingezeichnet sind, denn die Schiffe fahren mitnichten statistisch verteilt über die Weltmeere. Diese Wege sollten sich jedoch mit vertretbarem Aufwand an Kriegsschiffen, Radar und Aufklärungshubschraubern sichern lassen.

Aussage 2: "Die ausführenden Piraten sind eigentlich arme Kerle. Richtig verdienen tun nur die Bosse im Hintergrund." Dass die Lösegelder sicher nicht zu gleichen Teilen unter den Piraten aufgeteilt werden, ist wohl so. Diese werden nur Bruchstücke der Summe sehen. Aber wer sind dann die mysteriösen Hintermänner? Die sollen ja in ebenso luxuriösen, wie stark gesicherten Anwesen in Somalia leben. Ein „Besuch" dieser Anwesen und eine „Buchprüfung" könnte hier für Klarheit sorgen. Womöglich könnte eine solche Aktion aber auch für ganz andere Hintermänner in ganz anderen Weltregionen unangenehm sein.

Aussage 3: „Gefangengenommene Piraten können nicht nach Somalia abgeschoben werden, da dieser Staat gescheitert ist." Richtig, Somalia existiert seit langen Jahren nur als ein Gebiet zwischen anderen Staaten. Da nun aber die meisten Schiffe seit den 70er Jahren unter sogenannten „Billigflaggen" fahren, um Steuern, Heuer und Sicherheitskosten zu sparen, wären gefasste Täter logischerweise an Panama, Liberia und so weiter zu überstellen.

Der letzte Punkt wirft bei mir die Frage auf, warum eigentlich die europäische Marine Schiffe (formell) anderer Nationen kostenlos schützen soll? Ein Umdenken hier könnte den Anreiz, unter einer Flagge der EU-Staaten zu fahren und entsprechend auch dort Steuern zu zahlen, erhöhen.

Joachim Dickmeis, Köln

Verdrehungen über Tannenberg entlarven

Zu: Polnische Feiern zur Schlacht bei Tannenberg 1410: Geschichtsklitterung wird garantiert

Am 15. Juli werden die Polen beim ostpreußischen Grünfelde eine große Siegesfeier abspulen. Wir können damit rechnen, dass die BRD-Medien darüber berichten und uns, wie üblich, Geschichte auf Polnisch vermitteln.

Im Vorfeld gab es in der *PAZ* zu dem Thema einen Beitrag und zwei Leserbriefe mit gegensätzlichen Auffassungen zur Friedfertigkeit des Ordens, zwei davon von Landsleuten, die von Ostpreußen zu ihren Repräsentanten gezählt werden. Aber alle drei Ansichten sind nicht fehlerfrei. Die heute übliche Geschichtsliteratur enthält stets Wertungen durch die Autoren und so verleitet das dazu, sich dem anzuschließen, was den einem am sympathischsten ist. Andererseits verführt auch die objektivste Geschichtsdarstellung bei Kurzfassung zu Fehlschlüssen. Dazu gehört das Arbeitsheft des BdV von Prof. Hartmut Bookmann (†), einem eigentlich sehr genauen Historiker.

Dagegen gibt die „Geschichte Preußens", die der einstige Direktor des Königsberger „Geheimen Archivs" Johannes Voigt in Jahrzehnten ab 1835 auf 6000 Seiten in neun Bänden aus Chroniken des Ordens, aus polnischen Chroniken und aus Chroniken des Vatikans zusammengetragen hat, alles her, um bei uns und mit gutwilligen Polen zu einer Meinung zu kommen. Zwar wird Voigt von späteren Historikern kritisiert, weil er keine Wertung als Historiker vornahm, aber das ist heute seine Chance. Dank der Freundlichkeit der Universität Michigan konnte „google" das gesamte Werk veröffentlichen („johannes voigt" eingeben).

Jedenfalls führte ein Misstrauen, das sich zwischen mündlichen Zusagen und dem endlichen Schritt des Ordens zum Beginn der Christianisierung der Prußen zwischen ihm und den Polen entwickelte, dazu, dass Fallenstellen im gegenseitigen Umgang zukünftig zur Tagesordnung gehörten. Die Christianisierung des prußischen Teils unserer Vorfahren war für beide Seiten nur der Vorwand für Machtstreben und geographische Herrschaft, an dem die Polen ohne eigene Beteiligung hinterher teilhaben wollten. Nach der Christianisierung war dann der Friede zwischen dem streng nach klerikalen Regeln regierenden Ordensstaat und Polen nur noch mit Mühe für einige Jahrzehnte zu halten.

Die *PAZ* und die Landsmannschaft sollten einen objektiven und mit Voigt vertrauten Historiker beauftragen, vor allem die Kommentare in den BRD-Medien zu beobachten sowie zu erwartende Legenden und Geschichtsverdrehungen zu entlarven.

Horst Dietrich, Wiesbaden

Das Ostpreußenblatt

Nr. 27 – 10. Juli 2010

MELDUNGEN

LO-Sprecher in Rekonvaleszenz

Schnega/Hamburg – Der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, befindet sich nach einer schweren Operation im Juni wieder auf dem Wege der Besserung. Er wurde in der vergangenen Woche aus dem Krankenhaus entlassen, hat aber bis einschließlich 10. August alle Termine abgesagt. *PAZ*

Brand in Fleischfabrik

Königsberg – Ein Großbrand hat in Ostpreußens Hauptstadt die russisch-brasilianische Fleischfabrik „Concordia" vernichtet. Das Feuer wurde allem Anschein nach durch einen Blitzschlag ausgelöst. Schnell breiteten sich die Flammen über eine Fläche von über 12000 Quadratmeter aus. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. *PAZ*

Tödlicher Zwischenfall

Ragnit – In der Nacht zum 30. Juni kam es an der Grenze zwischen dem litauischen und dem russischen Teil Ostpreußens zu einer Schießerei, bei der ein 44-jähriger Litauer getötet wurde. Letzterer hatte sich am Ufer der Memel aufgehalten und sofort Schüsse aus einer Pistole abgefeuert, als litauische Grenzbeamte ihn ansprachen. Ein Beamter wurde in der Brust getroffen, sein Kollege im Bein. Ein weiterer Grenzer erschoss den Angreifer, über dessen Identität mit Ausnahme der Nationalität und dessen Tatmotiv bislang nichts bekannt ist. Die beiden verletzten litauischen Grenzbeamten mussten im Krankenhaus behandelt werden. *MRK*

Einigkeit und Nächstenliebe

Das Ostpreußische Sommerfest stand im Zeichen der Harmonie zwischen Deutschen und Polen

Am 26. Juni 2010 feierte die Landsmannschaft das schon traditionelle Ostpreußische Sommerfest in Hohenstein/Ostpreußen. Unterstützt wurde sie vom Verband der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren und durch das deutsche Generalkonsulat in Danzig.



Der Chor aus Marienwerder trug Heimatlieder vor, bei denen das Publikum mitsingen konnte.

Bilder: Rinser

So ist es eine große Ehre und Freude, dass auch der Generalkonsul Joachim Bleicker ein Grußwort sprach. Die Hoffnung, dass auch Vertreter der polnischen Regionalpolitik teilnehmen würden, hat sich erfüllt. Die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) durfte Viktor Leyk, den Vertreter des Woiwoden und Beauftragten des Marschalls in der Woiwodschaft Ermland und Masuren für nationale und ethnische Minderheiten, sowie den Bürgermeister von Hohenstein, Miroslaw Stegienko, begrüßen.

Der stellvertretende Sprecher der LO, Wolfgang Thüne, eröffnete das Fest offiziell und übermittelte Grüße des Sprechers, Wilhelm v. Gottberg. Schon zuvor hatte Domherr André Schmeier in einem ökumenischen Feldgottesdienstes über Nächstenliebe, Einigkeit und Schönheit der Natur als Lob Gottes gepredigt. Tatsächlich standen diese Gedanken über der gesamten Veranstaltung. So sprach Thüne in seiner Festansprache von der Wahrheit, die als Fundament für Versöhnung und Frieden notwendig sei. Dies sollte auch berücksichtigt werden, wenn am 15. Juli an die Schlacht bei Tannenberg von 1410 erinnert werde. Nicht Misstrauen und Vorurteile sollten uns tragen, sondern allein die Wahrheit. In Anklang an die Schönheit der Natur drückten alle Redner ihre Freude über das gute Wetter aus. So auch der Bürgermeister der Stadt Hohenstein, der schon viele Sommerfeste in diesem Freilichtmuseum feiern durfte, bei denen immer die Sonne geschienen hat. In seinem Grußwort hob er die Freundschaft zwischen Deutschen und Polen hervor und dankte der deutschen Bevölkerung für ihre Beileidsbekundungen zum Flugzeugabsturz im April mit den Worten: „Daran erkennt man wahre Freunde." Generalkonsul Joachim Bleicker berichtete von vielen guten und freundschaftlichen Ereignissen in der vergangenen Zeit. Ein Beispiel war die Feierlichkeit um den Soldatenfriedhof in Martinshagen/Marcinowa Wola bei Lötzen, der von Deutschen und Polen gemeinsam instand gesetzt worden war. Der polnischen Bevölkerung war es zunächst etwas befremdlich, so viele deutsche uniformierte Soldaten zu sehen, doch dieses Gefühl wich sehr schnell einem freundschaftlichen Miteinander. Das Interesse aneinander sei auf beiden Seiten groß, so Bleicker. Wolfgang Thüne beendete seine Festansprache mit den Worten: „Ein Fest ist zum Feiern da – jetzt soll gefeiert werden."

Und so war es auch. Nach dem gemeinsamen Singen des Ostpreußenliedes ging es mit viel Musik und Tanz weiter. Neben dem bunten kulturellen Programm, das von



Generalkonsul Bleicker

Alexander Bauknecht und Anna Gargas moderiert wurde, gab es viele Gespräche, herzliches Lachen, viele freudige Begrüßungen, Wiedersehen und Kennenlernen und eine schmackhafte Suppe. Das Jugendblasorchester Bautzen begleitete den Feldgottesdienst sowie das festliche Rahmenprogramm stimmungsvoll. Die Tanzgruppe der tschechischen Majoretten sowie Chöre aus Allenstein, Marienwerder, Osterode, Bischofsburg, Lötzen, Heilsberg und Mecklenburg-Vorpommern waren angereist und wurden mit viel Applaus gewürdigt. Natürlich trat auch BernStein auf, der sich für die Unterstützung der Landsmannschaft und der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* bedankte.

Die rund 1100 Gäste kamen aus allen Himmelsrichtungen zum Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen nach Hohenstein. Viele Gruppen der Deutschen Minderheit, Besucher aus der Bundesrepublik Deutschland, Interessierte aus dem Umland waren mit Bussen – darunter zwei unter der Leitung des mecklenburg-vorpommerschen LO-Landesvorsitzenden Manfred Schukat – oder privat angereist. Auch einige Besucher des Freilichtmuseums wurden spontan von der Musik und den Menschen angezogen. Eine gebürtige Pommerin konnte aus ihrer Kindheit noch gebrochen Deutsch. Sie wollte mit ihren Enkeln das Museum besuchen und war hocherfreut, wieder deutsche Klänge zu hören und ein paar Stunden unter fröhlichen Menschen zu verbringen. Viele Reihen schunkelten zur Musik und Domherr Schmeier wurde vom Rößeler Ehrenvorsitzenden Ernst Grunwald zum „Ritter geschlagen". Allen Rednern, Musikern, Tänzern, Ehrengästen und Besuchern dankte Thüne für ihr Kommen und das gute Zusammensein. *Christiane Rinser*



Friedhof soll gemeinsam saniert werden

Preußisch Stargard: Kreisvertreter und Stadtpräsident ziehen an einem Strang – Kaum noch Dokumente vor Ort

Der ehemalige evangelische Friedhof von Preußisch Stargard in Westpreußen ist heute verwildert. Der deutsche Kreisvertreter und der polnische Stadtpräsident wollen das ändern.

„Es sind noch Menschen da, die an diesem Friedhof Interesse haben. Wir leben in freundschaftlicher Verbindung in Europa und so sollte eine gemeinsame Lösung möglich sein“, betonte Kreisvertreter Sieghard Drews im Gespräch mit Stadtpräsident Edmund Stachowicz und dessen Stellvertreter Henryk Wojciechowski. Sie seien interessiert, die Erinnerung an den Friedhof aufrecht zu erhalten, äußerten die Vertreter der Stadt. Da das Gelände in einem sehr schlechten Zustand ist – seit 1945 wurden dort keine Bestattungen mehr vorgenommen – ist ein Lapidarium geplant, in dem die noch vorhandenen Grabsteine zusammengefasst werden sollen. Wojciechowski erläuterte in dem Gespräch, dass nach polnischen Gesetzen ein 25 Jahre lang nicht mehr benutzter Friedhof geschlossen und vollkommen „liquidiert“ (aufgelassen) werden könne, was man in diesem Falle aber nicht tun wolle.

Das Gelände gehört teilweise der Stadt, der andere Teil ist im Besitz des Bischofs von Zoppot. Aus Kostengründen kann das Gelände nicht sofort komplett saniert werden. Zuerst soll das Lapidarium entstehen und die verbliebenen Gräber sollen verlegt werden. Später soll ein Park angelegt werden, einen Teil des Grundstückes möchte die Stadt von der Kirchengemeinde zum Bau einer Umgehungsstraße erwerben.

Henryk Wojciechowski betonte mehrmals, dass es keinerlei Kontakt zu Angehörigen der auf dem Friedhof Bestatteten gebe, der Friedhof als solcher nicht mehr benutzt werde und keine Friedhofsbücher oder Lagepläne der Gräber mehr vorhanden seien. Diese sollen 1944 nach Küstrin geschafft worden und dort vermutlich beim russischen Angriff verloren gegangen seien.



Stachowicz, Gogan und Drews (von links) Bild: Fritsche

Stadtpräsident Stachowicz betonte, dass er sich bei dem Versuch, die Erinnerung wach zu halten, auf eine Zusammenarbeit mit dem Kreisbeauftragten Drews, aber auch mit eventuell noch lebenden Angehörigen der auf dem Friedhof Bestatteten freue.

Drews bot an, Verbindungen zur Fachhochschule Neubrandenburg zu nutzen, um vom Studienzweig „Landschaftsbau“ die Gestaltung des Parkes als Praktikum ausführen zu lassen. Auch die Möglichkeit, die Polytechnische Hochschule Stettin einzuschalten, erwägt der Kreisbeauftragte, der auch die Anbringung einer Gedenktafel vorschlug.

„Die Informationen für eine derartige Gedenktafel müssen aus Deutschland kommen“, teilte Stadtpräsident Edmund Stachowicz mit, da in Preußisch Stargard nur noch einzelne Dokumente vorhanden seien. Man kenne zwar die Familiennamen Winkelhausen und Wichert sowie deren Leistungen für die Stadt, es sei aber nicht bekannt, wo sich die Gräber dieser Personen befunden hätten. Standesamtbücher würden seit 1909 existieren. Es gebe im Museum ein Geburts- und Taufbuch aus dem 17./18. Jahrhundert. Die Kirchenbücher der evangelischen Gemeinde seien aber nicht mehr vorhanden. Aus der katholischen Gemeinde gäbe es ein Buch aus dem 19. Jahrhundert.

„Die Stadt ist an der Anbringung einer Gedenktafel sehr interessiert“, sagte Stachowicz zu Drews, „es wäre aber wünschenswert, wenn diese zweisprachig ausgeführt wird.“ Die Arbeiten am Friedhof sollten nach seiner Meinung in diesem Sommer beginnen.

Mit dem Hinweis, dass heute berufliche Migrationen in Europa selbstverständlich seien und viele Menschen nicht mehr am Ort oder im Land ihrer Geburt leben würden, endete das Gespräch, das von Roman Gogan vom Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen übersetzt wurde.

Manfred E. Fritsche

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

ja, da hatte ich in der letzten Folge Erfreuliches angekündigt, und so will ich gleich mit der schönsten Zuschrift beginnen. Wer unsere Ostpreußische Familie aufmerksam verfolgt, hat diese außergewöhnliche Familienfindung miterlebt: Es ist die von Monsieur **Camille Stein** aus Frankreich und seinem Cousin in Polen, die zuvor nichts voneinander gewusst hatten. Für unsere Neu-Leser ganz kurz erzählt: Ein älterer Herr aus Frankreich suchte den Heimatort seiner Mutter, von dem er erst nach ihrem Tod bei Durchsicht der Urkunden erfahren hatte, den er aber nicht finden konnte. Da dieser „irgendwo im Osten“ lag, bekamen wir auf Umwegen die Sache auf den Tisch und konnten ihn als Brinsk (Brynsk) in der heutigen Republik Polen ausmachen. Als Herrn Steins Mutter ihren Heimatort blutjung verließ, um im Westen in Stellung zu gehen, gehörte er zu Westpreußen. Aufgrund der nun feststehenden Herkunft bat Camille Stein, nach Verwandten zu forschen, und diese fanden sich tatsächlich durch die Suche in unserer Ostpreußischen Familie, obgleich sie im heutigen Polen lebten. Die Verbindung war hergestellt, und nun gab es ein Wiedersehen am Ort ihrer gemeinsamen Herkunft, im ehemals deutschen Brinsk, das die Mutter von Camille als junges Mädchen verließ, um nie wieder zurückzukehren und – nie darüber zu sprechen. Da spielten wohl neben persönlichen Gründen die politischen Entwicklungen, bedingt durch zwei Weltkriege, eine Rolle. Zu dem bereits brieflich gefundenen Verwandten **Francek Zaporowski** gesellte sich nun zur großen Überraschung eine dort lebende Cousine von Camille, die bisher auch nichts von der Existenz eines in Frankreich lebenden Verwandten gewusst hatte. Wie die Ehefrau des Blinden, **Bernadette Stein**, uns mitteilt, fehlen ihr die Worte, die Freude ihres Mannes zu schildern, der sich sofort eingebunden in seine mütterliche Familie fühlte trotz seiner Blindheit, trotz Sprachschwierigkeiten, die aber durch die Französisch sprechende Enkelin des Verwandten minimiert werden konnten. Das uns übersandte Foto vermittelt etwas von der Freude über diese wohl außergewöhnlichste Familienzusammenführung der letzten Zeit. Für uns bemühte sich Bernadette Stein, den Dank ihres Mannes auf Deutsch zu überbringen: „Danke tausend mal von Herz.“ Hier hat sich unsere Ostpreußische Familie als Bindeglied über Länder und Grenzen hinweg erwiesen – ein schöneres Beispiel für diese Brückenfunktion kann es kaum geben.

Kaum war in Folge 25 das Bild von Herrn Prof. Dr. Ing. **Günter Hertel** aus Dresden mit seinem mit Königsberger Motiven versehenen Auto erschienen, das ihn als engagierten „Ostpreußenfan“ auswies, bekam er schon die ersten Zuschriften und Anrufe. Die betrafen vor allem sein Engagement für den Erhalt der Kirche in Alt-Lappienen/Rauterskirch und die damit zusammenhängenden Dokumentationen. Spontan fasste Prof. Hertel die ersten Eindrücke zusammen und übermittelte sie uns sofort:

„Herzlichen Dank für die prompte und schöne Berichterstattung – ich habe mich sehr gefreut. Das, was wir erreichen wollen und wollten, ist bereits eingetreten: Mitglieder unserer Ostpreußischen Familie wollen ihre Geschichte, ihr Wissen, ihr Schicksal nicht mit ins Grab nehmen, sondern der Nachwelt offenbaren. Es ist für mich erstaunlich, wie liebreizend und mit welchem zeitlichen Aufwand – und sicher auch kostenmäßig nicht zu unterschätzenden Umfang der Telefongespräche – einzelne Ostpreußen mich kontaktiert haben. Ich habe viele Einzelheiten erfahren, die ich zum Teil wusste, zum großen Teil nicht und zum Teil noch verifizieren muss, die in jedem Fall gute Hinweise sind. Aber wichtiger als die Fakten sind mir die Gespräche selbst – Persönlichkeiten im hohen Alter, wie ein 90-jähriger erstaunlich rüstiger Ostpreuße, erzählten mir aus ihrem Leben – welch ein Reichtum unserer deutschen Kulturgeschichte!“

Wir danken unserem „Ostpreußenfan“, dass er diese unsere Aufgabe und Arbeit anerkennt, und werden uns bemühen, sie in weitere Bekenntnisgenerationen hineinzutragen, wie er wünscht.



Bild: privat

Treffen in Brinsk: Ergebnis einer ungewöhnlichen Familienzusammenführung

Eine, die unermüdlich dabei ist, diese Forderungen zu erfüllen, ist Frau **Ute Eichler**, die Betreuerin der Lötzener Heimatsammlung in Neumünster. Nicht einfach waren die Fragen, die sie im Rahmen dieser Tätigkeit erneut an uns stellte, und ich war eigentlich ein wenig skeptisch, ob sie Resonanz in unserem Leserkreis finden würden – haben sie aber, wie uns Frau Eichler nun mitteilt. Sie schreibt:

„Gerade, als ich dachte: Erinnert sich denn niemand an den Landesfinanzpräsidenten zu Königsberg, den **Franz Tiesler**? – da kam der Anruf, der einen entscheidenden Hinweis brachte. Frau **Piccenini** wusste mitzuteilen, dass Franz Tiesler als Witwer seinen Ruhesitz in Nikolaiken hatte, ein Haus an der Seepromenade, das heute noch steht. Sie, die damals noch ein Schulmädchen war, sieht den auffallend gerade gehenden Mann noch vor sich. Die Möbel wurden 1945 von den Russen heraus getragen. Verlässlich ist, dass Frank Tiesler 1943 noch in Nikolaiken lebte. Wo und wie er das Kriegsende erlebte, ob er es überlebte – noch wissen wir es nicht. Frau Piccenini konnte mir aber eine Telefonnummer geben, unter der ich vielleicht mehr erfahren werde. Auch sie will an der Frage dranbleiben.“

Ist das schon recht erfreulich, so kann Frau Eichler über die Reaktion auf ihre Fragen, die den Pfarrer **Modersitzki** betreffen, noch mehr zufrieden sein. Sie erhielt mehrere Anrufe bezüglich der von ihm verfassten Rundbriefe und Begegnungen mit dem Kirchenmann in der Heimat wie hier im Westen, die für Frau Eichler und ihre Archivarbeit sehr wichtig sind. Ihr Fazit: „Alle Anrufer haben für mich wieder einmal den Beweis erbracht, wie aufmerksam und gründlich die Ostpreußische Familie gelesen wird, und die Erkenntnis, dass manche Antwort aus vielen kleinen Bruchstücken zusammengesetzt werden muss – und das mit viel Geduld“.

Es genügt manchmal nur ein Anstoß – und schon kommt ein Problem zu Tage, das man lange Jahre, oft Jahrzehnte, mit sich herumgeschleppt hat, ohne es anzupacken. So kann ich es aus dem Schreiben einer Berlinerin entnehmen, die unsere Zeitung bisher nicht gekannt hat und daher auch nicht unsere Ostpreußische Familie. „Durch einen wunderbaren Zufall“ – so schreibt Frau **Ingeborg Margot Potopaaw** – „lernte ich die Familie **Gerbeth** kennen, die mir den Rat gab, mich an Sie zu wenden. Damit sind endlich, endlich Jahre der Traurigkeit und des schlechten Gewissens, nie meine Eltern befragt zu haben, wo meine Wurzeln sind, vorbei. Es gibt Hoffnung – durch Sie?“ Das Fragezeichen steht zu Recht. Denn die Angaben zu der Suche nach den Wurzeln ihrer Familie sind mehr als dürftig, sie bestehen eigentlich nur aus der Sterbeurkunde des Vaters von Frau Potopaaw und können zudem noch irreführend sein. Da wir aber mit Sicherheit der einzige Weg sind, etwas über die Herkunft ihrer väterlichen Linie zu erfahren, werden wir uns bemühen, die Angelegenheit so aufzubereiten, dass sich doch einige Spuren finden lassen. **Ingeborg Margot**, *4. Juli 1935 in Berlin, ist das einzige Kind des Werkzeugmachers **Fritz Matiszick** und seiner Frau **Hertha**. Er selber stammte aus einer kinderreichen Familie, seine Brüder **Franz** und **Emil** sind wie er schon in jungen Jahren „ins Reich“ gegangen, wie man damals sagte. Diese Brüder sind verstorben, ob sie Nachkommen haben, weiß Frau Potopaaw nicht, ebenso ist ihr nicht bekannt, ob ihr Vater noch weitere Geschwister hatte. Der einzige Anhaltspunkt ist die Sterbeurkunde von Emil Fritz Matiszick, (Rufname Fritz), ausgestellt am 25. Februar 1969 in Berlin-Friedrichshain. Aus ihr geht hervor, dass der am 18. Februar 1969 in Berlin Verstorbene am 10. Oktober 1891 in Norutschatchen, Kreis Gumbinnen geboren wurde, registriert im Standesamt Gumbinnen Nr. 162/1891. Das ist alles, was wir in der Hand haben. Frau Potopaaw meint, dass ihr Vater auch von dort stammen müsste, was ich aber nicht glaube. Denn Norutschatschen war ein Stadtteil von Gumbinnen, in dem auch Familien der dort stationierten Militärangehörigen lebten. Ich kann das bestätigen, weil die Geburtsurkunde meines 1904 geborenen Bruders auch diesen Namen aufweist. Es könnte also durchaus sein, dass der Vater von Fritz Matiszick damals beim Militär war, aber aus einer anderen Gegend Ostpreußens stammte. Der Name weist eher nach Masuren hin. Deshalb müssen wir zuerst nach Trägern dieses Namens suchen und nachforschen, ob in ihren Familien die Namen der drei Brüder mit den Rufnamen Fritz, Franz und Emil Matiszick, Geburtsdaten um 1890, zu finden sind. Vielleicht gibt es auch Nachkommen dieser nahen Verwandten, zu denen leider zu Lebzeiten der Eltern kein Kontakt bestand, hofft Frau Potopaaw, die sich über jede Zuschrift freuen würde. (Ingeborg Margot Potopaaw, Mellenseestraße 4 in 10319 Berlin, Telefon 030/5123883.)



Ruth Geede Foto: Pawlik

Wie schwierig die Namensfindung noch durch die zwischenzeitlichen und heutigen Benennungen sein kann, beweist eine Zuschrift auf die Suchfrage von Frau **Ottilie Derrien** nach ihrem Vater **Peter Schojzuck** aus Gomen oder Gabin, dessen Heimatort uns Rätsel aufgaben. Herr **Hans-Georg Baltrusch** nimmt dazu wie folgt Stellung:

„In der Suchfrage ist erwähnt, dass sich Herr Schojzuk wohl bis 1946 in ‚Dworitschach, Kreis Pscherjachnow‘ aufgehalten hat. Ich nehme an, dass es sich um den Ort Dwarischken, später Eichenberg, heute Lesnoe, Kreis Insterburg (russisch Tschernjachowsk) handelt. Insterburg wird lateinisch mit Cernjahovsk übersetzt. In der ersten Zeit hat man die deutschen Ortsnamen in kyrillischen Buchstaben geschrieben, wobei ein o wie ein a gesprochen wird. Die eigentliche Festlegung neuer russischer Ortsnamen geschah wahrscheinlich 1946. Einen Ortsnamen Gomen konnte ich nicht finden, jedoch Gabin, das südlich der polnischen Stadt Plock liegt. Ich hoffe, dass ich Ihnen und Frau **Ottilie Derrien** ein wenig helfen konnte.“

Das haben Sie getan, lieber Herr Baltrusch. Denn wie Frau Derrien mir mitteilte, war es zwar die einzige Zuschrift, die sie erhielt, aber für sie waren Ihre Erklärungen sehr wichtig. Sie bedankt sich sehr für diese schnelle und ausführliche Information.

Flohmärkte sind oft für aufmerksame Sucher nach Relikten aus vergangenen Zeiten eine wahre Fundgrube, so auch für Herrn **Hans Ulrich Thiele** aus Bielefeld. Der junge Mann stieß nun beim Stöbern auf zwei Fotos, die ihn persönlich nicht interessieren, aber für jemanden aus unserem Leserkreis wertvoll sein können. Er hat deshalb uns sofort über seinen Fund unterrichtet, wofür wir ihm dankbar sind. Auf beiden Fotos ist der gleiche junge Offizier der deutschen Wehrmacht zu sehen, der namentlich identifiziert werden kann, denn auf der Rückseite des einen Bildes ist handschriftlich vermerkt: Leutnant **Herbert Matzkowitz**, Feldpost 059688, Grenadier Ersatz Bataillon 9, Potsdam, Heimatanschrift Ragnit/Ostpreußen. Mutter **Wilhe. Emma** Matzkowitz, Lübeck, Bergstraße 20 bei Platthof. Auf dem zweiten Bild ist auf der Rückseite ein Vermerk über „Versorgung der Eltern“, der mit Stempel Nr. 16450 von der Feldpost beglaubigt (?) wurde. Wer kannte den oder die Betreffenden oder weiß, ob es noch Angehörige gibt, die sich für diese Fotos interessieren. (Hans Ulrich Thiele, Postfach 102849 in 33515 Bielefeld.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

„**Unsere Familie**“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



ZUM 100. GEBURTSTAG

Rehbein, Erika, geb. **Budnik**, aus Treuburg, Treuburger Markt 60, jetzt Große Parower Straße 42, 18435 Stralsund, am 13. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Jackson, Hildegard, geb. **Petrowitz**, aus Lötzen, jetzt Otto-Langbehn-Straße 10, 23669 Timmendorfer Strand, am 2. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Heyn, Helmut, aus Seedranken, Kreis Treuburg, jetzt Tulpenstraße 5, 27374 Visselhövede, am 11. Juli

Saborowski, Bruno, aus Bergensee / Pietzarken, Kreis Angerburg, jetzt Elsässer Straße 53, 26121 Oldenburg, am 17. Juli

Tietz, Fritz, aus Heiligenbeil / Eisenberg, jetzt Eichergasse 34, 35516 Münzenberg, am 4. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Hornke, Ida, geb. **Schlicht**, verw. **Möhrke**, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Meilereiweg 131, Ortsteil Groß Liedern, 29525 Uelzen, am 13. Juli

Roweck, Johanna, aus Auglacken, Kreis Lyck, jetzt Freiherr-vom-Stein-Straße 23, 58762 Altena, am 13. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Nelz, Waltraud, geb. **Wollnowski**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Dortmunder Straße 122, 45731 Waltrop, am 13. Juli

Runz, Heinrich, aus Ebenrode, jetzt Frankfurter Straße 30A, 61476 Kronberg im Taunus, am 14. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Dostal, Erna, geb. **Kondritz**, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, jetzt Irenenstraße 71, 40468 Düsseldorf, am 17. Juli

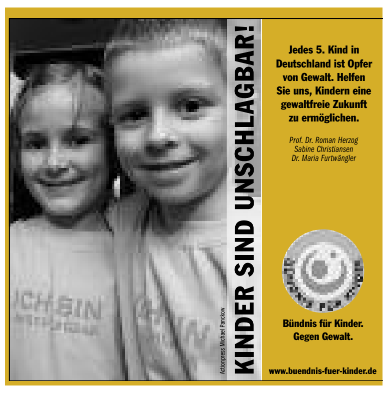
Geschwandter, Martha, geb. **Leichert**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Dorfstraße 42, 16837 Kagar, am 15. Juli

Pernak, Ingeborg, geb. **Fischer**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, jetzt Breitscheidstraße 16, 39517 Tangerhütte, am 15. Juli

Rahlke, Irma, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Margarethe-Kruse-Straße 6-8, 24340 Eckernförde, am 16. Juli

Warnecke, Anna, aus Freiort, Kreis Lötzen, jetzt Heinrich-Klinke-Straße 3, 21354 Bleckede, am 15. Juli

Wiedemann, Erna, geb. **Steinke**, aus Radnicken, Kreis Samland, jetzt Am Springborn 42, 51061 Köln, am 18. Juli



ZUM 90. GEBURTSTAG

Gatzke, Paul, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Franzstraße 5, 30449 Hannover, am 4. Juli

Kallweit, Fritz, aus Wiskiauten, Kreis Samland, jetzt Ernst-Moritz-Arndt-Straße 74, 38304 Wolfenbüttel, am 18. Juli

Krüger, Margot, geb. **Witzke-Zywietz**, aus Neidenburg, jetzt Werner-Seelenbinder-Straße 2, 16278 Angermünde, am 16. Juli

Masuhr, Hans, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, jetzt Röntgenstraße 25, 15517 Hangelsberg, am 12. Juli

Ploetz, Helene, aus Lötzen, jetzt Schießstattstraße 7b, 83024 Rosenheim, am 13. Juli

Strunck, Hildegard, geb. **Paykowski**, aus Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Sommerskamp 1, 49356 Diepholz, am 18. Juli

Ullmann, Elizabeth, geb. **Pozesny**, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, jetzt 510 West Spruce Street, Beresford, SD 57004, am 16. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Abel, Irmgard, geb. **Rzadki**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Moltkestraße 15, 79410 Badenweiler, am 15. Juli

Boehnert, Gertud, geb. **Kraffzick**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, jetzt Alte Straße 48, 45772 Marl, am 10. Juli

Brosda, Klara, geb. **Zoels**, aus Froben, Kreis Neidenburg, jetzt Tulpenweg 9, 85101 Lenting, am 16. Juli

Burdenski, Harry, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Marcel-Paul-Straße 48C, 99427 Weimar, am 16. Juli

Glasauer, Edith, aus Langheide, Kreis Lyck, jetzt Sudetenstraße 31, 71638 Ludwigsburg, am 14. Juli

Großmann, Erich, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Bullskamp 17, 22159 Hamburg, am 17. Juli

Hartwig, Emil, aus Richtenberg, Kreis Treuburg, jetzt Am Freibad 5a, 32289 Rodinghausen, am 18. Juli

Hauzel-Leppek, Dr. Inge, aus Königsberg, General-Litzmannstraße 22, jetzt Möhringstraße 6a, 65187 Wiesenbaden, am 14. Juli

Hertes, Herbert, aus Lehlesken, Kreis Ortelsburg, jetzt Butzweg 5, 45355 Essen, am 12. Juli

Hoffmann, Wolfgang, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Hauptstraße 24, 27313 Dörverden, am 15. Juli

Hoffmann, Otto, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Konenpfad 16, 41751 Viersen, am 12. Juli

Hülse, Maria, geb. **Schneller**, aus Brennersdorf, Kreis Insterburg, jetzt Hörsterstraße 7, 56068 Koblenz, am 16. Juli

Jentsch, Gertrud, geb. **Zeranski**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, jetzt Ridbacher Straße 119, 12621 Berlin, am 16. Juli

Klan, Heinz, aus Neidenburg, jetzt Ardey Straße 117, 58452 Witten, am 15. Juli

Kober, Margarete, geb. **Tulowitzki**, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Königsberger Straße 20, 24960 Glücksburg, am 14. Juli

Köhn, Elfriede, geb. **Jonigkeit**, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, jetzt Sudheimerstraße 29a, 37154 Northeim, am 17. Juli

Lütgens, Ursula, geb. **Czinczel**, aus Löffkeshof, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Peter-Timm-Straße 58c, 22457 Hamburg, am 15. Juli

Markmann, Meta, geb. **Spang**, aus Lengen, Kreis Ebenrode, jetzt Wichelsdorfer Straße 22, 23749 Grube, am 14. Juli

Mertens, Else, geb. **Schmidt**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, jetzt Ziegeleistraße 21C, 27607 Langen, am 14. Juli

Methfessel, Friedel, geb. **Alexey**, aus Gorlau, Kreis Lyck, jetzt Wiesenhofweg 1, 38550 Isenbüttel, am 15. Juli

Meyer, Herta, aus Stettenbach, Kreis Lyck, jetzt Rotkehlchenweg 7, 82538 Geretsried, am 13. Juli

Piekatz, Oskar, aus Nareythen, Kreis Ortelsburg, jetzt Holzheide 53, 33334 Gütersloh, am 13. Juli

Reich, Käthe, geb. **Loch**, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Dachsteig 15, 18273 Güstrow, am 13. Juli

Scheuren, Gisela, geb. **Schittko**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Berlinerstraße 5, 24852 Eggebek, am 12. Juli

Senger, Monika, geb. **Krause**, aus Heiligenbeil, Schmiedestraße 1, jetzt Hauptstraße 45, 99826 Lauterbach, am 3. Juli

Voigt, Dora, geb. **Klein**, aus Grünhoff, Kreis Samland, jetzt Dorfstraße 27, 17111 Siebenbünzow, am 16. Juli

Wiegel, Frieda Clara, geb. **Brauer**, aus Heiligenbeil, Donauring 33, jetzt Hauptstraße 22, 91619 Obernzenn, am 1. Juli

Wietrzychowski, Elise, geb. **Fischer**, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Fabrikstraße 30, 07607 Eisenberg, am 12. Juli

Zielinski, Else, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Schwäbische Straße 4, 45881 Gelsenkirchen, am 18. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bernotat, Gerhard, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Straße der Einheit 64, 99610 Sömmerda, am 17. Juli

Birkner, Brigitte, aus Struben, Kreis Neidenburg, jetzt Schottenteich 31, 59494 Soest, am 14. Juli

Block (Pellny), Heinz, aus Königsberg und Spirgsten, Kreis Lötzen, jetzt Kaupenstraße 15, 45128 Essen, am 18. Juli

Dangellus, Kurt, aus Statzen, Kreis Lyck, jetzt Fuchsweg 40, 21354 Bleckede, am 16. Juli

Drews, Renate, geb. **Kreischatus**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, jetzt Scharfbilliger Straße 3, 54634 Bitburg, am 14. Juli

Fischer, Hannelore, geb. **Gerosch**, aus Lötzen, jetzt Pergamentweg 34, 22117 Hamburg, am 9. Juli

Fortak, Helmut, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, jetzt Kuhberg 8, 24619 Bornhöved, am 13. Juli

Fritz, Ursel, aus Weidicken, Kreis Lötzen, jetzt Küstriner Weg 7, 21465 Reinbek, am 15. Juli

Genee, Joachim, aus Groß Windkeim, Kreis Heiligenbeil, jetzt Dunanstraße 17, 96049 Bamberg, am 12. Juli

Gering, Ilse, geb. **Dziedo**, aus Schelasken, Kreis Lyck, jetzt Richard-Strauss-Straße 41, 98529 Suhl, am 13. Juli

Hammer, Ruth, geb. **Hilpert**, aus Barnen, Kreis Treuburg, jetzt Am Stadion 16, 23843 Bad Oldesloe, am 15. Juli

Henning, Margarete, geb. **Böhnke**, aus Krähenwalde, Kreis Ebenrode, jetzt Fach 01/15, 14974 Genshagen, am 13. Juli

Herzke, Irmgard, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, jetzt Am Kothen 3, 40822 Mettmann, am 14. Juli

Kaulfuß, Hildegard, geb. **Höchst**, aus Ebenrode, jetzt Jahnstraße 15, 08451 Crimmitschau, am 17. Juli

Kristott, Gerhard, aus Treuburg, Treuburger Bahnhofstraße 13, Gärtnerei, jetzt Birkenweg 15, 06785 Oranienbaum, am 15. Juli

Kühn, Horst, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Geesthöhe 6, 22113 Hamburg, am 14. Juli

Kulessa, Edith, geb. **Michalski**, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, jetzt Ottostraße 4, 28832 Achim, am 14. Juli

Lange, Heinz, aus Borken, Kreis Lyck, jetzt Janstweg 3, 45326 Essen, am 18. Juli

Lojewski, Ursula, geb. **Konetzka**, aus Deutschwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Grundstraße 36, 45327 Essen, am 15. Juli

Loomann, Irene, geb. **Donder**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, jetzt Ramgestraße 21, 46145 Oberhausen, am 13. Juli

Malsch, Hildegard, geb. **Laschinski**, aus Arnau, Kreis Osterode, jetzt Rigaer Straße 35, 16761 Hennigsdorf, am 15. Juli

Niesalla, Herta, geb. **Spell**, aus Willenberg-Abbau, Kreis Ortelsburg, jetzt Twelenkämp 16A, 32657 Lemgo, am 16. Juli

Nowinski, Adolf, aus Buchwalde, Kreis Osterode, jetzt Pregelstraße 19, 45721 Haltern am See, am 17. Juli

Piontek, Kurt, aus Groß Krösten, jetzt Bergstraße 31, 58739 Wickede, am 11. Juli

Powierski, Alfred, aus Buschwalde, Kreis Neidenburg, jetzt Kastanienweg 8, 25337 Köln-Reisiek, am 15. Juli

Preuschmann, Hildegard, geb. **Ischdonat**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, jetzt Harnackring 18, 21031 Hamburg, am 16. Juli

Sanden, Horst, aus Neidenburg, jetzt Tenter Weg 114, 42897 Remscheid, am 15. Juli

Samorski, Gerhard, aus Alt Keykuth, Kreis Ortelsburg, jetzt Auf der Koppel 14, 28790 Schwanewede, am 17. Juli

Schwittay, Hildegard, geb. **Samorki**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Hertastraße 34, 45888 Gelsenkirchen, am 13. Juli

Skrbensky, Doris **von**, geb. **Elgert**, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Mecklenburger Straße 23, 23936 Testorf-Steinfort, am 18. Juli



Jurgeit, Kurt, aus Lasdehnen, und Frau Marieluisa, geb. **Kilian**, jetzt Egerstraße 22, 08606 Oelsnitz / Vogtland, am 29. Juni

Ausstellung »Hilfe für Euch«

Sankt Peter-Ording – „Jugendstil“ oder „Art nouveau“ oder „arts and crafts movement“ oder „Sezessionsstil“ – die Kunstrichtung, die um die Wende ins 20. Jahrhundert vorgeherrscht hat, erfährt seit einigen Jahren eine Renaissance. Aus dem Historismus erwachsen, andererseits als Reaktion darauf verstanden, übt dieser letzte einheitliche Kunststil europäischer Prägung – so kurzlebig er auch war (ungefähr von 1890 bis 1905) wieder eine ungeheure Faszination aus. Dieses Themas hat sich eine Gruppe von Idealisten auf besondere Weise angenommen. Die Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für Euch“ aus Kiel, die seit 27 Jahren Notleidende in Ostpreußen betreut und seit etwa 25 Jahren Frauen durch Handarbeitsaufträge Versorgungsmöglichkeiten für ihre Familien schafft, präsentiert vom 6. bis 8. August 2010 in der Utholmschule, Kirchenleye 7, Sankt Peter-Ording, Jugendstil in Handarbeiten. Wem wider Erwarten der Jugendstil nicht zusagt, findet in dieser Ausstellung eine reichhaltige Auswahl anderer kostbarer Handarbeiten unter anderem mit Sommer- und Rosenmotiven. Am Freitag, 6. August wird die Ausstellung um 18 Uhr von Bürgervorsteher Jöns eröffnet. Am Sonnabend, 7. August findet um 19 Uhr in der Ausstellung ein Vortrag „Jugendstil – Stil der Jugend“ statt.

Die Ausstellung ist von Freitag, 6. August bis Sonntag, 8. August jeweils von 11 – 20 Uhr geöffnet. Es gibt Kaffee und selbstgebackenen Kuchen. Der Erlös kommt in vollem Umfang den Bedürftigen in Ostpreußen zugute.

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010

24.–26. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont

29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Auskünfte erteilt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080. Auf einzelne Veranstaltungen wird hingewiesen. Änderungen vorbehalten.

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 10. Juli, 21.45 Uhr, Phoenix: ZDF-History – Angriff auf den Westen.

Sonnabend, 10. Juli, 21.55 Uhr, Vox: Drama am Himmel – Die Geschichte der fliegenden Flugzeugträger.

Sonntag, 11. Juli, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Mittwoch, 14. Juli, 20.15 Uhr, Arte: Spiel ums Leben – Die Komödiantin und die Nazis.

Mittwoch, 14. Juli, 22.05 Uhr, N24: 9/11 – Die Verschwörungstheorien.

Donnerstag, 15. Juli, 20.05 Uhr, N24: Auf Feindfahrt – Angriff der Wolfsrudel.

Donnerstag, 15. Juli, 22.05 Uhr, N24: Das Hitler Tonband.

Donnerstag, 15. Juli, 23.05 Uhr, Phoenix: ZDF-History.

Freitag, 16. Juli, 23.30 Uhr, ARD: Stauffenberg.

Ostpreußen – Was ist das?

Hamburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen hat die Broschüre „Ostpreußen – Was ist das?“ auf Grund der großen Nachfrage neu drucken lassen. Die Broschüren werden gegen eine Schutzgebühr von 0,50 Euro pro Exemplar zuzüglich Verpackung und Versand abgegeben. Bei Bestellungen ab 50 Exemplaren liegt der Preis bei 0,40 Euro pro Broschüre und bei Bestellungen ab 100 Exemplaren bei 0,30 Euro pro Broschüre.

Bestellungen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400850, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de

Informationsbroschüre

Hamburg – Im September 2009 tagte unter der Leitung von Bundesvorstandsmitglied Gottfried Hufenbach der 7. Deutsch-Polnische Kommunalpolitische Kongress in Frankfurt an der Oder zu dem Thema „Deutsche und Polen – Nachbarn in Europa“. Die Redebeiträge der Referenten wurden nun in einer zweisprachigen Broschüre (deutsch und polnisch) veröffentlicht. Neben den Grußworten des Oberbürgermeisters von Frankfurt/Oder Patzelt und des Bürgermeisters von Slubice Bodciacki enthält die Broschüre Beiträge zur Vermittlerrolle des Collegiums Polonicum zwischen Deutschland und Polen, Krzysytof Wojciechowski, und zur engen Zusammenarbeit der Nachbarn in der Euroregion Pro Europa Viadrina, Tobias Seyfarth. Annette Bauer stellt die Europa-Universität Viadrina und Kinga Hartmann-Wóycicka die Entstehungsgeschichte und den Inhalt des Geschichtslehrbuches „Geschichte verstehen – Zukunft gestalten“ vor. Dem Thema „Zwischen gestern und morgen – Deutsche und Polen in Europa“ widmet sich der Journalist Dietrich Schröder.

Interessenten wenden sich bitte an die Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819 E-Mail: rinser@ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 983883100.

Mathilde und Tronje Hagen feierten Diamantene Hochzeit – In Eydelstedt im Kreis Diepholz feierten am 30. März 2010 Mathilde und Tronje Hagen das seltene Fest der Diamantenen Hochzeit. In diesen 60 Jahren haben sie Höhen und Tiefen, Hoffnungen und Enttäuschungen erlebt. Tronje Hagen wurde im Januar 1924 in einer sehr schönen Landschaft auf dem Gut Numeiten im Kreis Angerburg geboren. Nach dem Besuch der Hindenburg-Schule in Angerburg besuchte der Jubilar die Landwirtschaftsschule „Hermann Lietz“ in Buchenau Kreis Hünfeld (Hessen). Im Herbst 1941 wurde Tronje Hagen Soldat und geriet gegen Kriegsende im Kessel von Halbe in sowjetische Kriegsgefangenschaft, aus der er im September 1945 entlassen wurde. Durch den verlorenen Zweiten Weltkrieg hatte er sowohl seine Heimat als auch seine Existenz verloren. Im Gegensatz zu vielen anderen in der gleichen Lage, übte er seinen Beruf in der Landwirtschaft weiter aus. So lernten sich die Eheleute 1947 in Niederrhein Kreis Lippe kennen. Auf dem dortigen Gut war der Jubilar als Verwalter und die Jubilarin im Innendienst beschäftigt. Im Jahr 1950 wurde dann geheiratet. 1957 pachteten die Eheleute einen Hof in Höntrup. Aber nach zwölf Jahren endete die Pachtzeit und es wurde in ganz Deutschland nach einem geeigneten Hof gesucht. Schließlich fand man in Eydelstedt einen neuen landwirtschaftlichen Betrieb. Aber es waren erneut schwere Anfangsjahre für die Familie. Erst im Rentenalter konnte sich Ehefrau Mathilde ihrem wunderschönen Garten widmen und sie konnten gemeinsame Reisen unternehmen. Dabei stand als Ziel natürlich die Heimat des Jubilars an erster Stelle. Trotz seiner starken beruflichen Beanspruchung engagierte sich Tronje Hagen von 1961 bis 2001 ehrenamtlich in unserer Kreisgemeinschaft. Für seinen Einsatz wurde er 1996 mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Nach 40 Jahren im Kreistag der Kreisgemeinschaft Angerburg hat er den Stab an seine Tochter Susanne weitergegeben, die seine Nachfolge im Kreistag angetreten hat und im September 2003 in den Vorstand gewählt wurde. Außerdem engagierte sich der Jubilar in der Kommunalpolitik und hat die Geschicke der Gemeinde Eydelstedt über 15 Jahre gelenkt. Dafür erhielt er am Ende seiner langjährigen Amtszeit die Ehrenbürgermeisterwürde. Eine große Hilfe war ihm immer seine Ehefrau Mathilde, die ihm bei seinen Aktivitäten tatkräftig unterstützt hat. Trotz gewisser gesundheitlicher Einschränkungen nimmt das Ehepaar Mathilde und Tronje Hagen großen Anteil am Familienleben und den Ereignissen in unserer so unruhigen Zeit. Die Kreisgemeinschaft Angerburg gratuliert ihnen zu diesem seltenen Fest der Diamantenen Hochzeit und wünscht dem Ehepaar noch viele gemeinsame, glückliche und zufriedene Tage bei stabiler Gesundheit.

FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Telefon (04101) 22037 (Di. und Mi., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de

Seestadt Pillau – Beim diesjährigen Pillauer Heimattreffen von Sonnabend, 31. Juli bis Montag, 2. August, in Eckernförde muss die für den 2. August angekündigte Fahrt in See leider ausfallen, da die „MS Borby“ überraschend verkauft wurde.

GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (06126) 4173, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Zehn Jahre „Plachanderstunde“ und Liebe zur Heimat – Es war der 15. Juni 2000. Die bis dahin vom BdV geleitete Ostpreußengruppe in Parchim bestand nicht mehr. Charlotte Meyer und ihr Mann entschieden sich, diese Arbeit nun in Eigeninitiative als „Plachanderstunde“ fortzuführen. Ihr zur Hilfe kam Erika Gode. Auf einer am 17. Juni 2010 in Café Scholz stattgefundenen Feierstunde gedachte man dieses Entschlusses und würdigte die bisher geleistete landsmannschaftliche Arbeit der Initiatoren. Der Gedanke an die durch den Zweiten Weltkrieg verlorene Heimat mit all ihren lieben Erinnerungen und dem erlebten Elend wurzeln zu tief, als dass er verdrängt werden könnte. Werner Press zitierte dies u. a. in seiner Laudatio an die Initiatoren der „Plachanderstunde“ mit den Worten Ludwig Uhlands, der einmal sagte: „ Ist die Zeit auch hingeflogen, die Erinnerung weicht nie; als ein leichter Regenbogen steht auf trüben Wolken sie.“ Die seit dem Jahre 2000 an jedem dritten Donnerstag im Monat stattfindenden Treffen im Parchimer Café Scholz besuchten bisher etwa 1500 Landsleute, eine beträchtliche Anzahl, die die Richtigkeit des Entschlusses bestätigen, diese Treffen gemacht zu haben und auch weiterhin fortzuführen. Gerne erinnerte man sich vieler gemeinsamer Unternehmungen der vergangenen Jahre in die Umgebung. Dazu zählten Ausflüge, Dampferfahrten, Grillpartys, gemeinsames Kaffeetrinken, Weihnachtsfeiern, aber auch, den Geburtstag des einen oder anderen würdig zu begehen und ebenso der Verstorbenen zu gedenken. Man stiess an diesem Tag mit einem Glas Sekt an, trank gemeinsam Kaffee, aß ein Stück der gesponserten Torte von Café Scholz und vieles mehr. Angeregt geführte Gespräche, vorgetragene Gedichte zumeist amüsanten Inhaltes von Mitgliedern der „Plachanderstunde“, aber auch die musikalische Unterhaltung mit dem Verlesen im ostpreußischen Platt gehaltener Gedichte sowie die Aufforderung zum Tanz durch Herrn Peter Hahn sorgten für die nötige Stimmung.

KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Treffen der ehemaligen Schülerinnen der Frischbier-Schule und die ehemaligen Schüler der Farenheid-Schule – Am 6. August ist es wieder soweit. Es treffen sich die ehemaligen Schülerinnen der Frischbier-Schule und die ehemaligen Schüler der Farenheid-Schule aus Königsberg zum 21. Male im Ostheim in Bad Pyrmont vom 6. bis 9.August 2010. Wir rechnen diesmal mit mehr Beteiligung als im Vorjahr und möchten dennoch Interessenten hierzu herzlich gerne einladen. Auch wenn das neuste, teilweise kinderzimmerähnliche, Mobiliar der Räume für alte Menschen sehr gewöhnungsbedürftig ist, so hat die Gruppe beschlossen, sich dort so lange zu treffen, wie es die physische Fitness einzelner Teilnehmer zu lässt. Solche Treffen halten nicht nur uns am Leben, sondern tragen auch dazu bei, eine solch schöne Stadt und das Haus daselbst zu erhalten, damit das Ostheim nicht ausschließlich von der Landsmannschaft genutzt wird. Adäquat ist es ohnehin lange nicht mehr, denn heutzutage gehört ein Bad zum Zimmer. So wäre es begrüßenswert gewesen, hätte man sich vor Jahren entschlossen, das Ostheim so zu sanieren, dass es heute hätte besser genutzt werden können. Bedauerlicherweise ist das offensichtlich auch einer der Gründe, warum andere ehem. Schulen Ostpreußens ihre Treffen seit Jahren anderen Orts arrangieren. Wir fühlen uns in Bad Pyrmont trotz allem sehr wohl und gut aufgehoben in der Obhut des Ehepaares Winkler. So war es denn auch im letzten Jahr, als nur elf Teilnehmer dabei sein konnten. Mit stets guter Laune, viel Witz, Gesang, Spiel und gehörigem Schwung, dazu die Einladung zu einer tollen Kaffeetafel eines Diamantenen Paares, sowie die Getränke zu zwei 80. und eines 85. Geburtstagen waren die Krönung eines wunderbaren Wiedersehens und Wochenendes. Nähere Informationen bei Klaus-D. Braun, Brockdorffstraße 59, 22149 Hamburg, Telefon (040) 6733102.

Geschichtsseminar

Hamburg – „Ostpreußen in der Weimarer Republik“ ist das Thema des diesjährigen Geschichtsseminars der Landsmannschaft Ostpreußen, das vom 24. bis 26. September 2010 im Ostheim, Bad Pyrmont, von Dr. Sebastian Husen geleitet wird. Dr. Wieslaw Roman Gogan spricht über die Volksabstimmung von 1920, Dr. Stefan Hartmann über die polnischen Standpunkte zum Plebiszit. Dr. Rikako Shindo referiert über die Zuständigkeitserweiterung des Oberpräsidenten Ostpreußens, Dr. Walter T. Rix behandelt August Winnig, Dr. Lutz Oberdörfer die siegreichen Großmächte und die Zukunft des Memellandes 1919 bis 1924/45. Ruth Geede spricht über das literarische Leben in Königsberg. Die Seminargebühr beträgt 80 Euro, darin enthalten: Vollverpflegung und Unterbringung in Doppelzimmern. Einzelzimmer, für einen Zuschlag von 6 Euro pro Nacht, stehen nur im begrenzten Umfang zur Verfügung.

Die Anmeldeunterlagen und nähere Informationen erhalten Sie bei Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819, E-Mail: rinser@ostpreußen.de

SENSBURG

Kreisvertreter: Siegbert Nadolny, Wasserstr. 9, 32602 Vlotho, Tel. (05733) 5585, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstr. 15, 42849 Remscheid.

Einladung zum Sensburger Kreistreffen am 4. und 5. September 2010 – Bevor die Ferien beginnen und Sie in den Urlaub fahren, notieren Sie bitte in Ihrem Terminkalender, dass unmittelbar nach Ferienschluss am 4. und 5. September 2010 das Sensburger Kreistreffen im

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17



Carl Knauf, Küche in einem Niddener Fischerhaus

Auch für 2011 wird wieder ein Begleiter durch das Jahr mit Motiven aus Ostpreußen erscheinen. Der Kalender „Ostpreußen und seine Maler 2011“ enthält Motive alter Städteansichten und Landschaftseindrücke aus Masuren, dem Oberland und vom Kurischen Haff. Der Kalender ist für die Leser dieser Zeitung bis zum 30. September zum Vorzugspreis von 21,50 Euro (inklusive Versandkosten) erhältlich.

Bestellungen direkt bei: type art satz&grafik gmbh, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 5573780, Fax (0231) 55737820.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN

BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: schmelter@ostpreussen-info.de, www.ostpreussen-info.de.

BJO – 21. bis 30. Juli, Memelland-Sommerfahrt. Der nördlichste Teil Ostpreußens, das Memelland, steht in diesem Jahr im Mittelpunkt. Genau genommen wird man die Nächte zwischen Heydekrug und Saugen – in Szameitkehmen – verbringen. – **31. Juli bis 8. August, BJO-Paddeltour durch Masuren.** Die Anreise erfolgt in Kleinbussen beziehungsweise im Pkw von Ansbach oder Würzburg aus. Jeder sollte die Gelegenheit nutzen und die Natur Südostpreußens in ihrer ganzen Schönheit erleben!

23. bis 29. August, Mehrgenerationenreise durch Pommern, Westpreußen und das südliche Ostpreußen. Das Kennenlernen der natürlichen Schönheit des Landes im Osten (Pommern – Westpreußen – südl. Ostpreußen) ist zentrales Anliegen der Fahrt, welche sich an Mitglieder der Erlebnisgeneration samt ihren Kindern und Enkeln richtet.

BJO-West – Sonnabend, 10. Juli, **Regionalversammlung des BJO-Regionalverbandes West** und Flugblattaktion zur Volksabstimmung von 1920. – **Sonntag, 11. Juli, 11 Uhr, Kleines Ostpreußentreffen auf Schloss Burg** bei Solingen am 90. Jahrestag der Volksabstimmung im südlichen Ostpreußen (11. Juli 1920). Beginn der Veranstaltung: 11 Uhr; Beginn der Kundgebung: 14 Uhr.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Dienstag, 6. Juli. 15 Uhr, „Ein Nachmittag mit Königin Luise“ im Reiterhof am Hühnerberg. Abfahrt Musterplatz / Edeka, 14.40 Uhr.

Stuttgart – Dienstag, 13. Juli, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Heimat, kleiner Saal. Unter dem Motto: „Im Frühtau zu Berge ...“ gibt es interessante Reiseberichte.

Weinheim – Mittwoch, 14. Juli, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Wolf zu einem heimatlichen Schmunzelnachmittag.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 17. Juli, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Schabbernachmittag in den „Ulmer Stuben“.

BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 17. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Orangerie“. Barbara Danowski hält einen Vortrag: „Königin Luise von Preußen“.

Bamberg – Mittwoch, 21. Juli, 15 Uhr, Sommertreffen der Gruppe in der „Villa Remies“ (Buslinie 910).

Hof – Sonnabend, 10. Juli, 15 Uhr, Sommertreffen der Gruppe in der Gaststätte Falter, Unterkotzau.

Ingolstadt – Sonntag, 18. Juli, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchener Straße 8, Ingolstadt,

Landshut – Freitag, 9. Juli, Ausflug der Gruppe nach Ellingen und Besuch des Kulturzentrums. Anreise erfolgt mittels privaten Pkw. – Dienstag, 20. Juli, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Biergarten Insel.

Nürnberg – Freitag, 9. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Tucherbräu am Opernhaus“. Dr. Siegfried Rost, Landtagsabgeordneter a. D. hält einen Vortrag: „Deutscher Kotau im Osten“.

Weiden – Dienstag, 13. Juli, 19 Uhr, Teilnahme der Gruppe am Gartenfest des Heimatrings Weiden auf dem Pausenhof der Clausnitzerschule.

BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blv.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Rastenburg – Sonntag, 11. Juli, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B,13629 Berlin. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 21012.

BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Dienstag, 13. Juli, 14 Uhr, Treffen der Wandergruppe beim Roten Turm auf der Domsheide. Nähere Informationen bei Frau Kunz, Telefon 471874 – Die Gruppe bietet zusammen mit JWD-Reisen eine Zwei-Tages-Busfahrt an. Termin: 7. bis 8. August 2010, Reiseverlauf: 7. August: 8.30 Uhr Abfahrt vom ZOB Bremen, 10.30 Uhr bis zirka 12.30 Uhr Besichtigung der Ausstellung „Luise – Mythos und Leben“ im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg, 12.30 bis 14 Uhr Mittagspause (Restaurant Krone, Mittagessen ist nicht im Reisepreis enthalten!), Weiterfahrt nach Potsdam, zirka 17.30 Uhr Ankunft in Potsdam im zentral gelegenen Art'otel in Potsdam, Zeppelinstraße 136 – der Abend steht zur freien Verfügung. 8. August: Frühstück im Art'otel, 10 Uhr Abfahrt nach Paretz, 10.40 Uhr bis 11.40 Führung durch die Ausstellung „Luise. Die Kleider der Königin“, anschließend individuelle Besichtigung des Parks im Schloss Paretz, Mittagspause bis 14 Uhr, anschließend Rückfahrt nach Bremen, zirka 20 Uhr Ankunft in Bremen, ZOB. Leistungen: Hin- und Rückfahrt im modernen Reisebus, eine Übernachtung mit Frühstück im Vier-Sterne-Art'otel in Potsdam, Eintritt und Führungen, Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen. Nähere Informationen ab sofort in der Geschäftsstelle der Gruppe in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.

Heimatliteratur

Hamburg – „Mein Lied – Mein Land. Lieder der Ost- und Westpreußen“. Das ost- und westpreußische Liederheft „Mein Lied – Mein Land“ (Zusammenstellung und Sätze: Herbert Wilhelmi) ist ab sofort wieder lieferbar. Das Büchlein umfasst rund 150 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Nachdruck der Broschüre „Die Prußen“ – Auf vielfachen Wunsch hat die Landsmannschaft Ostpreußen die Broschüre „Die Prußen“ von Walter Görlitz nachdrucken lassen. Das Heft umfasst 40 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 2 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Bei Abnahme von mindestens zehn Heften werden Verpackung und Versand nicht in Rechnung gestellt.

Bestellungen nimmt entgegen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400850, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de

HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

HEIMATKREISGRUPPEN

Heiligenbeil – Sonnabend, 26. Juni, 14 Uhr, Sommerfest der Gruppe im Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7, Hamburg. Hierzu sind alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlichst eingeladen. Bei Kaffee und Kuchen, in geselliger Runde sollen zusammen einige fröhliche Stunden verbracht werden. Der Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen beträgt 5 Euro. Es wird der Videofilm „Romantisches Masuren – Land der 1000 Seen“ gezeigt. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116, ab den U-Bahnstationen Hammer Kirche, Billstedt oder Wandsbek Markt. Anmeldung bei Konrad Wien, Telefon (040) 30067092, bis zum 25. Juni.

Sensburg – Sonntag, 11. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Grillparty im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen. Anschließend macht die Gruppe Sommerpause.

BEZIRKSGRUPPE

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 26. Juli, 15 Uhr, Treffen Gruppe im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88. Thema: „Sommerzeit, Urlaubszeit, Erntezeit“.

HESSEN

Vorsitzende: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Bergstraße – Sonntag, 11. Juli, 11 Uhr, findet wieder das beliebte Sommerfest auf dem Gelände des Geflügelzuchtvereins in Reichenbach statt. Geboten wird neben einem Mittagessen sowie Kaffee und Kuchen nebst diversen Getränken ein Unterhaltungsprogramm. Für Kuchenspenden ist der Verein dankbar. – Vom 2. bis 17. August liegt ein Reiseangebot vor: „Unterwegs auf dem Fluss Lena in Russland und Sibirien“. Anmeldungen werden erbeten an Brigitte Sattler, Telefon (06251) 39303.

Gießen – Der Diavortrag von Erika und Heinz Schmidt brachte einen überzeugenden Rückblick auf zwei Masurenrundfahrten mit Standort Sensburg in den Jahren 2004 und 2005. Margot Noll hatte zu diesen Betreuungsfahrten aufgerufen. Selbst in Rhein bei Sensburg geboren, bringt sie seit Jahren Hilfsgüter und Medikamente nach Sensburg und Umgebung. Die Empfänger sind eine Sozialstation in Sensburg mit gut ausgerüsteten Behandlungsräumen, Kleiderkammer und Notübernachtungen. Der Reiseweg führte von Linsengericht bei Gelnhausen über Berlin nach Stettin. In Stolp standen ein Fotostopp und die Begehung des ehrwürdigen Stadthauses auf dem Programm. Über Gdingen ging es nach Danzig und Marienburg, verbunden mit längeren Stadtgängen und Besichtigungen. Von dort führte die Route über

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 16

Berufskolleg Technik der Stadt Remscheid, Neuenkamper Straße 55, 42855 Remscheid stattfindet. Über Einzelheiten des Programms werden wir Sie rechtzeitig informieren. Wir würden uns über Ihren Besuch sehr freuen.

TREUBURG

Kreisvertreterin: Irmgard Klink, Schlehdornweg 30, 47647 Kerken, Telefon (02833) 3984, Fax (0 2833) 3970. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 20-3180.

Liebe Treuburger aus Stadt und Land – die Heimatstadt unserer Eltern und noch von einem großen Teil unserer Generation: Marggrabowa, gegründet 1560 – umbenannt in Treuburg 1928 – nach 1945 polnisch mit Namen: Olecko, feiert im Juli 2010 ihr 450-jähriges Bestehen. Mein letzter Besuch dort, im Mai 2010, ließ erkennen, dass die Zeichen auf eine großartige Feier hindeuten. Das alte Rathaus am Kirchberg, in welchem jetzt das Standesamt und ein Museum untergebracht wird, erstrahlt in frischen Farben und die gesamte Stadt ist voller Treiben, um dieses große Fest zu einem unvergesslichen Erlebnis werden zu lassen. Die letzten Pflasterarbeiten am Markt wurden noch ausgeführt. Lassen Sie sich überraschen, wie schön sich das Geburtstagskind präsentiert. Die vielen Teilnehmer, die sich anmeldeten, um mit fünf Bussen Richtung Masuren zu fahren, um diesen großen Geburtstag zu feiern, sind voller Vorfreude. Mit dem Pflanzen der Patenbäume „450 Baumpflanzungen zum Gedenken der 450 Jahre“, mit einem Gottesdienst in deutscher Sprache und einem großen Stadtfestival wird vom 23.–25. Juli 2010 dieses Jubiläum gefeiert. Direkt einen Tag später, am 26. Juli 2010, findet unser Kreistreffen dieses Mal im Kreise Treuburg in heimatlichem Ambiente auf dem Gutshof Marczak in der Nähe von Schwentainen statt (6,4 Kilometer südwestlich von Treuburg). Wir freuen uns auf dieses große Doppel-Fest. Für alle, die nicht an diesen Feierlichkeiten teilnehmen können, gibt es ein Trostpflaster: Wir werden in diesem Jahr ein zweites Kreistreffen abhalten. Der 2. Oktober 2010 ist der Termin, an dem ich Sie alle hiermit in die Stadthalle Opladen (Ortsteil von Leverkusen) einlade. Auch in Leverkusen wird zum Gedenken an den 450. Geburtstag unserer Heimatstadt ein Baum unserer Heimatstadt gewidmet. Ich freue mich, Sie in unserer Heimatstadt und auch in unserer Patenstadt treffen zu dürfen. Ihre Kreisvertreterin Irmgard Klink

„Wenn du bei Nacht den Himmel anschaust, wird es dir sein, als lachten alle Sterne, weil ich auf einem von ihnen wohne, weil ich auf einem von ihnen lache und wenn du dich getröstet hast, wirst du froh sein, mich gekannt zu haben.“
Antoine de Saint-Exupéry

Die Landesfrauenleiterinnen der Landsmannschaft Ostpreußen trauern um

Edith Baumgart

* 6. 6. 1936 Lotterfeld/Braunsberg † 26. 6. 2010 Marienberg/Erzgebirge

Landesfrauenleiterin Sachsen-Anhalt

In stiller Trauer nehmen wir Abschied von einer Frau, deren Liebe zur unvergessenen Heimat Ostpreußen ihr Wirken und Handeln bestimmt hat.

Karla Weyland 1. Stellvertreterin — **Uta Lüttich** Bundesvorsitzende der Ostpreußischen Frauenkreise — **Dora Arnold** 2. Stellvertreterin

Ein langer Lebensweg ist vollendet.

Helmut Skupio

* 20. 5. 1916 Bartendorf, Kreis Lyck † 13. 6. 2010 Oberhone, Kreis Eschwege

Im Namen aller Angehörigen
Annemarie Skupio geb. Lingemann
Charlotte Bux geb. Skupio

Oberlandstraße 3, 37269 Eschwege

Denn ich bin überzeugt, dass die Leiden dieser Zeit nichts bedeuten im Vergleich zu der Herrlichkeit, die an uns offenbar werden soll
Römer 8.18

Friedlich entschlief am 26. 6. 2010

Edith Baumgart

aus Lotterfeld
Landesvorsitzende der Ostpreußischen Frauengruppe Sachsen-Anhalt

im 74. Lebensjahr.

Heidrun Schmidt
Enkelin Bianca mit Marcel
sowie alle Angehörigen

Niederdorf 17, 09496 Marienberg/Erzgebirge

Die Beerdigung fand am Freitag, dem 2. 7. 2010 auf dem Lauterbacher Friedhof statt.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Elbing, Mohrungen, Osterode, Allenstein nach Sensburg. Dort erkundete die Reisegruppe die Seenlandschaft mit Schiffstour vom Niedersee zum Spirdingsee nach Nikolaiken. In Heilige Linde konnte man Orgelmusik genießen und in Rößel wurde der legendäre Rundturm besichtigt. Natürlich durfte auch eine Stak-Bootfahrt auf der Kruttinna nicht fehlen. Dieser Dianachmittag führte den Anwesenden nochmals die unvergessliche Schönheit der Heimat vor Augen.

Wetzlar – Sonnabend, 10. Juli, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Grillfest in der Grillhütte bei Kröffelbach. – Götz Diehm sprach bei der letzten Zusammenkunft der Gruppe über die Selbstbestimmung der Völker. Dabei ging der Referent besonders auf das immer noch spannungsgeladene Verhältnis von Tschechen und Deutschen ein. In seinen Darlegungen orientierte sich Diehm an dem Ausspruch des 16. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Abraham Lincoln (1809 bis 1865): „Nichts ist geregelt, was nicht gerecht geregelt ist.“ Angesichts des Beitritts von Tschechien in die Europäische Union am, 1. Mai 2004 stellte sich die Frage: Hätte die damalige bundesdeutsche Regierung bei den Verhandlungen nicht auf einen Widerruf der sogenannten Benesch-Dekrete von 1946 bestehen müssen? Diehm erinnerte daran, dass sich das Zusammenleben von Deutschen und Tschechen erst mit der Gründung der Tschechoslowakei – nach dem Ende des Ersten Weltkrieges – zu einem ernsthaften Problem entwickelt habe. Zuvor hätten beide Bevölkerungsgruppen „in Frieden und Eintracht“ miteinander gelebt, während es nach dem Ersten Weltkrieg zu schweren Ausschreitungen gegenüber der deutschen Volksgruppe kam. Um zukünftig eine solche Entwicklung zu verhindern, müsse nach seiner Meinung für das Zusammenleben der Völker gelten: „Kein Frieden ohne Gerechtigkeit, keine Gerechtigkeit ohne Freiheit, keine Freiheit ohne Klarheit, keine Klarheit ohne Wahrheit, keine Wahrheit ohne Redlichkeit, keine Redlichkeit ohne Liebe.“

Wiesbaden – Dienstag, 13. Juli, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe zum Kaffeetrinken im Grünen in der Gaststätte des Wiesbadener Tennis- und Hockey-Club, Nerotal. Das Restaurant ist zu erreichen mit dem ESWE-Bus, Linie 1, Haltestelle Nerotal (Endhaltestelle). Wer Lust zu einem Spaziergang hat, steigt bereits an der Haltestelle Kriegerdenkmal aus. Von dort geht die Gruppe um 14.30 Uhr durch die Nerotal-Anlagen zur Gaststätte. Organisation und Leitung Helga Kukwa. – Donnerstag, 15. Juli, 12 Uhr, Stammtisch in der Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach. Essen à la carte. Aufgrund der Platzdisposition bitte unbedingt bis spätestens 9. Juli bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938, anmelden. – Mittwoch, 21. Juli, 9.30 Uhr, „Ein Tag am schönen Rhein“ unter diesem Motto geht es mit dem Köln-Düsseldorfer Schiff nach Rüdesheim. Treffen der Teilnehmer: Wiesbaden-Biebrich, Anlegestelle Köln-Düsseldorfer Schiffe. Der Fahrpreis von 14 Euro wird während der Fahrt kassiert (Geld bitte abgezählt bereit halten). Bei weniger als 60 Teilnehmern erhöht sich der Fahrpreis geringfügig. Ablegen des Schiffes 10.05 Uhr, Ankunft in Rüdesheim 11.15 Uhr, gemeinsames Mittagessen 12.15 Uhr (Restaurant im Ortszentrum), Rückfahrt des Schiffes 17.15 Uhr, gemeinsames kaltes Abendessen während der Rückfahrt. Nähere Auskünfte und Anmeldungen bis zum 6. Juli bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938.

NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Landesgruppe – Bekenntnis zur unvergessenen Heimat Ostpreußen. Ein sehr informativer Vortrag über Königsberg und Nord-Ostpreußen sowie die Situation der Landsmannschaft Ostpreußen vom Sprecher der LO, Wilhelm v. Gottberg, stand im Mittelpunkt der sehr gut besuchten Jahreshauptversammlung der Landesgruppe Niedersachsen, an der als Gäste unter anderem der Landesobmann der Westpreußen in Niedersachsen, Egon Seehawer und der neue Vorsitzende des BdV-Landesverbandes Niedersachsen, Oliver Dix, teilnahmen. Eindrucksvoll schilderte v. Gottberg die Reisebedingungen nach Nord-Ostpreußen. Ihm persönlich wurde über viele Jahre die Einreise nach Ostpreußen verwehrt und noch heute gibt es mancherlei Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten. Das Erscheinungsbild von Königsberg hat sich, so v. Gottberg, sehr zum Positiven verändert: ein gutes Straßen- und Verkehrsnetz in und um Königsberg, die Fertigstellung aller sechs Stadttore, die Einrichtung eines kleinen deutschen Museums im Friedländer Tor, attraktive Geschäfts- und Einkaufstrassen. Kurz: Königsberg ist in den letzten Jahren zu einer beachtlichen Metropole geworden. Das Beeindruckendste aber bleibt nach wie vor die Landschaft Ostpreußens, insbesondere die Nehrung, die einstmals ebenso wie heute jeden Besucher fasziniert. Nicht unerwähnt blieb in den Ausführungen des Sprechers das Zusammenwirken mit dem BdV-Bundesverband. Der Verzicht von Frau Steinbach auf einen Sitz im Stiftungsrat der Stiftung Flucht Vertreibung Versöhnung hat zwar zu einer Neustrukturierung dahingehend geführt, dass die Vertriebenen nunmehr stärker im Stiftungsrat vertreten sind, aber die Verwirklichung der Vorstellungen der Vertriebenen, die Darstellung der Geschichte aus der Sicht der Vertriebenen wird dennoch schwierig bleiben. Die Landsmannschaft Ostpreußen soll im Stiftungsrat durch LO-Vorstandsmitglied Stephan Grigat vertreten werden. Die Versammlung verabschiedete eine Resolution, gerichtet an die EUFV. Auf die Situation der Vertriebenen 65 Jahre nach Flucht und Vertreibung und insbesondere die Kulturpolitik für die Vertriebenen ging die Vorsitzende, Dr. Loeffke, in ihrem Bericht ein. Sie erinnerte an für Ostpreußen wichtige Gedenktage, so die Volksabstimmung im Jahr 1920, den 200. Todestag der preußischen Königin Luise, den 200. Geburtstag von Otto Nicolai, den 175. Geburtstag von Wilhelm von Humboldt, sowie die Verabschiedung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen vor 60 Jahren. Einen weiteren Schwerpunkt der Zusammenkunft bildeten die Arbeitsberichte der Bezirks- und Kreisgruppen. Der Zusammenhalt bei allen Gruppen ist sehr groß, sodass in der Regel monatliche Treffen stattfinden. Fahrten nach Ostpreußen, in die nähere und weitere Umgebung stehen weiter auf dem Programm, Lichtbildervorträge sowie interessante Themen über die Heimat und wichtige aktuelle Fragen und Probleme werden in Vorträgen behandelt. Pflege und Erhaltung der ostpreußischen Kultur gehören weiter zu den Hauptzielen der landsmannschaftlichen Arbeit. Die Vertriebenen rücken zusammen, sodass häufig Veranstaltungen gemeinsam mit Landsleuten aus Westpreußen, Pommern oder Schlesien stattfinden. Vorbildlich der von der Gruppe Braunschweig vom jährlich durchgeführte „Tag der Landsmannschaften“. Dank der großartigen Aktivitäten einzelner Gruppen gab es teilweise sogar beachtliche Neuzugänge an Mitgliedern.

Braunschweig – Sonnabend, 10. Juli, 13 Uhr, Tag der Landsmannschaften im Stadtparkrestaurant, Jasperallee, Braunschweig. Die Gruppe Braunschweig ist mit einem Stand vertreten.

Göttingen – Donnerstag, 5. August, 14.30 Uhr, Grillnachmittag im Holtenser Forst. Es wird ein Bus für die Hin- und Rückfahrt eingesetzt. Anmeldungen bis zum 27. Juli bei Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675. – Sonnabend, 4. September, findet der alljährliche Ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder statt.

Oldenburg – Mittwoch, 14. Juli, unternimmt die Gruppe, gemeinsam mit dem BdV Kreisverband Oldenburg-Stadt, eine Halbtages-Kulturfahrt zu den „Ostdeutschen Heimatstuben“ in Ambergen, Gemeinde Goldenstedt, Kreis Vechta.

Osnabrück – Freitag, 16. Juli, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 152.

Rinteln – Die diesjährige Reise „Königsberger Provinz“ war restlos ausgebucht. Wer eventuell Interesse an einer ähnlichen Reise im nächsten Jahr hat, kann – zur unverbindlichen Zusendung der Reiseankündigung – Adresse und Telefonnummer Joachim Rebuschat, Alte Todenmanner Str. 1, 31737 Rinteln, E-Mail: j.rebuschat@web.de, mitteilen.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonntag, 11. Juli, 11 Uhr, auch in diesem Jahr findet an der Gedenkstätte des Deutschen Ostens auf Schloss Burg eine Kulturveranstaltung der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen statt. Die Landesgruppe hofft, ab 11 Uhr (Zeit zum Plachandern), recht viele Landsleute und Gäste auf dem „Kleinen Ostpreußentreffen“ begrüßen zu können. Wie schon in den vergangenen Jahren besteht die Veranstaltung aus einem offiziellen (14 Uhr) und einem unterhaltsamen Teil. Zu Beginn läuten die Glocken aus Königsberg und Breslau, man gedenkt der Toten und hört das Trompetensolo „Ich hatt' einen Kameraden“ (Trompeter F. Braun). Hubert Maessen, WDR-Redakteur, wird die Festrede halten. Für das leibliche Wohl sorgen die Damen der Landesgruppe mit ostpreußischen Spezialitäten. Zahlreiches Erscheinen ist der Lohn für den Veranstalter mit seinen ehrenamtlichen Mitwirkenden. – **Bei dieser Gelegenheit wird darauf hingewiesen, dass die 224 Seiten fassende Gedenkschrift „Ostpreußen – Land der dunklen Wälder“ zum Preis von drei Euro plus Versandkosten zu erwerben ist.**

Bielefeld – Die Ostpreußische Mundharmonika-Gruppe trifft sich in unregelmäßigen Abständen. Informationen bei Bruno Wendig, Telefon (05241) 56933.

Bonn – Sonntag, 11. Juli, 11 Uhr, Teilnahme der Gruppen Siegburg und Bonn an der Kulturveranstaltung der Landesgruppe auf Schloss Burg. Abfahrt ab Bonn: 10 Uhr, Beethovenhalle, Rheinseite. Fahrpreis: je nach Teilnehmerzahl 10 bis 15 Euro. Anmeldung bei Lm. Ruhnau, Telefon (02241) 311395, oder Lm. Kreuer, Telefon (02246) 5100.

Dortmund – Montag, 19. Juli, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in den Ostdeutschen Heimatstuben Landgrafenschule Ecke Märkische Straße. Karla Schef-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Agnes Miegel-Seminar

Hamburg – „Agnes Miegel – Neue Mosaiksteine zu ihrem Leben und Werk“ lautet das Thema der diejährigen Seminarveranstaltung vom 29. bis 31. Oktober 2010 im Ostheim, Bad Pyrmont. Das BKM-geförderte Seminar steht unter der Leitung von Dr. Marianne Kopp, Erste Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft e.V., und Christiane Rinser, Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Dr. Marianne Kopp spricht über Miegels Briefe an Lulu Diederichs und ihre Plaudereien über die ostpreußische Küche. Zu den frühen Gedichten mit jüdischer Thematik bei Börries von Münchhausen und Agnes Miegel referiert Dirk Herrman, Sebastian Harms Bolte zieht Parallelen zwischen Christina Rossetti und Agnes Miegel. Ihrer Haltung im Dritten Reich widmet sich Dr. Bodo Heitmann. Dr. Ursula Seibt thematisiert die Aufnahme in den „Orden deutscher Dichter und Dichterinnen“. Annemete von Vogel interpretiert Miegels Dichtung und Dr. Rudolf Muhs schildert ihre Gratwanderung zwischen Feminismus und Nationalismus. Die Seminargebühr beträgt 75 Euro, darin enthalten: Vollverpflegung und Unterbringung in Doppelzimmern. Einzelzimmer, für einen Zuschlag von 6 Euro pro Nacht, stehen nur in begrenzten Umfang zur Verfügung.

Anmeldeunterlagen und nähere Informationen erhalten Sie bei Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819, E-Mail: rinser@ostpreußen.de

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

ter gibt Einblicke in das von ihr geleitete e-Wardak-Hospital in Afghanistan.

Düsseldorf – Mittwoch, 7. Juli, 15 Uhr, Ostdeutsche Stickerei, Raum 311, GHH. – Freitag, 9. Juli, 18 Uhr, Stammtisch im Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62. – Sonnabend, 24. Juli, 9.45 Uhr, Wandertreff am Infostand Hauptbahnhof, Ziel: die „Kant-Ausstellung" im Museum Stadt Königsberg, Duisburg.

Ennepetal – Donnerstag, 15. Juli, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube. Es gibt Rühr-eier mit Speck und Bratkartoffeln.

Gütersloh – Montag, 12. Juli, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Mittwoch, 14. Juli, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9. – Montag, 19. Juli, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Neuss – Sonnabend, 24. Juli, 12 Uhr, großes Grillfest mit ostpreußischen Spezialitäten an der Cornelius-Kirche, Neuss-Erfttal.

Siegerland – Die Mitglieder der Kreisgruppe werden gebeten auch weiterhin an den Veranstaltungen der BdV-Kreisgruppe teilzunehmen. In Vorbereitung: Ein kulturhistorischer Sommerausflug nach Köln, mit Besuch der „Breslauer Sammlung in Köln", Patenstadt für die schlesische Hauptstadt Breslau, eine Sammlung mit Kunstschätzen, Bildern, Landkarten, Trachtendarstellungen, kostbaren Drucken, sowie eine Rhein-Schiffsfahrt. – Von der Gruppe nahmen an der BdV-Kreisdelegierten-Tagung in Siegen die frühere, langjährige Vorsitzende Thilde Utikal und der jetzige Vorsitzende Anton Olbrich teil und berichteten dort über die Arbeit der Gruppe. Die Bezirks-Delegierten-Tagung der Ostpreußen im Regierungs-Bezirk Arnsberg fand in Lüdenscheid statt. Der Kulturwart der Gruppe Lm. Schneidewind berichtete über die Arbeit der Deutschen Wehrmachtsauskunftsstelle in Berlin und über Erfolge, auch nach über 65 Jahren Nachforschungsarbeiten. Prof. Ulrich Penski – Gruppen- und Landesvorstandsmitglied – nahm an der 60. Jahrfeier der Landsmannschaft Ostpreußen teil und gab einen Überblick über diese Veranstaltung und erläuterte die Arbeit der Gruppe. Der Vorsitzende Anton Olbrich und Kulturwart Lm. Schneidewind fuhren zur Ermländer-Wallfahrt nach Werl und betreuten dort einen kleinen Schriftenstand vor der Basilika und in der Stadthalle. Im Frühjahr 2010 wurden im Rathaus Siegen-Weidenau, im Eingangsbereich zwei Vitrinen mit Exponaten aus den ostdeutschen Heimatgebieten, unter Anwesenheit von Bürgermeister Mues, der Öffentlichkeit übergeben. Die Ausstellungsstücke stammen aus der früheren ostdeutschen Heimatstube im Oberen Schloss-Siegen. Im 1.Halbjahr 2010 wurde die Betreuungsarbeit für die alten und kranken Landsleute in den Heimatgebieten fortgesetzt, mit Unterstützung durch private Spender und der „Bruderhilfe" von der Landsmannschaft Ostpreußen. Die Hilfe für die verbliebenen Landsleute in Ostpreußen wird weitergeführt und bedeutet für diese Personengruppe eine wertvolle Unterstützung im Alltag, die verbliebenen Landsleute dürfen nicht vergessen werden. Aber materielle Hilfe alleine genügt nicht, man muss ihnen auch das Gefühl geben in der Bundesrepublik Deutschland nicht „abgeschrieben" zu sein. Einige Jahre lang leistete die frühere Vorsitzende Utikal mit hilfsbereiten Frauen aus der Gruppe die Unterstützung der Heimatverbliebenen. Die Sendungen wurden durch Spenden sowie mit Erlösen aus den Weihnachtsbasaren möglichgemacht. Die Anregung für diese Sozialarbeit kam vom Kulturwart der Gruppe, welche er seit den 70er Jahren tatkräftig weiterführt. Vor einigen Jahren besuchten Frau Utikal und die Ehefrau vom BdV-Kreisvorsitzenden Siegerland, Erika Thoma, während einer Ostpreußenfahrt die betreuten Familien und überzeugten sich von der Notwenigkeit der Hilfe. Weiterhin wurde auf die Kultur-Veranstaltung – das „kleine Ostpreussen-Treffen" – der Landesgruppe, am 11. Juli 2010, auf Schloß Burg hingewiesen. Dort werden unter anderem heimatliche Spezialitäten und Literatur an verschiedenen Ständen angeboten, während der Bund Junges Ostpreussen (BJO) seine Arbeit / Aktivitäten vorstellen wird. Eröffnung um 11 Uhr, Zeit zum Plachandern und Besuch der Stände, 14 Uhr Beginn des Kulturprogramms. Um eine rege Beteiligung der Mitglieder wird gebeten, das Bilden von Fahrgemeinschaften ist wünschenswert. Auf diesem Wege wird dem Ehepaar Erich und Irmchen Gieseler zur Diamantenen Hochzeit gratuliert.

Witten – Donnerstag, 22. Juli, 15.30 Uhr, Treffen der Gruppe. Es gibt einen Bericht über einen Schüleraustausch Deutschland–Polen (Westpreußen); zwischen den Städten Gevelsberg und Kulm.

Termine im Alten Schloss

Oberschleißheim – Im Alten Schloss Schleißheim, Maximilianshof 1, 85764 Oberschleißheim, Telefon (089) 31587212, Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag, 9 bis 18 Uhr, stehen folgende Termine an: Sammlung Weinhold „Das Gottesjahr und seine Feste" – Donnerstagführungen mit Friedel Küchle entfallen in den Monaten Juli, August und September. Sonntag, 22. August, 14 Uhr: „Das Fest der Verklärung Christi in der Ostkirche", Dr. Inge Kreuz und Dr. Marianne Stößl. Sonntag, 29. August, 14 Uhr: „Religiöse Skulptur aus Polen", Uta Karrer. Sammlung zur Landeskunde Ost- und Westpreußens, Vorträge mit Hubertus Moeller. Sonntag, 4. Juli, 14 Uhr: Agnes Miegel – Frühe Prosa. Sonntag, 18. Juli, 14 Uhr: „Masuren, von der Geschichte vernachlässigt". Sonntag, 1. August, 14 Uhr: „Das Königsberger Schloss (Teil 1)". Sonntag, 15. August, 14 Uhr: „Altstadt, Kneiphof, Löbenicht – 500 Jahre Königsberg". Sonntag, 5. September, 14 Uhr: Nicolaus Copernicus und sein heliozentrisches Weltsystem. Vor den Vorträgen findet um 13 Uhr eine Führung durch die Sammlung statt.

RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Freitag, 16. Juli, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 23. Juli, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Die Gruppe hat ihren neuen Vorstand gewählt. Nach einer Gedenkminute für unsere langjährige Vorsitzende Altermann und dem Gedicht „Eine Handvoll Heimaterde" – gelesen von Erna Felber – begrüßte Sieglinde Langhammer die Mitglieder und stellte Liesbeth Krüßel als Tagungsleiterin vor. Hilli Bartkowiak verlas den Rechenschaftsbericht der vergangenen zwei Jahre. Es waren die letzten Zeilen von Frau Altermann, die sie an ihre Mitglieder geschrieben hat. Der Kassenbericht wurde von Karin Janella vorgetragen. Sie vermittelte einen Überblick über das Spendenaufkommen und die Ausgaben des Vereins. Kurt Weise trug den Revisionsbericht vor. Er bestätigte eine ordnungsgemäße Kassenführung. Es gab keine Beanstandungen. Dann stellte die Tagungsleiterin die Kandidaten für den neuen Vorstand und die beiden Revisoren vor. Nach der Kaffeepause stellten sich die neuen Kandidaten vor. Es stellten sich zur Wahl: Sieglinde Langhammer, Ingrid Labuhn, Karin Janella, Hildegard Bartkowiak. Als Revisoren kandidierten Kurt Weise und Hermann Reich. Die Verantwortung als Wahlkommission übernahmen Renate Lohs und Irmgard Grille. Die Mandatsprüfungskommission wurde von Ema Felber und Martha Micklisch gebildet. Über die Vorstandsmitglieder und die zwei Revisoren wurde einzeln abgestimmt. Alle erhielten 35 Stimmen von 35 Wahlberechtigten. Als Vorsitzende wurde Sieglinde Langhammer, als Stellvertreter Ingrid Labuhn, als Schriftführer Hilli Bartkowiak und Karin Janella als Schatzmeister gewählt. Die neuen Beisitzer werden in der nächsten Vorstandssitzung berufen. Langhammer dankte im Namen des Vorstandes für das erwiesene Vertrauen. Die Gruppe möchte noch lange zum Erhalt der ostpreußischen Tradition und des Brauchtums beitragen.

Leipzig – Der BdV Kreisverband Leipzig führte nach der Neuorientierung die erste große Veranstaltung mit allen Landsmannschaften durch. Der Vorsitzende Peter Wolf begrüßte die sehr zahlreich erschienenen Landsleute und zeigte sich erfreut darüber, dass so viele der Einladung gefolgt waren, obwohl es der erste warme Sommertag war. Als Gast nahm die Vorsitzende der Gruppe Grimma/Wurzen, Helga Link teil, sie hatte die Mundartsprecherin Elli Springer mitgebracht. In seinem Rechenschaftsbericht wies Peter Wolf auf die Bedeutung der Veranstaltung hin, und dass man mit dieser Auftaktversammlung des Jahres 2010 über die Lage und Situation des Verbandes zu informieren, zu beraten und über die weitere Arbeit nachzudenken. Nach der Vorstandswahl im Januar galt es, die Weichen neu zu stellen. Peter Wolf informierte weiter über den vorgenommenen Umzug aus der großen Geschäftsstelle in ein kleines bezahlbares Büro, und über die damit verbundenen Schwierigkeiten, die gemeistert wurden. Der große Arbeitsaufwand so eines Umzugs konnte nur mit der ehrenamtlichen Hilfe vieler Landsleute bewältigt werden. Peter Wolf sprach allen Heimatfreunden für ihre tatkräftige Unterstützung und Einsatzbereitschaft den herzlichen Dank aus und erwähnte namentlich auch die fleißigen Helfer. „Wenn auch im kleinen und bescheidenen Rahmen geht die Arbeit weiter und die große Beteiligung heute beweist, dass alle Heimatfreunde darüber erfreut sind." Alle landsmannschaftlichen Gruppen haben jetzt einen gemeinsamen Vorstand, aber jede Gruppe führt ihre eigenen Aktivitäten fort. Die Schlesier machen ihren monatlichen „Laobernachmittag" in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität in der Prinz-Eugen-Straße, dort trifft sich auch jeden Monat der Frauenkreis der Ost- und Westpreußen. Die Pommern und Sudetendeutschen haben ihre monatlichen Zusammenkünfte in der Begegnungsstätte „Kregeline". Seit vielen Jahren prägt der Chor „Lied der Heimat" unter der Leitung von Rosa Wegelin den Leipziger Verband und hat sich bei vielen Veranstaltungen im In- und Ausland einen guten Namen gemacht. Altersbedingt ist der Chor kleiner geworden, aber die Freude am Singen ist bei allen aktiven Mitgliedern noch immer groß und alle sind mit dem Herzen dabei. Dafür gebührt dem Chor und seiner Leiterin ein großes Dankeschön. Auch für dieses Jahr sind verschiedene Auftritte geplant. Pe-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20

56. Werkwoche

Hamburg – Unter der Leitung der Bundesvorsitzenden der ostpreußischen Frauenkreise, Uta Lüttich, findet vom 11. bis 17. Oktober 2010 im Ostheim in Bad Pyrmont die 56. Werkwoche statt. Es werden wieder folgende Arbeitsgruppen angeboten: Musterstricken, Kreuz- und Weißsticken, Trachtennähen sowie Weben, Doppelweben und Knüpfen. Besonders würden wir uns über eine Teilnahme von jüngeren Interessierten freuen. Die Seminargebühr beträgt 120 Euro, darin enthalten sind Vollverpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer. Einzelzimmer stehen nur in begrenztem Umfang zur Verfügung, der Zuschlag beträgt 6 Euro pro Nacht. Fahrkosten werden nicht erstattet.

Nähere Informationen und Anmeldeformulare erhalten Sie bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819, E-Mail: rinser@ostpreussen.de

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 19

ter Wolf sprach auch über die aktuelle finanzielle Lage, die schwierig ist und größte Sparsamkeit verlangt. Dankbar ist man natürlich für jede Unterstützung durch die Förderung des sächsischen Innenministeriums bei wichtigen Veranstaltungen. Peter Wolf wies noch auf die Ausstellungstische hin, auf denen Anschauungsmaterial aus der Heimat, Broschüren, Bücher, Chroniken unter anderem für einen kleinen Preis angeboten wurde und bat die Landsleute, etwas zu erwerben, denn auch das hilft wirtschaften. Ein Verkaufstisch des Preußischen Mediendienstes mit heimatlicher Literatur und CDs, organisiert von Fritz Stramm, fand großen Zuspruch. Der Chor „Lied der Heimat“ bot ein ausgewogenes Programm mit Liedern aus Ostpreußen, Schlesien, Brandenburg und Volksliedern. Die Rezitationen, dargeboten von Conny und Henriette Gramsch, Inge Scharrer und Elle Springer waren eine gute Ergänzung zum Liedprogramm. Edeltraut Ludwig gab einen kurzen Bericht über die Reise in ihre schlesische Heimat. Durch den Nachmittag führte in gewohnt gekonnter Weise Irmgard Schäfer. Es war eine in jeder Beziehung gelungene Veranstaltung und die Landsleute sparten nicht mit Beifall und lobenden Worten. Das tat allen Beteiligten gut und erfreute besonders den Vorsitzenden Peter Wolf, dem hier an dieser Stelle auch ein großes Dankeschön für sein Engagement ausgesprochen werden soll.

SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 14. Juli, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“.

Dessau – Montag, 12. Juli, 14 Uhr, Sommerfest der Gruppe im Krötenhof.

Magdeburg – Dienstag, 20. Juli, 15 Uhr, Bowling im Bowlingcenter Lemsdorferweg.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Die Herbstfahrt der Gruppe geht nach Walsrode in die Lüneburger Heide zum Heide-Back-Haus mit einem „Vollkorn-Seminar“, Besichtigung der Backstube und Führung, danach eine Komödie im Back-Theater und ein musikalischer Abschluss mit Mitsingen und Schunkeln – natürlich alles einschließlich eines kräftigen Mittagessens und großen Kaffeetrinkens mit Heidscher Sahnetorte und Rahmbutterkuchen und eines Gastgeschenks. Abfahrt ZOB Bad Schwartau, 9 Uhr, Preis alles inklusive 44 Euro. Gäste sind wie immer herzlich willkommen. Informationen bei Regina Gronau, Promenadenweg 26, 23611 Bad Schwartau, Telefon (0451) 26706.

Neumünster – Mittwoch, 14. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Scheffler.

Generationswechsel in der »Prussia«

Hans-Jörg Froese wurde von der Mitgliederversammlung zum neuen Präsidenten gewählt

Hans-Jörg Froese ist neuer Präsident der „Prussia-Gesellschaft für Heimatkunde Ost- und Westpreußens e.V. in Nachfolge der Altertumsgesellschaft Prussia gegründet 1844 in Königsberg“.

Er wurde am 26. Juni 2010 während der Mitgliederversammlung, welche traditionell im Museum Stadt Königsberg in Duisburg stattfindet, mit großer Mehrheit in das Amt gewählt. Der 53-jährige löste den langjährigen in Königsberg geborenen Präsidenten Prof. Dr. Günter Brilla ab. Mit der neuen Personalie wurde der Generationswechsel an der Spitze von der Erlebnisgeneration zu einem bekennenden Nachgeborenen vollzogen.

Als weitere Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands wurden die bisherigen Funktionsträger wiedergewählt: stellvertretender Präsident Dr. Lothar Förmer, Schriftführer Dr. Walter T. Rix und Schatzmeister Hartmut Gramoll.

Die Mitgliederversammlung brachte mit diesem Votum auch ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass der neue Präsident durch seine Funktionen in der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und in der „Stiftung Tolkemita“ die Prussia dynamisch weiterentwickeln und Synergieeffekte verstärkt nutzen wird. „Bewährtes gilt es zu erhalten, hierzu gehören auch die Veranstaltungen in Duisburg, parallel dazu soll ein zweites zukunftsfähiges Standbein im Berliner Raum errichtet werden. Dabei gilt es sich konsequent an dem Zweck der Satzung zu orientieren: (1) „die Bedeutung und die kulturellen Leistungen Altpreußens als Bestandteil der Kultur Ostdeutschlands der Öffentlichkeit zu vermitteln, sie sichtbar zu machen und zu pflegen“ sowie (2) „Dokumente, Gegenstände und sonstige Unterlagen aus dem Bereich Altpreußens zu sammeln, zu archivieren, nachzuweisen und nutzbar zu machen“, sagte Froese und ergänzte: „Dafür ist harte Arbeit nötig.“

> Mit ehrgeizigen Zielen neuen Schwung bekommen

Mit den noch zu bestellenden künftigen Beisitzern soll ein fachkundiges Team die Erreichung der ehrgeizigen Ziele unterstützen. Wer genau dazugehört, war noch nicht zu vernehmen.

Die Mitgliederversammlung als höchstes Gremium votierte einstimmig dafür, Prof. Dr. Brilla aufgrund seiner Verdienste zum Ehrenmitglied zu ernennen.

Man dankte dem bisherigen Präsidenten für seine langjährige Arbeit für die Heimat im In- und Ausland und wünschen dem neuen Vorstand viel Erfolg bei den Aufgaben, die vor ihm liegen. *PAZ*

Mit der Bitte um Beachtung für Ihren Schriftverkehr: neue Postadresse: 14542 Werder-Havel, Phöbener Chausseestr. 10, E-Mail: prussia.gesellschaft@googlemail.com

Schimpfen muss man können

So ein Schlubberchen zu viel kann schon für Aufregung sorgen

Sie waren wohl beide etwas beduselt, denn sie prallten mit einiger Wucht aufeinander, als sie aus zwei sich gegenüberliegenden Gasthäusern kamen, wo es steifen Grog gab und süffigen Bärenfang ebenso. Deshalb lief der Zusammenstoß auch recht glimpflich ab. Ereignet hatte er sich seinerzeit auf dem Marktplatz von Neidenburg, der südlichsten Kreisstadt Ostpreußens.

Der eine war Viehhändler und hörte auf den Namen August Wrobel; der andere hieß Heinrich Doliwa, Besitzer eines ansehnlichen Bauerngutes in dem nahegelegenen Ort Grünfließ. Man sah ihnen an, daß sie es keineswegs nötig hatten, an fester wie auch flüssiger Nahrung zu sparen. Waren somit auch gut gepolstert alle zwei und taten sich deshalb kaum weh bei der unfreiwilligen Kollision.

Dennoch legte dieser August Wrobel – dem anscheinend gerade eine Laus über die Leber lief – sofort empört los: „Wohl ein Schlubberchen zu viel hinter die Binde gegossen, was? Oder hat man keine Glotzerchen im Kopf?“

Heinrich Doliwa, der Agrarier, ließ sich nicht lange lumpen: „Da soll doch gleich Perkunos mit dem Blitz dreinschlagen! Rempelt mich an, so ein dreibastiger Lachodder, und denn soll ich auf einmal schuld sein.“

> Ein Lachodder trifft einen Dämlack

„Aber jawoll doch“, kam es prompt zurück, „kann nich' ausweichen, wenn einer kommt, sondern muß drauflosstürmen wie ein dammlicher Pomuchelskopp!“

„Na, so ein Dämlack aber auch“, fauchte sein Kontrahent, „tut mich piesacken, weil er kraucht wie ein Blinder und nich' achtgibt auf anständige Menschen.“

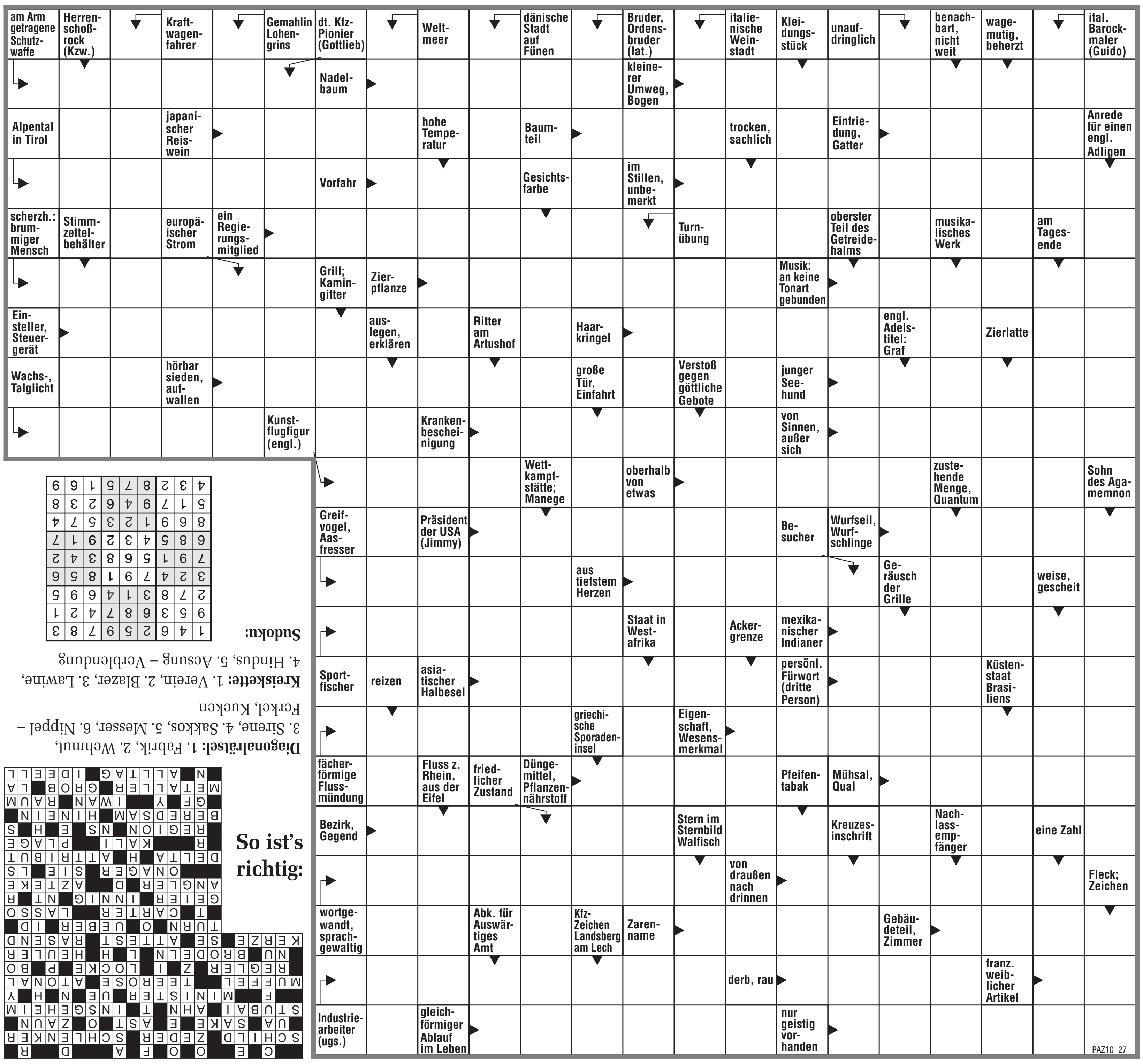
„Auf Menschen schon“, lautete die Entgegnung, „aber so ein mickriger Gnurpel ist leicht zu übersehen. Stellt ja nich mehr vor als so ein krummgewachsener Kaddig.“

„Wer so was sagt, ist nuscht weiter als ein Schubjak“, ließ sich nun der Viehhändler vernehmen. „Man könnt ihn halten für einen Lorbaß, wo erwachsene Männer ausschämen will.“ Die Worte klangen entrüstet, doch die rötlich angelaufene Nase des Sprechers kräuselte sich belustigt. Natürlich bemerkte das auch der Herr Hofbesitzer und meinte deshalb in versöhnlichem Ton: „Hab' gedacht, eigentlich noch einen ‚kreetschen Lulatsch‘ loszuschicken. Aber aus reiner Erbarmung werd' ich das sein lassen.“

„Nuscht einzuwenden“, erklärte Viehhändler Wrobel. „Haben uns doch nu schön ausgesprochen, oder? Und da mein' ich, sie muss bißchen begossen werden, die neue Bekanntschaft.“

„Das ist mal ein Wort, Mannchen“, stimmte Heinrich Doliwa zu. „Und ich schlage vor zu diesem Zweck den ‚Mühlenkrug‘, liegt gleich ums Eck am Marktplatz und schenkt aus einen Rotspon, nach dem sich jeder die Fingerchen leckt.“

August Wrobel nickte nur: „Worauf denn noch warten?“ Und einträchtig setzten sich die gewesenen Kontrahenten in Bewegung, um die erwähnte Restauration anzusteuern. *Heinz Kurt Kays*



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Fabrik, 2. Wehmut, 3. Sirene, 4. Sakkos, 5. Messer, 6. Nippel – Ferkel, Kueken

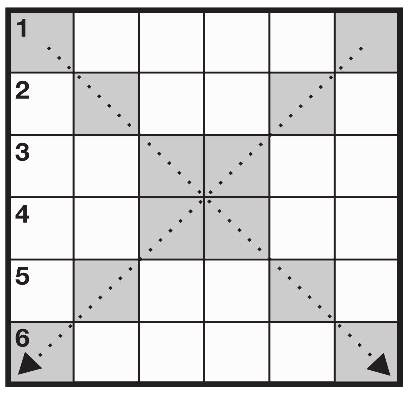
Kreiskette: 1. Verein, 2. Blazer, 3. Lawine, 4. Hindus, 5. Aesung – Verblendung

Sudoku

1	4						8	3
			6		7			
2								5
		4	7		1	8		
7		1	5	6	8	3		2
		5	4		2	9		
8								4
			9		6			
4	3						6	9

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



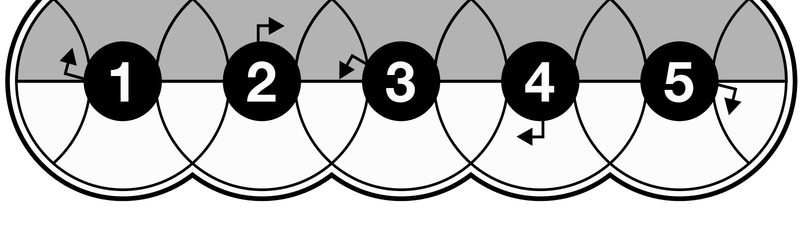
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Jungtiere.

1 Werk
2 leichte Trauer
3 Alarmgerät
4 Herrenjackett (Mz.)
5 Teil des Essbestecks
6 Verbindungsstück

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Unfähigkeit zur Einsicht.

1 Interessensgemeinschaft, 2 Klubjacke, 3 stürzende Schneemasse, 4 Anhänger einer Weltreligion (Mz.), 5 Nahrung des Wildes



Das große Kneipensterben

Die einst beliebten Lokale finden immer weniger Kundschaft – Fast-Food-Ketten füllen die Lücken

Immer mehr Eckkneipen und Wirtshäuser verschwinden aus den Stadtbildern. Die einstigen Zentren der Kommunikation und des gesellschaftlichen Lebens werden geschlossen, weil kaum noch Kundschaft kommt. Ein Trend, der in fast ganz Mitteleuropa zu beobachten ist.

Schlatt ist ein idyllisches Dorf am Rande der Schwäbischen Alb gegenüber dem Stammsitz der Preußen, der stolzen Burg Hohenzollern. Früher hatte die Gemeinde 600 Einwohner und fünf Wirtshäuser, heute beherbergt sie 900 Bewohner und besaß lange Jahre kein einziges Lokal mehr. Erst vor kurzem wagte sich ein junger Wirt aus dem Nachbarweiler Beuren wieder hinter einen Tresen und betreibt seitdem das Restaurant „Zum Hannes“ in den Räumen des früheren „Schützen“.

Von Irland bis ins Schwabenland Zapfhahn abgedreht

Wehmütig erinnern sich die älteren Bewohner an die Lokale ihrer Jugend, die „Sonne“, das „Lamm“, den „Schützen“, die „Rose“ und den „Kühlen Grund“ – Stätten gemeinsamer Fröhlichkeit und Feste, Treffpunkte mit Stammtischen, an denen Nachrichten getauscht und Lokalpolitik gemacht wurde. Die Wirtshäuser waren, wie überall in deutschen Landen, Zentren der Kommunikation und des Gemeindelebens und für so manchen auch „verlängertes Wohnzimmer“.

Das alles war einmal und Schlatt, aus dem seit den 60er Jahren nach und nach die traditionellen kleinbäuerlichen Betriebe verschwanden, ist heute Gemeindeteil der Kleinstadt Hechingen und kann als Beispiel eines Trends dienen, der fast ganz Mittel- und Westeuropa erfasst hat: das große Kneipensterben.

Ob es sich um die gemütlichen Pubs der Irischen Insel oder des benachbarten Großbritannien handelt oder die Bistros der Franzosen, die Cafeterien auf dem italienischen Stiefel oder die rheinische Stehbierkneipe, die neue Zeit hat zu einem teilweise dramatischen Sterben kleiner Lokale, wie etwa der berühmten Berliner Eckkneipen an fast jeder Straßenkreuzung, geführt. Mit diesen Institutionen des sprichwörtlichen kleinen Mannes stirbt aber auch eine jahrhundertealte Kultur, als die Menschen noch nicht vor den Fernsehapparaten saßen und ihr Lebens- und Heimatgefühl aus der nachbarschaftlichen Unterhaltung schöpften. Klagte etwa Michael Gramberg, lange Jahre im ARD-Büro Paris tätig: „Ein Bistro nach dem anderen verschwindet und muss Fast-Food-Palästen weichen. Die Gemütlichkeit in den Arrondissements ist dahin, der Patron mit der Baskenmütze und das Treffen zum sonntäglichen Pastis mit Bekannten und Freunden gehört einer vergangenen Epoche an.“ Tristesse am Tresen: Allein in Paris wurde im vergangenen Jahr in 2000 Bistros der Zapfhahn abgedreht.

Die Zahlen sprechen für sich: In England schließen im Schnitt mindestens sechs Kneipen am Tag oder – wie 2009 – mehr als 55 die Woche, stellte die „British Beer and Pub Association“ fest. Setze sich der Trend fort, so würde es im Vereinigten Königreich 2037 keine Pubs mehr geben. Noch existieren immerhin rund 57 000 der Bierschwemmen, doch schon 2009 machten gleich 2000 der traditionellen Kneipen dicht, rund 20 000 Arbeitsplätze gingen verloren. Ähnliches gilt für Irland, in dem das Pub geradezu zur nationalen Identität gehörte. Jeden Tag schließt eines der Traditionshäuser, 15 000 Arbeitsplätze gingen seit 2001 verloren. In den nächsten drei Jahren wird für jährlich 350 Kneipen mit dem Aus gerechnet. Das typische Guinness-Pub könnte es bald nur noch im Ausland geben.

Das Szenario ist überall dasselbe, die Gäste bleiben aus, der Umsatz bricht ein, die Einnahmen reichen nicht mehr, um die hohe Pacht zu berappen. Von den gut 200 000 französischen Bistros vor 50 Jahren sind gerade noch 36 000 übrig geblieben. Sogar in Europas heimlicher Bierhauptstadt München grassiert die Seuche. Beliebte Lokale wie die Schwabinger „7“, die „Koralle“ und das „Kings and Queens“ gehören der Vergangenheit an, in Hamburg und Berlin sieht es nicht viel anders aus.

Als Beispiel mag der Prenzlauer Berg in der Bundeshauptstadt dienen. Alteingesessene sprechen von der „Yuppiesierung“ ihres Viertels, in dem eine der alteingesessenen Kaschemmen nach der anderen modernen Läden, Coffeeshops oder Fast-Food-Tempeln weichen muss. Ähnliches kennzeichnet die Situation am Hamburger Hafen oder an der Sündenmeile Reeperbahn: Alte Seefahrerkneipen, in denen schon Jan Maat aus der Ära der Segelschiffe verkehrte, mussten Büropalästen oder Schicki-Micki-Bars Platz machen.


Verlust: Eckkneipen wie diese in Berlin-Moabit verschwinden immer mehr aus dem Stadtbild. Bild: Internet

Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband Dehoga registrierte in den Jahren 2005 bis 2008 einen Schwund der Schankwirtschaften um 12,9 Prozent, was im Vergleich zu anderen Sparten der Gastronomie ein „signifikanter Rückgang“ sei. Im Jahr 2008 existierten in deutschen Landen noch 38 549 solcher Beizen. Nach Schätzungen des Verbandes dürften jährlich 1300 „Bewirtungsstätten mit Ausschank von Getränken zum Verzehr an Ort und Stelle“ verschwinden, wie der offizielle Fachausdruck für das heißt, was beispielsweise die Schweizer als „Spunten“ bezeichnen und dessen Verschwinden sie ebenfalls bedauern.

Die Gründe sind vielfältig und reichen vom Rauchverbot bis zum Aussterben der Stammgäste, für die keine Jugend nachwächst, weil sie anderen Interessen nachgeht, von Überalterung des Wirtspaares sowie zu hohen Pachten und Auflagen bis zu exorbitanten Alkoholsteuern, von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise mit Kurzarbeit und Niedriglohnjobs bis zu der Tatsache, dass etwa McDonalds oder Burger King höhere Mieteinnahmen garantieren.

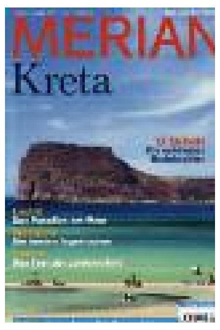
Joachim Feyerabend

FÜR SIE GELESEN

Eine Insel – ein Kontinent

Das Rauschen der Wellen ist noch in den Ohren, der Duft von Thymian und Oregano noch in der Nase, der Geschmack von Olivenöl und Schafskäse noch auf der Zunge, als das neue Merian-Heft „Kreta“ auf dem Schreibtisch der Rezensentin landet. Wenn auch der Urlaub schon wieder ein paar Tage her ist, der raue Charme Kretas ist unvergänglich, das wird jeder Freund dieser Insel bestätigen. Der langjährige Besucher dieser größten griechischen Insel wird auch bestätigen, dass man immer ein Stück von Kreta mitnimmt nach Hause, wo immer das liegen mag.

Kreta ist nicht Zorbas, ist nicht Sirtaki, Kreta ist ... Ja, was? Jeder wird sein eigenes Kreta auf der Insel finden. Im Norden sucht man Vergnügen und Spaß und findet Diskos, Partys, Strandleben. Im Süden gibt es die schroffe Bergwelt und ursprüngliche Menschen. In der Mitte schließlich allerhand Kultur. Das Merian-Heft ist für alle gleichermaßen wertvoll und informativ. Selbst der Kreta-Kenner wird auch hier noch etwas Neues erfahren, und der „Anfänger“ wird behutsam auf die vielen Möglichkeiten hingewiesen, Kreta zu genießen. Klöster und die Reste minoischer Paläste, traumhafte Strände, zerklüftete Schluchten, Dörfer, in denen die Zeit stehengeblieben zu sein scheint, Städte voll pulsierenden Lebens – all das hat die Insel zu bieten, eine Insel, von der die Kreter sagen, sie sei ein eigener Kontinent. Das Merian-Heft gibt eine stimmungsvolle Einführung. *os*



***Merian „Kreta“**, Jahreszeiten Verlag, Hamburg 2010, 132 Seiten, davon 21 Seiten Infoteil mit einer ausfaltbaren Landkarte, 7,95 Euro*

»Griechenland braucht den Tourismus«

Wie Einheimische mit der Krise umgehen und was sie von der Sparpolitik der Regierung halten – Ein Reisebericht aus Kreta

Die Bilder der brennenden Bank in Athen gingen um die Welt. Demonstranten hatten das Gebäude angezündet, dabei waren drei Menschen ums Leben gekommen. Grund der Unruhen waren die drastischen Sparmaßnahmen, welche die in finanzielle Schieflage geratene griechische Regierung angekündigt hatte. Vorgesehen sind unter anderem Gehaltskürzungen, Rentenkürzungen und Steueranhebungen. Unruhig wurden auch deutsche Bürger. Die Finanzminister der Eurozone hatten Griechenland Kredite in Höhe von 110 Milliarden Euro zugesagt. 80 Milliarden Euro übernehmen die Staaten der Währungsunion; 22,4 Milliarden davon sind der deutsche Anteil. „Was macht ihr mit unserem Geld?“, fragen Griechenland-Urlauber mit Sorge ihre Gastgeber. Andere überlegen es sich reiflich, ob sie überhaupt in das Krisenland fahren sollen. „Sie fragen extra bei uns an, ob es hier auch Unruhen gibt? Ob es wirklich sicher ist“, wundert sich Gabi Koukounaraki, die mit ihrem Mann Theo in Frangokastello, einem kleinen Dorf an der Südküste Kretas, das Restaurant „Blue Sky“ und eine Appartmentvermietung betreibt. „Wir weisen dann darauf hin, dass es bei uns auf der Insel ganz ruhig ist, die Unruhen, wenn überhaupt, sich auf Athen beschränken. Sie schaden uns sehr mit diesen Aktivitäten. Der Tourismus ist doch die letzte Einkommensquelle, die Griechenland hat.“

Urlauber fürchten Unruhen

Auch Aristoteles Perrakis blickt sorgenvoll in die Zukunft. „Die Buchungen sind in diesem Jahr um zehn Prozent zurückgegangen“, sagt der Grieche, der seit gut zehn Jahren das Aparthotel „Stavris“ in Frangokastello bewirtschaftet. „Dabei können wir noch von Glück sagen, in Athen sind die Buchungen in den großen Hotels um 40 Prozent zurückgegangen. Wir hoffen weiterhin auf unsere Stammgäste, die Sfakia-Leute, die diese Landschaft lieben.“


Information aus erster Hand: *PAZ*-Redakteurin Silke Osman (rechts) im Gespräch mit Theo und Gabi Koukounarakis auf Kreta. Bild: R. Osman

Gabi Koukounaraki sagt: „Es ist nicht leicht geworden. Wir müssen mehr Steuern zahlen, die Preise sind gestiegen. Allein das Benzin, es kostet mittlerweile bis zu 1,62 Euro. Wir müssen teuer einkaufen, aber wir geben die Preise nicht an unsere Kunden weiter. Wir müssen jetzt halt kleinere Brötchen backen, aber wir schaffen das“, sagt die blonde Düsseldorferin, die seit mehr als zwei Jahrzehnten in dem stillen Dorf lebt und arbeitet, zuversichtlich. „Wichtig ist, dass auch reiche Leute endlich zur Kasse gebeten werden und Steuern zahlen.“

„Der Staat überprüft jetzt, ob das Vermögen auch dem Einkommen entspricht“, erklärt Theo Koukounarakis. „Da hat einer zwei dicke Autos, ein Wochenendhaus und eine teure Eigentumswohnung, er verdient offiziell aber viel weniger, da muss doch was faul sein.“

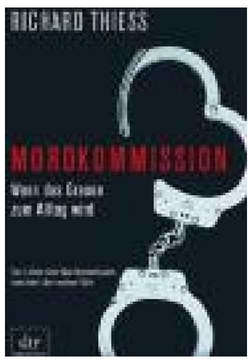
Schnell fällt auch das Zauberwort „Fakelaki“ (wörtlich übersetzt heißt Fakelako Umschlag, Briefumschlag; Fakelaki ist ein kleiner Briefumschlag). Gabi und Theo schmunzeln, werden aber rasch wieder ernst. „Wenn du eine wichtige Operation brauchst und du willst von einem guten Arzt behandelt werden, dann brauchst du Fakelaki. Du gibst ihm ein paar Scheine, dann bekommst du die Operation, wenn nicht, dann ...“ Theo zieht schicksalergeben die Schultern hoch und hebt die Hände gen Himmel. „Auch wenn du einen Kredit brauchst und zur Bank gehst“, ergänzt Gabi, „und du kennst keinen, dann gibt es gar nichts. Da hilft dann auch ein Fakelaki.“

»Fakelaki« ist das Zauberwort

Das muss sich alles ändern, da sind sich beide einig. „Der Papandreou macht einen guten Job, er macht reinen Tisch, auch wenn er dann nicht wiedergewählt werden wird.“ Gabi schüttelt den Kopf. „Die Leute sind eben ahnungslos, der kleine Mann weiß nicht, was da alles abgelaufen ist.“

Es ist heiß in diesen Tagen auf Kreta. 30 Grad Celsius und mehr machen selbst den Einheimischen zu schaffen. Die Hitze kommt aus Afrika, sagen sie, die Krise aber aus Athen.

Silke Osman



Mord ist sein Beruf

Ein Kommissar packt aus

Wer erinnert sich nicht an Jessica Fletcher, die US-Antwort auf Miss Marple aus der beliebten Fernsehserie „Mord ist ihr Hobby“? Folge um Folge löst die sympathische Krimiautorin und Hobby-Schnüfflerin schwierige Fälle dank ihrer Kombinationsgabe. Bei Richard Thiess ist es anders herum: Mord ist sein Beruf. Als Leiter einer Münchener Mordkommission hat er in seiner Freizeit das Schreiben für sich entdeckt. Während seine Kollegen nach Dienstschluss ein Bier trinken gingen, verschanzte sich Thiess in seinem Keller am Computer. Das Grauen der Ermittlungen in Worte zu fassen half ihm, die Erlebnisse zu verarbeiten und nachts ruhiger zu schlafen.

Herausgekommen sind 28 fesselnde Fälle, die Thiess in seinem ersten Buch „Mordkommission“ veröffentlicht hat. Eine skalpierte Frau in der U-Bahn, zerstückelte Kinderleichen in Plastiksäcken, erschlagene Rentner und Geiselnahmen sind nichts für schwache Nerven. Dabei schildert der Autor weniger die Grausamkeit der Verbrechen als vielmehr die Beweggründe des Täters und den Umgang mit den Opferangehörigen. Zudem gibt Thiess einen Einblick hinter die Kulissen des Polizeialltags von den tage- und nächtelangen Ermittlungen über die Spurensicherung und Zeugenbefragung bis hin zur Verhaftung und Vernehmung.

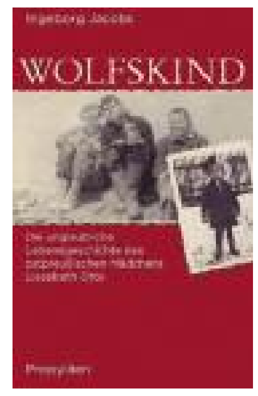
In der Sonderkommission Blumenstraße bearbeitet der Kriminalbeamte die Vergewaltigung und den Mordversuch an einer Grundschülerin. Noch in der ersten Nacht nimmt die Polizei einen dringend Tatverdächtigen fest: ein Obdachloser, der sich in seinen Aussagen immer weiter in Widersprüche verstrickt. Das Kind hatte ausgesagt, der Mann habe ein „grünes Hemd mit zwei Knöpfen“ getragen. Bei der Vernehmung sitzt dem Kommissar ein Mann in grünem Hemd mit zwei Hornknöpfen gegenüber. Der Fall scheint eindeutig. Doch die DNA-Analyse beweist, der Obdachlose kann keinesfalls der Täter sein. „Erst wenn wirklich alle Spuren ausgewertet sind, kann man Schlüsse ziehen“, lautet Thiess’ Lehre.

Grauen in Worte zu fassen, half dem Autor

Aufsehenerregend ist auch der Mord an einem pensionierten Konditormeister, dessen Leiche verschwunden ist. Dank einiger mysteriöser Indizien kann die Kripo den Fall bald lösen. Der Mörder schaltete nach der Tat eine Zeitungsanzeige, um das Haus seines Opfers zu vermieten. Er wollte in betrügerischer Weise Kautionen von den Interessenten kassieren.

Aus Thiess sprechen seine langjährige Berufs- und Lebenserfahrung und viel psychologisches Feingefühl, aber eben auch der bürokratische Ton eines Beamten. Ein aufmerksamerer Lektor hätte dem Werk an einigen Stellen gut getan. Übrigens befindet sich der Autor in bester Gesellschaft. Sein Kollege Josef Wilfling, langjähriger Leiter des Münchener Mordkommissariats, hat dieses Jahr ebenfalls ein Buch über die spektakulärsten Verbrechen in seiner Karriere herausgebracht. *Sophia E. Gerber*

***Richard Thiess: „Mordkommission – Wenn das Grauen zum Alltag wird“**, dtv, München 2010, kartoniert, 240 Seiten, 14,90 Euro*



Ein Leben in Finsternis

Geschichte des ostpreußischen Wolfskindes Liesabeth Otto, das keiner wollte

Wären nicht die russischen Behörden und Unternehmen am 1. Mai 1994 wegen des Feiertages alle geschlossen gewesen, hätte sich die ZDF-Redakteurin Ingeborg Jacobs nicht zur Tatenlosigkeit genötigt gesehen. Da die Journalistin den Tag aber mangels Ansprechpartner nicht nutzlos verstreichen lassen wollte, erkundigte sie sich nach einem interessanten Alternativthema. Ihre Kollegen vom russischen Fernsehen in Königsberg schlugen ihr daraufhin vor, doch mal bei der erst vor kurzem in die Region gezogenen Russlanddeutschen aus Kasachstan vorbeizufahren, vielleicht hätte die ja etwas Interessantes zu erzählen. Jacobs befolgte den Tipp, ohne zu ahnen, dass diese Russlanddeutsche, die gar keine Russlanddeutsche war, sie die nächsten zwei Jahrzehnte beschäftigen würde. Denn Maria Logwinenko entpuppte sich als geborene Liesabeth Otto, geboren 1937 im ostpreußischen Wehlau, die nach dem Tod der Mutter während der Flucht gen Westen 1945 mit ihren älteren Geschwistern wieder zurück in ihr Zuhause wollte, von diesen aber getrennt wurde und von da ab viele Jahre allein als sogenanntes „Wolfskind“ durch Litauen zog.

Ingeborg Jacobs konnte kaum glauben, was ihr die Fremde alles erzählen wollte. Daher reiste sie später wieder und wieder zu ihr, fuhr mit ihr nach Litauen und besuchte Personen, die die Geschichte von Liesabeth Otto bestätigen konnten. Nicht alle Geschichten ließen sich verifizieren, so fand sich zum Beispiel keiner der litauischen Jungs, die damals beinahe die kleine Deutsche, die sich Maritje nannte, um ihre Herkunft zu verschleiern, erhängt hätten. Dafür fanden sich noch die Kinder der Fischer, die das Mädchen damals in einem Sack aus dem Fluss gefischt hatten, nachdem ein Bauer es vergewaltigt und im Wasser „entsorgt“ hatte. Auch die Bäuerin, die das Kind den ganzen Sommer bei sich hatte arbeiten lassen, um es dann im Winter auf die Straße zu setzen, war zu einem Gespräch bereit.

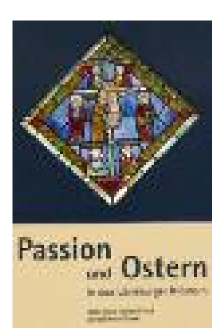
Kindergefängnis war für sie das reinste Paradies

Während manche Wolfskinder das Glück hatten, von einer litauischen Familie aufgenommen zu werden, behielt kaum einer Liesbeth lange bei sich. Da die Kleine zudem aufgrund der vielen traumatischen Erlebnisse zur Bettnässerin geworden war, durfte das Mädchen auch nur in Ställen schlafen. Als sie mit 16 Jahren nach einem Diebstahl gefasst wurde, kam sie in ein Kindergefängnis. Der Ort war für sie ein Paradies: Ein festes Dach über dem Kopf, regelmäßig was zu essen, Schulunterricht und Bücher ließen die junge Frau sich heimisch fühlen. Als sie wegen guter Führung vorzeitig entlassen wurde, sah sie keinen anderen Ausweg, als durch Diebstahl wieder in ihr vertrautes Heim zurückzukommen. Doch dieses Mal kam sie ins Frauengefängnis, wo harte Arbeit und eine strenge Hierarchie ihr das Leben zur Hölle machten. Als sie nach einer Vergewaltigung durch drei Wachsoldaten ein Kind bekam, gab sie dieses einer kurz vor der Entlassung stehenden Mitgefangenen, doch diese sollte Liesabeth noch furchtbar enttäuschen. Genauso wie der Vater ihrer Tochter Elena, die als einzige von Liesabeths drei Töchtern das Erwachsenenalter erreichte.

Erst als Ingeborg Jacobs Liesabeth 1994 traf, hatte diese wieder so etwas wie ein festes Zuhause. Zwar hatte sie in den 70er Jahren über das Rote Kreuz ihren Vater und Bruder in Hannover gefunden, doch nach all den Jahren der Trennung stellten sie alle schnell fest, dass man sich massiv entfremdet hatte.

Am Anfang des Buches ist eine Karte abgedruckt, welche die Orte von Hannover bis Nowosibirsk zeigt, in denen Liesabeth Otto zeitweise gelebt hat. Schon ein Blick auf diese Karte verdeutlicht, dass es das Schicksal mit dieser Frau nicht gut gemeint hat. Ihre Biographie vertieft diesen Eindruck anschaulich. *R. Bellano*

***Ingeborg Jacobs: „Wolfskind – Die unglaubliche Lebensgeschichte des ostpreußischen Mädchens Liesabeth Otto“**, Propyläen, Berlin 2010, geb., 317 Seiten, 19,95 Euro*



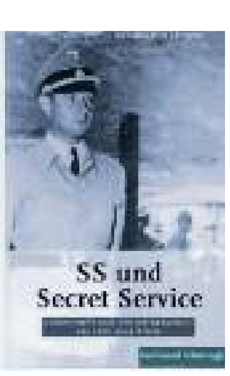
Von Leiden und Freude geprägt

Spuren von Ostern und Passion in der Geschichte der Heideklöster

Der Tagungsband „Passion und Ostern in den Lüneburger Klöstern“, herausgegeben von Linda Maria Koldau, widmet sich mit seiner Thematik einer liturgisch und geistlich zentralen Periode im Kirchenjahr. Als Zeit tiefsten Leidens und größter Freude haben Passion und Ostern Spuren in den Klöstern hinterlassen.

Die Autoren aus den Bereichen der Germanistik, Geschichte, Kunstgeschichte, Musikwissenschaft und Theologie sowie dem gelebten klösterlichen Leben präsentieren Quellen und stellen sie in den Zusammenhang eines von Bibel und Liturgie geprägten klösterlichen Lebens in den Jahrzehnten vor der Reformation. Durch diese interdisziplinäre Herangehensweise wird dem Leser ein umfassender Einblick in die Passions- und Osterzeit in den benediktinischen und zisterziensischen Heideklöstern geboten. Mit vielen Informationen, Farb- und Schwarz-Weiß-Abbildungen, Auszügen und Beispielen bereiten die insgesamt zwölf Autoren Wissenschaftliches auch für Fachfremde sehr gut und greifbar auf. Lateinische und mittelhochdeutsche Texte werden übersetzt, Quellen erläutert, ein Register führt wichtige Stichpunkte und Namen. Als Quellen dienen geistliche Spiele, Liederbücher, Wandmalereien, Bildteppiche und natürlich die Ebstorfer Weltkarte. Dieser Band ist durch und durch gelungen, von der Auswahl der Referenten bis hin zur Gestaltung. Ein Muss für alle, die sich für christliche Inhalte und besonders für Ostern und Passion von der vorreformatorischen Zeit bis heute interessieren. Nachteil: Der Versand verläuft ausschließlich über das Kloster Ebstorf, Kirchplatz 10, 29574 Ebstorf. *Christiane Rinser*

***Linda Maria Koldau: „Passion und Ostern in den Lüneburger Klöstern – Kongressbericht Ebstorf 2009“**, Verlag Kloster Ebstorf, Ebstorf 2010, kartoniert, 376 Seiten, 23 Euro*



CIA-Chef schützte SS-Offizier

Warum Karl Wolff sich nicht in Nürnberg verantworten musste

Als in den Nürnberger Prozessen nach 1945 nahezu die gesamte Führungsriege der SS vor Gericht gestellt wurde, da fehlte unter den Angeklagten ein wichtiger Name, nämlich der des SS-Obergruppenführers und Generals der Waffen-SS Karl Wolff. Zwar erschien dieser in Nürnberg vor Gericht, aber nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge. Das warf bei vielen Beobachtern Fragen auf, war Wolff doch immerhin Chef „Persönlicher Stab Reichsführer-SS“ gewesen und damit einer der ranghöchsten noch lebenden SS-Führer. Sein Rang entspricht dem eines Vier-Sterne-Generals.

1964 dann doch noch zu 15 Jahren Haft verurteilt

Was waren also die Gründe für eine solch offensichtliche Immunität? Diesem Rätsel ging jetzt die promovierte Historikerin Kerstin von Lingen in ihrem Buch „SS und Secret Service – ‚Verschwörung des Schweigens‘: Die Akte Karl Wolff“ nach. Der Autorin gelingt der Nachweis, dass es der US-Geheimdienst war, der Wolff lange Zeit vor Strafverfolgung bewahrte. Als er dann schließlich doch noch von einem deutschen Gericht verurteilt wurde, waren es wieder namhafte Politiker, Diplomaten und Militärs in den USA und Großbritannien, die durch ihre Interventionen erreichten, dass der ehemalige SS-General schon bald aus der Haft entlassen wurde.

Der Grund: Karl Wolff hatte 1945 die Teilkapitulation der deutschen Streitkräfte in Italien (Codename „Operation Sunrise“) vollzogen und zwar allein gegenüber den Westalliierten, was eindeutig im Widerspruch zu den Vereinbarungen der Konferenz von Casablanca (1943) stand, die nur eine Gesamtkapitulation gegenüber allen drei großen Alliierten (USA, Großbritannien, Sowjetunion) vorsah und überdies die SS – und damit auch die Waffen-SS – von allen Verhandlungen und Kontakten ausschloss.

Genau dieser Übereinkunft aber hatten die Angloamerikaner am Ende des Krieges zuwidergehandelt, indem sie eigenmächtig über die Schweiz Kontakte mit den Deutschen an der Südfront aufnahmen, um sich in der politischen Nachkriegsordnung Europas Vorteile zu verschaffen. Ansprechpartner war hierbei Karl Wolff, „Höchster SS- und Polizeiführer“ und „Bevollmächtigter General der Deutschen Wehrmacht“ in Italien. Initiator der Kontakte war Allen W. Dulles, Leiter der Außenstelle des US-amerikanischen Nachrichtendienstes OSS (Office of Strategic Services)/Sektion Bern, der später (1953–1962) CIA-Chef wurde. Weil Dulles durchaus klar war, dass der Handel für Wolff ein beträchtliches Risiko bedeutete, stellte er ihm für die Zeit nach dem Krieg eine bevorzugte Behandlung einschließlich Schutz vor Strafverfolgung in Aussicht.

Auch Ernst von Weizsäcker setzte sich für ihn ein

In seiner Zeit als CIA-Chef lobt Dulles Wolff immer wieder als ehrlichen und absolut verlässlichen Gesprächspartner und versucht damit, „ihn aus dem üblichen Beurteilungsschema für SS-Offiziere zu lösen“. Bald ergreifen auch in Deutschland prominente Verteidiger das Wort. So stellt sich der ehemalige deutsche Botschafter am Vatikan, Ernst von Weizsäcker, ebenso vor Wolff wie der frühere Generalstabschef der deutschen Truppen in Italien und ab 1956 erste Inspekteur des Heeres der Bundeswehr, Generalleutnant Hans Röttiger. Im Zuge der Entnazifizierung wird Wolff denn auch nur in die Kategorie III („Minderbelasteter“) eingestuft. Als sein amerikanischer „Schutzengel“ Dulles 1962 aber von Präsident Kennedy entlassen wird, steht Wolff plötzlich wieder im Fokus der Öffentlichkeit, zumal zeitgleich der Eichmann-Prozess in Gang gesetzt wird, der auch in Deutschland zu einer Veränderung des gesellschaftlichen Klimas führt. Wolff wird verhaftet und 1964 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Für die Medien hat das Urteil jedoch eher symbolischen Charakter, da Wolff selbst „keinerlei Mordabsicht oder Beteiligung an Tötungen nachgewiesen werden konnte“, obwohl er zum engsten Kreis um Himmler zählte.

Weithin geachtet, stirbt Karl Wolff 1984 im Alter von 84 Jahren. Ein brillantes wissenschaftliches Werk, in dem kleine Ungereimtheiten nicht sonderlich ins Gewicht fallen. *Wolfgang Reith*

***Kerstin von Lingen: „SS und Secret Service – ‚Verschwörung des Schweigens‘: Die Akte Karl Wolff“**, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn-München-Wien-Zürich 2010, gebunden, 273 Seiten, 29,90 Euro*



Zu viel Glück

Seichte Ostpreußenerzählungen

Liest man den Titel von Inge Wunschs Buch „Auf Regen folgt Sonnenschein – Erinnerungen an schwere Zeiten“ in Verbindung mit dem Klappentext, so erwartet man von der gebürtigen Ostpreußin tiefer gehende Erzählungen über Weltkrieg und Vertreibung. Stattdessen findet der Leser relativ seichte Geschichtchen.

So berichtet Inge Wunsch zum Beispiel von einem kleinen Mädchen namens Ilse, welches bei der Flucht über das Eis des gefrorenen Frischen Haffs vom Pferdewagen fällt, von einem kleinen Jungen und seinen Großeltern gerettet wird und durch eine Verkettung glücklicher Zufälle am Ende wieder zu seiner Mutter findet.

Leider ist aus der jeweiligen Handlung nicht erkennbar, welche Teile der Geschichten auf Tatsachen basieren und welche lediglich ein Produkt der Phantasie der Autorin sind. Denn schließlich sind die Geschichten, die das Leben schreibt und die dann tatsächlich mit einem Happy End enden, doch die schönsten.

Nett zu lesen sind die drei in diesem Büchlein enthaltenen Erzählungen jedoch allemal. Und auch wenn es im wahren Leben nie dieses Wiedersehen, wie Inge Wunsch es in ihrer Geschichte „Waldemar – bist du es wirklich?“ beschreibt, gegeben haben mag, so haben sich wahrscheinlich tausende von Kriegerwitwen, deren Männer im Krieg als „vermisst“ gemeldet wurden und nie zurück nach Hause kamen, gewünscht, ihren Partner eines Tages durch einen außergewöhnlichen Zufall wie in dieser Geschichte wiederzufinden.

Auf den letzten zehn Seiten ihres Buches „Auf Regen folgt Sonnenschein“ richtet die Autorin noch einmal persönlich das Wort an den Leser und berichtet von ihrer eigenen Kindheit und ihren Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg und bei der Vertreibung aus Ostpreußen.

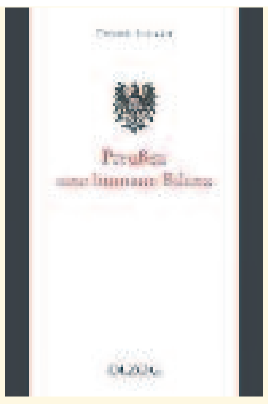
Durch diese letzten Zeilen gelingt Inge Wunsch etwas, was ihr auf den vorhergehenden Seiten nie so ganz gelingen wollte: Sie schafft es, den Leser ohne Kitsch und künstliches Happy End in seinem Herzen anzurühren und ihn zum Nachdenken zu bringen, über das, was damals geschah und was auch heute noch, genau jetzt in dieser Minute, wenn auch weit weg von uns, in anderen Ländern, geschieht. *Vanessa Ney*

***Inge Wunsch: „Auf Regen folgt Sonnenschein – Erinnerungen an schwere Zeiten“**, Triga, Gründau-Rothenbergen 2010, broschiert, 138 Seiten, 10,80 Euro*

Ruth Buntkirchen
Das gestohlene Jahrzehnt
Erinnerungen 1945- 1955
Zwischen Königsberg und Arch-angelsk- Schicksal Ostpreußen



»Genießt den Krieg! Der Frieden wird fürchterlich!« So hörten sie es oft, die Königsberger, in den letzten Wochen des Krieges von den deutschen Soldaten in der vom Feind eingeschlossenen Stadt.Ruth Buntkirchen und ihrer Familie gelang die Flucht vor der heranrückenden Front nicht mehr. Die Autorin wurde mit Schwester und Mutter zusammen interniert. Vom Vater, einem erfahrenen Lokführer, fehlte nach einer Zufallsbegegnung im Gefängnis Tapiau jede Spur. Nach Monaten in verschiedenen Lagern kamen sie frei und versuchten dann im Geburtsdorf der Mutter im Haus der geflüchteten Verwandten zu überleben. Die Not war groß. 1947 dann, total entkräftet und dem Tode näher als dem Leben, Verhaftung der Autorin und ihrer Mutter. Verurteilung und Transport in sowjetische Arbeitslager.Erst 1955 kam endlich die Stunde der Heimkehr — lange herbeigesehnt. Doch die ostpreußische Heimat war verloren. Von allen Nöten, Gefahren, Strapazen und Demütigungen berichtet dieses Buch, aber auch von gegenseitiger Hilfe und von einem kleinen Glück in allem Unglück.Ruth Buntkirchens Erinnerungen sind ein wertvolles, informatives und zugleich erschütterndes Zeugnis jener jetzt so fernen Zeit.
Geb., 289 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6962
€ 20,00



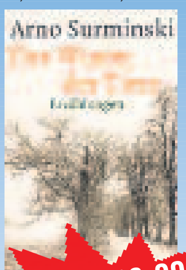
Erhardt Bödecker
Preußen - eine humane Bilanz
Geb., 144 Seiten
Best.-Nr.: 6956, € 16,90



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95

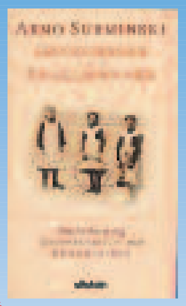
Arno Surminski Ausverkauf: Angebot nur gültig, so lange der Vorrat reicht!

Der Winter der Tiere Erzählungen
Geb., 222 Seiten, Best.-Nr.: 1657



statt € 18,00 nur **€ 12,95**

Gruschelke und Engelmannke
Geb., 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990



statt € 16,95 nur **€ 12,95**



Vaterland ohne Väter
Geb., 455 Seiten
Best.-Nr.: 3926

statt € 22,00 nur **€ 16,95**



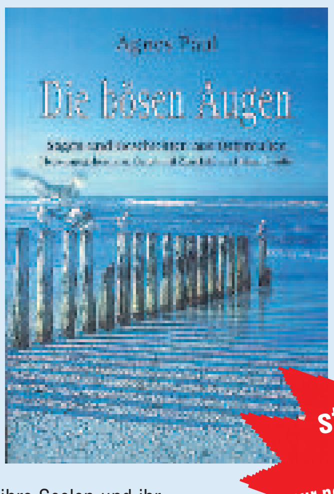
Michael Grandt
Der Staatsbankrott kommt!
Gebunden, 384 Seiten
Best.-Nr.: 6940, € 19,95



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95

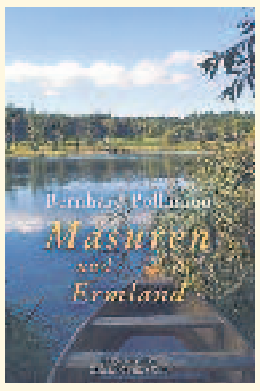
Agnes Paul
Die bösen Augen
Sagen und Geschichten aus Ostpreußen

Märchen, Sagen und Geschichten, die man sich seit Urzeiten im alten Ostpreußen erzählte, hat Agnes Paul (1898–1968) zusammengetragen und aufgeschrieben, wunderbar romantische Märchen von armen und reichen, guten und bösen Leuten. Allerlei gefährliche Versuchungen harren der Menschen, dunkle Mächte suchen sie von ihrem geradlinigen Weg abzubringen, ihre Seelen und ihr Glück zu erhaschen. Immer aber obsiegt schließlich das Gute. So macht der fröhliche Taugenichts Fridolin dank des wundertätigen Ur-Elchs doch noch sein Glück, der arme Timofei überlistet den gefürchteten großen Wolf und die Hexe Baba-Jaga, und die Liebe trägt den Sieg über die Macht der bösen Augen davon.



Kart., 93 Seiten
Best.-Nr.: 2087

statt € 7,00 nur noch **€ 3,95**



Bernhard Pollmann
Masuren und Ermland
Geb., 222 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 6964

Sonderpreis



statt € 6,40 nur **€ 2,95**

Waltraut Schülke
Geliebtes Ostpreußen
Erinnerungen an Kindheit und Jugend
Kart., 48 Seiten
Best.-Nr.: 5209



Ingo von Münch
Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45
Geb., 208 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6847, € 19,90



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!



Udo Ulfkotte
Wirtschaftskrieg

Wirtschaftsspione plündern und ruinieren deutsche UnternehmenJedes fünfte deutsche Unternehmen ist schon Opfer von Wirtschaftsspionage geworden – Tendenz stark steigend. Die industrielle Bespitzelung erlaubt es skrupellosen Unternehmen, durch Spionage zu profitieren, ohne die notwendigen Kosten für Forschung und Entwicklung tragen zu müssen. Unter so harmlos klingenden Wörtern wie »Informationsabfluss« oder »Know-how-Verlust« verbergen sich gewaltige Schäden, die deutschen Unternehmen durch Wirtschaftsspionage und Konkurrenzspionage entstehen.
Die Folge: Rund 70.000 Arbeitsplätze gehen durch Wirtschaftsspionage Jahr für Jahr in Deutschland verloren.

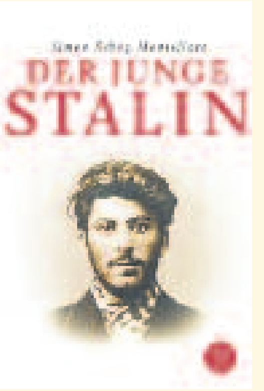
Wirtschaftsspionage wird deshalb zunehmend zu einer wachsenden Herausforderung, auch wenn die Medien kaum darüber berichten: Vor allem die Industrienationen USA, Japan, China, Russland und Frankreich versuchen durch Spionage ökonomische Vorteile auf dem Weltmarkt zu erringen. Von der Öffentlichkeit kaum bemerkt tobt ein verborgener Wirtschaftskrieg, der bei deutschen Unternehmen jährlich einen Schaden von mehreren Milliarden Euro verursacht. Welche Schäden durch eine flächendeckende Ausspähung vor allem in Deutschland bei Unternehmen entstehen, dokumentiert Udo Ulfkotte anhand vieler Beispiele: Neueste Entwicklungen werden bei deutschen Unternehmen entwendet und dann von ausländischen Firmen zu Dumpingpreisen auf den Markt geworfen; im internationalen Wettkampf um lukrative Aufträge werden Angebote deutscher Firmen regelmäßig unterboten – mangelnde Wettbewerbsfähigkeit ist die Folge. Globalisierungs- und Konkurrenzdruck heizen den Handel mit vertraulichen Firmendaten weiter an.Der Autor nennt aktuelle Fälle, zeigt auf, wo Spione angreifen.

Gebunden,
240 Seiten
Best.-Nr.: 6972
€ 19,95

NEU



Königin-Luise-Brosche
Das gekrönte „L" von Eichenlaub eingefaßt.
Der Hintergrund ist emailliert.
Best.-Nr.: 6960
€ 8,95



Simon Sebag Montefiore
Der junge Stalin
Kart., 537 Seiten mit 3 Karten und 32 Fototafeln
Best.-Nr.: 6965, € 12,95

Zogen einst fünf wilde Schwäne
Endlich wieder lieferbar!
24 Lieder aus Ostpreußen



CD

Die vorliegende CD mit einer Auswahl der schönsten ostpreußischen Lieder schließt eine schon lange vorhandene Lücke. Kunstlied- bzw. sinfoniegewohnte Berufsmusiker, stellten ihre künstlerische Konzerterfahrung in den anspruchsvollen Dienst der Darstellung des vorliegenden Liedgutes, und zwar mit einer Hingabe, die in diesem Ausmaß überraschend und für den Wert der Musik wohl bezeichnend war.
Lieder: 1. Ännchen von Tharau, 2. Die Erde braucht Regen, 3. Sag, wohin fährst du, 4. Hab' ein Gärtlein, 5. Reiter, schmuck und fein, 6. Das Feld ist weiß, 7. Wir kommen herein, 8. Leute, steht auf, 9. Ach, Voader, leewste Voader, 10. Ging ein Weiblein Nüsse schütteln, 11. Es dunkelt schon in der Heide, 12. Abends treten Elche aus den Dünen, 13. Laßt uns all nach Hause gehen, 14, Zeit zu gehen ist's, 15. Zogen einst fünf wilde Schwäne, 16. An des Haffes anderem Strand, 17. 0 käm das Morgenrot herauf, 18. Et wär emoal twee Schwestre jung, 19. Es stand am Ran ein Hirtenkind, 20. Gehn will ich, 21. Land der dunklen Wälder, 22. Freiheit, die ich meine, 23. Der Vogel singt, 24. Eine Birke seh ich stehen

Best.-Nr.: 6934
Hörproben finden Sie auch meiner Internetseite
€ 12,95

Manschettenknöpfe- Preußenadler



Sonderangebot des Monats*

Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser = 20 mm.
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782

statt € 24,95 nur noch **€ 19,95**

*nur gültig in den Monaten Juni/Juli

Eva Pultke- Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Zwischen Lebensfreude und Übermut, Wehmut und Trauer liegen die tieferen Schichten dieser Erzählungen aus vergangener Zeit, aus der Heimat Ostpreußen mit ihrem eigenwilligen Wortschatz und den sprichwörtlichen Eigenheiten ihrer Bewohner.
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968



statt € 7,40 nur noch **€ 3,95**



statt früher € 15,90 nur noch **€ 7,95**

HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820

Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau

CD



Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgischwehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen.Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen" erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land" gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen" den wohl schönsten lyrischen Ton.
So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte.
Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder – Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor, 1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin. Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmestanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharau (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95

Königin-Luise-Schlüsselanhänger



Best.-Nr.: 6957, € 5,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Die schönsten Volkslieder
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler



1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893
€ 13,90

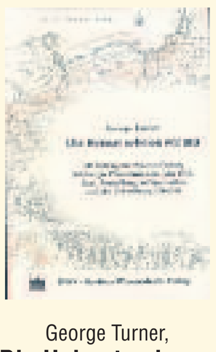
Elchschaufel-Polo-Hemd



Hochwertiges Polohemd
aus deutscher Herstellung, 100% Baumwolle, Knopfleiste mit 3 Knöpfen , Ärmelabschluss mit Bündchen, Farbe: dunkelblau
Größe L, Best.-Nr.: 6970
€ 22,95
Größe XL, Best.-Nr.: 6971
€ 22,95



Elchschaufel-Schirmmütze
Best.-Nr.: 6969, € 14,95



George Turner,
Die Heimat nehmen wir mit
Ein Beitrag zur Auswanderung Salzburger Protestanten im Jahr 1732, ihrer Ansiedlung in Ostpreußen und der Vertreibung 1944/45
2. Auflage, Kartoniert, 285 S.; m. SW- u. farb. Abb
Best.-Nr.: 6754, € 19,80

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

Preußen-Schlüsselanhänger



Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 27/10
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Unbeliebte Funktionäre

Peking – Die staatliche Zeitung „China Daily“ nimmt ihren Arbeitgeber aufs Korn. Nachdem eine Umfrage in der chinesischen Bevölkerung ergeben hatte, dass das Ansehen von staatlichen Partei-Funktionären unter dem von Prostituierten liegt, meinte die Zeitung, immerhin seien die Funktionäre nicht auf dem letzten Platz gelandet. Angesichts der vielen Beamtenskandale sei das Ergebnis doch gar nicht so schlecht. *Bel*

Lenin vom Sockel gerissen

Rena / Gebiet Odessa – In der Nacht zum 29. Juni zerstörten Unbekannte ein Lenin-Denkmal im ukrainischen Rena nahe Odessa. Die Polizei ermittelte, dass ein Geländewagen im Einsatz war. Die Täter banden ein Tau um die Statue, befestigten es am Auto und rissen so das Denkmal vom Sockel. Ukrainische Politiker verdächtigen moldauische Nationalisten. Moldau hatte den 28. Juni zum „Gedenktag an die sowjetische Okkupation“ erklärt. *MRK*

ZUR PERSON

Der »liberale« Präsident

Er sei „proeuropäisch“ und „deutschfreundlich“, so orakelte es aus dem deutschen Blätterwald. Die Presse im In- und Ausland bewertet **Bronislaw Komorowskis** Wahl zum polnischen Präsidenten unisono positiv. Der 58-jährige Kandidat der liberal-demokratischen Regierungspartei Bürgerplattform (PO) gewann am 4. Juli mit 53 Prozent der Stimmen die Stichwahl, Gegenkandidat Jaroslaw Kaczynski von der konservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PIS) musste sich mit 47 Prozent geschlagen geben.

Komorowski entstammt einem litauischen Adelsgeschlecht, die Familie wurde während der sowjetischen Besatzung 1940 vertrieben. Vater Zygmunt schloss sich einem Partisanenverband an, der gegen die Bolschewiki kämpfte. Auf Umwegen gelangte er nach Schlesien, wo sich die Familie niederließ.

Am 4. Juni 1952 kam Bronislaw in Obernigk (Oborniki Slaskie) bei Breslau in einem Haus zur Welt, aus dem Deutsche vertrieben worden waren. Der studierte Historiker unterstützte ab 1979 die demokratische Opposition, trotz Verhaftungen war er Mitbegründer der Gewerkschaft „Solidarnosc“.



Nach der Auflösung des Ostblocks trat er in den Staatsdienst ein. 1991 war Komorowski Berater des ersten Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki, von 2000 bis 2001 Verteidigungsminister.

Bronislaw Komorowski will sich für das „Weimarer Dreieck“ für die Zusammenarbeit Frankreichs, Deutschlands und Polens, sowie für einen versöhnlichen Kurs gegenüber Russland einsetzen. Seine Biographie mag dazu beigetragen haben, dass er sich um die Beilegung des Streits mit Berlin wegen des „Zentrums gegen Vertreibungen“ bemühte. Doch Erika Steinbach wird er kaum die Hand reichen, denn 2011 finden in Polen Parlamentswahlen statt. Da könnte sich zu große Offenheit gegenüber dem BdV negativ auswirken. *MRK*



Zeichnung: Mohr

Dann kam Lindner

Was Merkel in der Früh so alles hören muss, worüber Gabriel unbedingt reden will, und was Schäuble besser sein lässt / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Aus dieser Kanzlerin werde einer schlau. Unnahbar sei sie, maulen Politiker und Berlin-Korrespondenten, irgendwie unterkühlt. Entlarvend oft wird Angela Merkel, die seit 20 Jahren nur noch Politik macht, an ihren beruflichen Ursprung als Physikerin erinnert: An nackten Zahlen und toten Materien geschult und eben nicht an Menschen.

Ja, das ist die eine Merkel. Doch dann gibt es da noch die ganz, ganz andere: Nachdem die deutsche Mannschaft quasi mit dem Anpfiff ihr erstes Tor gegen Argentinien geschossen hatte, da lachte und hopste die Kanzlerin und schlug vor Freude in die Hände wie das Rotkäppchen, das nach tagelanger Wanderung dem dunklen Tann entronnen ist und endlich eine Lichtung gefunden hat. Schade nur, dass sie nicht im deutschen Fanblock saß, sondern neben dem dicken Zuma, der wie eine schlecht gelaunte Buddhastatue regungslos sitzenblieb.

Es war auch wirklich sehr finster in Berlin, kurz vor Merkels Abreise nach Afrika. Die Wölfe hätten sie fast gekriegt. Bis auf vier von der FDP hat sich leider keiner von den Beißern zu erkennen gegeben. Aus dem Dunkel der geheimen Wahl des Bundespräsidenten schnappten sie nach der Kanzlerin, die übel gezaust aus dem Dickicht von Rache und Missgunst hervorkroch.

Ihrem Vize erging es nicht besser. Guido Westerwelles Gesicht hat streckenweise die Farbe einer vergilbten Rupfentapete angenommen. Ein verantwortungsbewusster Arbeitgeber würde den Mitarbeiter, der ihm mit diesem Teint unter die Augen tritt, umgehend in Urlaub schicken: „Bevor Sie uns hier noch umfallen!“

Ja, umfallen. Bei der FDP löst dieses Verb in etwa die gleichen verschwitzten Reaktionen aus wie das Wort „Stasi-Akte“ bei Vertretern der Linkspartei. Mit dem Unterschied, dass sich die Dunkelroten zu Recht erschrecken, die Liberalen hingegen eigentlich nicht. Das Etikett „Umfaller“ verweist hauptsächlich auf das Jahr 1982. Doch damals ist die FDP wohl kaum „umgefallen“, viel eher hat sie die Bundesrepublik vor einer immer unberechenbareren SPD und die Politik von Kanzler Schmidt vor dessen eigener Partei gerettet. Aber die Chronisten wollten es partout anders sehen. Seitdem hat sich das Schimpfwort wie ätzender Vogeldreck ins Revers der Liberalen gefressen.

Deshalb kann es nur ein heftiger Schub von Masochismus gewesen sein, der den FDP-Generalsekretär Christian Lindner auf diese wirklich verheerende Idee brachte: Lindner meint, wir sollten unbedingt noch mal über die Absenkung der Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen reden. Ja immer doch!, johlte SPD-Chef Sigmar Gabriel vor Begeisterung auf: am besten jeden Tag und das noch vorm Frühstück. Die seit 1. Januar geltende Ermäßigung ist im Sprachgebrauch der naturgemäß bösartigen Opposition längst zum „Mövenpick-Bonus“ geronnen und als Auswurf ruchlosester Klientelpolitik enttarnt. Kurz: Sie gehört zu den giftigsten Pfeilen im Köcher der Regierungsgegner, und gerade die FDP sollte froh sein, dass darüber zuletzt nicht mehr so viel geredet wurde. Irgendwann nutzt sich sowas ja auch mal ab.

> **Die SPD wird Sorge tragen, dass die »Hotelsteuer« zum penetrantesten Sommerhit aufsteigt**

Dachten wir, bis Lindner kam. Und das ausgerechnet jetzt, wo traditionsgemäß die Themen placiert werden, mit denen wir die öde Weite des Sommerlochs bevölkern. Die SPD wird Sorge tragen, dass die Hotelsteuer zu einem der penetrantesten Sommerhits aufsteigt, die wegen der Nachrichtenarmut während der Parlamentspause wochenlang rauf- und runtergedudelt werden. Dabei werden Gabriels Mannen nicht nur die Einführung der Ermäßigung geißeln, sondern dabei stets auch den Blick auf die Losung des Federviehs am FDP-Revers lenken, wo doch die Blaugelben – typisch! – schon wieder umgefallen sind.

Merkel traute ihren Sinnen nicht, als sie von Lindners Griff in den Gully hörte. Das darf doch nicht wahr sein! Hat der sie noch alle? Gerüchten zufolge hat die Kanzlerin in der Koalitionsrunde getobt und dem FDP-General einen ordentlichen Rüffel erteilt. „Ich dachte, wir wollten hier etwas ruhiger werden, und dann muss ich in der Früh so etwas hören“, wird die CDU-Chefin zitiert.

Guido Westerwelle sah nach dem Treffen noch ein bisschen vergilbter aus als sonst und versuchte, eine Brücke zu bauen, über die sein Generalsekretär zurückrobben kann in den Kreis der erwachsenen Politiker. Man solle das Thema zwar nicht jetzt diskutieren, das Vorhaben einer umfassenden Mehrwertsteuerreform aber auch nicht auf die lange Bank schieben.

Der Beschluss lautet nun, Finanzminister Wolfgang Schäuble solle bis September einen Vorschlag erarbeiten, wie man das Durcheinander bei der Verteilung von ermäßigter und normaler Mehrwertsteuer entrümpeln könne.

Ob der Herr Schäuble schon ein Hotel für den Sommerurlaub gebucht hat? Wenn ja, dann wird jetzt irgendwo ein Zimmer frei. Der Minister bleibt in Berlin, um ein Monster zu zähmen. Gedacht war die Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes mal dazu, Waren des Grundbedarfs günstig zu halten. Nach über 40 Jahren intensiver Wühlarbeit unterschiedlichster Lobbygruppen ist von diesem klugen Gedanken etwas übriggeblieben, was nur noch für die Witzbeilage taugt.

So wird dünnflüssiger Fruchtsaft mit vollen 19, dickflüssiger dagegen mit nur sieben Prozent besteuert, ebenso wie Marmelade. Auch Babynahrung kriegt die vollen 19 ab, Hundenahrung wiederum bloß sieben. Besonders gern baden die Spaßvögel der Republik in der Besteuerung von Holz: Auf Kaminholz, Sägespäne oder Pellets schlägt der Fiskus sieben Prozent auf, auf einen ganzen Holzstamm 19. Blödsinn, aber wenigstens Quatsch mit System, könnte man meinen, aber von wegen: Die sogenannten Holzhackschnitzel werden nämlich auch mit 19 Prozent belegt, weil sie direkt aus dem Baumstamm geschlagen werden und daher „im Sinne der Verordnung“ als Baumstamm gelten. Aha, und woraus wird – im Sinne der Verordnung – das Kaminholz geschlagen? Wachsen Sägespäne als Sägespäne im Wald oder werden Holzpellets von Weizenfeldern geerntet? Wolfgang Schäuble muss sein Amt wirklich lieben. Wenn nicht, wäre dies der Moment, um abzuhauen. Niemand könnte ihm ernsthaft übelnehmen, dass er vor diesem Tinnef Reißaus nimmt.

Allerdings bietet sich die Chance, unter dem Mäntelchen der „Privilegien-Abschaffung“ das Mehrwertsteuer-Aufkommen unterm Strich kräftig anzuheben. So etwas kommt keinem Finanzminister ungelegen. Zumal sich die Debatte wunderbar sozialneidisch aufladen ließe: Wussten Sie, dass auch Gänseleber und Froschschenkel zum ermäßigten Satz über den Tresen gehen, wohingegen bei Mineralwasser 19 Prozent fällig sind? Wenn wir das richtig breitgetreten haben, gehen alle Schleusen auf und die Milliarden neuer Steuereinnahmen fließen unter dem jauchzenden Beifall von uns „kleinen Leuten“. Erst wenn wir ausgejauchzt haben, werden wir feststellen, dass auch viele von den Dingen, die wir selber einkaufen, plötzlich teurer geworden sind, weil deren Ermäßigung mit der von Froschschenkeln gleich mal mitgestrichen wurde.

Allerdings sind in Berlin bereits die unvermeidlichen Miesmacher in Stellung gegangen, die behaupten, gar nichts werde sich ändern. Ein wenig sehen sie sich sogar in den jüngsten Äußerungen von Schäuble selbst bestätigt. Denn zu den großen Reformplänen sagte der Minister kaum mehr als: „Wir werden mal sehen.“ Ein schneidiger Anlauf zum epochalen Durchbruch wird anders besungen.

Noch heftiger zweifeln lässt uns das ewige „So kann es nicht weitergehen“, das alle Debatten zum Mehrwertsteuerchaos überwölbt. Der erfahrene Politikbetrachter weiß: Wenn ständig hinausposaunt wird, dass dies oder das „so nicht weitergehen“ könne, dann geht es mit höchster Wahrscheinlichkeit noch viele, viele Jahre so weiter.

ZITATE

Medienphilosoph ***Norbert Bolz*** *wundert sich im „Focus“ vom 28. Juni über das* ***Demokratieverständnis der politischen Klasse****:*

„Das gesamte politische System reagiert auf die Bürger nur noch wie auf Störgeräusche. Diese Ignoranz greift europaweit um sich – wie bei der Ablehnung der EU-Verfassung in einigen Ländern. Die Politiker sagten: ‚Hoppla, sind die Leute verrückt geworden? Nochmal wählen!‘“

Friedensnobelpreisträger ***Mohammed El-Baradei*** *spielt mit dem Gedanken, bei der nächsten Präsidentschaftswahl in Ägypten gegen seinen seit 1981 amtierenden Landsmann Muhammad Husni Mubarak anzutreten. Im „Stern“ vom 1. Juli kritisiert er den* ***Umgang des Westens mit den Menschenrechten****:*

„Der Westen misst mit zweierlei Maß, und genau das ist das Problem. Wie sehr hat man in Amerika und Europa kritisiert, dass die Wahlen im Iran im vergangenen Jahr manipuliert waren. Immerhin gab es dort Wahlen. Aber wer spricht davon, dass es in der arabischen Welt keine wirklichen Wahlen gibt. Wer glaubwürdig sein will, muss über Menschenrechte immer und überall reden – mit Freund wie mit Feind.“

Philipp Köster*, Chefredakteur der Fußballzeitschrift* ***„11 Freunde“****, ist genervt von den* ***Politikerauftritten bei Länderspielen****. Im „Tagesspiegel“ vom 6. Juli wirft er den Politikern vor, ihre Fußballbegeisterung nur vorzutäuschen, und nennt dafür Indizien:*

„Aus Vergnügen am Fußball kommen sie nicht, sonst würden sie ja nicht von der Ehrentribüne aus gucken, dem anerkannt ödesten Ort, um in einem Stadion ein Spiel zu schauen ... Wie sehr sich die Politik in den letzten Jahren insbesondere an die Nationalelf herangewanzt hat, das hat noch mal eine neue Qualität erreicht. Inklusive der unvermeidlichen Besuche in der Kabine.“

Der kleine Trost

Teifi eini, hoaßt's in Bayern –
schließlich ist das Rauchverbot
zwar für viele Grund zu feiern,
andre aber bringt's in Not:

Mancher Umsatz dürfte sinken,
weil der Gast den Qualm entbehrt
und – statt lustlos was zu trinken
– lieber gleich nach Hause fährt.

Für den Herrn Finanzminister
– selbst wenn der nur Schwabe ist –
wird damit es gleichfalls trister,
was man allzu gern vergisst.

Wenigst lässt man auf der Wiesn
jetzt im Jubiläumsjahr,
um nicht auch es zu vermiesen,
alles noch, wie's immer war.

Schon beim nächsten Fest hingegen
ist es mit der Raucherei
– außer draußen wo im Regen –
ein für allemal vorbei.

Und wenn Wiesn-Spezln klagen,
dass man alle Freiheit raubt,
kann zur Tröstung bloß ich sagen:
Wasserlassen bleibt erlaubt.

Pannonicus

Preußische Zeitung

Unabhängige Zeitung für Deutschland

Jahrgang 13 – Folge 1 | 10. Juli 2010 | Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Selbstbestimmung als Schlüssel

Europa kann aus den Volksabstimmungen vor 90 Jahren lernen – Freiheit nach innen und außen

In der eher traurigen Geschichte Ostpreußens im 20. Jahrhundert ragt der 11. Juli 1920 positiv heraus. Mit den für Deutschland erfolgreichen Abstimmungen fand ein völkerrechtliches Prinzip Anwendung, das heute mehr denn je als Grundlage für tragfähige Friedensregelungen anerkannt ist.

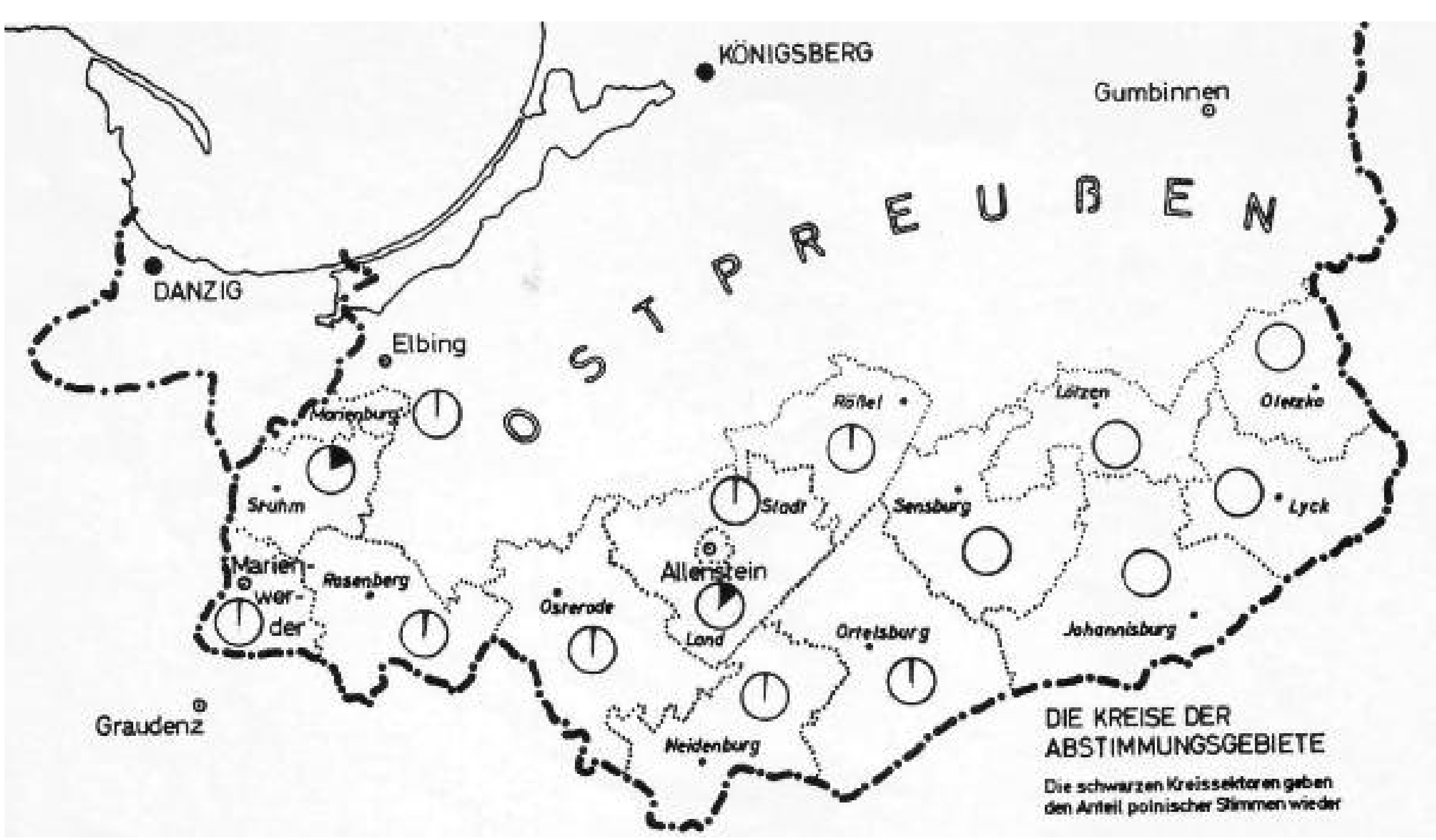
Volle drei Generationen liegt der deutsche Abstimmungserfolg in Ostpreußen zurück. Auf den ersten Blick kommt ihm keine Bedeutung mehr zu: Das immerhin gut 14700 Quadratkilometer große Gebiet blieb ja nicht einmal für weitere 25 Jahre deutsch. Nazi-Diktatur und Vertreibung, 45 Jahre kommunistische Diktatur und 20 Jahre Zugehörigkeit zum demokratischen Polen haben sich schichtweise über das Ereignis gelegt. Doch selbst als bloße „Fußnote der Geschichte" wäre der Vorgang beachtlich: Die Abstimmungen haben eindrucksvoll bestätigt, dass auch der südliche Teil Ostpreußens bis 1945 eindeutig deutsch war, weil die kleine masurische Sprachgruppe in diesem Gebiet sich als deutsch empfand. Und zwar so eindeutig, dass selbst nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg nur ein sehr kleiner Teil dieser Gruppe der an sich ja naheliegenden Verlockung nachgab, durch den Wechsel des nationalen Bekenntnisses auf die Seite der Sieger zu gelangen. Das war zwar 1920 jedem mit den örtlichen Verhältnissen Vertrauten klar, doch die Abstimmungen haben diese Tatsache der Welt nochmals eindrücklich vor Augen geführt.

Damals wie heute lohnt sich die Frage, wie wohl Volksabstimmungen im Memelland, in der westpreußischen Kaschubei (dem späteren „Korridor"), aber auch im Elsass und im Sudetenland ausgegangen wären. Obwohl es damals noch keine Meinungsumfragen gab, lassen sich diese Fragen recht klar beantworten: Es gibt aus allen diesen Gebieten genug aussagefähige Daten über das damalige nationale Selbstverständnis der jeweiligen Bevölkerung. Neben den reichsdeutschen Volkszählungen, bei denen auch die Umgangssprache erfragt wurde, über die Wahlerfolge von Minderheitenparteien bis zur Zahl der Desertionen und der Kriegsauszeichnungen im Ersten Weltkrieg: Ein Großteil der Gebiete, die die geschlagenen Mittelmächte abtreten mussten, wären nicht anders als die ost- und westpreußischen Abstimmungsgebiete bei Deutschland oder Österreich geblieben, wenn man ihre Bewohner gefragt hätte. Über die Verhältnisse in Ostpreußen war man 1918 in Paris offenbar ungenau informiert, denn die Sieger ließen Abstimmungen damals sonst nur dort zu, wo sie eine realistische Chance sahen, sie zu gewinnen – etwa in Nordschleswig.

Die Ententemächte wussten später nur allzu gut, dass sie ihr angeblich leitendes Prinzip der Friedensordnung nach dem Ersten Weltkrieg, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, opportunistisch nur dort angewendet hatten, wo es ihnen passte. Das wurde nach 1933 zu einem Hauptproblem bei der Mobilisierung der Demokratien gegen den aufstrebenden deutschen Nationalsozialismus. „1914 hat man unseren Männern gesagt, sie würden *für* das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den Krieg ziehen. Sollte man ihnen jetzt sagen, sie sollen *gegen* das Selbstbestimmungsrecht Krieg führen?", fragte eine britische Zeitung im September 1938 bitter, warum man Nazi-Deutschland kampflos das Sudetenland überlassen müsse. 1939 stellten Franzosen mit den Worten „Mourir pour Dantzig?" („Für Danzig sterben?") die selbe Frage.

Doch das Selbstbestimmungsrecht der Völker hat die pervertierte Anwendung durch den NS-Staat ebenso überdauert wie die Verlogenheiten von Versailles. Auch Hitler handelte ja zutiefst opportunistisch, wie sein Verhalten gegenüber den Baltendeutschen und den Südtirolern belegt. 1966 gelang die verbindliche völkerrechtliche Kodifizierung des Selbstbestimmungsrechts, 1989 feierte es schließlich mit der Befreiung Ostmittel- und Osteuropas seinen größten Triumph. Seitdem ist auch klar, wie geradezu untrennbar eng Selbstbestimmung nach innen und außen miteinander verbunden sind.

Zu bewältigen bleibt für Europa das bittere Erbe der millionenfachen Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg, die gegen nichts so sehr verstieß wie eben gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Erinnerung daran macht die Aktualität der Abstimmungen vor 90 Jahren aus. *K.B.*



CHRONIK

28. Juni 1919: Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages.

13. Oktober 1919: Der alliierte Kriegsrat beschließt, dass die alliierten Truppen im Abstimmungsgebiet Allenstein unter britischem und im Abstimmungsgebiet Marienwerder unter italienischem Kommando stehen sollen.

4. November 1919: Es wird beschlossen, dass die Macht, die den Oberbefehl im Abstimmungsgebiet stellt, auch den Vorsitzenden der Interalliierten Kommission stellen soll.

1. Februar 1920: Rückzug der deutschen Truppen aus dem Abstimmungsgebiet

14./17. Februar 1920: Die Interalliierten Kommissionen übernehmen in Allenstein und Marienwerder die Verwaltung.

21./28. Februar 1920: Die Kommissionen ordnen die völlige Gleichberechtigung von Deutsch und Polnisch an.

25. Februar 1920: Das britische Mitglied der Kommission in Marienwerder Henry Beaumont berichtet dem Foreign Office: „Die Haltung der Polen in den kürzlich besetzten Gebieten soll wahrscheinlich nicht die Sympathien ändern. Ich glaube, sie wird absichtlich eingenommen, um die Schwierigkeiten aufzuzeigen, denen die Einwohner ausgesetzt sein werden, wenn sie sich entscheiden deutsch zu bleiben."

10. März 1920: Beaumont berichtet dem Foreign Office: „Unser Aufenthalt in diesem Bezirk war schon ausreichend, um alle Mitglieder dieser Kommission zu überzeugen, dass das Ergebnis der Abstimmung eine von vornherein feststehende Entscheidung ist und dass die überwältigende Mehrheit der Einwohner für Deutschland stimmen wird."

27. März 1920: Die Kommission in Marienwerder ordnet an, dass jeder Landrat einen polnischen Beigeordneten erhält.

Wie es zu den Abstimmungen kam

Die ohne Volkbefragung erhaltenen Provinzen Posen und Westpreußen waren vielen Polen nicht genug

Am 8. Januar 1918 schwärmte der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson vor seinem Kongress von einem gerechten und dauerhaften Verständigungsfrieden auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker. In diesem Zusammenhang stellte Wilson 14 Forderungen auf, die sogenannten 14 Punkte. Für die deutsch-polnische Grenze relevant war vor allem Punkt 13. Da heißt es: „Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der alle Gebiete einzubegreifen hätte, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind; diesem Staat sollte ein freier und sicherer Zugang zum Meer geöffnet werden, und seine politische wie wirtschaftliche Unabhängigkeit sollte durch internationale Übereinkommen verbürgt werden." Der Kriegsgegner, in concreto das Deutsche Reich, erklärte sich im November 1918 zum Waffenstillstand auf der Basis dieser 14 Punkte bereit.

Ende 1918, zur Zeit der Waffenstillstandsverhandlungen, war Wilson keineswegs geneigt, den Polen etwa deutsches Reichsgebiet zuzugestehen. Um Polen einen freien Zugang zum Meere zu gewährleisten, wollte er die Weichsel neutralisieren und in Danzig einen polnischen Freihafen entstehen lassen. Aber die unermüdliche polnische Propaganda in Paris schaffte es bis zum Frieden von Versailles, die führenden Staatsmänner der Entente für die Abtretung der größten Teile der Provinzen Posen und Westpreußen sowie des Soldauer Gebietes im Süden des ostpreußischen Kreises Neidenburg zu gewinnen, und das ohne eine Volksabstimmung, wie es dem Selbstbestimmungsrecht der Völker entsprochen hätte.

Der Landhunger der polnischen Verantwortlichen war damit aber noch nicht gestillt. Sie forderten vom alten Ordensland neben Westpreußen auch Ermland und Masuren.

Im Falle Ermlands wurde argumentiert, es sei wie Westpreußen „erst" durch die Polnischen Teilungen zu Preußen gekommen und die Ermländer hätten mit dem Katholizismus den Glauben der Polen. Völlig unter den Tisch fiel dabei, dass Polen vor den Teilungen des 18. Jahrhunderts auch große Gebiete unterworfen hatte, in denen seit Jahrhunderten Deutsch, Weißrussisch und Ukrainisch gesprochen wurde.

Im Falle Masurens, das weder katholisch war noch „erst" in den Polnischen Teilungen zu Preußen gekommen war, wurde anders argumentiert. Die Masuren sprächen mit Masurisch einen polnischen Dialekt und seien durch Germanisierung ihrem Volkstum entfremdete Polen. Dagegen sprach indes die in nationalen Fragen tolerante Politik Preußens und der Umstand, dass seitens der Masuren solche Klagen gar nicht erhoben wurden.

Bereits 1872 war von Lemberg aus behauptet worden, die Masuren seien ein polnischer Volksstamm und folglich ihr Siedlungsgebiet polnisch. Damit begannen die eigentlichen Vorarbeiten der polnischen Politik auf Inbesitznahme ostpreußischen Landes. Dieses Ziel hat sie in den folgenden Jahrzehnten konsequent weiter verfolgt. Die Entwicklung dieses Verlangens nach fremdem Land führte dazu, dass bereits vor der Jahrhundertwende das Zentralkomitee zur Rettung Masurens durch Polen gegründet wurde. 1905 gründeten sie den nationalpolnischen Kampfverband „Strasch". Sie scheuten sich aber auch nicht, einen evangelischen Volksbildungsverein zu gründen und suchten über polnische evangelische Geistliche die evangelischen Masuren anzusprechen. Mit großem finanziellen Aufwand wurde bis zum Ersten Weltkrieg im Bezirk Allenstein versucht, polnische Vereine und Genossenschaften zu bilden, ja sogar polnische Zeitungen in deutscher Sprache herauszugeben. Allerdings blieben diese Bemühungen unter den Masuren ohne Bedeutung und Wirkung, wie die Wahlergebnisse der Kaiserzeit zeigen.

Als sich im Ersten Weltkrieg, der von vielen polnischen Nationalisten als Selbstzerfleischung der als Besatzer empfundenen Teilungsmächte begrüßt wurde, die deutsche Niederlage abzeichnete, nutzte der Polenführer Albert/Wojciech Korfanty diese Lage, um am 25. August 1918 im deutschen Reichstag weitreichende polnische Ansprüche auf Ostdeutschland zu erheben. Am 1. November 1918 trat dann der polnische Staat mit der Forderung auf, das ostpreußische Masuren mit Ermland und Allenstein, „wenn es sein müsste, durch einen Volksentscheid Polen einzuverleiben". Die widerstrebende Formulierung lässt schon erkennen, dass Warschau der wahre nationale Charakter des südlichen Ostpreußens durchaus bekannt war. Gleiches gilt für die Forderung, vor einer Volksbefragung die Abstimmungsgebiete erst einmal 150 Jahre lang (!) unter polnische Verwaltung zu stellen. Doch diese Winkelzüge wurden von der Entente abgewiesen. Statt eineinhalb Jahrhunderts fand bereits knapp zwei Jahre nach Kriegsende eine Volksabstimmung statt. Grundlage für die vor 90 Jahren durchgeführte Abstimmung war der Versailler Vertrag. *PAZ*

CHRONIK

31. März 1920: Beaumont berichtet dem Foreign Office: „Seit unserer Ankunft hat sich uns die Überzeugung aufgedrängt, dass die Regelung der polnischen Frage in Paris zu dem Zwecke absichtlich ersonnen worden sein muss, falls sie nicht auf einer Überschätzung der polnischen Fähigkeiten und einer oberflächlichen Kenntnis der örtlichen Bedingungen beruht, um eine offene Wunde zwischen Polen und Deutschland zu lassen, welche durch die Zeit wahrscheinlich eher vergiftet, denn geheilt werden wird."

29. April 1920: Beaumont schreibt Sir Eyre Crowe vom Foreign Office: „Meine Meinung ist nur, dass der Wunsch Frankreichs, einen starken Staat an Deutschlands Ostflanke zu schaffen, wahrscheinlich zu Schwierigkeiten führen soll. Natürlich mag es an meiner Unwissenheit liegen, aber ich kann mir kaum vorstellen, dass die Gründung dieses Frankenstein-Monsters anders erklärt werden kann. Wir kamen als Sympathisanten Polens her, aber seitdem wir die Dinge aus unmittelbarer Nähe gesehen haben, haben wir ohne Ausnahme – einschließlich der Franzosen – unsere Ansichten geändert. Sogar der preußische Militarismus war glimpflich, verglichen mit dem, was überall an unseren Grenzen vor sich geht. Unser Eindruck ist, dass eine Aggression von seiten Polens wahrscheinlicher als von seiten Deutschlands ist."

25. Mai 1920: Die Botschafterkonferenz in Paris setzt den 11. Juli 1920 als Abstimmungstag fest.

25. Mai 1920: Der britische Vorsitzende der Kommission in Allenstein Sir Ernest Amelius Rennie berichtet dem Foreign Office: „Einer der Faktoren, welche die gegenwärtige polnische Obstruktion erklären mag, ist, dass die polnische Propaganda bis jetzt wenig Erfolg unter den Masuren gehabt hat, deren Zahl mit 200 000 Menschen angegeben wird. Die polnische Kommission in Paris versuchte letztes Jahr, glaube ich, diese Menschen für sich in Anspruch zu nehmen, die tatsächlich slawischer Abstammung sind und eine polnische Mundart sprechen, aber welche Gebiete bewohnen, die – wie es scheint – niemals einen Teil des ehemaligen Königreichs Polen bildeten. Sie weigern sich jetzt offensichtlich, von polnischen Agenten gewonnen zu werden, und diese Weigerung ist ohne Zweifel für die Werber eine Enttäuschung."

Versailles regelt die Abstimmung

In den Artikeln 94 bis 97 des Abschnitts IX zum Thema Ostpreußen ist das Procedere detailliert festgelgt

Artikel 94.

In der Zone zwischen der Südgrenze Ostpreußens, wie sie im Artikel 28 Teil II (Deutschlands Grenzen) des gegenwärtigen Vertrags bezeichnet ist, und der nachstehend beschriebenen Linie werden die Einwohner berufen, im Wege der Abstimmung zu erklären, mit welchem Staate sie vereinigt zu werden wünschen:

West- und Nordgrenze des Regierungsbezirks Allenstein bis zu ihrem Treffpunkt mit der Grenzlinie zwischen den Kreisen Oletzko und Angerburg; von dort Nordgrenze des Kreises Oletzko bis zu ihrem Treffpunkt mit der alten Grenze Ostpreußens.

Artikel 95.

Binnen längstens zwei Wochen nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags haben die deutschen Truppen und Behörden das oben umschriebene Gebiet zu verlassen. Bis zur Vollendung der Räumung haben sie sich aller Beitreibungen in Geld- und Naturalien und jeder Maßnahme zu enthalten, wodurch die wirtschaftlichen Interessen des Landes beeinträchtigt werden könnten.

Mit Ablauf der vorerwähnten Frist wird die genannte Zone einem internationalen Ausschuss unterstellt, der aus fünf von den alliierten und assoziierten Hauptmächten ernannten Mitgliedern besteht. Dieser Ausschuss erhält allgemeine Verwaltungsbefugnis und hat insbesondere die Aufgabe, die Abstimmung in die Wege zu leiten und alle Maßnahmen zu treffen, die er zur Sicherung einer freien, unbeeinflussten und geheimen Stimmenabgabe für erforderlich erachtet. Er erhält desgleichen Vollmacht zur Entscheidung aller Fragen, zu denen die Ausführung der gegenwärtigen Bestimmungen Anlass gibt. Er trifft ferner alle geeigneten Anordnungen, um sich bei der Ausübung seines Amtes durch Hilfskräfte unterstützen zu lassen, die er selbst unter der örtlichen Bevölkerung auswählt. Er entscheidet mit Stimmenmehrheit.

Stimmberechtigt ist jede Person, ohne Unterschied des Geschlechts, die den nachstehenden Bestimmungen genügt:

a) Sie muss bei Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags das zwanzigste Lebensjahr vollendet haben;

b) sie muss in der Zone, in der die Volksabstimmung stattfindet, geboren sein oder seit einem von dem Ausschuss festzusetzenden Zeitpunkt dort ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt gehabt haben.

Jeder stimmt in der Gemeinde, in der er seinen Wohnsitz hat, oder, wenn er seinen Wohnsitz oder Aufenthalt nicht in der Zone hat, in der Gemeinde, in der er geboren ist.

Das Abstimmungsergebnis wird gemeindeweise und zwar nach der Stimmenmehrheit in jeder Gemeinde festgestellt.

Nach Beendigung der Abstimmung teilt der Ausschuss den alliierten und assoziierten Hauptmächten die Anzahl der in jeder Gemeinde abgegebenen Stimmen mit und reicht gleichzeitig einen eingehenden Bericht über die Wahlhandlung sowie einen Vorschlag über die Linie ein, die unter Berücksichtigung sowohl des durch die Abstimmung kundgegebenen Willens der Einwohner als der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Ortschaften in dieser Gegend als Grenzen Ostpreußens angenommen werden soll. Die alliierten und assoziierten Hauptmächte setzen alsdann die Grenze zwischen Ostpreußen und Polen in dieser Gegend fest.

Schließt der von den alliierten und assoziierten Hauptmächten festgesetzte Grenzverlauf irgendeinen Teil des im Artikel 94 umschriebenen Gebiets von Ostpreußen aus, so erstreckt sich der oben im Artikel 87 vorgesehene, von Deutschland zugunsten Polens ausgesprochene Rechtsverzicht auf die so ausgeschlossenen Gebietsteile.

Sobald die alliierten und assoziierten Hauptmächte die Grenzlinie festgesetzt haben, werden die ostpreußischen Verwaltungsbehörden von dem Ausschuss dahin verständigt, dass sie in dem nördlich dieser Grenzlinie liegenden Gebiet die Verwaltung wider zu übernehmen haben. Diese Übernahme hat binnen Monatsfrist nach der Benachrichtigung und in der von dem Ausschuss vorgeschriebenen Art zu erfolgen. Binnen derselben Frist und ebenfalls in der von dem Ausschuss vorgeschriebenen Art hat die polnische Regierung für die Verwaltung des südlich der Grenzlinie liegenden Gebiets Sorge zu tragen. Sobald hiernach die Verwaltung des Landes durch die ostpreußischen oder polnischen Behörden sichergestellt ist, nehmen die Befugnisse des internationalen Ausschusses ein Ende.

Die Ausgaben des Ausschusses für seine eigene Tätigkeit sowie für die Verwaltung der Zone werden aus den örtlichen Einnahmen bestritten; das Mehr an Ausgaben wird nach einem von den alliierten und assoziierten Hauptmächten festgesetzten Verhältnis von Ostpreußen getragen.

Artikel 96.

In einer Zone, die die Kreise Stuhm und Rosenberg, den östlich der Nogat liegenden Teil des Kreises Marienburg und östlich der Weichsel liegenden Teil des Kreises Marienwerder umfasst, werden die Einwohner berufen, durch eine gemeindeweise Abstimmung kundzutun, ob sie wünschen, dass die verschiedenen in diesem Gebiete liegenden Gemeinden zu Polen oder zu Ostpreußen gehören sollen.

Artikel 97.

Binnen längstens zwei Wochen nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags haben die deutschen Truppen und Behörden die im Artikel 96 bezeichnete Zone zu verlassen. Bis zur Vollendung der Räumung haben sie sich aller Beitreibungen in Geld oder Naturalien und jeder Maßnahme zu enthalten, wodurch die wirtschaftlichen Interessen des Landes beeinträchtigt werden könnten.

Mit Ablauf der vorerwähnten Frist wird die genannte Zone einem internationalen Ausschuss unterstellt, der aus fünf von den alliierten und assoziierten Hauptmächten ernannten Mitgliedern besteht. Dieser Ausschuss, dem erforderlichenfalls die nötigen Streitkräfte beizugeben sind, erhält allgemeine Verwaltungsbefugnis und hat insbesondere die Aufgabe, die Abstimmung in die Wege zu leiten und alle Maßnahmen zu treffen, die er zur Sicherung einer freien, unbeeinflussten und geheimen Stimmenabgabe für erforderlich erachtet. Er hat sich, soweit möglich, nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags über die Volksabstimmung in der Allensteiner Zone zu richten. Er entscheidet mit Stimmenmehrheit.

Die Ausgaben des Ausschusses für seine eigene Tätigkeit sowie für die Verwaltung der ihm unterstellten Zone werden aus den örtlichen Einnahmen bestritten.

Nach Beendigung der Abstimmung teilt der Ausschuss den alliierten und assoziierten Hauptmächten die Anzahl der in jeder Gemeinde angegebenen Stimmen mit und reicht gleichzeitig einen eingehenden Bericht über die Wahlhandlung sowie einen Vorschlag über die Linie ein, die unter Berücksichtigung sowohl des durch die Abstimmung kundgegebenen Willens der Einwohner als auch der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Ortschaften in dieser Gegend als Grenzlinie Ostpreußens angenommen werden soll. Die alliierten und assoziierten Hauptmächte setzen alsdann die Grenze zwischen Ostpreußen und Polen in dieser Gegend fest, wobei zum mindesten für die gesamte Strekke, auf der die Weichsel die Grenze bildet, die volle und uneingeschränkte Überwachung des Stromes einschließlich seines östlichen Ufers in der Tiefe, die für die Regulierung und Verbesserungsarbeiten erforderlich ist, Polen zugesprochen werden muss. Deutschland verpflichtet sich, niemals irgendwelche Befestigungen in irgendeinem Teile des erwähnten Gebiets, soweit es deutsch bleibt, anzulegen.

Die alliierten und assoziierten Hauptmächte erlassen gleichzeitig Vorschriften, die der ostpreußischen Bevölkerung den Zugang zur Weichsel und die Benutzung des Stromes für sie selbst, für ihre Güter und für ihre Schiffe unter angemessenen Bedingungen und unter vollster Rücksichtnahme auf ihre Interessen sichern.

Die Grenzbestimmungen und die oben vorgesehenen Vorschriften sind für alle Beteiligten bindend.

Sobald die Verwaltung des Landes durch die ostpreußischen oder polnischen Behörden übernommen ist, nehmen die Befugnisse des Ausschusses ein Ende.



Unterzeichnung des Versailler Vertrages: Damit stimmten die Deutschen der Abstimmung zu.

Die Alliierten übernehmen

Während der Wahl übten die Kriegssieger in den Abstimmungsbieten die Herrschaft aus

Die beiden internationalen Ausschüsse, die der Versailler Vertrag in seinem Abschnitt über Ostpreußen vorsah, übernahmen am 14. Februar 1920 in Allenstein und drei Tage später in Marienwerder die Verwaltung. Der sogenannten Interalliierten Kommission für das ostpreußische Abstimmungsgebiet gehörten der britische Gesandte Sir Ernest Amelius Rennie als Vorsitzender sowie ein Franzose für die Justiz, ein Italiener für die Finanzen, das Sozialwesen sowie den Post und Telegrafendienst. Der vierte im Bunde, ein Japaner, blieb ohne Geschäftsbereich. Im Dienst der Kommission standen 88 höhere Beamte und Offiziere, und zwar 34 Engländer, 24 Franzosen, 23 Italiener und sieben Japaner. Deutscher Vertreter war der Reichs- und Staatskommissar Wilhelm Freiherr von Gayl. Dem polnischen Hauptquartier, dem „Dom polski" stand der erst verspätet als Generalkonsul anerkannte Zenon Lewandowski vor.

Die Kommission für Westpreußen bestand aus dem italienischen Staatskommissar Angelo Pavia als Vorsitzenden sowie dem englischen Gesandten Henry Beaumont, dem französischen Botschaftsrat Comte René de Cherisey sowie dem japanischen Botschaftssekretär Morikazu Ida. Der deutsche Bevollmächtigte war zunächst der frühere Landrat von Graudenz, Geheimrat Kutter, nach dem Kapp-Putsch wurde er durch den Landrat von Neustadt/Westpreußen, Graf Baudissin, ersetzt. In Marienwerder wurde Polen durch den Grundbesitzer Graf Sierakowski aus Waplitz/Kreis Stuhm vertreten.

Eine der ersten Amtshandlungen der Kommission in Allenstein war die Schließung der Grenze zwischen dem Abstimmungsgebiet und dem übrigen Ostpreußen bei gleichzeitiger Öffnung der Grenze zu Polen. Eine Maßnahme, die von den Polen mit Genugtuung begrüßt wurde. Sie sahen in der Kommission einen Verbündeten, doch zeigte sich bald, dass sie mehr und mehr eine überparteiliche Haltung einnahm.

Am 12. beziehungsweise 14. April 1920 gaben die Kommissionen die Abstimmungsreglements bekannt. Danach war abstimmungsberechtigt, wer, am 10. Januar 1920 das 20. Lebensjahr vollendet, im Abstimmungsgebiet geboren oder seit dem 1. Januar 1905 (Ostpreußen) beziehungsweise seit dem 1. Januar 1914 (Westpreußen) seinen Wohnsitz hatte. Die Abgabe der Stimme hatte in der Geburts- beziehungsweise Wohnsitzgemeinde zu erfolgen. Als Abstimmungsbezirke wurden alle Gemeinden und Gutsbezirke – in Ostpreußen jedoch nur solche, die 1910 über 100 Einwohner hatten – bestimmt. Kleinere Einheiten wurden der zunächst liegenden Gemeinde zugeteilt.

Vorsitzende aus dem UK und Italien

Im Gegensatz zu unserer heutigen landläufigen Vorstellung von Abstimmungen sah das Procedere kein Ankreuzen vor. Vielmehr wurde mit weißen Zetteln im Format zehn mal acht Zentimetern abgestimmt, auf denen entweder „Polska – Polen" stand oder „Ostpreußen – Wschodnie Prusy", wohlgemerkt „Ostpreußen ...", nicht etwa Deutschland ..." in Analogie zu „... Polen". Die Stimmzettel wurden nicht im Abstimmungslokal ausgegeben, sondern jeder Abstimmende musste ihn sich vorher selber besorgen. Deshalb wurden sie von deutscher und polnischer Seite vorher verteilt. Wer für Deutschland stimmen wollte, holte sich bei den deutschen Wahlkämpfern einen Wahlzettel mit dem Aufdruck „Ostpreußen – Wschodnie Prusy", wer für Polen zu votieren gedachte, ließ sich von den polnischen einen Zettel mit der Aufschrift „Polska – Polen" aushändigen. Zur Abstimmung wurde ein „Isolierraum" aufgesucht, dort ein Stimmzettel in einen im Abstimmungslokal ausgehändigten und gestempelten Umschlag gesteckt und im Wahlraum in die Urne geworfen. Der eigentliche Wahlvorgang war also geheim. Nun könnte man einwenden, dass die Beschaffung des Wahlzettels nicht unbeobachtet bleiben könnte und sich daraus, ob sich einer einen deutschen oder polnischen holt, Rückschlüsse auf das Abstimmverhalten möglich seien. Wer als Wähler um sein Wahlgeheimnis fürchtete, dem war es jedoch unbenommen, sich sowohl einen deutschen als auch einen polnischen Zettel geben zu lassen, denn niemand war gezwungen, erhaltene Zettel später auch in die Wahlurne zu werfen.

Am 25. Mai 1920 setzte die Botschafterkonferenz Sonntag, den 11. Juli 1920, als Abstimmungstag fest. *PZ*

Preußische Zeitung
UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Wilhelm v. Gottberg, Sprecher der LO

Telefon: 0 40 / 41 40 08-0

Fax: 0 40 / 41 40 08-50

http://www.preussische-allgemeine.de

Druck: SHZ GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf

Glänzender Sieg mit 96,7 Prozent

Ost- und Westpreußen bekannten sich mit überwältigender Mehrheit zu Deutschland

Der Abstimmungstag verlief in völliger Ruhe. Die Polen, die bisher nur fieberhafte Tätigkeit gekannt hatten, saßen still in ihrer Allensteiner Abstimmungskampfzentrale, die durch Stacheldraht und „spanische Reiter" gesichert war, bewacht von der Abstimmungspolizei. Im Übrigen begannen sich erst am Abend die Straßen und Plätze zu füllen; eine erwartungsvoll gestimmte Menge harrte geduldig der Bekanntgabe der Resultate.

Man hatte geglaubt, dass das Endergebnis erst am Dienstag vorliegen würde. Aber die allgemeine Begeisterung und Erregung hatte nun offenbar auch die Kommission gepackt. Im Sitz der Allensteiner Bezirksregierung saßen die Beamten der Kommission und der Regierung und nahmen unermüdlich die Meldungen entgegen, die auf den Tausenden von Drähten aus dem letzten Dorf über die Kreisstädte nach Allenstein kamen. Sie arbeiteten unermüdlich die ganze Nacht. Unten aber saß der Reichskommissar mit seinem Stab und rechnete bis morgens um 5.30 Uhr. Das Endergebnis war da, daran konnten keine diplomatischen Künste mehr rütteln, selbst nicht der Rat in Paris. Und das Ergebnis war zu eindeutig, als dass es noch Interpretationsspielräume gelassen hätte.

Für die Abstimmung im südlichen Ostpreußen hatten sich 425 305 Abstimmungsberechtigte eintragen lassen. Davon waren 37 Prozent im Abstimmungsgebiet geborene Auswanderer. Die Abstimmungsbeteiligung lag bei 87 Prozent, bei den Ortsansässigen gar bei 96 Prozent. Von den abgegebenen Stimmen entfielen 2,1 Prozent auf Polen. Die restlichen fast 97,9 Prozent stimmten für den Verbleib beim Reich. In aufsteigender Reihenfolge waren es im Kreis Allenstein-Land 86,53 Prozent, in Osterode 97,81 Prozent, in Rößel 97,90 Prozent, in Allenstein-Stadt 98,00 Prozent, in Ortelsburg 98,51 Prozent, in Neidenburg 98,54 Prozent, in Lyck 99,88 Prozent, in Sensburg 99,93 Prozent, in Johannisburg 99,96 Prozent und in Lötzen 99,97 Prozent. Den Vogel schoss der Kreis Oletzko mit 99,993 Prozent ab.

Schon bald nach 20 Uhr waren in Oletzkos Kreisstadt Marggrabowa die Abstimmungsergebnisse aus den einzelnen Ortschaften des an der östlichen Landesgrenze gelegenen Kreises eingetroffen, um nach Eintritt der Dunkelheit durch Lichtbilder an der Geschäftsstelle der „Oletzkoer Zeitung" einer großen Zuschauermenge bekannt gegeben zu werden. Ein Zeitzeuge erinnert sich:

„Jedes der für Deutschland so überaus günstigen Resultate wurde durch Jubel und Hurrarufe begrüßt. Immer höher schlugen die Wogen der Begeisterung, als kurz vor 12 Uhr nachts das endgültige Abstimmungsergebnis aus dem Kreise Oletzko bekannt gegeben wurde. Nur zwei Stimmen für Polen, alle andern deutsch. Wenige Minuten später setzte sich ein Fackelzug in Bewegung, und ein Holzstoß auf dem Marktplatz wurde angezündet. Hell loderten die Flammen, umgeben von schwarzem Qualm und Rauch, zum nächtlichen Himmel empor, rund um den Markt bewegte sich die Flammenreihe der Fackelträger, die die Mauern der Häuser in rotgelben Farben erglühen ließen. Oberlehrer Lasarzick hielt darauf eine Ansprache, und wieder ertönte ‚Deutschland, Deutschland, über alles'. Mit dem Liede ‚Nun danket alle Gott' und dem Läuten der Kirchenglocken endete die Versammlung."

Die beiden Stimmen für Polen wurden in den Dörfern Kleszöwen (360:1) und Polommen (158:1) abgegeben. In Marggrabowa selbst stimmte kein einziger für Polen. Rund acht Jahre später, am 21. Dezember 1928 wurde die Kreisstadt Marggrabowa in „Treuburg" umbenannt.

In den vier westpreußischen Kreisen Marienburg, Marienwerder, Rosenberg und Stuhm war das Ergebnis ähnlich überzeugend. Hier stimmten von den 121 176 Stimmberechtigten 7,58 Prozent für Polen und 92,42 Prozent für Ostpreußen. Beide Abstimmungsgebiete zusammen gerechnet, stimmten 96,66 Prozent für Ostpreußen, also für Deutschland.

Die Reaktionen der einzelnen Mitglieder der Allensteiner Kommission auf das an Eindeutigkeit kaum zu übertreffende Abstimmungsergebnis lassen Rückschlüsse auf die Einstellung ihrer Staaten zum deutsch-polnischen Konflikt zu. Der Japaner blickte äußerst unbewegt drein, wie es seine Art war. Der Engländer lächelte sein liebenswürdigstes Diplomatenlächeln. Der Italiener sann ein wenig nach, als er das Ergebnis in den Händen hielt, dann sagte er mit einem feinen Lächeln: „Wo waren da eigentlich die Experten von Versailles?" Die Franzosen aber machten strenge Gesichter und sagten untereinander: „C'est incroyable!" (Das ist unglaublich.)

Dann kam der 16. August 1920, der Tag, an dem die deutsche Flagge auf dem Regierungsgebäude in Allenstein wieder gehisst wurde, der Tag, an dem die Kommission die Verwaltung der Abstimmungsgebiete wieder in die Hände der Regierungspräsidenten zurücklegte. Ostpreußen und ein nicht unbedeutender Teil von Westpreußen gehörten wieder zum Reich.

PZ/Siegfried Schmidtke



Foto: Ullstein

Sie repräsentierten den Mehrheitswillen: Ostpreußen demonstrieren für den Verbleib beim Reich.

Wermutstropfen im Wein der Freude

Trotz des eindeutigen Abstimmungsergebnisses erhält der Verlierer einige Grenzstreifen

Obwohl mehr als neun von zehn westpreußischen Abstimmern für Ostpreußen gestimmt hatten, verblieb das Abstimmungsgebiet Marienwerder nicht vollständig beim Deutschen Reich. Am 12. August 1920 entschied die Botschafterkonferenz der alliierten und assoziierten Hauptmächte in Paris, dass die fünf Dörfer Außendeich, Johannisdorf, Kleinfelde, Kramershof und Neu-Liebenau in der Nordwestecke des Kreises Marienwerder zu Polen kommen. Gleiches gilt für den Hafen von Kurzebrack, einen Brückenkopf an der später von den Polen abgebrochenen Brücke nach Münsterwalde und den Bahnhof Garnsee. Vier Tage später legte die Reichsregierung dagegen folgenden Protest ein:

Deutscher Protest blieb erfolglos

„Der Oberste Rat in Paris hat durch seine Entscheidung über das westpreußische Abstimmungsgebiet Ost- und Westpreußen von der Weichsel völlig abgeschnitten. Die Grenze wird zwischen Deich und Weichsel gezogen. Das gesamte Ufer fällt an Polen: der beste Hafen des Marienwerder Gebiets, der Hafen von Kurzebrack, wird mit allen seinen Anlagen Polen zugeschlagen, ebenso die Eisenbahnbrücke der Bahn Marienwerder–Munsterwalde mit ihrem Brückenkopf und innerem Deich, sowie das dortige Gebiet bis zum Fuß des vom Fluss weit entfernt gelegenen zweiten Deichs. Ferner werden die in der Nordwestecke des Kreises Marienwerder gelegenen fünf Ortschaften Johannisdorf, Neu-Liebenau, Außendeich, Kramershof und Kleinfelde an Polen gegeben und damit eine Art Brückenkopf auf dem rechten Weichselufer geschaffen.

Der Friedensvertrag sieht für Polen lediglich ein Stromaufsichtsrecht vor, das in keiner Weise die Begründung zu territorialen Gebietsansprüchen geben kann. Das Recht der Überwachung und Aufsicht über den Strom hat mit der Souveränität über die östliche Stromhälfte und das Ufer nicht das Mindeste zu tun. Es wäre ein Widersinn, die Bevölkerung eines Landstreifens zur Abstimmung über ihr zukünftiges Schicksal aufzufordern, wenn von vornherein feststehen soll, dass ihr Schicksal ohne Rücksicht auf die Abstimmung negativ entschieden werden muss.

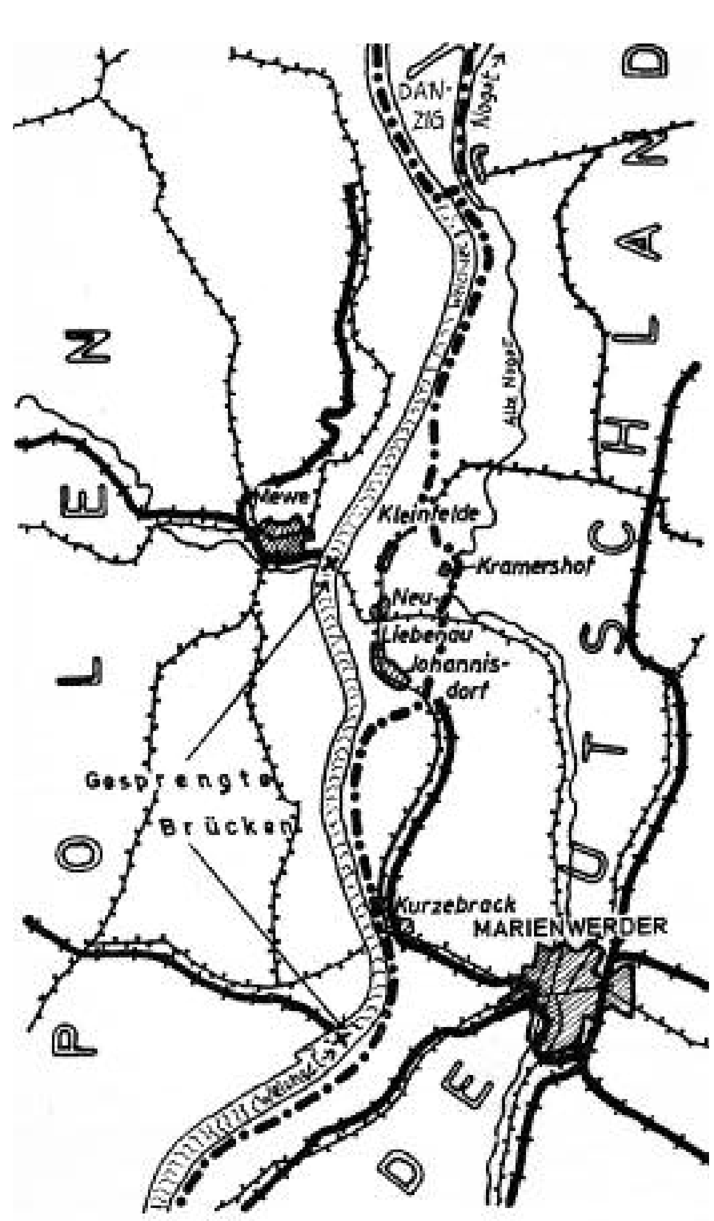
Die deutsche Regierung erhebt hiermit feierlichst Einspruch gegen die Entscheidung des Obersten Rates. Sie muss es ablehnen, irgendeine Verantwortung für die sich etwa aus diesem Spruch ergebenden Folgerungen zu übernehmen; sie kann diese Entscheidungen nicht anerkennen, da sie mit den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht vereinbar ist; sie widerspricht ebensosehr dem Selbstbestimmungsrecht der Völker wie den wirtschaftlichen und geographischen Notwendigkeiten des Landes."

Natürlich blieb der deutsche Protest erfolglos.

Ohne Proteste trat das Reich vom südostpreußischen Abstimmungsgebiet die drei Dörfer Groschken, Lobenstein und Nappern an Polen ab. In diesen unmittelbar an der deutsch-polnischen Grenze liegenden Dörfern des Kreises Osterode hatte die Mehrheit für einen Anschluss an Polen gestimmt, der am 31. Oktober 1920 auch erfolgte. Wie es zu diesem punktuellen polnischen Abstimmungserfolg wider den Trend kommen konnte, erklärt Max Worgitzki, der damalige Leiter des deutschen Wahl- beziehungsweise Abstimmungskampfes, in seinem 1921 erschienen Buch „Geschichte der Abstimmung in Ostpreußen":

„In den masurischen Kreisen ist die Bevölkerung evangelischen Bekenntnisses. Sie ist zur Hälfte etwa deutsch. Die andere Hälfte, in einigen Kreisen etwas mehr, in anderen etwas weniger, machen die Masuren aus. Daneben gibt es, vor allem in den westlichen Kreisen einige kleine Inseln mit echt polnischer, katholischer Bevölkerung. Sie sind aber zahlenmäßig so geringfügig, dass sie für den Charakter des Abstimmungsgebietes nicht von Bedeutung sind. In Erscheinung getreten sind sie nur im Kreise Osterode, wo an der Westgrenze, die ja heute ostpreußisch-polnische Grenze ist, sich ein Dutzend Ansiedlungsdörfer mit zum Teil überwiegend polnischer Bevölkerung finden. Drei von ihnen haben wir an Polen abtreten müssen. Und wem verdanken wir das? Als Kuriosum sei es mitgeteilt, einer preußischen Behörde, der Generalkommission, die seinerzeit aus wer weiß welchen krausen Erwägungen heraus diese Ansiedlung schuf und dazu ausgerechnet westpreußische polnische Bauern verwandte."

PZ



Grenzziehung bei Marienwerder

Bild: Archiv

CHRONIK

12./14. April 1920: Die Kommissionen erlassen in den wesentlichen Punkten inhaltlich übereinstimmende Verordnungen über Registrierung und Durchführung der Abstimmung.

23. April 1920: Die Kommission in Marienwerder erlässt eine Pass- und Visapflicht für die Ein- und Ausreise.

9. Juni 1920: Die Kommissionen verlautbaren, dass die Abstimmung am 11. Juli 1920 stattfinden wird.

1. Juli 1920: Die ersten auswärtigen Stimmberechtigten treffen in den Abstimmungsbieten ein. Im Abstimmungsgebiet sind 157 074 auswärtige Stimmberechtigte registriert.

2. Juli 1920: Rennie berichtet dem Foreign Office: „Trotz des Protestes der Alliierten Verbindungskommission in Konitz ist mehr als 700 Personen in den ersten beiden Wählerzügen die Durchfahrt durch das polnische Gebiet verweigert worden. Als Grund für die Maßnahme wird von den polnischen Behörden angegeben, dass die Identität ungenügend ausgewiesen war, was angesichts dieser großen Menge von Reisenden unwahrscheinlich erscheint."

Juli 1920: Der Seedienst Ostpreußen transportiert von Swinemünde beziehungsweise Stolpmünde nach Pillau 89 637 Menschen zur Abstimmung und nach der Wahl 67 636 zurück. Der Seedienst wurde erforderlich, weil die polnischen Behörden den Zugverkehr durch den Korridor stark behinderten oder sogar unterbanden. Dabei war die Bestimmung, dass auch vormalige Bewohner Ostpreußens abstimmen dürfen, ein Zugeständnis an die Polen gewesen, von deren Seite es geheißen hatte, dass unzählige polnische Ostpreußen von Preußen/Deutschland aus ihrer Heimat vertrieben worden wären.

5. Juli 1920: Rennie berichtet dem Foreign Office: „Die allgemeine Lage ist angesichts der Nähe des Abstimmungstages nicht unbefriedigend, und ernste Schwierigkeiten scheinen eher nach als vor dem 11. Juli wahrscheinlich. Die polnische Haltung ist jedoch provozierend, zum Beispiel sind Gerüchte verbreitet, dass unmittelbar nach der Abstimmung polnische Truppen in das Gebiet eindringen werden, während von der Behandlung der Wähler im polnischen Korridor eine Beförderung bitterer Gefühle erwartet wird."

11. Juli 1920: Volksabstimmung in den Gebieten Allenstein und Marienwerder.

15. Juli 1920: Die polnische Regierung protestiert gegen die Abstimmung und lehnt die Anerkennung des Ergebnisses ab.

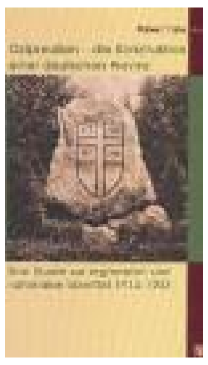
12. August 1920: Die Botschafterkonferenz in Paris entscheidet, dass die Dörfer Außendeich, Johannisdorf, Kleinfelde, Kramershof und Neu-Liebenau im Marienwerder Abstimmungsbiet an Polen abzutreten sind.

15. August 1920: Die Reichsregierung protestiert gegen die Entscheidung des Obersten Rates in Paris, wonach die polnische Grenze so am östlichen Ufer der Weichsel gezogen wird, dass Ostpreußen vom Strom abgeschnitten bleibt.

16. August 1920: Die Botschafterkonferenz in Paris beschließt die Abtretung der Dörfer Groschken, Lobenstein und Nappern im Allensteiner Abstimmungsgebiet an Polen.

19./20. August 1920: Als Vertreter Deutschlands und Preußens übernehmen Vizekanzler Rudolf Heinze und Innenminister Carl Severing die Abstimmungsgebiete.

31. Oktober 1920: Deutschland tritt Groschken, Lobenstein und Nappern an Polen ab.



1920 schweißte zusammen

Geschichte des Ostpreußentums

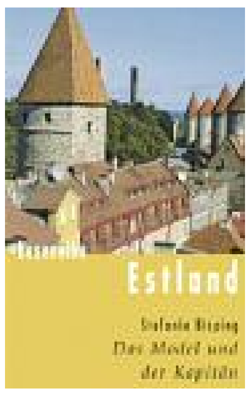
Robert Traba, polnischer Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission und Direktor des Zentrums für Historische Forschungen der polnischen Akademie der Wissenschaften in Berlin, ist einer der Gründer der Kulturgemeinschaft „Borussia“ in Allenstein. Sie ist ein Zusammenschluss jüngerer polnischer Historiker, Soziologen und Literaten, die sich der Aufgabe stellen, die Geschichte und Kultur ihrer Region, nämlich Ostpreußens, mit ihren deutschen, polnischen, litauischen, masurischen und russischen Wurzeln zu erforschen und darzustellen. Sie wollen also weg von den traditionellen nationalen vornehmlich deutschen, polnischen oder litauischen Sichtweisen. Es ist der Ansatz, dem auch der junge deutsche Historiker Andreas Kossert in seinem Buch „Ostpreußen“ folgt. Diesen Hintergrund muss man kennen, um das Buch von Traba einzuordnen. Er wählt den Zeitraum zwischen 1914 und 1933 als entscheidend für die Herausbildung einer regionalen und nationalen Identität der deutschen Bewohner – er verwendet den Begriff „Ostpreußentum“ –, weil russische Invasion und Besatzung 1914, die Volksabstimmung 1920 und die räumliche Trennung vom Reich nach der Wiederherstellung eines polnischen Staates zu bewusstseinsbildenden Faktoren wurden.

Der Autor gliedert seine Arbeit in drei Hauptkapitel. Er beginnt mit der gesellschaftlichen Realität, das heißt den Akteuren, die unter den Eindrücken des Krieges 1914/15, der Niederlage und der Abstimmung sowie der Stärkung des nationalen Bewusstseins der deutschen Bevölkerung und ihrer Anschlussängste gegenüber Polen und LitauernEinfluss hatten. Gerade die Wiederherstellung eines polnischen Staates und die territoriale Trennung vom Reich beförderten diese Befürchtungen. Als Reaktion wurde die Notwendigkeit gesehen, „die Germanisierung in Masuren zu ihrer Vollendung zu führen“. Träger dieser Prozesse seien die politischen Parteien, die Kirchen, Bildungseinrichtungen und Veteranenvereine gewesen.

Ein anderes Kapitel versucht, das Wesen des „Ostpreußentums“ zu ergründen. Traba untersucht hier regionale Literatur. Der dritte Teil behandelt die gesellschaftliche Inszenierung von Ostpreußentum und nationaler Einheit. Hier stehen die Namen Tannenberg und Hindenburg, aber auch der Mythos Deutscher Orden im Mittelpunkt als nationale Symbole für ostpreußischen und auch deutschen Patriotismus. In diesen Rahmen gehörten die Erinnerungsfeiern an die Abstimmung 1920 als identitätsstiftende Elemente in starker Abgrenzung von polnischer Bedrohung. Traba spricht von mentalen ostpreußischen Phänomen des Nationalsozialismus und begründet das mit den Wahlergebnissen der Wahlen von 1932 und 1933.

Der Autor hat eine beachtlich große Zahl an Quellen und viel Literatur ausgewertet und in seine Arbeit eingebaut. Seine Darstellungen sind streng wissenschaftlich, überparteilich und neutral. Das Buch ist eine Fundgrube für Informationen über das Pressewesen, die Literatur, die Jugendorganisationen oder die politischen Strömungen in Ostpreußen. *K. Lau*

***Robert Traba: „Ostpreußen – Eine Studie zur regionalen und nationalen Identität 1914 – 1933“**, Fibre, Osnabrück 2010, gebunden, 518 Seiten, 39,80 Euro*



Kleines Land ganz groß

Geschichte und Traditionen Estlands – Zwischen Sängerfesten und web 2.0

Die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sind heute sowohl Bündnispartner in der Nato als auch Mitglieder der Europäischen Union – eine Entwicklung, die vor knapp 20 Jahren, als sie wieder unabhängig wurden, undenkbar schien. Estland, so sagen alle Statistiken, hat es dabei am weitesten gebracht und ist wie kaum ein anderer Staat in der Welt vernetzt und verkabelt und wird demnächst Mitglied der Euro-Währungszone.

Der Wiener Picus-Verlag hat jetzt in seiner ansprechenden „Lesereise“ das kleine und doch so faszinierende Land vorgestellt. Die Autorin ist welterfahrene Reise-Journalistin; sie erzählt überwiegend vom modernen Estland, das sich nach der Lösung von der Sowjetunion im Herbst 1991 in der Tat zu einem der wirtschaftlich erfolgreichsten Länder in Osteuropa entwickelt hat. Mittels anschaulicher, einfühlsamer, mitunter freilich auch etwas zu behaglich erzählter Reportagen fächert sie das heutige Leben in Estland auf: Sie zeigt sich – wie alle Reisenden, die auch nur einmal dort gewesen sind – fasziniert von der mittelalterlichen, inzwischen liebevoll wieder hergestellten Altstadt der Hauptstadt Reval (Tallinn), ebenso von der alten Universitätsstadt Dorpat (Tartu), aus der auch viele deutsche Geistesgrößen gekommen sind, nimmt den Leser mit in unberührte Weiten der moorreichen Naturparks (lässt allerdings das verpestete Schieferabbaugebiet um Kochtla-Järve völlig aus), staunt über die wiederhergestellten Gutshäuser des einstigen deutschen Landadels und ist überwältigt von der Naturschönheit der großen, noch immer weitgehend unberührten Inseln Ösel (Saaremaa), Mohn (Muhu) und Dagö (Hiiumaa), die in der Tat zu den schönsten Eilanden im ganzen Ostseeraum gehören.

Angestammter deutscher Landadel

Die Esten sind sowohl aufs engste mit ihrer Tradition (Sängerfeste, Sonnenwendfeiern) verbunden, durch die sie sich letztlich gegen die sowjetische Übermacht behaupten konnten, als auch allem technischen, gerade dem elektronischen Fortschritt gegenüber fast schon beklemmend aufgeschlossen. Von Bedenken, die umfassende Vernetzung schier aller gesellschaftlichen Bereiche könne einem Überwachungsstaat Vorschub leisten, wollen sie nichts wissen.

Das kleine Buch wird Estland sicher neue Freunde gewinnen. Leser mit ausgeprägtem historischen Bewusstsein hätten sich gewünscht, dass die engen und Jahrhunderte langen deutsch-baltischen Beziehungen etwas stärker herausgestellt worden wären, der Einfluss der Hanse, deutschbaltische Wissenschaftler und Dichter wie Bergengruen („Tod in Reval“), wozu deutsche Geistliche (der 1919 von den Bolschewiki ermordete, als „Apostel des Baltikums“ posthum verehrte Pfarrer Traugott Hahn) zählen, sowie dass man überhaupt auch mehr über die bedrückende Geschichte Estlands im 20. Jahrhundert erfahren hätte.

Ein wirkliches Manko: Es fehlt eine Landkarte, die informiert hätte, wo man sich gerade befindet. *Dirk Klose*

***Stefanie Bisping: „Lesereise Estland – Das Model und der Kapitän“**, Picus Verlag, Wien 2010, 131 Seiten, 14,90 Euro*



Von der Pflicht zu führen

Der Preuße Beckerath: Mehr Einfluss für das Bürgertum

Der aus einer mennonitischen Familie stammende Krefelder Bankier Hermann von Beckerath (1801–1870) war in der Zeit des Vormärz einer der führenden Köpfe rheinischer Liberaler, die in einer Phase des Übergangs zu einer industriekapitalistisch geprägten Gesellschaft eine Neuordnung des spätabsolutistischen preußischen Staates herbeiführen wollten. Immer stärker äußerten diese wirtschaftsbürgerlichen Politiker ihre Forderung nach Reformen im preußischen Gesamtstaat. Beckerath, Abgeordneter in mehreren rheinischen Provinziallandtagen, im ersten Vereinigten Landtag Preußens (1847) und des Frankfurter Paulskirchenparlaments von 1848, war ein Befürworter der konstitutionellen Monarchie mit Grund- und Freiheitsrechten. Jedoch kritisierte er die obrigkeitsstaatliche Gängelung der Wirtschaft, die sich auf die industrielle Entwicklung in der gewerblich hoch entwickelten Rheinprovinz nachteilig auswirkte. Er und andere großbürgerliche Liberale verlangten eine gebührende Teilhabe an der staatlichen Macht. Eine von Ulrich Hettinger vorgelegte politische Biographie über Beckerath schließt eine Forschungslücke bezüglich des rheinischen Liberalismus, der sich vor dem Hintergrund der „Entfesselung der industriellen Dynamik“ herausbildete, während gleichzeitig „die soziale Frage“ immer drängender wurde. Unter dem Titel „Hermann von Beckerath – Ein preußischer Patriot und rheinischer Liberaler“ wird Beckeraths Leben und Wirken bis 1848 aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet. Das Schlusskapitel bietet einen knappen Überblick über seine politischen Aktivitäten während der Revolutionsjahre 1848/49, als er für einen deutschen Bundesstaat mit dem preußischen König als Erbkaiser eintrat, sowie über seine letzten beiden Lebensjahrzehnte. Bei dem Band handelt es sich um die geringfügig ergänzte Fassung von Hettingers Dissertation von 2000/01.

Beckerath gehörte zu den Vertretern der Kompromisspolitik. Dem Großbürgertum sprach er geradezu die Pflicht zu, die politisch angeblich unmündigen breiten Bevölkerungsschichten im Interesse des Gesamtwohls vorübergehend politisch zu vertreten. Hettingers Darstellung beleuchtet zugleich das Selbstverständnis des Krefelder Bürgertums und die Ambitionen der regionalen Wirtschaft. Die Bauchbinde des Bandes trägt die Beschriftung „Solange die Juden nicht frei sind, sind wir selbst nicht frei.“ Das Zitat Beckeraths von 1847 nimmt Bezug auf einen anderen wichtigen Aspekt: sein Eintreten für die volle bürgerliche Gleichberechtigung religiöser Minderheiten, besonders der Juden. *D. Jestrzemski*

***Ulrich Hettinger: „Hermann von Beckerath – Ein preußischer Patriot und rheinischer Liberaler“**, Herausgeber: Mennonitengemeinde Krefeld, Krefeld 2010, gebunden, 370 Seiten, 19,80 Euro*



Struktur der Welt

Philosoph versucht Glaube, Vernunft und Wahrnehmung zu ergründen

Es gibt Dogmen der modernen Welt, die im Namen der Vorurteilsfreiheit zumeist unbefragt hingenommen werden: Dazu gehört, dass Wunder im Widerspruch zur Vernunft stehen müssen und dass Gottes Wirken in der Welt sich vielleicht dem Glauben, nicht aber dem Denken erschließt. Im Hintergrund aber steht die Überzeugung, wie „herrlich weit“ wir es gegenüber früheren Epochen gebracht haben und dass ein säkulares, nicht-christliches Weltbild immer einen Vorsprung an Rationalität gegenüber dem christlichen hätte. Es erfordert Mut und eine bemerkenswerte Begabung, wenn ein Philosoph diese Unbefragtheiten durchbricht. Daniel von Wachter gelingt dies auf einem sehr hohen Niveau: auf der Höhe der Philosophie der Zeit, in hartem Nachdenken, das sich nichts schenkt.

Sein Buch, eine preisgekrönte Münchener Habilitationsschrift, zeigt in brillanter Argumentation, dass Kausalität und Freiheit einander nicht ausschließen.

Im Einzelnen führt er den Nachweis, dass die Welt eine durchgehende sinnvolle Kausalstruktur hat. Naturgesetze sind nicht nur Interpretationen oder modellhafte Konstrukte. Sie beziehen sich vielmehr auf die Realität der Welt. Die Kausalität ist aber zugleich mit menschlicher Willensfreiheit und göttlichem Handeln in Natur und Geschichte vereinbar. Wichtig ist dabei die Verbindung von Ursache und Tendenz: Tendenzen oder Dispositionen sind bestimmend dafür, was geschieht, wenn eine Disposition in bestimmte Verhältnisse kommt. Eine für das moderne Weltbild so unangefochtene Auffassung, wie jene Humes, wonach es keine Kausalverbindungen gebe, wird damit zu Fall gebracht. Von Wachter beweist überdies in imponierender Weise, dass Metaphysik als Wissenschaft auch nach Kant möglich ist. Allerdings muss Metaphysik keineswegs auf Erfahrungsunabhängigkeit („apriori“) und auf unbedingte Apodiktizität festgelegt werden.

Denken ist mehr als Bewusstsein

Wachter fragt schließlich im krönenden Schlussteil seiner Arbeit, „wie die Welt ist, wenn es einen Gott gibt“. Die Eigenschaften Gottes sind für ihn nicht, wie für die Hauptlinie der gegenwärtigen Theologie, nur metaphorische Aussagen. Wir können sie vernünftig denken. So sehr es Unterschiede zwischen menschlichen, endlichen, und göttlichen, absoluten Handlungen gibt, bedeutet dies nicht, dass von Handlungen Gottes nur metaphorisch gesprochen werden könnte. Der Philosoph von Wachter setzt sich begründet mit der Entmythologisierung Rudolf Bultmanns und seiner „existenzialen Interpretation“ auseinander.

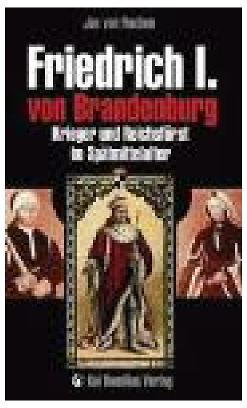
Von Wachters Denken zielt auf das begründete objektiv Wahre und Wirkliche. Er ist von der Überzeugung geleitet, dass die Strukturen der Welt erkennbar seien und dass es ein Irrweg der Neuzeit sei, wenn sich ihr Denken nur auf das Bewusstsein beziehungsweise auf die Vermittlungsinstanzen wie die Sprache beziehe. Damit schreibt von Wachter den Aufbruch der Phänomenologie in den 20er Jahren fort: zu den Sachen selbst!, er steht aber zugleich in der Folge der klassischen Metaphysik. Doch der methodische Scharfsinn, die geniale Wahl der Beispiele, die Klarheit der Sprache verdankt sich der Schulung in Oxford und der Zusammenarbeit mit dem Meister der englischen Religionsphilosophie Richard Swinburne.

Während viele Geisteswissenschaftler sich heute den Grundfragen von Sein und Gott verweigern, und abstrahierend verfahren, eine Haltung, die ethisch Zynismus und Nihilismus naheliegt, zielt von Wachter auf einen umfassenden Wirklichkeitsbegriff, der sehr viel weiter reicht als das raum-zeitlich Sichtbare.

Von Wachter nimmt auf eigenständige Weise die große Frage nach dem Zusammenhang von Glaube und Vernunft auf, die auch im Zentrum des Pontifikates von Papst Benedikt XVI. steht. An die alten Traditionen des Denkens zu erinnern, ist für sich schon eine große Leistung. Sie ingeniös weiterzuführen ist den besten Köpfen vorbehalten. Daniel von Wachter wird zu ihnen gezählt werden dürfen.

Der Autor lehrt heute als Professor an der Internationalen Akademie für Philosophie in Santiago de Chile. Es ist aber zu wünschen, dass sein Denken auch in den deutschen Geisteswissenschaften, namentlich in Philosophie und Theologie, die Wirkung findet, die ihm zukommt. *Harald Seubert*

***Daniel von Wachter: „Die kausale Struktur der Welt – Eine philosophische Untersuchung über Verursachung, Naturgesetze, freie Handlungen, Möglichkeit und Gottes Wirken in der Welt“**, Alberverlag, Freiburg/München 2009, geb., 384 Seiten, 49 Euro*



Der Ahnherr

Kurfürst Friedrich I.

Den Grundstein für den Aufstieg des Hauses Hohenzollern legte ein wackerer Burggraf von Nürnberg, Friedrich VI., aus der fränkischen Linie des Hauses Hohenzollern. Eben dieser Friedrich wurde am 30. April 1415 als Kurfürst Friedrich I. vom römisch-deutschen König Sigmund durch Belehnung mit der Mark Brandenburg in den Sattel gesetzt.

Er war damit der Ahnherr jenes Regenten, der sich fast 300 Jahre später, am 18. Januar 1701, als zwölfter Kurfürst von Brandenburg in Königsberg gar zum König Friedrich I. in Preußen küren durfte. Und noch Wilhelm II., unser letzter Deutscher Kaiser, trug bis 1918 den Ehrentitel des Burggrafen von Nürnberg.

Während davon auszugehen ist, dass jeder mit geschichtlichem Weihwasser ordentlich „getaufte“ Preuße die wichtigsten Daten und Ereignisse zwischen dem „Großen Kurfürsten“ und Wilhelm II. hinlänglich parat hat, dürfte ein Ausflug in das späte Mittelalter zu diesem hier in Rede stehenden Friedrich I. schon ziemlich holprig werden. Dafür, dass das nicht so sein muss und die Lücken glänzend gefüllt werden, sorgt Jan von Flocken mit seinem Werk „Friedrich I. von Brandenburg – Krieger und Reichsfürst im Spätmittelalter“. Wir erfahren, dass dieser Spross der Hohenzollern dreimaliger Königsmacher war, einen Papst gefangen genommen hat, und die märkische Streusandbüchse des Reiches nachhaltig befriedete und arrondierte.

Wir tauchen ein in die Lebenswelten vor 600 Jahren, mit Details, die zum Schmunzeln oder purem Erstaunen anregen, zwischen Hochzeitsfeiern und Türkenkreuzzügen, Frauenkopfputz und Kriegerrüstungen unter dem Wahlspruch: „Hier gut Zollern – Hier gut Brandenburg allwege.“

Wenn man bedenkt, dass dieser Friedrich seit 1878 keine gründliche biographische Würdigung mehr erfuhr, so haben wir auf 175 Seiten mit Zeittafel, Literaturauswahl, Ahnentafel und Namensregister ein Werk vor uns, das in jede geordnete Preußen-Bibliothek gehört. *Heinz Welchert*

***Jan von Flocken: „Friedrich I. von Brandenburg – Krieger und Reichsfürst im Spätmittelalter“**, Homilius, Berlin 2010, geb., 175 Seiten, 22,90 Euro*